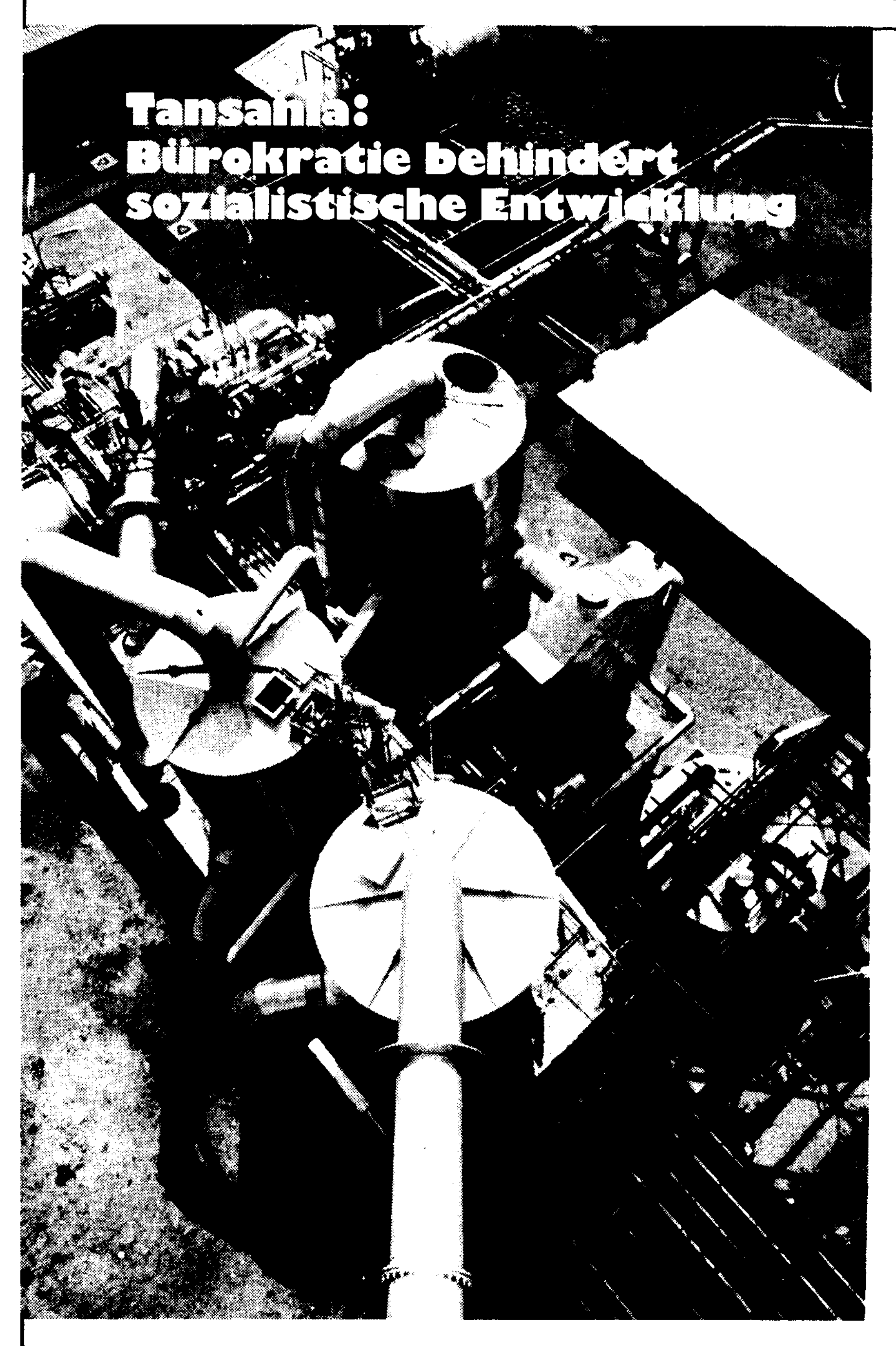
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Denksportaufgabe: Wie viele Arbeitsplätze hat diese deutsche Fabrik dem Land beschert?
(Die von Klöckner-Humboldt-Deutz errichtete Düngemittelfabrik Tanga)

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

Nr. 60 März 1977 DM 2.50



MIT DIESER "links"-SONDERNUMMER WIRD DER PFINGSTKONGRESS 1976 GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG UND ÖKONOMISCHE AUSBEUTUNG DOKUMENTIERT UND SOLLEN DIE ANTIREPRESSIONSARBEIT DES SOZIALISTISCHEN BÜROS UND DIE MIT DEM PFINGSTKONGRESS MOBILISIERTE SOZIALISTISCHE LINKE IN DER BRD NEUE IMPULSE ERHALTEN. ★ FOLGENDE THEMENBEREICHE WERDEN IN DEN BEITRÄGEN DIESER "links"-SONDERNUMMER BEHANDELT UND MIT MATERIALIEN VOM PFINGSTKONGRESS DOKUMENTIERT: ★ IM ERSTEN TEIL WIRD EINE EINSCHÄTZUNG GEGEBEN UND WERDEN VORSCHLÄGE ZUR FORTFÜHRUNG DER ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE GEMACHT. VOR ALLEM DIE KONZEPTION ZUR ROTARBEIT UND DES SOLIDARITÄTSFONDS SIND WEITERFÜHRENDE PRAKTISCHE KONSEQUENZEN ★ IM ZWEITEN ABSCHNITT SIND FAST VOLLSTÄNDIG DIE REDEBEITRÄGE DOKUMENTIERT, DIE AUF DEN ZENTRALEN VERANSTALTUNGEN DES KONGRESSES GEHALTEN WURDEN ★ AN DRITTER STELLE SIND REFERATE, AUSZÜGE VON DISKUSSIONSBEITRÄGEN UND PROTOKOLLEN SOWIE ANALYTISCHE BEITRÄGE AUS DEN ZAHLREICHEN ARBEITSGRUPPEN, DIE AM PFINGSTSONNTAG STATTFANDEN, DOKUMENTIERT ★ IM LETZTEN TEIL SIND BEITRÄGE VERSAMMELT, DIE TEILS VON ANSÄTZEN UND AKTIONEN BERICHTEN, DIE SICH IN DER KONTINUITÄT DER ANTIREPRESSIONSPOLITIK VERSTEHEN, TEILS AKTUELLE KOMMENTARE ZUR REPRESSIONSPROBLEMATIK DARSTELLEN ★ UM AUCH DIE STIMMUNG DES PFINGSTKONGRESSES ZU DOKUMENTIEREN, WURDEN ZAHLREICHE BILDER, GEDICHTE, LIEDER AUFGENOMMEN ★ WIE SEHR DIE REPRESSIONSPROBLEMATIK DEN WIDERSPRUCH "MIT SPITZER FEDER" HERAUSFORDERT, ZEIGT EINE VIELFALT VON KARIKATUREN, COLLAGEN, PLAKATEN, DIE IN DIE SONDERNUMMER AUFGENOMMEN WURDEN ★ DIE "links"-SONDERNUMMER ENTHÄLT 104 SEITEN UND KOSTET FÜNF MARK ★ BEZUG GEGEN VORAUSZAHLUNG:

VERLAG 2000 GMBH + SOZIALISTISCHES BÜRO, 6050 OFFENBACH 4, POSTFACH 591 ★



herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761/74003.

Zusammengestellt von:
S. Bartels, R. Beckert, G. Cremer, H. Diefenbacher, M. Glatthaar, E. Gohl, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, L. Klering, M. Mack, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Poschen, P. Riedesser, J. Rösel, R. Samela-Gohl, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, S. Stankowski, B. Thill, H. Wenzler, E. Wittmann, W. Witzel.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/FR 2,50 / S 17,–

ARBEITERKAMPF · Verlag J. Reents · Lerchenstraße 75 · 2 Hamburg 50



erscheint 14-tägig, 48 Seiten, DM 1,

...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Wir berichten regelmäßig über:
Betrieb und Gewerkschaft, Schule und Universität, Kämpfe der Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, alle Formen der politischen Unterdrückung, Auseinandersetzung innerhalb der Linken, Kampf der Frauen und Kinder um ihre Rechte.

Abonnement:
12 Ausgaben DM 16,80
Förderab DM 20,--

Freiexemplar anfordern !

Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke ?

Aus dem Inhalt:
- Das Kernenergieprogramm der BRD: Ziel Autarkie
- Auf dem Wege zur Atommacht
- Das "Bombengeschäft"
- Export von KKW's, atomare Zusammenarbeit , und was dahintersteckt.

48 Seiten A 4 DM 2,-



die Internationale dient der Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen mit der internationalen revolutionären Bewegung — hat das Ziel, die Verbindung mit unseren Genossen im gemeinsamen Kampf — mit den kommunistischen und fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt — zu stärken.



Wir berichten von den Kämpfen der Frauen in den kapitalistischen als auch den Ländern "der3. Welt."

48 Seiten Format A 4 DM 2,-
Abonnement: 12 Ausgaben DM 24,-

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE

Arabische Länder

ÄGYPTEN

Am 18. und 19. Januar demonstrierten Tausende von Ägyptern gegen die von der Regierung verordneten drastischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel.
Dockarbeiter und Studenten griffen in Alexandria Polizeistationen an, im größten Industrieort Heluan (Stahlwerk) streikten die Arbeiter, in Kairo demonstrierten Tausende, zündeten Autos an und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei, die hart vorging: 60 Tote und 600 Verletzte waren die Bilanz. (z.B. Sp. 24.1.)
Unter dem Druck der öffentlichen Erregung nahm Sadat am Folgetag die Preiserhöhungen zurück. Er beschuldigte „Kommunisten", von denen bis Ende Januar 200 festgenommen wurden (Le Monde, 28.1.). Dagegen waren sich in diesem Fall sämtliche Beobachter und Kommentatoren einig, daß die Demonstrationen ein verzweifelter spontanter Protest der zahlreichen im Elend lebenden Ägypter war.
Nachdem die Kriegsanstrengungen gegen Israel nicht mehr im Vordergrund des öffentlichen Bewußtseins stehen und die innere Wirtschaftskrise immer deutlicher wird, muß sich Präsident Sadat auf die Amee stützen, um seine



Sadats Politik der „offenen Tür"

Politik der „Öffnung" durchzusetzen.
Seit seinem Amtsantritt 1971 hatte Sadat stetig versucht, Ägyptens Bindungen an die westlichen Industrienationen zuungunsten der Sowjetunion zu verstärken. Innenpolitisch wurden Pressezensur und Polizeigewalt gelockert und im letzten Jahr fand erstmals seit 1952 so etwas wie Wahlen statt: Am 16. September ließ sich Sadat (als einziger Kandidat) in seinem Amt bestätigen und am 28.10. und 4.11. fanden Parlamentswahlen statt, zu denen die Aufspaltung der Einheitspartei in drei „Fraktionen" erlaubt worden war.
Allerdings waren für diese Wahlen nur knapp 1/4 der ägyptischen Bevölkerung wahlberechtigt und alle nur denkbaren Vorteile lagen bei der die Regierung unterstützenden Zentrumsfraktion. Sie erhielt dann auch 272 von 360 Sitzen (linke Fraktion: 2, rechte Fraktion: 13, Unabhängige: 49). (z.B. Le Monde, 8.11. 1976).
Von Anfang an hatte sich Sadat von Nassers Politik der Verstaatlichungen zurückgezogen, es gab Reprivatisierungen, private Unternehmer durften frei investieren, die Einfuhrbestimmungen wurden gelockert. Immer reichlicher flossen die Gelder aus den westlichen Industrienationen (v.a. den USA) und den reichen Ölstaaten (v.a. Saudi-Arabien und Kuwait). Die amerikanische Hilfe betrug 1975/76 750 Mio. Dollar und wird 1976/77 wohl die Marke von 1 Milliarde übersteigen (Handelsblatt, 22.12.1976).
Bei einem Besuch des französischen Ministerpräsidenten in Ägypten im vergangenen November wurden auch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich vereinbart.
Eine wesentliche Rolle im Außenhandel (v. a. mit den USA und Frankreich) spielen Waffenlieferungen. Ägypten möchte auch selbst Waffensysteme dieser Länder in Lizenz produzieren, mit Finanzierung durch die Ölstaaten (Financial Times, 7.12.76).
Erst kürzlich hat Ministerpräsident Salem betont, daß die Militärausgaben, die bereits mehr als 40 % des Staatshaushalts verbrauchen, 1977 erhöht werden sollen (Fin. Times, 13.12.1976).
Ausländische Investoren halten sich allerdings eher noch zurück, denn die Infrastruktur in Ägypten ist sehr vernachlässigt und die Bürokratie uneffektiv und korrupt. Telefon- und Postverkehr in Kairo scheinen kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen, gerade in der Hauptstadt ist die Infrastruktur durch den Zuzug von Geschäftsleuten überlastet (Le Monde, 12.12.1976).
Immerhin stehen, wie das „Handelsblatt" (22.12.76) lobt, „Arbeitskräfte bei niedrigen Löhnen" zur Verfügung.
Immerhin gibt es verschiedene industrielle Großprojekte, v.a. im Zusammenhang mit dem Ausbau des Suezkanals. Im Dezember nahm die (von den arabischen Staaten finanzierte) Öl-Pipeline Suez-Alexandria den Betrieb auf. Ein Konsortium westdeutscher Firmen soll durch einen 80 km langen Durchstich mit Wasserkraftwerken die Kattara-Senke vom Meer her überfluten.
Hektisch wird in Bauvorhaben investiert, und auch in den Tourismus, der im letzten Sommer sprunghaft um 60 % anstieg. (Hotelbauten sind geplant von Erdölländern sowie von Amerikanern, Engländern, Schweizern. Die deutsche Carl-Duisberg-Gesellschaft bildet Hotelpersonal und Manager aus). Die Franzosen wollen in Kairo eine U-Bahn bauen. (Sp. 6.12., 20.12.76, 27.9.76, Le Monde 22.12., 12.11.76). Diese Politik der „Offenen Tür" nach dem Westen hat zu einer schnell wachsenden Auslandsverschuldung geführt (s. Tabelle im Kasten).

Bei einem Bruttosozialprodukt von ca. 25 Milliarden und Schulden in Höhe von 43 Milliarden Mark. Im Staatshaushalt fehlen 8 Milliarden, der Schuldendienst für das Ausland verschlingt 1/3 der Exporteinnahmen. Allein 40 - 50 % des Staatshaushalts verbraucht das Militär. Die Inflation betrug seit 1973 35 - 50 %. (Sp. 24.1.77, Handelsblatt 22.12.76, Fin. Times 13.12.76).
In dieser Situation weigerten sich der Währungsfonds und die arabischen Ölstaaten, weiterhin Geld nach Ägypten zu pumpen und forderten energische Maßnahmen zur Konsolidierung der Wirtschaft.
Als Zeichen seines „guten Willens" gegenüber den westlichen Geldgebern beschloß Sadat, die Subventionen für Grundnahrungsmittel zu streichen, die den Staatshaushalt jährlich mit 2,5 bis 3,5 Milliarden DM belasten. Dadurch hätten sich Öl, Mehl, Reis, Benzin u.a. Güter um bis zu 30 %, Propangas sogar um 46 % verteuert. Um die Erbitterung der armen Bevölkerung zu verstehen, die zu den Unruhen Mitte Januar führte, muß man allerdings wissen, in welchem Elend die Masse der Ägypter lebt. Noch heute sind ca. 3/4 der Ägypter Analphabeten, auf dem Land ist der Anteil noch höher. Medizinische und Trinkwasser-Versorgung sind v.a. auf dem Land katastrophal. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt nur etwa 60,– DM im Monat, ein Kilo Fleisch kostet dagegen 5,– DM; Tagelöhner in der Landwirtschaft verdienen z.T. noch weniger. 94 % der Bauern besitzen weniger als 2 ha Land.
Die Erweiterung der Anbauflächen bleibt weit hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. (Le Monde 26.8., 21.9.76, Handelsblatt 22.12.76). Eine große Zahl von ägyptischen Fachleuten arbeitet im Ausland (Libyen).

Dafür steigt der Profit einer kleinen ägyptischen Oberschicht zunehmend, die sich v.a. durch Spekulation bereichert und dank der korrupten Beamtenschaft an Steuern und Abgaben vorbeigemogelt hat. Prominentester Vertreter dieser Schicht ist der ehemalige Wiederaufbauminister Osman, der als der reichste Bauunternehmer des Nahen Ostens gilt und sich an zahlreichen ägyptischen Regierungsprojekten bereichert hat; sein Sohn ist mit Sadats Tochter verheiratet. (Sp. 21.9.76, 24.1.77).
Charakteristisch für den Lebensstil dieser kleinen Schicht von Reichen ist die Angabe, daß trotz hoher Importzölle im letzten Jahr etwa 40 000 Autos nach Ägypten eingeführt worden sind; der Bevölkerung stehen demgegenüber insgesamt 1300 Busse und 230 Straßenbahnen zur Verfügung (Handelsblatt, 22.12.1976).

In diesem Klima wachsen die inneren Spannungen. Sie entluden sich zum Beispiel im Januar 1975 in einem Streik der Arbeiter von Heluan, am 18. September 1976, unmittelbar nach der „Wahl" Sadats, traten die Busfahrer in Kairo in einen militanten Streik. Doch seit langem hatte sich der Volkszorn nicht mehr so vehement entladen wie bei den Unruhen Mitte Januar. Dank der Hilfe der Armee, einer mehrtägigen Ausgangssperre

und des schnellen Widerrufs der Preiserhöhungen ist es Sadat zunächst gelungen, die Lage wieder unter seine Kontrolle zu bekommen. Sadat hofft bis 1980 auf 10 bis 12 Milliarden Dollar.

ÄGYPTISCHE HANDELS- und ZAHLUNGSBILANZ

	1972	1973	1974	1975
Handelsbilanz	-205,5	-261,3	-703,6	-1.078,3
Zahlungsbilanz	- 74,3	+ 30,4	-127,5	- 547,3

Angaben in ägyptischen Pfunden, 1 äg. Pfund = ca. 6,– DM nach Financial Times, 24.6.1976

SYRIEN / LIBANON

Seit der Besetzung des Libanon durch die im wesentlichen aus Syrern bestehende arabische „Friedenstruppe" im November, stagniert die Lage im Libanon.
Die Konflikte im Südstreifen an der israelischen Grenze dauern an. Dort liefern sich Palästinenser Schlachten mit christlichen libanesischen Milizen. Die Syrer sind in diesen Streifen (zwischen israelischer Grenze und dem Litani-Fluß) nicht vorgedrungen, um eine Konfrontation mit Israel zu vermeiden.
Palästinenser und Christen sollten ihre schweren Waffen an die Syrer abliefern, aber der Termin dafür wurde immer wieder verschoben, so daß inzwischen wohl beide Seiten genug Gelegenheit hatten, ihr Material an sicherer Stelle zu deponieren.
Christen und Moslems leben heute strikt getrennt voneinander und haben in den von ihnen beherrschten Gebieten eigene Verwaltungen. Vor allem unter den Chrsiten besteht eine starke Tendenz, diese Teilung des Libanon festzuschreiben. Die christlichen Parteien sind aber untereinander zerstritten. Das stärkt die Position von Präsident Sarkis, der die nationale Einheit erhalten will und diskret von der Linken im Libanon unterstützt wird (Le Monde 15. 12. 76).
Am 24.12. wurde die neue Regierung unter Ministerpräsident Selim Hoss vom Parlament bestätigt. Sie besteht aus Technokraten.
Keine der traditionellen politischen Persönlichkeiten des Libanon, die sich meist auf eine feudale Hausmacht und eigene Milizen stützten, nimmt an der neuen Regierung teil. Auch Präsident Sarkis gehört nicht zur Gruppe dieser traditionellen Politiker, sondern ist ein Wirtschaftsfachmann. Er war seit 1967 Präsident der libanesischen Zentralbank gewesen.

Die neue Regierung hat die Pressezensur eingeführt und sich vom Parlament Sondervollmachten für 6 Monate einräumen lassen (Le Monde 26.12.). Präsident Sarkis hat im Ausland um Wiederaufbauhilfe für sein Land nachgesucht (z.a. Besuche in Ägypten und Libyen). Zwar haben Banken, Flugplatz, Hafen den Betrieb wieder aufgenommen, aber der Aufbau scheint nur langsam voranzukommen.
Die Verluste durch den Krieg sind sehr hoch: mehr als 60 000 Tote und 100 000 Verwundete, 70 % der Industrieanlagen sind zerstört, auf 7,5 Milliarden Mark schätzt man die Verluste der libanesischen Wirtschaft.

Präsident Sarkis setzt in dieser Situation auf eine Wirtschaftspolitik, die er „organisierten Liberalismus" nennt. Die Privatinitiative soll gefördert und durch eine staatliche Wiederaufbauorganisation gelenkt werden. Das aus dem Ausland zufließende Kapital soll direkt von den Banken verwaltet werden (Le Monde 30.11.76). Allerdings ist der Handlungsspielraum des Präsidenten begrenzt, denn zur Zeit sind es die Syrer, die den Libanon unter Kontrolle halten.
Im Dezember besetzten sie eigenmächtig Zeitungen, die ihnen kritisch gegenüberstanden und schlossen die Redaktionen.
Erst nach Einführung der generellen Pressezensur durften diese Zeitungen wieder erscheinen.

Besonders repressiv scheinen die Syrer gegen die Palästinenser vorzugehen, die offenbar auch in syrischen Gefängnissen gefoltert werden (FR 11.12.76). Zwangsweise wurde die im Juni aus dem Libanon vertriebene, von Syrien dirigierte Palästinenserorganisation Saika wieder im Libanon angesiedelt mit dem Ziel, die nicht den Syrern ergebenen Palästinenserorganisationen unter Kontrolle zu bringen. Die palästinensische Befreiungsfront PLO hat beschlossen, die Arbeit ihres Exekutivkomitees stillzulegen, um nicht die Saika unter dem Druck Syriens darin aufnehmen zu müssen. (NZZ 2.12.76).
Es gibt sogar Korrespondenten, die von einem „Morgenthau-Plan" Syriens sprechen: Libanon solle bewußt am Aufbau gehindert werden, um die politische und wirtschaftliche Macht Syriens im Nahen Osten zu stärken (Badische Zeitung, 22.2.1977).
Außenpolitisch hat der syrische Präsident Assad seine Position durch eine Annäherung an Ägypten abgesichert. Nach einem Besuch in Kairo verkündeten er und der ägyptische Präsident Sadat am 21.12. das Vorhaben einer politischen Vereinigung beider Länder. Zunächst solle ein „gemeinsames politisches Oberkommando" eingerichtet werden. Beide Politiker forderten die Wiederaufnahme der Genfer Nahostkonferenz bis spätestens Ende März 1977.

Der Vorbereitung dieser Konferenz diente die rege Reisetätigkeit verschiedener Politiker im Februar: von UNO-Generalsekretär Waldheim und dem amerikanischen Außenminister Vance ebenso wie von Außenminister Genscher.
Die arabischen Länder wünschen sich eine stärkere Unterstützung durch die EG. Daß dem sogar die Bundesrepublik heute aufgeschlossener gegenübersteht, liegt wohl einerseits an den mit den Öldollars verbundenen Interessen, andererseits wohl auch an der allgemeinen Abwendung von Staaten wie Ägypten und Syrien von der Sowjetunion zugunsten einer Öffnung für die westliche Industrie (s. Chronik im letzten Dezemberheft über Syrien und Chronik in diesem Heft über Ägypten).

Allerdings scheint v.a. die Invasion im Libanon den Widerstand in Syrien selbst verstärkt zu haben.
So soll es dort eine große Zahl von politischen Gefangenen geben; in den letzten Monaten gab es eine Reihe von Anschlägen, z.B. am 1.12. gegen den syrischen Außenminister Khaddam (vgl. SZ 30.12.). Das Ausmaß dieser Bewegung läßt sich allrdings nach den vorliegenden Presse-Berichten kaum abschätzen. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß in Syrien etwa 200 000 Palästinenser leben (NZZ 27.11.76).

st

Lateinamerika

ECUADOR

Guardian 2.2.77
(Zur Vorgeschichte siehe „blätter..." Nr. 51, S. 19 ff. und Nr. 53, S. 6).
Anfang 1976 übernahm in Ecuador eine Gruppe von drei Offizieren die Macht. Die Regierung verfolgt seitdem eine konsequent rechtsgerichtete Politik:

- Verboten wurden u.a.: Straßendemonstrationen, Landbesetzungen, nicht gesetzmäßige Streiks, Kritik öffentlicher Institutionen, ...
- Der Führer der Junta, General Duran, bat die chilenische Junta, ihm ein Offiziersteam zur Ausbildung von Militär und Polizei in Ecuador zu schicken.
- Eine Kirchenkonferenz in Riobamba wurde im August 1976 gewaltsam durch Polizei aufgelöst („blätter ...", Nr. 56, S. 5).

Gegen diese Politik gibt es u.a. durch die Gewerkschaften eine recht starke Opposition. Knapp eine halbe Million sind in Gewerkschaften organisiert, das sind etwa 22 % der wirtschaftliche aktiven Bevölkerung. Einige der großen Gewerkschaften haben sich im letzten Jahr stark gewandelt:
Die CEDOC wurde ursprünglich als katholische Gewerkschaft durch die CLAT (über die Konrad-Adenauer-Stiftung) gefördert. 1976 sprach sich jedoch die Mehrheit der Mitglieder für einen „revolutionären Kampf für Sozialismus" aus.
Ähnlich verlief der Richtungswechsel bei der CEOSL, in der über 32 000 Arbeiter der Bereiche Kommunikation, Transport und Öl organisiert sind. Diese Gewerkschaft wurde durch das US-amerikanische Institut „Free Labor Development" (AIFLD) gegründet und gefördert. Auch in der CEOSL gab es vor kurzem eine Spaltung; der radikale Flügel strebt eine Zusammenarbeit mit der CEDOC und der dritten großen Gewerkschaft (CTE) an. Nachdem diese Gewerkschaften eine gemeinsame Plattform erarbeitet haben, erscheint jetzt ein Zusammenschluß möglich; er würde die Kampfkraft der Arbeiter stärken. Die Regierung versucht daher, die Gewerkschafter durch brutale Repression einzuschüchtern: Z.B. wurde kürzlich der Präsident der Elektrizitäts-Gewerkschaft brutal zusammengeschlagen und halb tot mit der Warnung zurückgelassen: „Dasselbe wird auch anderen extremen Arbeiterführern passieren."

UNTERRICHTSREIHE PERU

Eine Freiburger Arbeitsgruppe führte Ende 1976 ein Peru-Wochenendseminar für Jugendliche aus dem kirchlichen Bereich durch. Dies Seminar enthielt die vier Arbeitseinheiten

- Wichtige Daten des Landes Peru
- Ursachen der Unterentwicklung
- Kirche in Peru
- Mögliche Unterstützungsprojekte

Die Materialien zu diesem Seminar enthalten pro Einheit Texte für jeweils 3-4 Arbeitsgruppen. Diese Materialien (Umfang: 30 Seiten) können vom iz3w Freiburg bezogen werden.
Preis: 1,– DM (10 Exemplare: 8,– DM)
Zur Arbeitseinheit 1 wurde eine Diaserie zusammengestellt. Diese kann ggf. entliehen werden.

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DER PERUANISCHEN PETROLEROS

1975 wurde in der peruanischen Presse zum ersten Mal ausführlich über die Erkrankung von rund 3000 Arbeitern von Erdölsuchtrupps (Petroleros) berichtet („Marka" 26.9.1975). Dabei handelt es sich um die „weiße Lepra", der Haut- und Schleimhautleishmaniose, in Peru Espundia genannt, die vorwiegend im tropischen Urwald auftritt. Sie gilt bislang als unheilbar, wenn sie auch durch die Behandlung mit einigen, meist sehr teuren Medikamenten vorübergehend zum Stillstand gebracht werden kann. Sie zerstört fortschreitend die Haut und Schleimhaut, einschließlich Nase, Augen und Rachen. Seit Anfang 1977 wird versucht, den betroffenen Arbeitern international Hilfe zukommen zu lassen. Wir wollen gleichzeitig versuchen, auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen etwas näher einzugehen.
Seit 1973 sucht die nordamerikanische Geophysical Service Intercontinental Ltd. (GSI), eine Tochter der Texas Oil Company, im Süden des peruanischen Urwaldes nach Öl. Sie warb bis 1975 rund 9000 Arbeiter aus allen Teilen Perus an. Sie versprach in großangelegten Werbekampagnen außergewöhnlich hohe Löhne, einen Urlaub von 15 Tagen nach dreimonatiger Arbeitszeit und hervorragende Arbeitsbedingungen. Vor der Einstellung wurden alle gründlich ärztlich untersucht und nur die absolut gesunden bekamen einen Vertrag. Der Vertrag für sechs Monate enthielt keinerlei feste Lohnangaben. Die analphabetischen Arbeiter unterzeichneten ihn mit ihrem Daumen, ohne jeglichen Rechtsbeistand. Er wurde ihnen nur vorgelesen. Nach Unterzeichnung des Vertrages blieben das Original und alle Kopien bei der Gesellschaft. Viele Verträge wurden überhaupt ohne jegliche Angabe zur Person abgeschlossen. Die notwendige Kleidung und die Arbeitsgeräte mußten die Arbeiter in den firmeneigenen Läden vom niedrigen Lohn selbst kaufen, der Tageslohn lag umgerechnet bei 2,40 DM (1 kg Reis kostet 0,60 DM, 1 kg Zucker 0,40 DM).
Die Verpflegung der Petroleros war äußerst schlecht. Sie schliefen in primitiven Plastikzelten ohne Boden, zum Teil auf nackter Erde unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Moskitonetze oder Insektenschutzmittel erhielten sie nicht. Der Staff (Techniker, die vorwiegend Nordamerikaner waren) dagegen hatte in seinen komfortablen Hütten Klimaanlagen und Kühlschränke und wurde ausgezeichnet verpflegt.
Unter diesen extrem schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen erkrankten viele Petroleros. In den ersten sechs Monaten starben in jeder Arbeitsgruppe zwei bis drei Petroleros.



So sehen die an der Espundia erkrankten Petroleros nach einigen Jahren aus.

Schon 1973 traten zahlreiche Fälle von Espundia auf, aber die schwerwiegende Bedeutung der Erkrankung wurde noch nicht erkannt. Aufgeklärt über die unheilbare Krankheit wurden die Petroleros erst durch einen firmenfremden Arzt. Sie erfuhren, daß die Espundia durch eine bestimmte Stechmücke, die besonders in den Abend- und Nachtstunden sticht, übertragen wird. Die Petroleros forderten daraufhin von der Firmenleitung bessere medizinische Versorgung. 1975 schließlich veranstalteten sie einen Hungerstreik, und als der ohne Erfolg blieb, einen Protestmarsch in Richtung Lima. Unterwegs wurden sie von der Polizei gestoppt und von der Bevölkerung isoliert. Trotzdem gelang es einigen, nach Lima vorzudringen und dort das peruanisch-nordamerikanische Kulturinstitut zu besetzen. Sie erreichten trotz brutalen Eingriffs der Polizei, daß die Regierung ein Drekret erläßt, daß die Firma verpflichtet, Entschädigung bis zu einem Jahr an die erkrankten Arbeiter zu zahlen. Die Firma (GSI) zieht sich daraufhin aus Peru zurück, eine neue Firma (Parque Drilling)übernimmt die Arbeit mit dem gleichen technischen Personal, aber neuen Kontraktarbeitern.

Ein halbes Jahr später versuchen die entlassenen erkrankten Arbeiter der GSI in einem zweiten Opfermarsch auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Auf ihrem Weg nach Lima werden sie nach 550 km von der Polizei aufgehalten. Ihr gesamtes Hab und Gut, ihre Papiere und das Geld ihrer Gemeinschaftskasse werden vor ihren Augen verbrannt. Der Generalsekretär ihrer Bewegung befindet sich noch im Gefängnis. Die Krankheit hat bei ihm bereits den Rachen ergriffen.

Die Petroleros erheben für sich folgende Forderungen:
1. ärztliche Behandlung der Erkrankten
2. Schaffung neuer Arbeitsplätze
3. bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter im Urwald, gerechtere Löhne
4. Änderung des Gesetzes vom 25. Okt. 1976, das die Interessen der Petroleros noch keineswegs ausreichend schützt
5. Erforschung der Espundia im Urwald und Entwicklung entsprechender Gegenmaßnahmen.

Wir rufen daher zu einer Spendenaktion zugunsten einer medikamentösen Behandlung der Erkrankten auf.

Spendenkonto:
Volksbank Heidelberg, Konto-Nr. 130 1177 16

Stichwort „Espundia".

PERU

UdSSR liefert Waffen
FR 1.2./11.2.77
Die Sowjetunion und Peru unterzeichneten ein neues Waffenlieferungsabkommen, das den Kauf von Luftabwehrraketen, Radaranlagen und sechs Hubschraubern vorsieht. Zusätzlich will die UdSSR aufgrund eines früheren Abkommens 36 Jagdbomber liefern. (Wert: ca. 250 Mill. Dollar) (Zu den Waffenkäufen Perus: „blätter . . .", Nr. 36/37, S. 48).
Man befürchtet, daß die inneren Schwierigkeiten die Militärs zu außenpolitischen Ablenkungsmanövern verleiten könnten. Die jüngsten Aufrüstungen in Peru und Chile haben die Gerüchte um einen Krieg zwischen den beiden Ländern verstärkt.

wawi



KUBA

(Guardian, 19.1.1977)
Vor einiger Zeit enthüllte der amerikanische Geheimdienst CIA gegenüber der Zeitschrift Newspaper, daß er 1971 den afrikanischen Schweinefieber-Virus nach Kuba eingeschleust habe.
Diese Epidemie, die Menschen angeblich nicht angreift, hatte zur Folge, daß kurz nach dem geheimen Virus-Import die Kubaner eine halbe Million Schweine schlachten mußten – zu ei-

ner Zeit, als in Kuba ein Mangel an Fleisch herrschte.
Diese Viruskrankheit, die zum ersten Male auf der westlichen Hemisphäre auftrat, wurde sogar von der FAO als das „meist alarmierende Ereignis" des Jahres bezeichnet. Schon damals schloß aber Fidel Castro nicht aus, daß hier feindliche Kräfte ihre Finger im Spiel hatten.

Die Anwendung von biologischen und chemischen Waffen gehört immer noch zur amerikanischen Kriegsführung, trotz der Tatsache, daß Präsident Nixon dies 1969 verboten hat. Bekanntlich haben die Amerikaner solche Waffen im Indochina-Krieg angewandt. Bei gelegentlichen Enthüllungen über die geheimen Aktionen der USA kam heraus, daß diese Maßnahmen keineswegs auf direkte Einsätze im Krieg beschränkt bleiben, sondern ein Teil des US-Imperialismus im Kampf gegen sozialistische Länder allgemein ist.

rsg

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

Neuer Staatsstreich (vgl. Heft 59), 5.,6., 10., 14.2. (Le Monde) / 11.2. (jeune afrique) / Eritrean Newsletter Nr. 1,2 – 1977
Bei einem von angeblich „konterrevolutionären" Elementen durchgeführten Staatsstreich wurde der Präsident des Militärrats, Teferi Bente, getötet. Dem „starken Mann" des Militärrats, Mengistu Haile Mariam, gelang es jedoch, die Kontrolle über die Lage zu behalten. An der äthiopischen Politik wird sich deshalb wenig ändern. Nachdem die vorgeblich revolutionäre Militärjunta durch die offene amerikanische und israelische Unterstützung zu stark kompromittiert worden war, will man sich jetzt allerdings auf Waffenlieferungen aus der UdSSR stützen.
Die militärische Lage verschlechtert sich unterdessen für die Regierung zusehends. Die faschistischen Aufstandsbewegungen erzielen in Zentraläthiopien erhebliche Erfolge, während die eritreische Befreiungsarmee mehrere Städte im westlichen Eritrea einnimmt. An mehreren Orten werden äthiopische Einheiten seit Wochen belagert.



OSTAFRIKA

Völlige Desintegration der Ostafrikanischen Gemeinschaft (vgl. Heft Nr. 56)
3.2., Deutsche Welle – Monitordienst.
Als letztes großes Gemeinschaftsunternehmen der Ostafrikanischen Gemeinschaf ist die Fluggesellschaft East African Airways zusammengebrochen. Der Zusammenbruch war aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Partnerstaaten Kenia, Tansania und Uganda zwar unausweichlich, ist jedoch in seiner Endphase von Kenia forciert worden, das bereits mit dem Aufbau einer „Kenia Airways" begonnen hat. Kenia besitzt den größten Teil des technischen Materials der Fluglinie. Während Uganda schon seit längerer Zeit einen Flugdienst betreibt, unterhält Tansania jetzt mit mosambikanischer Hilfe eine Art Notdienst. Die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten haben sich derart verschlechtert, daß die Auflösung aller gemeinsamen Dienste (Post, Häfen etc.) begonnen hat.

TSCHAD

Befreiung des Ehepaars Claustre
11., 12., 11. 76, 2.2.77 (Le Monde)/ 2.2. (SZ) vgl. Hefte 49, 50, 53
Nach mühsamen Verhandlungen ließ die FROLINAT (Nationale Befreiungsfront des Tschad) auf die Vermittlung der libyschen Regierung das Ehepaar Claustre frei. Über die Hintergründe der Freilassung gibt es nur Vermutungen, doch scheint eine wichtige Voraussetzung die Absetzung des Führers der Tibesti-Armee, Hissene Habre, gewesen zu sein.
Die moslemische FROLINAT führt seit zehn Jahren einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung des Tschad in N'Djamena. Sie bekämpft deren Funktion als Statthalter des französischen Neokolonialismus und das Machtmonopol der Angehörigen der christlichen Stämme des Südtschad. Sie vereinigt in ihren Reihen politische und religiöse Tendenzen verschiedener Art und hat ihr politisches Programm erst in den letzten Jahren entwickelt.
Die „Erste Armee" kämpft unter Führung des in Algier residierenden Abba Siddick im Zentralen Tschad und hatte seit längerem Differenzen mit der von Habre geführten „Zweiten Armee" der Tubus im Tibesti-Gebirge. Habre wurde jedoch im letzten November abgelöst und mußte nach Libyen fliehen. Sein Nachfolger, Gukuni Uedei, ist Sohn des religiösen Oberhaupts der Tubus und war bislang Habres engster Mitarbeiter. Er scheint sich, wie die Freilassung der Claustres zeigt, wieder der FROLINAT-Leitung in Algier anzunähern.

as

WESTSAHARA

Le Monde 6./12.1.77; Blätter iz3w Nr. 59, S. 35 ff; SZ 2.2.77
Am 29. Dezember 1976 wurde eine der beiden Defender-Flugzeuge Mauretaniens im Norden von Bir Morghrein (Nord-Mauretanien) von den bewaffneten Kräften der F POLISARIO zerstört. Nach Informationen aus der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott hätten militärische Auseinandersetzungen zwischen mauretanischen und saharischen Soldaten im östlichen Teil Mauretaniens stattgefunden. Die Kämpfer der F POLISARIO seien bei ihrem Versuch, die Grenze zu Mali zu überschreiten, festgenommen worden.
Der bewaffnete Kampf der Saharouis zur Befreiung ihres Landes hat die mauretanische Regierung gezwungen, 60 % der neuen Kredite des Staatshaushalts 1977 für „nationale Verteidigung" vorzusehen. Der zweite Hauptposten ist die Bildung von Soldaten. Auch im marokkanischen Gebiet wurden von der F POLISARIO Angriffe gemeldet: in Smara, Amgala und Ahfnir wurden militärische Anlagen zerstört und 80 marokkanische Soldaten getötet.
Außerdem behauptet die F POLISARIO, etwa 350 mauretanische und marokkanische Gefangene zu haben.

fbu



ZENTRALAFRIKANISCHES REICH
Durch ein Versehen der Setzerei, das beim Umbruch nicht mehr korrigiert werden konnte, erschien in den „blättern" Nr. 59 (S. 5) nur eine stark verkürzte Fassung des Berichts über dieses Land.
Zum Verständnis der Vorgänge dort scheint es unerläßlich nachzutragen, daß die Entwicklung in ZAR von ausländischen Kräften zwar nicht gesteuert, aber geduldet und erst ermöglicht wird. Ohne die kräftige französische Finanzhilfe wäre das System Bokassas längst zusammengebrochen. Weniger bedeutend, aber auch nennenswert, ist die Unterstützung, die das Regime durch die EG erfährt. Das Interesse Frankreichs, die Auflösung des diktatorischen Systems zu verhindern, scheint in den Uranvorkommen des Landes zu liegen. Darüber hinaus gibt es natürlich noch umfangreiche Handelsinteressen zu verteidigen. Frankreich ernährt den neuen Kaiser weiter, solange er nützlich ist.
Und Bokassa wird wissen, daß z.B. dem nigerischen Präsidenten die Forderung nach einem geringen Teil der Gewinne aus der nationalen Uranproduktion das Leben gekostet hat. Niemand beißt in die Hand, aus der er frißt.



Wir wollen auf das „Schweizerische Unterstützungskomitee für die Saharouis" hinweisen. Dieses Komitee besteht aus vier Hilfsorganisationen: Schweiz. Arbeiterhilfswerk, Terre des Hommes Nordwestschweiz, Christlicher Friedensdienst und die Arbeitsgruppe Dritte Welt Aarau. Vertrauenspersonen dieses Komitees haben die Flüchtlingslager in der Nähe von Tindouf (Algerien) im April, Juli und August letzten Jahres besucht, um herauszufinden, was am dringendsten von den Flüchtlingen gebraucht wird. Ihre Bedürfnisse sind enorm: Zelte und Kleider, Schulmaterial, Ernährung der Kinder, Gesundheit. Das laufende Hilfsprogramm hat sich als Ziel gesetzt, eines der zwanzig bestehenden Lager mit 5000 Wolldecken, Schulmaterial für 2500 Schüler und einer Pflegestation für Kleinkinder auszurüsten. Der Gesamtbedarf beträgt Fr. 200.000,-
Danke für Ihre Spende!

**Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Saharouis
Postfach 661, 5001 Aarau
Postscheck 50-9009**

TANSANIA

Im folgenden veröffentlichen wir zum zweiten Mal nach wenig mehr als einem Jahr einen Themenblock zu Tansania. Dies erscheint uns dennoch sinnvoll:
Tansania gilt weithin als sozialistisches Land, das alle Anstrengungen macht, sich aus der internationalen Abhängigkeit zu befreien und seine rückständige, koloniale Struktur grundlegend zu verändern. Daher stellt es für viele fortschrittliche Beobachter ein Vorbild dar, dem andere afrikanische Länder nacheifern sollen. Zu diesem einseitig positiven Bild von Tansania haben wir mit unserem Heft 49 vom November 1975 zweifellos beigetragen, das unter anderem auch eine Rede des tansanischen Staatspräsidenten Julius Nyerere enthält, dem persönlich sicher die besten Absichten zu unterstellen sind.
Die Schattenseiten des tansanischen Systems werden nur selten dargestellt und kritisiert. Offenbar herrscht in vielen Bereichen der tansanischen Gesellschaft eine nationale Bürokratie, deren Interessen und Pläne keineswegs so eindeutig auf Unabhängigkeit und Sozialismus gerichtet sind, wie immer wieder angenommen wird, und deren Entscheidungen oft sogar neue Abhängigkeiten schaffen und die rückständige, koloniale Struktur vertiefen. Mit der Entstehung, den Interessen und einigen konkreten Projekten dieser neuen herrschenden Klasse beschäftigen sich die meisten der folgenden Artikel. Wir hoffen, damit das Bild von Tansania in der BRD etwas gerader zu rücken. Tansania fraglos als Vorbild für andere afrikanische Länder zu betrachten, erscheint uns falsch. Gleichzeitig meinen wir jedoch, daß es sich hier noch immer um s o l i d a r i s c h e K r i t i k am tansanischen Modell handelt, die alternative Entwicklungsmöglichkeiten durchaus zugesteht und sogar selbst konkret aufzeigt.
Bemerkenswert ist, daß die Artikel von Autoren stammen, die selbst in Tansania leben und eine Art innertansanischer Opposition bilden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sogar der Staatspräsident Nyerere schon zu dieser Opposition gegen die Bürokratie gezählt werden muß. Jedenfalls sind Gerüchte im Umlauf, daß er durch einen gefügigeren Politiker ersetzt werden soll.
Der erste Artikel vermittelt einen allgemeinen theoretischen und historischen Hintergrund, vor dem die anderen, die sich mit konkreten Problemen und Projekten im Detail befassen, leichter zu verstehen sind. Er hilft erklären, was später an Daten und Einzelanalysen zu finden ist.
Alle Artikel wurden vom iz3w übersetzt, einige in gekürzter Fassung. *Red.*

Wer kontrolliert Tansanias Wirtschaft?

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE ÖKONOMIE TANSANIAS

Andrew C. Coulson, Dar es Salaam

Wenn Tansania seine Ziele des 'ujamaa' (Sozialismus) und des Vertrauens auf die eigene Kraft erreichen will, muß es radikal mit seinem kolonialen wirtschaftlichen Erbe brechen. Der folgende Artikel untersucht die Entwicklung der tansanischen Wirtschaft und setzt den gegenwärtigen Kampf um den Aufbau des Sozialismus in seinen historischen Kontext. Die Hindernisse beim Aufbau des Sozialismus (sowohl die inneren als auch äußere), die Gefahren des schleichenden Kapitalismus und der Bildung einer neuen Bürokratenbourgeoisie, werden zusammen mit der andauernden neokolonialen Ausbeutung Tansanias – bedingt durch seine Bindungen an die internationale Wirtschaft und durch die „Hilfe" der industrialisierten Welt – untersucht. Schließlich diskutiert der Artikel, was getan werden muß, um die Ausbeutung auszuschalten und die Theorie über afrikanischen Sozialismus in die Praxis umzusetzen.
Der Artikel wurde von Coulson 1972 geschrieben, er basiert auf einer unveröffentlichten Broschüre des Economic Research Bureau der Universität von Dar es Salaam. Der Autor arbeitete von 1967 bis 1972 als Volkswirtschaftler im Landwirtschaftsministerium und lehrte darauf Volkswirtschaft an der Universität von Dar es Salaam.
Red.

Um eine mögliche Entwicklungsstrategie Tansanias zu begreifen, ist es notwendig, die Gründe der Unterentwicklung Tansanias zu verstehen. Der Artikel beginnt daher mit einer Untersuchung der vorkolonialen und kolonialen Ausbeutung. Er betrachtet dann die Veränderungen der Ausbeutungsformen seit der Unabhängigkeit. Die Fortsetzung vielfältiger Formen der Ausbeutung erklärt, warum die wirtschaftliche Entwicklung in Tansania heute so langsam vorangeht. Nur wenn diese Formen der Ausbeutung abgeschafft werden, wird die Armut des Landes beendet sein. Der dritte Teil des Artikels ist somit eine Diskussion darüber, wie die Veränderung in einer Wirtschaft wie der Tansanias erfolgen kann.

Einige Definitionen

Wenn ein Land sich entwickeln will, muß es einen Überschuß aufbringen, d.h. es muß mehr als das für die Ersetzung der gegenwärtigen Produktivkräfte notwendige Minimum erwirtschaften. Ein Überschuß kann zu Saufgelagen oder zur Kriegsführung verwendet werden, oder um Handwerker zu unterstützen oder um Experimente zu machen. Er kann aber genausogut auch für eine Investition ausgegeben werden: d.h., um Verbesserungen und Erneuerungen zu schaffen, welche zu einem größeren und sicheren Überschuß in den kommen Jahren führen.
Wirtschäftliches Wachstum erfolgt, wenn der Überschuß derart investiert wird, daß in der Zukunft ein größerer Überschuß erzielt werden kann. Der Überschuß basiert zwar auf der Arbeit der Werktätigen und der Anwendung ihrer Fähigkeiten. Aber diejenigen, welche für Ordnung sorgen und den Markt organisieren, waren gewöhnlich in der Lage, die Verteilung des Überschusses zu kontrollieren und wurden zur herrschenden Klasse.
Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft wächst (stagniert oder sich zurückentwickelt), kann somit verstanden werden, wenn man die Art des Überschusses kennt, von welchen Tätigkeiten er herrührt, wer ihn kontrolliert, ob er investiert wurde, ob er außer Landes geschafft wurde. Ausbeutung findet statt, wenn der Überschuß, der durch die Arbeit einer

Gruppe oder eines Individuums geschaffen wird, durch eine andere Gruppe oder ein anderes Individuum verbraucht wird. Die Ausbeuter können innerhalb der Gesellschaft sein – z.B. die Großgrundbesitzerklasse, die Abgaben von den Bauern erhält – oder außerhalb – z.B. überseeische Gesellschaften, die mit Hilfe lokaler Niederlassungen Profite einsacken. Ausbeutung ist daher ein Verlust des Überschusses, und wir werden untersuchen, wie dieser Prozeß vonstatten ging, der Afrika von der praekolonialen Zeit bis zum heutigen Tag unterentwickelt gehalten hat.

Die praekoloniale Ausbeutung

Wir können zwei Produktionsarten im praekolonialen Tansania ausmachen. Die eine könnte die primitive Form der gemeinwirtschaftlichen Produktion genannt werden, die andere könnte man feudalistisch nennen. Die einfache gemeinwirtschaftliche Produktion herrschte in den weniger entwickelten Regionen Tansanias. Der Überschuß wurde durch Wechsellandwirtschaft oder durch Viehzucht erzielt – er war nicht groß. Daher war die Entwicklung in solchen Gesellschaften langsam und die Menschen blieben relativ arm. Wechsellandwirtschaft führte zu zerstreuten Stammesansiedlungen. Innerhalb dieser Stämme gab es die Verpflichtung zu arbeiten und sich um die Schwachen und Hilflosen zu kümmern, und der Anbau vieler Nahrungspflanzen (wie z.B. Sorghum und Hirse) geschah gemeinschaftlich. Auch die Jagd war eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Dagegen war das Vieh in individuellem Privatbesitz und wurde sehr oft als Maß und Vorrat von Reichtum angesehen. Aber die verschiedenen sozialen Einrichtungen (wie der Brautpreis) halfen diesen Reichtum zu verteilen und verhinderten, daß ein einzelner so viel reicher wurde als die anderen, daß er sie ausbeuten und beherrschen konnte. Innerhalb des Stammes taten die Frauen die meiste Feldarbeit, während die Männer für die Jagd und die Verteidigung verantwortlich waren.

In höher entwickelten Regionen, wo ein größerer Überschuß erzielt werden konnte, begann sich eine andere Produktionsweise durchzusetzen, welche wir Feudalismus nennen. Eine Gruppe von Grobschmieden, welche die Produktion der Waffen und der landwirtschaftlichen Werkzeuge kontrollierte, oder eine Gruppe von Wettervorhersagern, ebenfalls in der Lage, einen Beitrag zur Überschußproduktion zu leisten, drang in ein Gebiet ein und bot der Bevölkerung und deren Produktion Schutz vor den Angriffen anderer Stämme an.

Als Gegenleistung wurde ihr ein Teil des Überschusses abgegeben. Da diese Stammesführer an Macht gewannen, nahm die Kontrolle über die erwirtschafteten Überschüsse zu, und sie wurden zur herrschenden Klasse. Der Überschuß wurde teilweise in Form von Steuern (oder einer ähnlichen Abgabeform) abgetreten, teilweise auch durch die Bereitstellung der Arbeitskraft, indem man die Verpflichtung einging, auf den Feldern des „chiefs" zu arbeiten oder für ihn in Kriegszeiten zu kämpfen.

Sobald ein Teil des Überschusses in den Händen des „chiefs" war, konnte er etwas davon anlegen und so den zu erwartenden Überschuß der zukünftigen Jahre vergrößern.

Eine der Kräfte, welche die Entwicklung des Feudalismus begünstigten, war der Handel, der sich zwischen diesen Gesellschaften entwickelte. Einige Gebiete konnten Salz liefern, andere benötigten Salz. Einige Gebiete konnten eiserne Hacken produzieren, andere Stoffe und irdene Töpfe herstellen. Einige Gebiete konnten Überschüsse an Futtergetreide erbringen, ander an Vieh. Andere Gebiete waren nicht in der Lage, selber besondere Überschüsse zu produzieren, aber ihre Einwohner begannen sich auf den Handel zu spezialisieren. Wer auch immer entweder den Handel oder die Produktionsmittel kontrollieren konnte, war in der Lage, Steuern darauf zu erheben und einen Teil des Überschusses in Anspruch zu nehmen. Auf diese Weise führte auch der Handel zur Bildung und Weiterentwicklung der herrschenden Klasse.

Im 15. Jahrhundert gab es ein gut ausgebautes Handelsnetz zwischen den Stämmen, das schrittweise ausgedehnt wurde. Es gab auch kleine Handelsniederlassungen an der Küste, welche von Moslems aus Somalia und Jemen gegründet worden waren. Im 15. Jahrhundert hatten die Portugiesen ihren Platz eingenommen; im 17. Jahrhundert wurden diese wiederum von den Arabern ersetzt. Die größte Siedlung, Kilwa Kisiwani, hatte ihre wirtschaftliche Macht durch die Kontrolle des Goldhandels gewonnen. Das Gold kam aus Zimbabwe zum Hafen Sofala in Mozambique, von wo es auf dem Seeweg nach Indien oder Arabien gebracht wurde. Erst im 18. Jahrhundert wurde das Innere des Landes für Waren aus dem technologisch höher entwickelten Asien und Europa geöffnet.

Tansanias Präsident will sein Staatsamt aufgeben

sei. **Daressalam** (Eigener Bericht)

In der 1964 aus dem ostafrikanischen Tanganjika sowie den Inseln Sansibar und Pemba gebildeten Vereinigten Republik Tansania stehen einschneidende politische Veränderungen bevor. Zuverlässigen Informationen zufolge wird der seit eineinhalb Jahrzehnten autokratisch regierende Präsident Julius Nyerere dieses Amt im Lauf des nächsten Jahres an Aboud Jumbe aus Sansibar abgeben. Bereits Anfang Februar soll die Einheitspartei Taganjikas (TANU) mit der Sansibars (ASP) zu einer gesamttansanischen Revolutionspartei (Chama Cha Mapizindu — CCM) zusammengeschlossen werden; Nyerere wird sich mit dem Posten des Parteivorsitzenden begnügen. Festlands- und Inselteil der Republik sollen dadurch enger verbunden werden; die Autonomie Sansibars innerhalb des Staatsverbandes soll aber bestehen bleiben.

18.12.76 *(SZ)*

Zu jener Zeit war in Europa eine neue Produktionsweise entwickelt worden: der Kapitalismus, welcher auf der Lohnarbeit aufbaut. In diesem System wurde der Überschuß von den Kapitalisten kontrolliert. Die Gewinne gaben ihnen eine Kraft, welche sie sowohl gegen die Arbeiter in ihren eigenen Fabriken als auch gegen jene wandten, mit denen sie Handel trieben.

Es ist möglich, den Gewinn, welcher durch den Handel geschaffen wird, all denen, die am Handel teilnehmen, zugute kommen zu lassen. Es ist auch möglich, daß der Gewinn von e i n e m der Händler angeeignet wird. In welchem Umfang dies erfolgt, ist im wesentlichen eine politische Frage, d.h. es hängt von der relativen Macht der zwei Vertragspartner ab. Der enorme Vorsprung der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer großen Produktionsvielfalt und der Neuheit ihrer Güter, welche Afrika in der ersten Zeit erreichten, gab ihr einen ungeheuren Handelsvorteil. Daher repräsentierten die gebräuchlichen Preise in keiner Weise den Arbeitsaufwand, verkörpert in den ausgetauschten Gütern. Aufgrund dessen floß viel des in Afrika produzierten Überschusses nach Europa. Die aus Ostafrika exportierten Güter waren anfangs Gold, Elfenbein und Bienenwachs.

Im Austausch dafür wurde Afrika der Überschuß der europäischen Produktion verkauft: Textilien minderwertiger Qualität, Glasperlen, Waffen, Munition, Alkohol.

Der Handel selbst reichte aus, um die Entwicklung der afrikanischen Feudalgesellschaften zu spalten. Es wurde leichter,

Stoff zu importieren, als ihn im Land herzustellen. Die Fähigkeiten,Stoff zu spinnen und zu weben, gingen in einigen Teilen Ostafrikas verloren.
Eine weitaus schlimmere Zerstörung erfolgte als der Sklavenhandel um 1730 nach Ostafrika ausgedehnt wurde. Mit der Gründung von Sklavenplantagen auf den Inseln Mauritius und Reunion, wo Zucker und Kaffee für den europäischen Markt angebaut wurden, war der Anfang gemacht. Sklavenhandel war für jede Form der Entwicklung schädlich.



Seilproduktion aus Sisalhanf, einem der Hauptausfuhrartikel Tansanias.

Andere Handelsaktivitäten waren in einer Atmosphäre von Sklavenjagd unmöglich. Mit der Etablierung von Nelkenplantagen auf Sansibar in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts nahm der ostafrikansche Sklavenhandel zu und erreichte seinen Höhepunkt um 18 70. Als die Deutschen kamen, war das Land somit schon ausgebeutet und zerstört, es hatte wenig Möglichkeiten für eine Verbesserung oder eine Erneuerung in den vorangegangenen hundertfünfzig Jahren gegeben. Aber dies war die Zeit der Industriellen Revolution in Europa, als dort die Erneuerung in jedem Bereich des produktiven Lebens stattfand. Die Kluft zwischen Europa und Ostafrika war um vieles weiter geworden.

Koloniale Ausbeutung
In diesem Abschnitt untersuchen wir kurz die Grundlage des kapitalistischen Wachstums im Westen, um zu sehen, warum die gleiche Art von Wachstum nicht in einer Kolonie stattfinden konnte. Wir betrachten dann die Formen der Produktion, der Politik und der Institutionen in der Kolonialzeit und das Erziehungssystem, das zur Entstehung der TANU und zur Unabhängigkeit 1961 führte.

Kapitalistisches Wachstum
Der Anfang des Kapitalismus basierte auf der fabrikmäßigen Produktion von Gütern, um dem Bedürfnis nach Massenkonsumption nachzukommen. Insoweit, als die Fabriken Konsumgüter für die Arbeiter produzierten, benötigten die Arbeiter genug Geld, um sie zurückzukaufen. Die Kapitalisten erkannten allmählich, daß Lohnsteigerungen ihren Markt vergrößerten, da die Arbeiter sich dann eine größere Menge an Waren leisten konnten. Und zwar nicht das Notwendige, sondern relativ unwesentliche Dinge: Radios, bequemere Häuser, Genußmittel, Autos, Fernseher. Der Kapitalismus wandte sich mehr und mehr der Versorgung der Massenmärkte mit luxuriösen Konsumartikeln zu und fährt damit fort bis zum heutigen Tag.

Koloniale Unterentwicklung
Diese Entwicklung konnte in einer Kolonie wie Tansania nicht stattfinden. Die Kolonisation Afrikas fand statt, weil die Kapitalisten erkannten, daß mit dem Ende des Sklavenhandels andere Handelsprofite aus Afrika herauszuholen waren. Diese Profite konnten durch den Export von Mineralien wie z.B. Gold, Kupfer, Diamanten sowie Agrarprodukten wie Baumwolle, Kautschuk, Tabak, Tee und Kaffee gemacht werden; diese Waren konnten in den Kolonien billiger als anderswo produziert werden, was nicht zuletzt daran lag, daß die Entlohnung der Arbeit hier sehr niedrig war.
Es gab zwei Produktionsarten: die eine war das Wanderarbeitssystem, in dem die Löhne zwar so hoch waren, daß die Arbeiter davon leben konnten, aber nicht so hoch, um auch die Frauen und Familien zu erhalten, welche zu Hause bleiben mußten und sich selbst zu versorgen und zu ernähren hatten. Die andere war eine Kleinbauernwirtschaft, in der der Kleinfarmer eine begrenzte Unabhängigkeit behielt und so viel Lebensmittel für sich selbst anbaute, wie möglich, aber auch gezwungen wurde, Exportpflanzen wie Baumwolle und Kaffee anzubauen, die sehr schlecht bezahlt wurden.
In jedem Fall genügte das Geldeinkommen nicht zu einem vollen Lebensunterhalt und mußte durch die Subsistenzwirtschaft der Ehefrau und Familie ergänzt werden. Beide Produktionsarten wurden erzwungen, indem die Kolonialregierung eine Steuer erhob, die bar zu bezahlen war und die Afrikaner, wenn sie sie nicht bezahlen konnten, dazu zwang, als Fremdarbeiter ihren Lohn zu verdienen.
Die Massenproduktion von bisher handwerklich hergestellten Gütern konnte aus zwei Gründen nicht beginnen. Zum einen blieb den Arbeitern und Bauern nach dem Abzug der Steuern so wenig Geld, daß der Markt einfach zu klein war für die Massenproduktion. Zum andern war es aus der Sicht der britischen Manufaktureigner billiger, die Produktion in ihren Anlagen in Großbritannien zu vergrößern, als sich dem Risiko und der Mühe, neue Produktionsanlagen in Afrika aufzubauen, zu unterziehen.

Kolonialpolitik
Die ersten Unternehmungen der Kolonialregierung in Tansania waren deutsche Forts, um neue Formen der Ausbeutung im Land abzusichern. Dann wurden Eisenbahnen gebaut, um die Verteidigung zu erleichtern, aber auch, um den Transport von Exportgütern zur Küste via Tanga und Dar es Salaam zu ermöglichen.
Das Wanderarbeitersystem wurde von allen drei kolonialen Eindringlingen genutzt. Die einen waren Pflanzer, welche von europäischen Firmen angestellt waren, um Tee oder Sisalplantagen anzulegen. Sie waren bezahlte Angestellte, verantwortlich den ausländischen Firmen, und das Ziel dieser Firmen war es, in Afrika Profit zu machen. Die anderen waren Siedler, einzelne Europäer, welche auf der Suche nach einem besseren Leben in die Kolonien gezogen waren. Die dritte Gruppe bestand aus Bergleuten, meist Abenteurer, welche auf schnelle Bereicherung aus waren.

Ohne den Ersten Weltkrieg wäre Tanganyica eine Siedlerkolonie geworden, ähnlich wie das benachbarte Kenya. Das beste Land wäre allmählich an Siedler veräußert worden oder aufgeforstet worden. Viele Bauern hätten nicht genug Land behalten um ihre Nahrungsmittel anzubauen und um das Geld zur Bezahlung ihrer Steuern zu verdienen. Sie wären gezwungen worden, auf Farmen und nahegelegenen Plantagen für niedrige Löhne zu arbeiten. So ein Proletarisierungsprozeß, wohlbekannt aus der Geschichte Kenyas oder Rhodesiens, fand aber nur in einem Gebiet Tansanias tatsächlich statt – die Ost-Usambara-Berge, wo das beste Land in den 1890er Jahren für Kaffeeplantagen genommen wurde. In der Kilimanjaro-Region und anderswo wurde sie durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhindert. Nach dem Krieg war Tanganyica ein Treihandgebiet des Völkerbundes und bot weniger attraktive Voraussetzungen für die britischen Siedler alsKenya oder Rhodesien. Die Produktion auf Gütern und Plantagen erholte sich nur langsam und wurde erst in den 1930er Jahren wesentlich zu einer Zeit, als die afrikanischen Bauernproduzenten auf dem Kilimanjaro und in Meru bereits ihren Kaffee gepflanzt und genug Freunde in hohen Positionen hatten, die ihnen die Erlaubnis zur Fortsetzung des Anbaus zusicherten.

Aufkommen der Bauernwirtschaft

Die Bauernwirtschaft war eine offensichtliche Antwort der Afrikaner auf die Besteuerung durch die Deutschen. Afrikaner verkauften alles, was sie konnten, um die Zwangsarbeit zu vermeiden. 1904 war der größte Einzelexport Gummi, der von in allen Teilen des Landes wild wachsenden Bäumen gesammelt wurde. Robusta-Kaffee war eine andere natürlich wachsende Pflanze. Die ersten Exporte von Bukoba gab es 1898. Arabischer Kaffee wurde den Afrikanern auf dem Kilimanjaro von Missionaren vorgestellt und sein Anbau zu einem solchen Umfang ausgeweitet, daß in den 30er Jahren die meisten der Afrikaner in der Lage waren, entweder den Verkauf ihres Landes oder den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Siedler zu verweigern. Baumwolle wurde im Mwanza-Gebiet auf afrikanischen Farmen zwangseingeführt. Zwangsweiser Anbau von Baumwolle in der Küstenzone war einer der Gründe des „Maji Maji", der 1905 ausbrach. Die Deutschen nannten es eine „Revolte des Volkes" und schlossen daraus, daß den Bauern mehr Freiheit in der Entscheidung über die Zahlungsweise der Steuern gegeben werden sollte. Somit kamen Unterschiede zwischen den Farmen Tansanias auf: jede vertrat einen anderen Weg, das Geld für die Steuerzahlung aufzubringen. Bauern, die für den Markt produzierten, wurden von der kapitalistischen Weltwirtschaft abhängig. Sie wurden auch wegen ihrer alltäglichen Bedürfnisse nach Konsumgütern an den Weltmarkt gebunden.

Asiatische Händler

Dies war die Arbeit der asiatischen Händler. Ursprünglich wurden sie von den Deutschen gefördert, um eine billige Methode der Ernteeinsammlung von den verschiedenen Farmen zu haben. Viele wurden unter den Schutz asiatischer Handelsfirmen ins Land gebracht; diese Handelsfirmen unterhielten enge Verbindungen zur herrschenden Klasse. Die Händler, die auszogen, um die Ernte einzusammeln, brachten immer Konsumgüter mit, um sie zum Verkauf anzubieten. Sie wurden somit auf zwei Arten zu Agenten der Kolonialmächte: Sie verkauften Konsumgüter und lieferten so den europäischen Firmen Absatzgebiete, und sie überredeten die Farmer, Agrarprodukte zu Preisen anzupflanzen, welche ihre Arbeit ausbeuteten. Die lokale Industrie, wie z.B. die Hufeisenmanufaktur oder die Textilproduktion, brach unter dem Wettbewerb der importierten Güter zusammen. Überdies wurden die reichen Bauern immer abhängiger von importierten Gütern wie Textilien, Streichhölzern, Kochtöpfen, Parafin etc. Das führte dazu, daß sie keine andere Wahl hatten, als genügend Agrarprodukte anzupflanzen, um im Austausch jene Güter zu kaufen. Sie waren gefangen im internationalen kapitalistischen System, dem nicht leicht zu entkommen war. Die Briten behaupteten, daß sie eine Methode der Eingliederung der Primärproduzenten in die internationale Wirtschaft gefunden hätten, ohne Gewalt anzuwenden. Es gab in diesem System nichts, daß sie davon hätte abhalten können, extrem niedrige Preise für Agrarprodukte festzusetzen – die Bauern würden ohnehin weiterproduzieren.

Aber genau dieser Erfolg in der Produktion von landwirtschaftlichen Exportgütern („cash crops") in den 30er Jahren schaffte neue Probleme. Berichte aus der Sukama-Region ließen durchblicken, daß die Bauern die Baumwollproduktion so forcierten, daß der Boden ausgelaugt wurde. Gleichzeitig vernachlässigten sie den Anbau von Nahrungsmitteln. Es gab Hungersnöte, welche von den britischen Agrarbeamten auf die zunehmende Konzentration auf „cash crops" zurückgeführt wurden. Darüber hinaus wurden die asiatischen Händler in einer Zeit der niedrigen Preise und des gestiegenen Angebots unzuverlässig und immer unbeliebter, sowohl bei der Regierung als auch bei den Bauern. Es gab daher zwei Veränderungen in der Politik der Briten. Die eine bestand im Erlaß von Gesetzen, welche die Bauern zwangen, bestimmte landwirtschaftliche Produkte anzupflanzen. Die andere bestand in der Einmischung in den Vermarktungsprozeß und in der Gründung der „Kooperativen Bewegung".
In diesen Zeitraum fiel die rasche Entwicklung einer Kulakenklasse, einer Klasse von kleineren landwirtschaftlichen Kapitalisten. Einige von diesen kamen dadurch hoch, daß sie die Profite aus der Baumwoll- oder der Kaffeeproduktion gebrauchten, um Arbeitskräfte anzuheuern und ihre Anbaufläche zu vergrößern. Andere z.B. die Tabakpflanzer von Urambo oder die Teefarmer von Tukuyu oder die Usambaras, wurden bewußt unter eine eingehende Beaufsichtigung durch die Regierung gestellt. Diese Leute hatten sehr oft mit der TANU zu tun und nahmen viele Führungspositionen in den Kooperativen und den Bezirksverwaltungen ein. Die Kooperativen wuchsen in den Gebieten, in denen cash-crops angebaut wurden. Sie wurden durch die Regierung und deren Angestellte in der „Cooperative Development Division" ermuntert. Das Ziel bestand darin, nicht die Art und Weise der Produktion zu verändern, sondern die Produktvermarktung von den Asiaten zu übernehmen. Auf der lokalen Ebene wurden viele der Führungspositionen von Kulaken oder Großfarmern kontrolliert, die sich auf diese Weise einen ansehnlichen Anteil an den gezahlten Löhnen sicherten. Die überlebenden Kooperativen arbeiten heute noch immer als Vermittler, indem sie die Pflanzen ankaufen und sie gemäß behördlichen Anordnungen an die Verteilerstellen weiterverkaufen.
Die Geldinstitute waren an dem kolonialen Ausbeutungssystem beteiligt. Die wichtigsten Handelsbanken und Versicherungen waren Zweige britischer Banken und Versicherungsgesellschaften.
Diese Geldinstitute waren aufgebaut, um den Geldüberhang zusammenzuziehen und nach England zu transferieren.
Damit ist unsere Erörterung der Kolonialpolitik, ihrer Einrichtungen und ihrer Arbeitsweisen, schon abgeschlossen. Klar ist, daß sie zusammen als ein System gesehen werden müssen, das dazu da ist, den Überschuß aus Afrika abzuziehen. Jede Institution funktionierte in diesem Sinn. Es bleibt jedoch eine weitere koloniale Einrichtung zu betrachten, das Erziehungssystem. Dies erwies sich als das schwäch-

ste Glied im kolonialen System und machte deshalb den Weg zur Unabhängigkeit frei.

Erziehung und Nationalismus

Koloniale Erziehung war ein gemeinsames Unternehmen der Regierung und der Missionen. Die Missionare lehrten das Volk, die Bibel zu lesen, und begannen dann spezialisiertere Schulen aufzubauen, um ihre eigenen Lehrer und Pfarrer heranzuziehen. Die regierungseigenen Schulen, welche nicht so zahlreich waren, wurden speziell zur Ausbildung von Büroangestellten und Steuereinziehern gegründet.

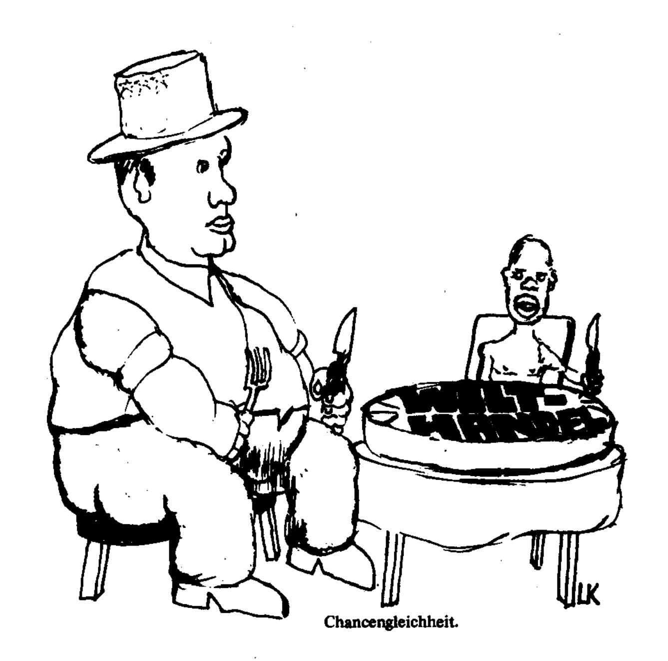
Die anfängliche Stoßrichtung der Missionserziehung zielte auf die Verdrängung der traditionellen Stammeserziehung, welche auf Initiationsriten und Zusammenkünfte beruhte, bei denen von den Erfahrungen der Älteren gelernt wurde. Es gab zwei Grundzüge in der Stammeserziehung: zum einen ihre Universalität (jederhatte sich dieser Erziehung zu unterziehen) – ein Stamm konnte sich nicht leisten, daß sich jemand dieser Erziehung nicht unterzog, zum anderen ihre Relevanz – es wurde gelehrt, wie man in gefährlicher und oft unwirtlicher Umgebung überleben kann.

Die Missionserziehung untergrub diese Erziehungsziele. Sie wurde erstens nur einigen wenigen angeboten, denjenigen nämlich die es sich leisten konnten, Zeit und Geld zu opfern, um dem Unterricht beizuwohnen. Auf diese Weise zerstörte die Missionserziehung die Universalität der Stammeserziehung, zumal die Missionen versuchten, die Teilnahme der Bekehrten an den Initiationsriten und anderen Zeremonien zu verhindern. Zweitens war viel von der Missionserziehung auf das Leben in der Stadt zugeschnitten; es handelte sich vor allen Dingen um Lesen, Schreiben und Rechnen. Wer immer diese Erziehung erhielt, war in der Lage, ein neues Leben als Büroangestellter oder Lehrer zu beginnen, anstatt wie zuvor vom Wetter oder von den Weltmarktpreisen abhängig zu sein, um ein Einkommen zu erzielen.

Die europäische Erziehung führte zur Klassenbildung, da die Erzogenen von ihren Wurzeln in der traditionalen Gesellschaft abgeschnitten und der individualistischen Ideologie der Siedler ausgesetzt wurden. Aber genau darin lag ein Widerspruch. Denn diese Ideologie enthielt auch christliche oder liberale Ideen der Befreiung und der Gleichheit. Die individualistisch ausgerichtete Klasse erkannte bald, daß diese Ideen nicht mit ihren Lebensumständen übereinstimmten und so begannen sie auf mehr Freiheit zu drängen, auf mehr Möglichkeiten für die gebildeten Afrikaner, auf ein Ende des Rassismus. Die nationalistische Bewegung wurde so in der kleinbürgerlichen Klasse geboren und von dieser geführt. In den 20er und 30er Jahren organisierte sie Klubs und Treffpunkte für Afrikaner, begann sich in Geschäften zu versuchen, gab Zeitungen heraus und organisierte die ersten Kooperativen. In den 40ern übte sie sich im Abschluß von kollektiven Verträgen und gründete die erste beständige Gewerkschaft. In den 50er Jahren, als Indien schon vom Kolonialismus befreit war und Ghana auf dem Weg dahin, wurde die Unabhängigkeit zum Hauptziel. Julius Nyerere kehrte 1952 von Schottland zurück und am 7. Juli 1954 wurde die TANU mit dem Ziel der Unabhängigkeit und der Mehrheitsherrschaft gegründet.

Die TANU erfuhr Unterstützung von allen afrikanischen Bevölkerungsteilen. Sie hatte Verbindung zu den Gewerkschaften, den Kooperativen (und zu den Kulaken vermittels der letzteren). Sie wurde durch gelernte Büroangestellte und Lehrer geführt. Vor allem konnte sie von der Unzufriedenheit der Bauern mit den landwirtschaftlichen Zwangsgesetzen und ihrer Furcht vor weiterer Enteignung zugunsten der Siedler profitieren. In den späten fünfziger Jahren erkannten die Briten, daß sie gut beraten wären, die Unabhängigkeit zuzugestehen.

Es gab gute Gründe für diesen Schritt: Ghana war zu diesem Zeitpunkt bereits unabhängig und Nigeria war die Unabhängigkeit versprochen worden. Mau Mau in Kenia hatte gezeigt, daß die Kosten, die entstehen, wenn ein nationalistischer Kampf mit Gewalt unterdrückt wird, zu verhindern waren. Schließlich hatten die Briten auch erkannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Kolonien wie Tanganyika große Geldsummen für die Infrastruktur verschlingen würde und sie sträubten sich, diese zur Verfügung zu stellen. Wenn sie die Unabhängigkeit gewährten, würde eine nationalistische Regierung die Parole vom Vertrauen auf die eigene Kraft dazu benützen, das Volk zu besteuern und so einen großen Teil der Infrastruktur von inländischen Ersparnissen zu bezahlen. Sie würde fortfahren, landwirtschaftliche Rohstoffe zu produzieren und die Produktion ausweiten, um Ertrag und Einkommen anzuheben. Das Fehlen von ausgebildeten lokalen Arbeitskräften würde sie zwingen, sich auf vielen wichtigen Posten wieder auf die ausgewanderten Briten zu verlassen und unmöglich machen, daß sich die Politik weit vom kolonialen Muster entfernt. Als sie die Unabhängigkeit gewährten, konnten die Engländer die Rolle eines großmütigen Wohltäters spielen: eine viel glücklichere Rolle als die des kolonialen Unterdrückers und Verursachers der Unterentwicklung. Auf dem Agrarsektor bestand die hauptsächliche Politik darin das Aufkommen afrikanischer Farmen, die kapitalistisch orientiert waren, zu ermutigen. Von 1957 an wurde der landwirtschaftliche Personenbestand umgruppiert, um fortschrittliche Farmer auszusuchen und zu unterstützen. Gemessen an den Produktionszahlen war das Ergebnis sehr erfolgreich. Afrikanische Tabak-, Weizen-, Mais- und Teegroßfarmer entstammen dieser Periode.



Chancengleichheit.

Im öffentlichen Dienst war das Ziel, soviel Posten wie möglich mit Afrikanern zu besetzen. Das Erziehungs- und Propagandasystem durfte sich diesem Ziel anpassen. Tansaniern wurde beigebracht, die koloniale Bürokratie zu betreiben. Nicht zuletzt sollte eine wichtige Reihe von Wirtschaftsberichten für die ersten sieben Jahre der Unabhängigkeit der Wirtschaftspolitik Gestalt geben.

All dies geschah in der Absicht, dafür zu sorgen, daß die Formen der kolonialen Ausbeutung auch nach der Unabhängigkeit im wesentlichen unverändert weiterexistierten.

Neokoloniale Ausbeutung

Tanganyika wurde nominal am 9. Dezember 1961 unabhängig. Eine nationale Regierung hatte nun die Freiheit, ihre Freunde zu wählen, die internen politischen Vorgänge zu verändern und ihre eigene Wirtschaftspolitik zu machen. Die Einheit des Landes, der Gebrauch einer nationalen Sprache und das relative Fehlen des Tribalismus machten die Regierung stark genug, Politik nach ihrer Wahl zu betreiben. Jedoch waren ihre Entscheidungen daran gebunden, die Interessen der herrschenden Klasse, welche die Macht übernahm, wahrzunehmen. Die koloniale herrschende Klasse hatte im Ausland gelebt. Sie umfaßte die britischen Politiker, die britischen Angestellten des öffentlichen Dienstes und das Management einiger inländischer Konzerne, die den Entscheidungsprozess in Tansania kontrollierten. Sie hatten ein Wirtschaftssystem aufgebaut, das von für den Export bestimmten Agrarprodukten abhing. Deshalb funktionierte das System der Ausbeutung auch ohne sie weiter. Nur ihre Vertreter waren zur Kolonialzeit in den einzelnen Orten ansässig; der Gouverneur, die kolonialen Zivilangestellten und einige Geschäftsleute. Diese Positionen wurden durch Afrikaner übernommen. Dadurch entstand eine neue herrschende Klasse – die Bürokraten (‚Nizers' genannt) waren geboren. Diese Klasse besaß nun die politische Macht, jedoch noch nicht eine starke wirtschaftliche Basis. Sie konnte zwar einen Anteil an den Steuern einstecken und diesen Betrag durch Schuldenaufnahme im Ausland vergrößern, aber die wirkliche Produktion kaum beeinflussen, so daß ihre Stellung unsicher war. Die Bürokraten mischten sich mit einer anderen Klasse: der Kleinbourgeoisie, den Lehrern, den Angestellten, den Technikern. Unter der Herrschaft der Bürokraten wurden einige Veränderungen durchgeführt, im Besonderen nach der Arusha-Erklärung (1967). Die wirtschaftliche Struktur blieb jedoch im wesentlichen die gleiche. Die Produktion begrenzte sich auf den Agrarsektor, zumeist auf Plantagen und Farmen.

Der Anbau der gemeinwirtschaftlichen Ujamaa-Dörfer blieb im Vergleich dazu unwesentlich. Selbst die Regierungsprogramme förderten mit Nachdruck immer noch die traditionellen Agrarprodukte, welche für den Export bestimmt waren und auf den Überseemärkten verkauft wurden, wo ein ungleicher Tausch stattfand. Es gab einige Investitionen in der verarbeitenden Industrie, aber diese waren hauptsächlich Importsubstitutionen, die die Abhängigkeit verstärkten, anstatt sie zu beenden; die Verstaatlichung änderte diese Abhängigkeit nicht grundsätzlich.

Überschußverlust durch die Finanzinstitutionen wurde bis zu einem gewissen Grade durch die Verstaatlichung kontrolliert aber die koloniale Struktur der Produktion und Ausbeutung war faktisch nicht gefährdet.

Industriepolitik

Vor 1957 gab es in Tansania keine Massenproduktion von Textilien, obwohl Baumwolle sogar eines der Hauptexportprodukte der Kolonie war. Die Stahlproduktion hatte bis dahin noch nicht begonnen, obgleich Kohle und Eisenerz zur Zeit der deutschen Besetzung entdeckt worden waren. Landwirtschaftliche Geräte wurden im Lande bis zur Unabhängigkeit nicht hergestellt.

Aber wie steht es mit der Industrialisierung, die in den 50er Jahren einsetzte? Was die Produktionsraten anbetrifft, war sie zwar eindrucksvoll. Aber anstatt auf Massenbedürfnisse ausgerichtet zu sein wie in den frühen Phasen des Kapitalismus, zielte sie zum größten Teil auf den Luxuswarenmarkt ab: Hygiene-Artikel, Fertignahrung, die Haushaltswaren, die für die gegenwärtige entwickeltere Phase des Kapitalismus im Westen charakteristisch sind.

Das Anwachsen solcher Industrie ist auf die Existenz von Überschuß konsumierenden Klassen zurückzuführen. Der Überschuß wurde durch die Arbeit der Wanderarbeiter und der Bauern produziert, aber andere Klassen konnten die Kontrolle über einen Teil davon gewinnen. Zu ihnen gehörte die Bürokratenklasse: Angestellte der Kolonialverwaltung, die von den den Arbeitern und Bauern auferlegten Steuern bezahlt wurden. Eine andere zahlenmäßig größere Klasse war die Händlerklasse (größtenteils Asiaten und Araber). Diese wurde von der Kolonialregierung wohlweislich dazu eingesetzt, den Überschuß von den verstreut wohnenden Bauern einzukassieren. Ein Händler schafft keinen Überschuß – ohne die Warenproduzenten ist er nichts – aber über den Einkauf zum einen Preis und über den Verkauf zu einem anderen kommt er in den Besitz von einem Teil des Überschusses.

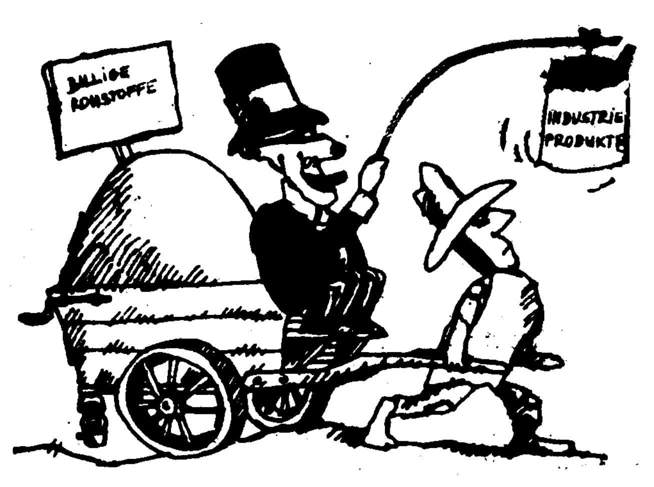
So standen die Bürokraten- und die Händlerklasse sowie ihre Verbündeten (Importeure, Exporteure, Großhändler, Justizbeamte, Doktoren, Techniker etc.) relativ gut da. Diese Klassen befriedigten ihr ständiges Bedürfnis nach Luxusgütern. Und indem diesem Bedürfnis entgegengekommen wurde, entwickelte sich die Importsubstitutionsindustrie. Als dann der Markt für Importsubstitutionsprodukte zu klein wurde, konnten über diese Art der Industrialisierung nicht genügend Produktionskapazitäten entwickelt werden, um eine Produktions- und Konsumgüterindustrie aufzubauen. Die Anlagen, die Ausrüstung und die Technologie wurden stets importiert. Eine integrierte industrielle Struktur, die sowohl die Produktions- als auch die Konsumgüterindustrie einschließt, hätte nur auf der Grundlage einer Massenkonsumgüterproduktion gebildet werden können, und dafür waren keine Märkte vorhanden.

Wir werden sehen, daß der einzige Weg, diesen Widerspruch zu vermeiden, die sozialistische Industrialisierungsstrategie ist, welche auf dem Angebot von und der Nachfrage nach Gütern fußt, welche die Volksmassen wollen und brauchen. Die Situation verbesserte sich nicht, als Tansania 1967 die Industriebetriebe verstaatlichte und danach Verträge mit den alten Besitzern unterzeichnete, wonach diese die Betriebe weiterleiteten. Dieser Schritt gab der Bürokratenklasse direkten Einfluß auf die Industrie des Landes. Aber sie mißachtete, zu welchem Zweck die Gesellschaften gegründet worden waren und beließ sie in Abhängigkeit von importierten Ausgangsmaterialien. Die Bürokraten nahmen auch nicht zur Kenntnis, daß das Abrechnungssystem den Export der Überschüsse verschleierte.

Weil diese Gesellschaften gegründet wurden, um Gewinne auf ausländischen Märkten zu machen, bestand das Hauptziel natürlich darin, Profite aus Tansania zu transferieren. Der Mechanismus funktioniert wie folgt: die Gesellschaft tritt an die Regierung mit dem Angebot heran, eine Fabrik zu errichten. Die Regierung verpflichtet sich, die Importzölle hoch zu halten, um Konkurrenzprodukte aus dem Land zu halten, und der Gesellschaft Zollfreiheit für importierte Zulieferungen zu gewähren. Da die Importzölle in der Regel bei mindestens 30 – 40 % liegen, kann die importsubstituierende Firma die Preise um mindestens 20 – 30 % anheben und trotzdem den ganzen Inlandsmarkt behalten.

Der Gewinn geht dann auf Kosten der Staatskasse Tansanias (die die Importzolleinkünfte verliert) oder auf Kosten des tansanischen Verbrauchers, der höhere Preise zu zahlen hat. Außerdem kann der Gewinn aus dem Land transferiert wer-

den – dies würde über das Abrechnungssystem der Gesellschaft geschehen. Die importierten Teile oder Rohstoffe könnten zu so hohen Preisen von der Muttergesellschaft eingekauft werden, daß die Firma in Tansania kaum Gewinne zu machen scheint. Für diese Art der Ausbeutung ist die Frage, wer die Firma besitzt, kaum relevant; die internationalen Konzerne begrüßen sogar oft eine 'partnerschaftliche' Vereinbarung. Dies gibt ihnen eine sichere Stellung, weil sie die Unterstützung der Regierung genießen können. Dieser Mechanismus des Überschußverlustes und der Ausbeutung wird so lange andauern, wie Tansania von internationalen Firmen abhängig bleibt und keine Projekte verwirklichen kann, bei denen eine eigene Technologie und eigene Rohstoffe verwendet werden.



Ausländische Hilfe
Eine letzte Spielart neokolonialer Politik muß in Betracht gezogen werden, denn sie ist von beträchtlicher Wichtigkeit für Tansania geworden: die ausländische Hilfe. Ein Geldgeschenk, welches nicht an bestimmte Forderungen geknüpft ist, ist zweifellos für ein Entwicklungsland sehr wertvoll: so z.B. einige der Hilfeleistungen der UNO, einige Zuwendungen von sozialistischen Ländern (jedoch nicht alle!) sowie von humanitären Organisationen ('War on Want', 'Oxfam' ect.). Viele der sogenannten Hilfeleistungen, welche Tansania erhält, sind jedoch einfach Subventionen für die Exporteure in den 'entwickelten' Ländern. Die italienische „Hilfe" für den internationalen Kilimanjaro-Flughafen ermöglichte es einer italienischen Beratungsfirma, ein großzügiges und teures Projekt zu entwerfen, eine italienische Firma baute es. Die deutsche Hilfe für die Düngemittelfabrik und die kanadische Hilfe für die automatische Brotfabrik sicherten deutschen und kanadischen Maschinenherstellern die Aufträge (Vgl. die entsprechenden Artikel in diesem Heft.) Man könnte diese Liste unbegrenzt fortsetzen. Eine vorsichtige Schätzung besagt, daß die Projekte, welche durch ausländische „Hilfe" finanziert wurden, zwischen 25 und 50 % mehr kosten als wenn sie durch internationale Zahlungsabkommen finanziert worden wären. Ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird Tansania vermutlich deshalb gewährt, um es an das Ausbeutungssystem des ungleichen Tausches auch weiterhin zu binden. Zum Beispiel:
a) sie kann einen Zweig der exportorientierten Landwirtschaft enwickeln, oder b) sie kann eine Infrastruktur aufbauen, in der die exportorientierte Landwirtschaft eine Ausgangsbasis hätte, oder c) sie kann Bildungsmöglichkeiten schaffen, welche elitäre Tendenzen wieder verstärken würden. Dise Kriterien treffen auf die meisten „Hilfeleistungen" zu, welche Tansania von seinen größten Gebern erhalten hat, nämlich Schweden und die Weltbank. Tansania exportierte Agrarprodukte, Schweden verkaufte Scania-Lastwagen und Pkws von Volvo. US-amerikanische Konzerne können Importsubstitutionsbetriebe errichten. Und niemand hinterfragt den Zusammenhang, in dem diese Verträge geschlossen werden. Es ist sehr bemerkenswert, daß die Geldgeber Tansania bei der Errichtung einer integrierten industriellen Grundlage oder bei der Nutzung ihres Reichtums an Bodenschätzen für die interne Entwicklung nicht unterstützen. Und Tansania stellt in dieser Beziehung auch keine Forderungen. Diese Art der „Hilfe" ist die problematischste, mit der man es zu tun haben kann: einige Projekte mögen akzeptabel sein, aber sie bewirken letztlich, daß ein Bruch im grundsätzlichen Mechanismus des ungleichen Tausches unwahrscheinlicher wird, welcher Tansania weiterhin ausplündert – und zwar so lange, bis Tansania bewußte und gezielte Schritte unternimmt, um die Verbindungen, welche dies ermöglichen, zu durchtrennen.

Strategie zur Beendigung der Ausbeutung
Das Argument für die Industrialisierung lautet, kurz gesagt, daß die Nachfrage nach industriell gefertigten Gütern schneller steigen werde als das Nationaleinkommen, so daß, falls ein Land keinen Industriesektor aufzuweisen hat, es keine Alternative hat, als mit dem Absatz von mehr und mehr Primärprodukten auf dem Weltmarkt fortzufahren, um die Erfordernisse der Industrieproduktion erwerben zu können. Wenn ein Land dies tut, wird es genau so ausgebeutet werden, wie bisher auch.
Wenn einmal die Industrieproduktion in vollem Umfang aufgenommen wurde, wird ein Land die Erwerbsmöglichkeiten für Devisen durch den Export von gefertigten Produkten haben. Aber nicht irgendeine Industrieproduktion wird dies leisten. Wir haben gesehen, daß die Importsubstitution auf dem Gebiet der 'Luxuswaren' keine Basis für wirtschaftliches Wachstum bietet. Die Industrialisierung muß auf den grundlegenden Bedürfnissen der Leute im Lande fußen: die Struktur der Produktion muß den Bedürfnissen der Massen entgegenkommen. Es wird nicht möglich sein, den Massenbedürfnissen durch eine oder zwei Industrien entgegenzukommen, eine ganze Kette von Industrien wird gebraucht. Ferner muß das von den Industrien zu verarbeitende Material zum größten Teil im Lande produziert werden, wenn Ausbeutung auf dem Weltmarkt vermieden werden soll. Außerdem wird sich der Agrarsektor zugunsten der Ernährung der Bevölkerung und der Bereitstellung von Rohmaterial für die Industrie verändern müssen.

Der Klassenkampf
Das Aufkommen der neuen herrschenden Klasse in Tansania war bei der Beendigung der Ausbeutung, welche oben dargestellt worden ist, ein Hindernis. Eine Industrie-Strategie ist von ihr entwickelt worden, welche nur wieder zur Stagnation und zum Verlust des Überschusses führen wird. Diese Strategie schafft jedoch mehr Führungspositionen für die Bürokratenklasse. Ferner gewann diese Klasse durch die Verstaatlichung direkten Einfluß auf den Produktionsprozeß. Eine Agrarpolitik wurde verfolgt, welche die ererbte Struktur des ungleichen Tausches nicht änderte, und wenn irgend etwas zunahm, so war es die Exportrate der Agrarprodukte. Dezentralisation, Ausbildung von mehr „Experten" bedeutete mehr Jobs und mehr Macht für die Bürokratenklasse. Kulaken und Bürokraten brachten es fertig, das Ujamaa-Programm mit ihren Interessen in Einklang zu bringen (Vgl. den entsprechenden Artikel in diesem Heft.)
Fest steht, daß die an den Massenbedürfnissen orientierte Industrialisierung gegen die Interessen der Bürokratenklasse geht. Sie ist jedoch der einzige Weg, auf dem sich die Lage der Arbeiter und Bauern verbessern kann.

Deutsche Düngemittelfabrik: Beitrag zur Abhängigkeit

Andrew C. Coulson, Dar es Salaam

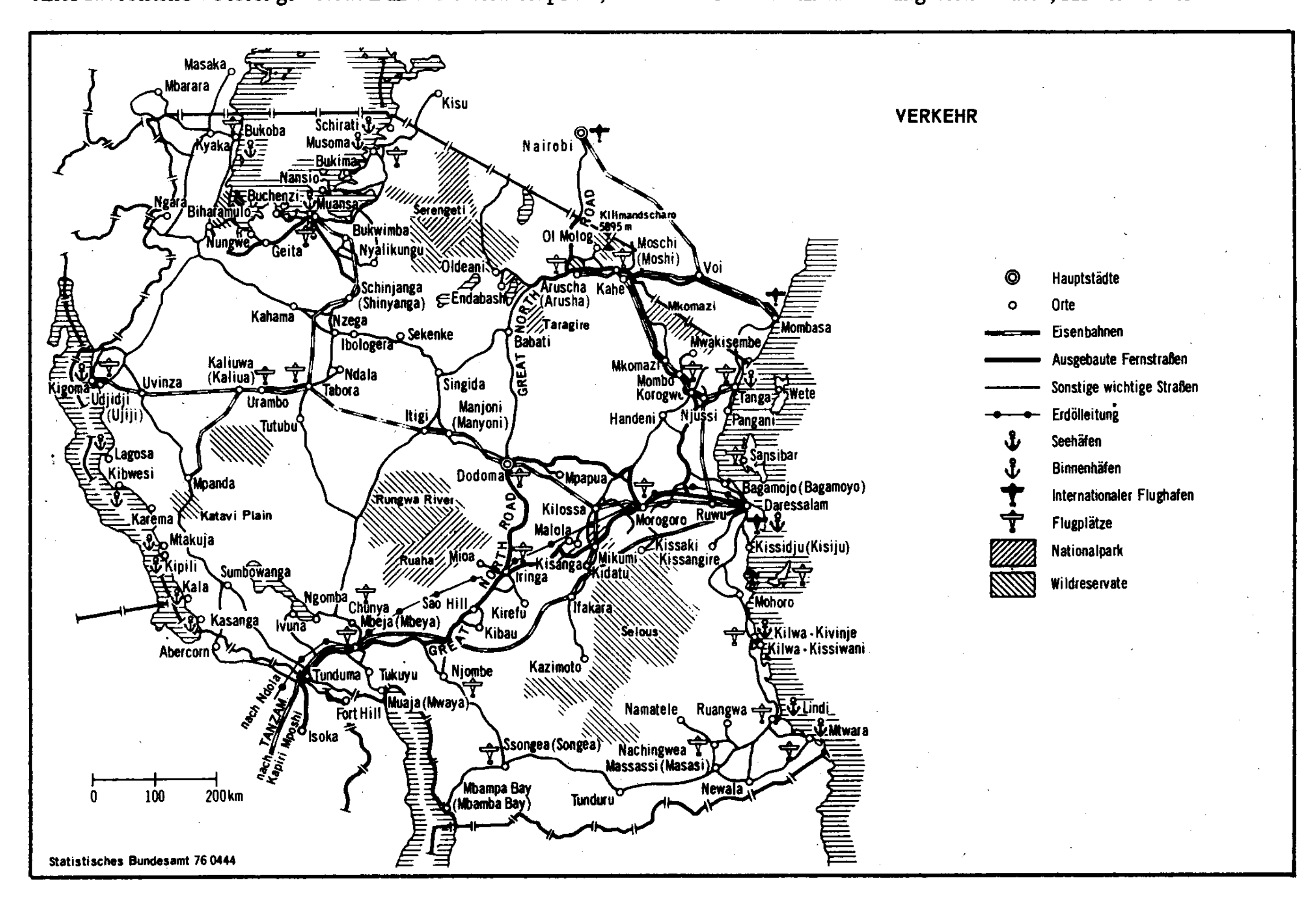
Für ein unterentwickeltes Land, das eine Düngemittelindustrie aufbauen möchte, gibt es zwei mögliche Wege: Der erste davon ist, mit einer Analyse der im Land vorhandenen Rohmaterialien zu beginnen, aus denen sich Düngemittel herstellen lassen. (1) Dieser Weg wurde im Arthur-D.-Little-Bericht von 1961 beschritten, der gleich nach der Unabhängigkeit erschien und der die Basis für die meisten der frühen tansanischen Industrialisierungspläne darstellte. (2)
Der A.-D.-Little-Bericht machte auf ein Anhydrit-Lager bei Kilwa aufmerksam, aus dem Zement, Schwefelsäure und Gips zu gewinnen gewesen wären. Schwefelsäure hätte mit Ammoniak aus der Ölraffinerie (z.Z. Abfallprodukt) zu Ammoniumsulfat verbunden werden können, dem in Tansania verbreitetsten Dünger.
Es gab auch mindestens drei Phosphatlager. Eines dieser Phosphate, im nördlichen Senkungsgraben des Manyara-Sees, könnte ohne weitere Verarbeitung als Dünger benutzt werden. (Allerdings wäre der Transport über lange Distanzen kostspielig). Der A.-D.-Little-Bericht meinte, die Frachtkosten könnten ziemlich leicht durch eine Konzentration der Phosphate reduziert werden.
Diese und andere Pläne, die von den einheimischen Rohstoffen ausgingen, wurden geprüft, aber verworfen, weil eine Herstellung in rentabler Menge vom nationalen Markt nicht absorbiert werden konnte. Es waren also Argumente, die auf die Geringfügigkeit der einheimischen Nachfrage zurückgingen, mit denen Projekte zur Nutzung der eigenen Rohstoffe ausgeschieden wurden.
Im ersten Fünfjahresplan, der 1964 veröffentlicht wurde, war die Strategie der Industrialisierung auf Importsubstitution ausgerichtet. Man importierte kleine Mengen verschiedener Düngemittel; und so beschritt die Regierung den zweiten Weg zum Aufbau einer Düngemittelindustrie, den Weg, der mit einer Analyse der einheimischen Nachfrage beginnt.
Die Nationale Entwicklungsgesellschaft (NDC), die staatliche, für industrielle Großinvestitionen verantwortliche Gesellschaft, bemerkte, man könne eine Fabrik bauen, die mit ausgeklügelten Verfahren relativ kleine Mengen der gängigsten Düngemittel herstellen könne.
Insbesondere sollte die Fabrik Schwefelsäure aus Schwefel produzieren und mit deren Hilfe Phosphorsäure und Superphosphate aus Phosphatgestein, sowie Ammoniumsulfat aus flüssigem Ammoniak. Die Herstellung von Kaliumsalzen und Stickstoffsäuren war nicht vorgesehen, aber die Fabrik würde Einrichtungen zur Produktion von Stickstoff/Phosphat/Kalium-Compo und Dünger enthalten. Alle Rohmaterialien, Schwefel, Phosphatgestein, flüssiger Ammoniak, Stickstoffsäure und Kaliumsalze, sollten importiert werden. Aber die Fabrik würde den einheimischen Markt beliefern und wurde so als ein Projekt zur Importsubstitution vorgestellt. (3)
Man hielt solch eine Fabrik für rentabel, wenn sie 100 000 Tonnen Dünger im Jahr herstellte. Aber 1966 betrugen die tansanischen Düngerimporte nur 30 000 Tonnen. 1967 fertigte die NDC aber eine Studie über den tansanischen Düngerverbrauch an mit dem erfreulichen Ergebnis (auf der Grundlage reichlich fantasievoller Daten), daß dieser Verbrauch exponentiell mit einer Rate von 25 % im Jahr anwachsen werde und 1971 (dem frühesten Zeitpunkt für die Eröffnung einer Fabrik) 80 000 Tonnen erreichen würde, 1972 bereits 105 000 Tonnen. Von 1972 an sollte der Verbrauch mit einer geringeren exponentiellen Rate ansteigen.

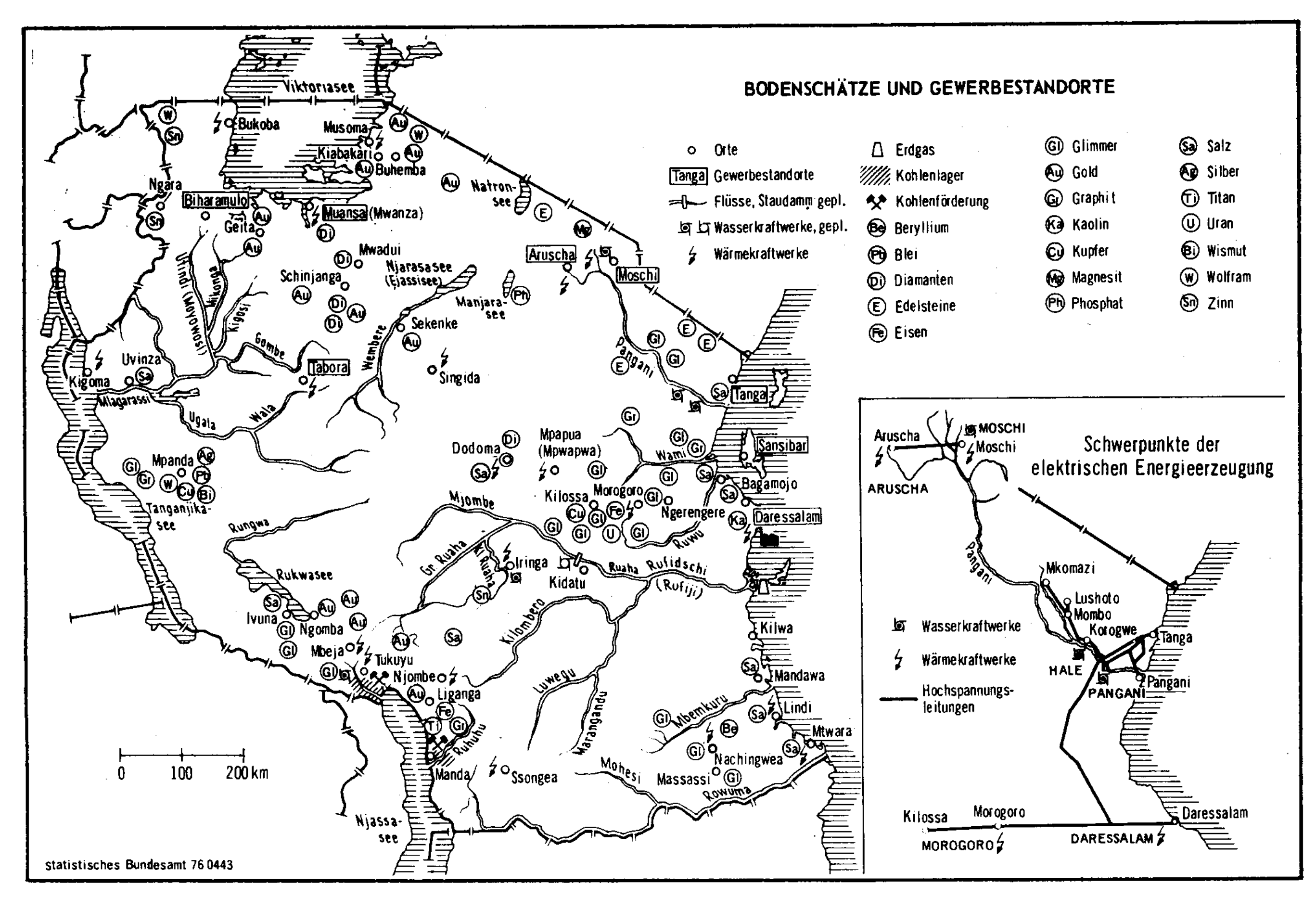
Diese Studie wurde später von einem Mitglied des NDC-Direktoriums kritisiert: „Eine Düngemittelfabrik ist von so großem nationalen Interesse, daß es nicht ausreicht, wenn die NDC-Entwicklungsabteilung in den vielen Vorbereitungsmonaten für dieses Projekt hauptsächlich informelle Ansichten einzelner Angestellter von verschiedenen Institutionen gesammelt hat . . . Dieses Vorgehen hat zur Folge, daß über das Projekt entschieden wird, ohne daß eine sorgfältig durchdachte Stellungnahme des verantwortlichen Landwirtschaftsministeriums in den Akten erscheint. Wenn das Ministerium nicht zu einem frühen Zeitpunkt formell in die Vorbereitung eines derartigen Projekts eingeschaltet wird, ist es natürlich schwierig . . . für die dem Ministerium angehörenden Mitglieder der NDC . . . irgendwelche aufschiebenden Einwände vorzubringen, wenn das Projekt ... dem Direktorium vorgestellt wird." (4)
Der Vorschlag wurde den führenden internationalen Chemieunternehmen unterbreitet. Nur eines davon antwortete positiv im Sinne des Vorschlags, und zwar Kloeckner-Humboldt-Deutz, der (nach Volkswagen und Siemens) drittgrößte deutsche Konzern.
Ihr Angebot bezifferte sich auf 67 Millionen DM, das sind 118 Millionen Tansanische Shillinge (TS).
Die Finanzierung sollte wie folgt aussehen:

Stammkapital:	NDC	60 %	15 Mio. TS
	Kloeckner	40 %	10 Mio. TS
Kredit:	Kloeckner		93 Mio. TS
			118 Mio. TS
zusätzlich:	Überziehung der Bankkonten		20 Mio. TS
			138 Mio. TS

Kloeckner steuerte also den Wert von 10 Mio. TS zum Stammkapital bei, hatte aber auch den Vertrag zur schlüsselfertigen Lieferung der maschinellen Anlagen („Kloeckner wird die modernsten und der neuesten Entwicklung in der chemischen Industrie entsprechenden Verfahren auswählen und die objektiven, in Tansania herrschenden Bedingungen berücksichtigen" - so ging die Wahl der Technologie an Kloeckner).
Da der Profit aus der Lieferung der Maschinen voraussichtlich 10 Mio. TS übersteigen würde und der 93-Millionen-Kredit von der bundesdeutschen Regierung garantiert wurde, riskierte Kloeckner überhaupt nichts bei dieser Investitition. Falls sie jedoch Gewinn brächte wäre Kloeckner Inhaber von 40 % des Kapitals.
Vielleicht erklärt das, warum die Firma mit einer Planungsstudie von 30 Seiten und 20 Seiten Tabellen zufrieden war, um ein Projekt im Wert von 138 Mio. TS vorzubereiten.
Die Studie von NDC hatte ungefähr dieselbe Länge. Sie beurteilte das Projekt ausschließlich vom Blickpunkt der Interessen der NDC aus, statt im Hinblick auf die Interessen der Nation als ganzer. So nahm man z.B. an, daß die Re-

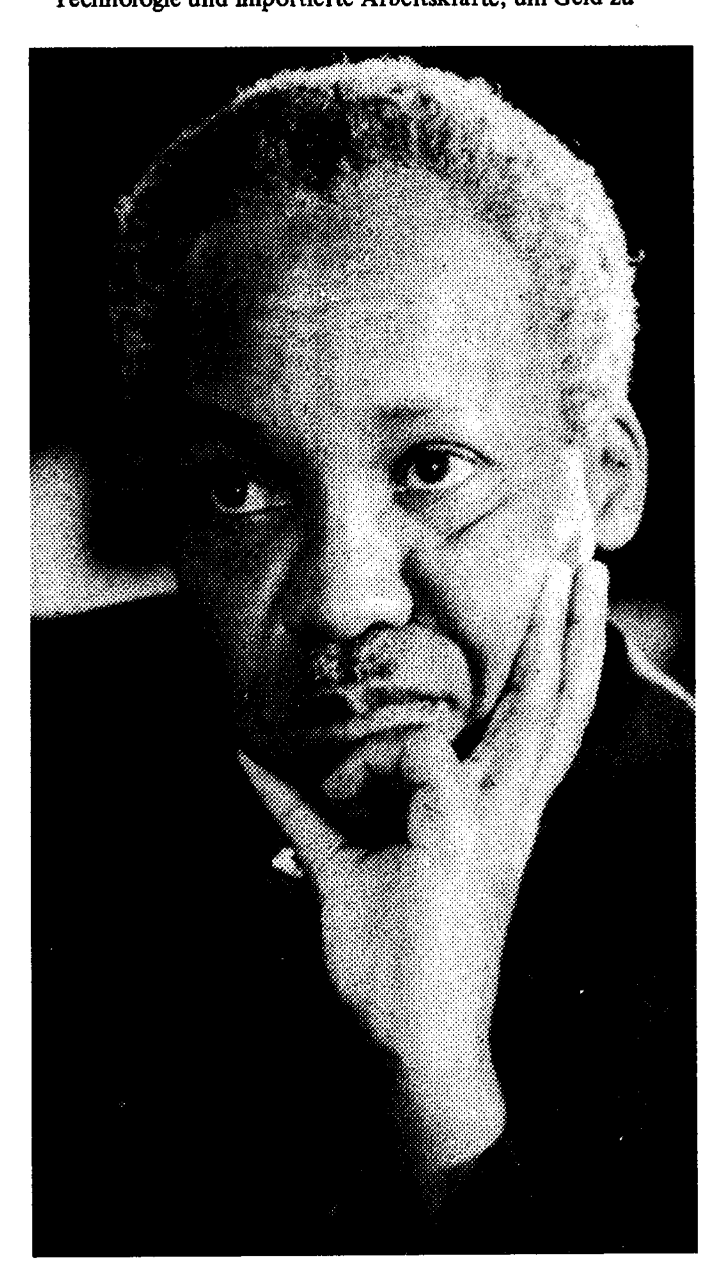
gierung eine gewisse Infrastruktur stellen würde (einschließlich Wohngelegenheiten und Wasserversorgung) und die NDC nicht mit den Kosten dafür belasten würde; die Kosten dieser Infrastruktur wurden daher aus der Kosten-Nutzen-Analyse ausgeklammert. Von den Zinskosten zog man die Abgaben ab, die NDC darauf zurückfordern konnte, eine Rechnung, die die für NDC fälligen Zinskosten, aber nicht die für das Land entstehenden widergab.
Die Berechnung dieses Flusses von privaten Einnahmen und Ausgaben ergab eine Kapitalverzinsung für die Gesellschaft von 9 %
Ein mögliches Risiko wurde nicht einkalkuliert, und es wurde nicht diskutiert, inwieweit diese Kapitalverzinsung von möglichen Variablenänderungen abhing (einige Variable waren natürlich sehr unsicher, u.a. die Preise für das Rohmaterial und die geschätzte Nachfrage nach Dünger).
Die Rechnung führte zu „gewogenen Kapitalkosten" von 5,8 %, und mit dem Argument, daß dies weniger als die 9%ige Kapitalverzinsung sei, befürwortete NDC, das Projekt in Gang zu setzen.
Ein solches Vorgehen ist scharf zu kritisieren. In erster Linie gibt es keine Entschuldigung dafür, daß eine staatliche Industrie nur ihre privaten Kosten berechnet – in ihre Schätzungen hätten alle mit der Investition verbundenen Kosten aufgenommen werden müssen, unabhängig davon, wer sie zu zahlen hätte. Zweitens wurde der hohe Anteil von Krediten im Vergleich zum Stammkapital nicht berücksichtigt, der das Projekt auch dann mit hohen Zinskosten belastete, wenn es (wegen ungünstiger Bedingungen oder schlechten Managements) keinen Profit machen würde.
Kein ernsthafter Ökonom hätte das benutzte Vorgehen gutgeheißen, und kein Unternehmer wäre auf der Grundlage der dargestellten Berechnungen und Überlegungen zu einer Investitition bereit gewesen. Daß NDC sehr empfahl, das Projekt zu beginnen, und zu investieren, zeigt entweder die Inkompetenz der Mitarbeiter, oder daß sie, unabhängig von der wirtschaftlichen Einschätzung, bereit waren, um jeden Preis zu beginnen.
Das Memorandum wurde von C.H. P. Garrigues erstellt, der unter der Verantwortung von F. R. Karim, des Direktors der Entwicklungsabteilung arbeitete. Beide hatten im Oktober 1971 Tansania verlassen, Karim ohne Erlaubnis.
Das Projekt wurde (von Seiten des N.D.C., die Red.) vom Präsidenten, Paul Bomani, und dem Generaldirektor, George Kahama, im Februar 1968 unterzeichnet. Zu dieser Zeit war es noch nicht einmal vom Direktorium behandelt worden, das mit dem unterzeichneten Abkommen im April konfrontiert wurde und weniger als eine Woche Zeit hatte, um über die Ratifizierung zu entscheiden.
Die Probleme begannen fast sofort. Der Zinssatz auf die 93 Millionen Shillinge war 3 % höher als der Diskontsatz der DM festgesetzt. Dieser Satz war damals 3 %, und in den Berechnungen war der Zins mit 6 % angenommen. Aber 1969 begann der Diskontsatz zu steigen und erreichte im März 1970 7,5 %. Das bedeutete, daß Tansania 10,5 % Zins auf 93 Mio. TS zahlte.
Als im Dezember 1971 die DM aufgewertet wurde, betrugen die Extrakosten für Tansania 14 Mio. TS, da der Vertrag in DM abgeschlossen war.
Angestelltenwohnungen, verschiedene Beraterhonorare und andere Zahlungen, die in den Schätzungen nicht berücksichtigt worden waren, brachten Extrakosten von 6,5 Mio. TS für NDC. Die Kosten für ein Haus lagen erheblich über den von der Regierung festgesetzten Neubaukosten von 75 000 TS pro Haus.
Eine Extrasumme von 41,6 Mio. TS wurde für eine Hafenanlage ausgegeben. Das war in den ursprünglichen Berechnungen nicht eingeschlossen, da NDC es als eine Infrastrukturmaßnahme angesehen hatte, für die sie nicht zu





zahlen hatte. In früheren Arbeitspapieren hieß es von Kloeckners Seite, man halte eine Pipeline auf Stützen im Preis von 6 Millionen TS für ausreichend, um flüssiges Ammoniak anzulanden und das Kühlwasser zirkulieren zu lassen; die restlichen Importe könnten, mit einigen zusätzlichen Ladevorrichtungen, vorläufig im Hafen von Tanga gelöscht werden. NDC fertigte Pläne an für eine Hafenanlage im Preis von 40 Mio. TS, die in größter Eile vom niederländischen Ingenieurbüro Bish und Co entworfen wurden, einer Firma, die NDC bei verschiedenen Projekten geholfen hatte.
Der Hafen sollte von einer anderen niederländischen Firma, Overseas Construction Company, gebaut werden. Auch diese Firma hatte verschiedentlich mit NDC zu tun gehabt, z.B. bei einem Management-Abkommen für die Leitung der staatlichen Baufirma MECCO, das Ende 1970 widerrufen wurde. (4)
Die Weltbank informierte die Regierung, daß die vorgeschlagene Hafenanlage unnötig tief sei, und daß die Anlage nicht mehr als 30 Mio. TS kosten sollte. NDC argumentierte, die Fabrik solle im Mai 1971 den Betrieb aufnehmen, eine billigere Anlage zu planen und zu bauen sei in dieser kurzen Zeit nicht mehr möglich.
Harter Lobby-Einsatz durch die tansanische Regierung und noch mehr durch die beteiligten Wirtschafts-Interessen brachte die deutsche und niederländische Regierung dazu, für die Hafenanlage mit Krediten zu zahlen.
Die Arbeit an der Fabrik war in der Tat im August 1971 beendet, und die Hafenanlage nahm den Betrieb im Januar 1972 auf. Zu diesem Zeitpunkt waren die Betriebskosten stark gestiegen (Löhne und Gehälter, auf 1 Mio. TS im Jahr für 140 Angestellte geschätzt, betragen nun annähernd 6 Mio. TS für 400 Angestellte, von denen 40 – oder 10 % Ausländer sind.) Die kurzfristigen Betriebsmittel, deren Bedarf ursprünglich auf 20 Mio. TS geschätzt worden war (wovon ein großer Teil „bis zum 3. Jahr nicht benötigt wird"), waren auf 45 Mio. TS gestiegen. Im Februar schätzte man den Bedarf auf 60 Mio TS. Die Kosten für das Projekt wurden so auf 200 Mio TS geschätzt, und das für eine Investitition, die – wie nun allen klar war – unnütz war. Denn die Düngemittelpreise auf dem Weltmarkt – wie schon 1967 von einem Wirtschaftswissenschaftler im Ökonomischen Forschungsbüro vorhergesehen – waren stark gefallen, nachdem riesige Fabriken nahe den Ölfeldern am Persischen Golf errichtet worden waren. Und die einheimische Nachfrage nach Dünger war nur schwach gestiegen in der Zeit zwischen NDC's optimistischen Schätzungen und der Fertigstellung der Fabrik. (5)
Eine leidenschaftliche Diskussion begann zwischen NDC und der Regierung, ob die Bauern höhere Preise bezahlen sollten, als wenn der Dünger auf dem Weltmarkt eingekauft worden wäre, ob die Regierung Düngerverkäufe von den Steuern ausnehmen solle oder ob die Fabrik für ihren Wert noch vor Betriebsaufnahme verkauft werden solle.
Die westdeutsche Regierung, die den Kredit garantiert hatte, erklärte sich zu einer Hilfe bei der Refinanzierung bereit. Ohne Zweifel fürchtete sie für den Ruf ihrer drittgrößten Firma, wenn Tansania ihre Geschäfte in der Welt publik machen würde. Oder auch, daß Tansania mit den Kreditrückzahlungen säumen könne, genau wie Ghana kürzlich bei einem ähnlichen Lieferungskredit (6).
Schließlich brach die Pipeline, als die Hafenanlage im Januar 1972 den Betrieb aufnahm. Man fand heraus, daß in den Entwürfen der Firma Bish ein Fehler war. Die Anlage würde nicht vor Juni 1972 arbeiten können und bis dahin 1 Mio TS pro Woche Unterhalt kosten. Tansania hatte keine Möglichkeiten, Bish deswegen zu belangen, da der tansanische Chefingenieur (der schon wegen Nachlässigkeiten bei einem anderen Projekt vor Gericht stand) die Pläne gegengezeichnet hatte. Es ist wahrscheinlich, daß die Fehlkonstruktion eines Ingenieurs nicht bestraft

wird.
Es ist schwer, irgend etwas Gutes an diesem Projekt zu finden. Es benutzt importierte Rohstoffe, importierte Technologie und importierte Arbeitskräfte, um Geld zu



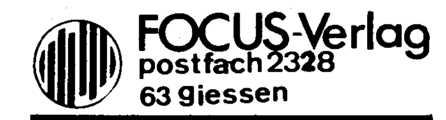
verlieren. Es schließt Tansania vom freien Düngemittelmarkt aus, wo es wenigstens die verschiedenen Produzenten gegeneinander ausspielen könnte, um günstige oder niedrige Preise zu bekommen, und führt dafür einen gelenkten Markt ein, wo die Preise immer hoch sein werden. Seine geographische Lage ist gemäß den Zweckmäßigkeiten des Imports gewählt, nicht um irgendwelche tansanischen Rohstoffe zu nutzen oder eine Entwicklung der tansanischen chemischen Industrie zu fördern. Es ist das typische Beispiel eines Projekts zur Importsubstitution, dessen Haupteffekt es sein wird, Profit aus Tansania herauszuschaffen. Es illustriert, was so leicht geschieht, wenn sich Tansania mit dem Kapitalismus einläßt.
Entwickelte Länder (wie z.B. die EG-Länder) können es sich leisten, ihre Landwirtschaft zu subventionieren. Tansania kann dies nicht, denn die Landwirtschaft ist die einzige Grundlage, aus der Einnahmen für Investitionen gezogen werden können. Das besprochene Projekt ist daher zweifach schädlich: wir haben nicht nur 220 Millionen TS vergeudet, fast zweimal soviel wie für den Kilimanjaro-Flughafen (heute bei weitem das kostspieligste industrielle Projekt in Tansania), sondern wir haben es uns auch schwerer gemacht, für unsere zukünftigen Investitionen einen Überschuß zu erwirtschaften. Dieses Projekt könnte geradezu dafür ausgedacht sein, um Tansania abhängig und in seinem gegenwärtigen Armutszustand gefangen zu halten.

Anmerkungen:

1) Prof. Clive Thomas „The Transition to Socialism: Issues of Economic Strategy in Tanzanyan-Type Economices", East African Social Science Conference, Nairobi 1972, in revidierter Form in Monthly Review Press 1973 . . .
2) Tanganyika Industrial Development. Arthur D. Little, Inc. Dar Es Salaam, 1961
3) „Decision Making in the National Development Corporation", E. K. Svendsen in J. Saul and L. Cliffe (Hrsg.): „Socialism in Tanzania, An Interdisciplinary Reader", Vol. 2, EAPH, Nairobi 1973
4) „Blood-Sucking Contracts", A. Coulson, mimeo, Dar Es Salaam 1972
5) E. R. B. Paper 67.5 „Some Comments on the Possible Establishment of a Nitrogen Fertilizer Industry in Tanzania", Philip Raikes, Dar Es Salaam, Economic Research Bureau, 1967
6) s. den Artikel von Bridjet Bloom in Financial Times, nachgedruckt unter dem Titel „Ghana: Test Case" in The Standard, Dar Es Salaam, 2.3.1972

Übersetzung von „The Fertilizer Factory", Andrew Coulson, Universität Dar Es Salaam, in: Conference of The East African Agricultural Economics Society, Dar Es Salaam, 20. - 23.6.1973, leicht gekürzt.

Anzeige



30 Autorengruppe Gerlingen, Exempel oder was aus einem Schulversuch wurde. Möglichkeiten und Grenzen bei der Veränderung der Grundschule. 228 Seiten, DM 14,–
Die Exempel:
1. Wie der Grundschulversuch in Gerlingen verlief
2. Wie Eltern, Lehrer und Schüler zusammenarbeiteten
3. Wie es zum Abbruch des Schulversuchs kam
4. Wie das Kultusministerium die Einheit der Eltern zerstören kann
5. Was die Eltern 1 1/2 Jahre später meinen
6. Wie das Kultusministerium mit den Lehrern umgehen darf
7. Wem der demokratisch gewählte Gemeinderat gehorcht
8. Schulische Erziehungsformen als Alibi und Anpassung
9. Juristische Aspekte zur Einschätzung des Gerlinger Schulversuchs
10. Zu den juristischen Bedingungen von Elternarbeit in der Schule
11. Warum Schulversuche die Schule nicht verändern
12. Allgemeine Diagnose von Schulversuchen – Überlegungen zur politökonomischen Bestimmung

Kanadische »Hilfe«: Eine automatische Brotfabrik

Andrew Coulson, Dar es Salaam

Die bedeutenden Mühlenunternehmen Tansanias wurden 1967 nationalisiert und im Frühjahr 1968 wurde die Nationale Mühlen Gesellschaft (NMC = National Milling Corporation) gebildet, um sie zu führen. Präsident Nyerere ernannte J. K. Ckande zum Generaldirektor. Chande war ein Tansanier asiatischer Herkunft, durch Heirat verbunden mit der Familie Madhvani, die das zweitgrößte Mühlenunternehmen im Land aufgebaut hatte (das größte Unternehmen, „Tanzania Millers", war eine Tochtergesellschaft der „Nairobi Company"). Seine Ernennung war einer der wenigen Fälle, in welchen die Regierung asiatische Geschäftserfahrung benutzte, um eine nationalisierte Industrie zu betreiben.
Im Februar 1969 wurde beim NMC-Verwaltungsrat der Antrag gestellt, das Betätigungsfeld des NMC auszudehnen auf das Backen von Brot.
Das Projekt stand nicht auf der Liste der NMC-Vorhaben im zweiten Fünfjahrplan, aber im Jahresbericht der Gesellschaft für 1968/69 schrieb Chande, daß „ein vollautomatisierter Backbetrieb für ca. 5 000 000 Tansanische Schillinge geplant sei, „der, wenn er Mitte 1971 fertiggestellt ist, die NMC einen Schritt weiter gebracht hat in ihrer Absicht, stärker in die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie einzugreifen." Von einem Gutachter in Nairobi wurden vorläufige Kostenschätzungen für eine Fabrik mit einer Produktionskapazität von 100 000 Broten am Tag eingeholt, und im August 1969 trat die tansanische Regierung an die niederländische heran, um Hilfe für dieses Vorhaben zu erhalten.
Die Regierung der Niederlande hatte kein Interesse, und der nächste Geldgeber, an den Tansania sich wandte, war die Kanadische Internationale Entwicklungs-Gesellschaft (CIDA = Canadian International Development Agency). Eine Bedingung für kanadische Hilfe war, daß auch eine kanadische Gutachterfirma herangezogen wurde, und so wurde die „Angus Butler Engineering Co. of Alberta, Canada" eingesetzt als „Hauptberater für alle technischen Aspekte von Konstruktion und Ausführung" und „um die Erfüllung der Verträge zu überwachen und als Vermittler bei der Beschaffung von Maschinen und Ausrüstung zu dienen." Im September 1970 verbrachten Angehörige von „Angus Butler" einige Tage in Nairobi und Dar es Salaam und produzierten eine Projektstudie, nach der die Maschinenausrüstung der Brotfabrik 5,5 Millionen Tansanische Schillinge kosten sollte und die gesamte Fabrik 11 Millionen.
Es dauerte bis August 1971, bis ein Kreditabkommen unterzeichnet wurde, welches Kanada verpflichtete, Tansania 1 Million Dollar (ungefähr 7 Millionen Tansanische Schillinge) zur Deckung des Devisenaufwandes für die Brotfabrik zu leihen. Die lokalen Kosten sollten von Tansania selbst übernommen werden. Im selben Monat (August 1971) besuchten Mr. Zacharia vom NMC und ein Mr. Warner (ein Backunternehmer aus Nairobi, der für das NMC als Berater tätig war) Kanada und diskutierten das Projekt mit dem einzigen Hersteller von großen Bäckereiausrüstungen in Kanada. Aufgrund der mit der kanadischen Hilfe verknüpften Bedingungen war es notwendig, die Ausrüstung bei einem kanadischen Unternehmen zu kaufen. Es wurde deutlich, daß 1 Million Dollar unzureichend für den Devisenaufwand des Projekts sein würden, und dies stand endgültig fest, als jene „Baker Perkins Ltd." im November 1971 ein offizielles Angebot machte, das sich auf 1 046 421 Dollar belief. Da der Kredit auch gedacht war, um die Gutachterkosten (170 000 Dollar) zu decken, war die Kredithöhe von 1 Million Dollar, die nur drei Monate zuvor vereinbart worden war, bereits unzureichend.
Die finanziellen Übereinkommen, einschließlich eines zusätzlichen kanadischen Kredits von 350 000 Dollar, wurden Mitte 1972 abgeschlossen: es war geplant, daß die Brotfabrik vor Ende 1974 mit der Produktion beginnen würde, und zwar mit folgendem Kapitalaufwand:

Gebäude	4 267 000 T/Shs
Möbel und Installationen	60 000 T/Shs
Maschinen und Ausrüstung (einschließlich Fracht und Versicherung)	7 848 000 T/Shs
Montagekosten	540 000 T/Shs
Mehlsilos	250 000 T/Shs
Fahrzeuge	500 000 T/Shs
Konstruktionskosten	
Lokal (15 % von 4 267 000 T/Shs)	640 000 T/Shs
Kanadisch (170 000 Dollar)	1 275 000 T/Shs
Verschiedenes	420 000 T/Shs
Insgesamt	15 800 000 T/Shs

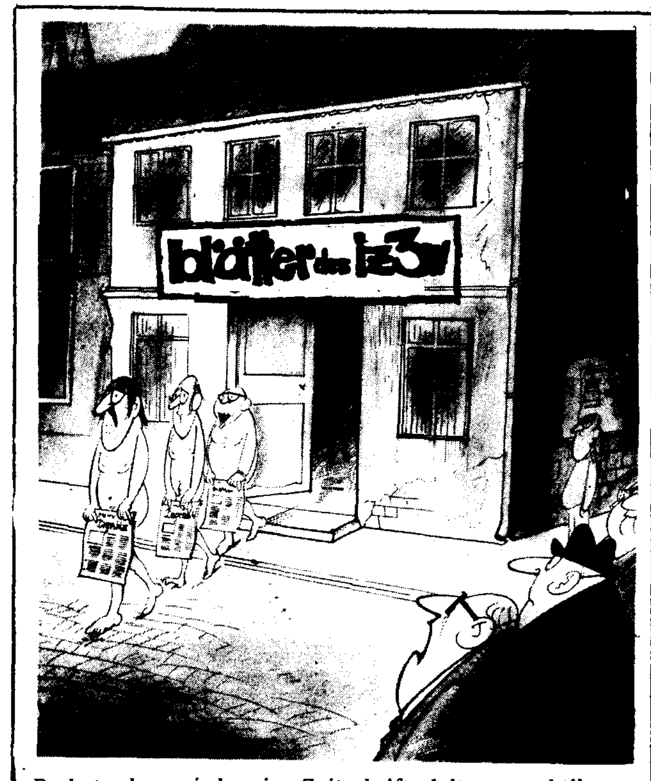
Die Zahl von Juli 1969 (5 Mill. T/Shs) hatte sich also innerhalb von 36 Monaten mehr als verdreifacht.
Das Projekt wurde auch bereits kritisiert. Ein Artikel im „Nationalist" vom 31. Januar 1972 warf ihm vor, die Beschäftigtenzahl herabzudrücken und andere nationale Wirtschaftsziele zu unterlaufen; eine Projektstudie der „Tanzania Investment Bank" (TIB), die im Spätjahr 1972 erstellt wurde, bestätigte viele Details jenes Artikels im „Nationalist".
Im April 1975 hatte die Fabrik immer noch nicht mit der Produktion begonnen, die Kosten hatten schließlich 17 134 000 T/Shs erreicht und das Projekt wurde in Dar es Salaam als ein Beispiel für unangepaßte Technologie angeführt.

Was ist verkehrt an dieser Brotfabrik?
Zunächst wurde ein überproportional großer Betrag für die Maschinenausstattung ausgegeben. Vom „Indcentre" (eine Institution der UNO in Dar es Salaam zur Erstellung von Projektstudien) eingeholte Offerten zeigen, daß die Maschinenausrüstung für eine halbautomatische Backfabrik gleicher Kapazität in Westdeutschland oder Japan für einen Preis zwischen 4 und 5 Mill. T/Shs hätte gekauft werden können, d.h für weniger als die Hälfte des Preises der „Baker Perkins Ltd.".
Zweitens wurden die Gebäude mehr für Bedingungen in Alberta, Kanada, als für solche in Dar es Salaam, Tansania, konstruiert. Das Dach, eine verstärkte Beton-Decke, wird von Beton-Trägern gestützt, in 3 Reihen jeweils 16 Stück. Ein

kompliziertes Entlüftungssystem ist notwendig, um die Hitze vom Ofen und anderen Produktionsvorgängen abzuführen. Im Gegensatz dazu haben andere Bäckereien in Dar es Salaam nur ein festes Beton-Fundament und über den Öfen ein hohes leichtes Dach, unter dem die Luft zirkulieren kann. Eine solche Konstruktion würde nur einen kleinen Teil derjenigen Kosten verursacht haben, die das jetzige Gebäude verschlungen hat.
Drittens waren die Planungskosten extrem hoch. Die Unerschwinglichkeit der Gebäude und der Ausrüstung ist teilweise eine Folge der Entscheidung Tansanias für kanadische „Entwicklungshilfe". Wenn die Kosten für ein solches Projekt kontrollierbar bleiben sollen, ist es notwendig, einen genauen Einblick in Planung und Beratung zu behalten.
In dieser Hinsicht war die Kontrolle lückenhaft. Der Bericht der „Tanzania Investment Bank" (TIB) kommentiert das Anwachsen der Kosten so: „Die Situation war die, daß die Beraterfirma (Angus Butler) in einem anderen Kontinent leichteren Zugang zu Informationen von der Herstellerfirma (Baker Perkins) hatte als von ihrem Auftraggeber (NMC)." „Angus Butler" erhielt 120 000 Dollar für die Beratung und weitere 50 000 Dollar für Reisekosten; der TIB-Bericht kritisiert, daß „dies sich auf 7,5 Prozent der gesamten Projektkosten beläuft, ein sehr hoher Anteil, wenn man in Betracht zieht, daß die meiste Konstruktions- und Planungsarbeit für die Gebäude von einem einheimischen Architektenteam unter Leitung von French und Hastings in Dar es Salaam erledigt wurde." Diesem einheimischen Architektenteam wurde 14 % der Gebäudekosten bezahlt (15 %, wenn Barauslagen eingeschlossen werden), obwohl ihre Zeichnungen auf Plänen und Anweisungen von „Angus Butler" in Kanada basierten. Die TIB kommentierte diese 15 % als „ungewöhnlich hohen Anteil, der die ungenügende Kostenkontrolle bei der Planung dieses Projektes widerspiegelt."

Gab es eine Alternative?
Aber es hätten auch ehr viel einfachere Maschinen benutzt werden können. 1972 machte „Indcentre" eine Untersuchung über kleinere Backbetriebe speziell für tansanische Verhältnisse. Sie sah eine Mechanisierung unterhalb der Halb-Automatisation vor, aber auch damit wäre ein Brot von hoher Qualität herzustellen gewesen. (Die besten Brotqualitäten werden in Europa bis zum heutigen Tag von wenig mechanisierten Betrieben hergestellt, und sogar bei europäischen Löhnen konkurrieren diese immer noch erfolgreich mit Backprodukten aus hochautomatisierten Fabriken.) Nach der Planung von „Indcentre" würde jede Fabrik 10 000 Brote am Tag herstellen und nur wenig mehr als eine halbe Million tansanische Schillinge kosten. 10 Betriebe dieser Art würden ebensoviel produzieren wie die kanadische Backfabrik. Vorteile von 10 kleinen Betrieben gegenüber einer großen Fabrik wären folgende:

1) Weniger Kapitaleinsatz – 5,5 anstelle von 15,8 Millionen Schilling – und die Möglichkeit, die neuen Backbetriebe im Gleichtakt mit der allmählichen Nachfragesteigerung zu bauen, so daß nicht die ganzen 5,5 Millionen bereits am Anfang notwendig gewesen wären.
2) 320 Leute wären an 10 Orten im Umkreis von Dar es Salaam beschäftigt gewesen anstelle von nur 60 Leuten an einem Ort. Dabei wären die 10 kleinen Backbetriebe genauso rentabel gewesen wie der eine große.
3) Die Produktion der kleineren Backbetriebe wäre nicht so empfindlich für Betriebsstörungen. Die große Brotfabrik hat nur einen Ofen und ein kompliziertes elektronisches Kontrollsystem. Viele Ersatzteile können nur in Kanada hergestellt werden. Wenn eine ernsthafte Betriebsstörung eintritt, bricht die Brotversorgung Dar es Salaams total zusammen, während eine Betriebsstörung in einem der kleinen Backbetriebe lediglich erhöhte Produktion der anderen erforderlich machen würde.
4) Die große Brotfabrik macht Tansania abhängig von einem kanadischen Maschinenliferanten, da der Ersatzteilnachschub gesichert sein muß und die Expertenerfahrung im Umgang mit den komplizierten Maschinen benötigt wird. Hier setzt sich der Kolonialisierungsprozeß und die Integration Tansanias in das weltweite kapitalistische System fort. Da kleinere Back-Technologie im Prinzip auch in Tansania hergestellt werden kann, führt das Projekt Tansania weiter fort vom Ziel der Selbständigkeit („self-reliance").



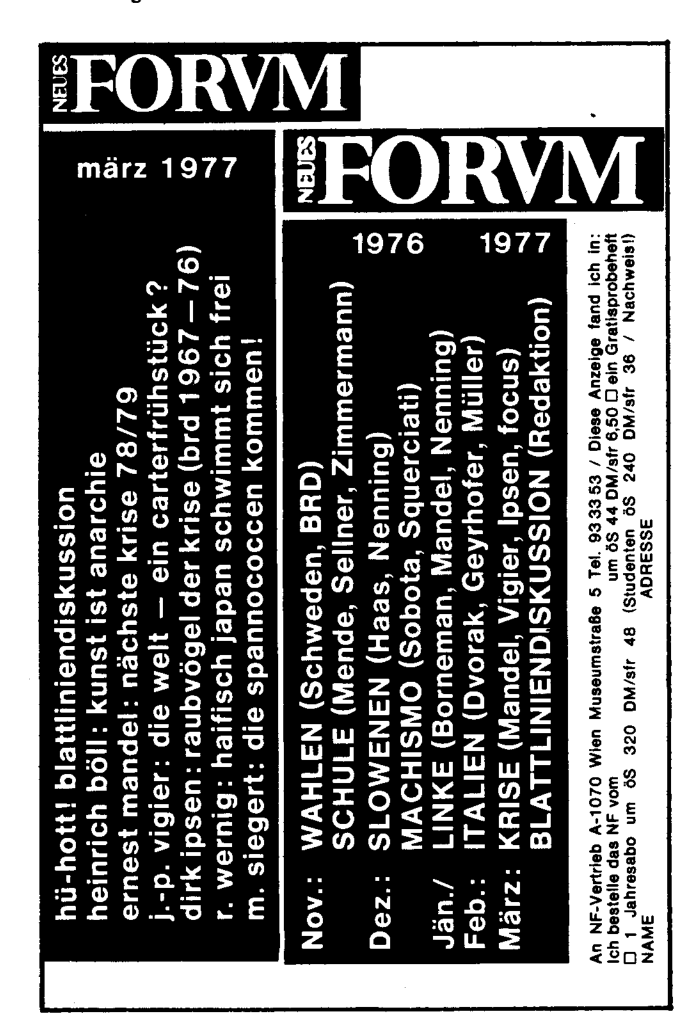
„Da hat schon wieder eine Zeitschrift pleite gemacht"

... lassen Sie es nicht so weit kommen: bezahlen Sie Ihr Abo 1977! Danke!

War überhaupt eine neue Backfabrik notwendig?
Die eben dargestellte Kritik ging immer noch davon aus, daß Tansania neue Backfabriken (welcher Art auch immer) gebrauche. Aber auch diese Annahme ist fraglich.
Eine Untersuchung von „Indcentre" zeigte, daß die sechs größten Bäckereien in Dar es Salaam 1967 mehr als 40 000 Brote am Tag produzierten, und zwar mit festen Kapitalinvestitionen von weniger als 2,5 Millionen T/Shs und einer Beschäftigung von etwas über 200 Leuten. Zwischen 1967 und 1972 erhöhten diese Bäckereien ihre Produktion auf mehr als das Doppelte, ohne dem Staat Kosten zu verursachen und mit sehr begrenzten Mehrkosten für sich selbst. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sie diese Produktionsausweitung nicht hätten fortsetzen können, wenn die Nachfrage nach Brot weiterhin zugenommen hätte. Die Investitionen in die automatische Brotfabrik waren deshalb überflüssig, um es vorsichtig auszudrücken.
Eine andere Alternative für die Regierung wäre gewesen, die Steigerung des Brotverbrauchs dadurch zu begrenzen, daß

der Brotpreis erhöht worden wäre. Weil Weizenmehl wesentlich teurer ist als Maismehl, ist Brot (trotz seines offensichtlichen Gebrauchswerts) in Tansania ein Luxus-Nahrungsmittel.
Noch schlimmer ist: Während Tansania bei Mais ganz allmählich wieder ohne Importe auszukommen beginnt, ist nicht abzusehen, wie es in der Weizenproduktion innerhalb der nächsten zehn Jahre unabhängig werden soll. Zur Zeit wird etwa die Hälfte des in Tansania verbrauchten Weizens importiert, und die TIB-Fachleute für Agrarentwicklung schätzen, daß die einheimische Weizenproduktion gerade ebenso schnell wachsen könnte wie der Weizenverbrauch – was bedeuten würde, daß über die Hälfte in Tansania verbrauchten Weizens weiterhin importiert werden muß. Da das Weizenmehl über 80 % der Kosten eines Brotes ausmacht, ist abzusehen, welche Folgen der fortgesetzt steigende Brotverbrauch für den Devisenhandel des Landes haben wird.
Der sicherste Effektder neuen Backfabrik wird sein, daß die existierenden Backbetriebe ihre Anstrengungen verstärken, Brot zu verkaufen. Daher wird das Projekt insgesamt eine Zunahme der Weizenimporte Tansanias zum Resultat haben. Auch in dieser Hinsicht verstärkt die Brotfabrik also Tansanias Abhängigkeit. Auf der anderen Seite: Wenn die Weizenimporte eingeschränkt werden sollen, ist die neue Backfabrik überflüssig.

Wer hat also profitiert?
Es sprachen so offensichtliche Gründe gegen das Projekt und es wurde bereits so frühzeitig öffentlich kritisiert, daß es notwendig ist, eine Erklärung dafür zu finden, daß es trotzdem weitergetrieben wurde.
Die beträchtlichen kanadischen Interessen liegen auf der Hand. „Baker Perkins" verkaufte Maschinen, die woanders für die Hälfte des Preises hätten besorgt werden können. „Angus Butler" strich eine ansehnliche Summe für die Planung und Beratung ein. Die kanadische Unterstützung für das Projekt wurde zwar kritisiert, aber Kanada ist einer der größten Weizenexporteure der Welt und es verwundert nicht, daß es ein Projekt vorantrieb, das die Nachfrage nach Weizen auf dem Weltmarkt verstärkt. Es ist ebenfalls leicht zu verstehen, warum Chande und die NMC an dem Projekt interessiert waren. Eine fortschreitende Verflechtung von Mühlen- und Backbetrieben ist in kapitalistischen Ländern die Regel, weil es den Mühlen-Konzernen eine Kontrolle über ihre großen Abnehmer von Mehl erlaubt, die sonst die Möglichkeit hätten, sich auch bei anderen Mühlen einzudecken. Dies wäre vor der Nationalisierung auch in Tansania nur logisch gewesen. Nach der Nationalisierung machte die NMC das Geld, und zwar unter dem Druck, neue Investitionsmöglichkeiten auf dem Ernährungssektor zu finden. Die Brotproduktion war offenkundig sehr profitabel, so daß es kaum überrascht, daß der Plan von der NMC gefaßt wurde. Über die Wahl des Projekts als solches hinaus ist auch nicht schwer einzusehen, warum man sich gerade für die modernste (und automatisierteste) Technik entschied. Chande ist ein Geschäftsmann, der an moderne Methoden glaubt. Er hätte sich wahrscheinlich für eine entsprechend hoch automatisierte Technik entschieden, selbst wenn gar keine ausländische Hilfe mit im Spiel gewesen wäre. Aber um die fremde „Hilfe" zu erhalten, konnte er argumentieren, daß die modernste Technik am gewinnträchtigsten sein würde – und diese intuitive Argumentation war ihm zweifellos wichtiger als eine aktuelle Rentabilitäts-Kalkulation. Rentabilitäts-Kalkulationen hängen sehr stark von Preisen ab, und als die Studien angefertigt wurden, waren die Preise so, daß die Brotproduktion an sich schon sehr gewinnbringend zu werden versprach. Aber Chande konnte darüber hinaus argumentieren, daß seine hochautomatisierte Fabrik sehr effizient arbeiten werde, wie immer auch die Preise sich entwickeln würden, und deshalb stets in der Lage sein werde, ebenso billig oder billiger zu produzieren als andere Backbetriebe und sie wenn nötig zu unterbieten. (Dies wurde in einer der frühen Untersuchungen hervorgehoben, wo Produktionskosten von nur 60 Cent pro Brot vorgesehen waren.) Wenn fremde Hilfe zu bekommen war, würde die Höhe der Kapitalkosten kaum eine Rolle spielen, da die Schuldenrückzahlung über die gesamte Lebensdauer des Projekts verteilt werden konnte. Aus der Perspektive eines Geschäftsmannes steckt in all dem eine gewisse Logik.
Aber wie stand es mit der tansanischen Regierung und ihren verschiedenen Institutionen? Waren sie – was vielleicht zu erwarten gewesen wäre – gegen das Projekt? Das Landwirtschaftsministerium war sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt über die relativ hohen Kosten der kanadischen Maschinenausrüstung im klaren. Vom Ministerium für Handel und Indutrie wäre anzunehmen gewesen, daß es gegen den Verlust von Arbeitsplätzen protestiert.
Das Finanzministerium und die Banken hätten sich gegen die Verschwendung der kanadischen Entwicklungshilfe stellen müssen und das Planungsministerium gegen ein weiteres Industrieprojekt in Dar es Salaam, und zwar eins, das die Abhängigkeit des Landes verstärken und Selbständigkeit auf dem Sektor der Backindustrie für die kommenden Jahre unmöglich machen würde. Aber keines dieser Ministerien bekämpfte das Projekt jemals wirksam. Und als die kanadische Regierung zeitweilig selbst das Projekt zu hinterfragen begann, unterstützten sie es und erreichten damit, daß es weitergetrieben wurde.



Um dies zu verstehen, ist es zunächst wichtig zu wissen, daß die Entscheidungsmacht über das Projekt in den Händen einer kleinen Gruppe von übermäßig beschäftigten Leuten lag: die Mitglieder des Verwaltungsrates der NMC. Als die endgültige Entscheidung fiel, das Projekt zu verwirklichen, wurden sie unterstützt vom Verwaltungsrat der „Tanzanian Investment Bank", weil Mitarbeiter dieser Bank eine Untersuchung gemacht hatten, die die meisten der hier diskutierten Kritikpunkte enthielt; die Bank hatte diese Untersuchung zu beachten, als sie die Übereinkommen zur Entgegennahme der kanadischen Kredite genehmigte.
Der Verwaltungsrat der NMC bestand nur aus acht Leuten. Dazu gehörten die Staatssekretäre der Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Industrie, und Planung. J. K. Chande als Generaldirektor war darin. Schließlich waren drei Mitglieder des TIB-Verwaltungsrats auch Mitglieder oder ehemalige Mitglieder des NMC-Verwaltungsrats und J. K. Chande

Tansania erhält 146 Mill. DM neue Hilfe

Bonn. — Das Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tansania sieht für die Jahre 1976 und 1977 Kapitalhilfe in Höhe von 100 Mill. DM vor; im Bereich der Technischen Hilfe sind 39,5 Mill. DM und bei der Bildungshilfe 3 Mill. DM vorgesehen. Außerdem stehen noch 3 Mill. DM Restmittel aus bereits früher zugesagten Technische-Hilfe-Projekten zur Verfügung. Dies teilte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 4. 5. 76 nach einem Gespräch zwischen Bundesminister Egon Bahr und den tansanischen Ministern für Finanzen und Planung, Amir Jamal, und für Industrie, Cleopa Msuya, mit, die sich gegenwärtig mit der Delegation des tansanischen Staatspräsidenten Julius Nyerere in der Bundeshauptstadt aufhalten.

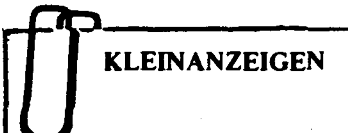
Den Angaben zufolge haben die Minister bei ihrem Meinungsaustausch die Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder bekräftigt. Sie hätten Übereinstimmung erzielt, daß im laufenden und kommenden Jahr die Zusammenarbeit konsolidiert werden soll, indem die zur Verfügung stehenden Mittel zunächst dafür verwendet werden, Kostensteigerungen in laufenden oder geplanten Projekten abzudecken und sie möglichst rasch abzuschließen. Ferner soll die Planung für die kommenden Jahre auf einige umfangreichere Vorhaben konzentriert werden, vor allem bei der Erschließung von Kohle- und Eisenerzvorkommen, wenn die auszuführenden Feasibility-Studien dazu raten.

-VWD/NfA (yy) 5. 5. 76

war kraft seines Amtes Mitglied des TIB-Verwaltungsrats. Als die Staatssekretäre (in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des NMC-Verwaltungsrats) von vornherein das Projekt befürworteten, hatten sie praktisch für ihre Ministerien entschieden, denn es ist schwierig für untere Beamte innerhalb der Ministerien, ohne die Zustimmung ihrer vorgesetzten Staatssekretäre zu handeln. Als das Projekt – zu spät – in der TIB-Untersuchung kritisiert wurde, fiel die Entscheidung, das Vorhaben nicht rückgängig zu machen. Denn inzwischen erschienen die Probleme, die sich aus einem Stop ergeben hätten, größer als die, die das Fortfahren mit sich brachte.
Es ist unwahrscheinlich, daß einer dieser beiden Verwaltungsräte den Plan, zehn kleinere Bäckereien statt einer großen Fabrik zu bauchen, auch nur teilweise gutgeheißen hätte. Zehn Betriebe über die Umgebung von Dar es Salaam verteilt wären wesentlich schwieriger zu kontrollieren gewesen als eine große Fabrik. (Eine einfache Logik, die auch einige wenige riesige Zuckerplantagen begünstigt hat statt vieler kleiner, Massenproduktion von Kleidung und Schuhen in Fabriken statt in kleineren Werkstätten, Produktion von Weizen auf riesigen Flächen mit Traktoren anstelle von kleinflächigem Anbau unter Verwendung von Rindern als Zugtieren, um nur einige Beispiele zu nennen.)
Vielleicht ist gerade die Brotfabrik ein fast unvermeidliches Ergebnis eines staatskapitalistischen Systems, in dem die herrschende bürokratische Bourgeoisie mehr Interesse an der sicheren Kontrolle als an der Effektivität der Produktion hat, mehr Interesse daran, ausländische Entwicklungshilfe an sich zu ziehen, als Selbständigkeit von unten herauf zu entwickeln.

Zusammenfassung

Dar es Salaam hat also eine automatische Backfabrik. Um die vorliegende Untersuchung darüber zusammenzufassen, läßt sich der Beurteilung eines anderen Autors kaum etwas hinzufügen: „Die Brotfabrik bringt weder Vorteile für die Arbeiter und Bauern noch treibt sie die Entwicklung einer ökonomischen Struktur voran, die Tansania in die Lage versetzt, die Unterentwicklung zu brechen und sich zu industrialisieren. Die Brotfabrik verlängert und vertieft vielmehr die Strukturen von Abhängigkeit und Unterentwicklung, indem sie knappe Ressourcen für die Produktion von Luxusgütern verschwendet, ... indem sie von internationalem Kapital abhängt, um die Produktion aufrechterhalten zu können, und indem sie nicht dazu beiträgt, die Grundlagen für ein durchführbares Industrialisierungsprogramm zu schaffen."



KLEINANZEIGEN

Nichtkommerzielle Kleinanzeigen veröffentlichen wir kostenlos. Vorlagen bitte maschinengeschrieben einreichen!

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen des KBW über die Chile-Solidaritätsarbeit findet sich in der Dokumentation Nr. 7 (16.12.76) der „Chile-Nachrichten", c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, „Stellungnahme des Chile-Komitee Westberlin zur Politik des KBW" (0,50 DM)

Verkaufe Handbuch für Internationale Zusammenarbeit (früher Handbuch für Entwicklungshilfe) 10 Ordner Loseblattsammlung auf neuestem Stand.
Über den Preis kann man reden.
G. Breidenstein, Telefon: 0231 – 61 52 75

Suche jegliches Informationsmaterial über Namibia (Broschüren, Flugblätter, Presseartikel)
Außerdem: Die Nummern 1 – 14, 23, 25 und 28 der „blätter des iz3w".
Anschrift: Wilfried Arz, Postfach 650403, 2000 Hamburg 65.

„Wir haben einen Film über die Entwicklung in einem Dorf auf den Kap Verden gedreht.
Wer kann kreolisch, und uns bei der Übersetzung des Materials helfen?
Bezahlung nach Vereinbarung.
Günter Heidrich, Manteuffelstr. 101, 1 Berlin 36, Telefon: 030 / 612 45 01"

Ausbeutung durch Management-Verträge

„BLUTSAUGERISCHE VERTRÄGE" (1) – MANAGEMENTVERTRÄGE IN TANZANIA

Andrew C. Coulson, Dar es Salaam

„Die moderne Industrie ist in hohem Maße technisch geworden und hängt oftmals stark ab von Forschungen, andauernden Verbesserungen und Modernisierungen, die große technische Kenntnisse und demzufolge auch Management-Verfahren erfordern. In den meisten Fällen stellt uns die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und nach bestmöglichem Dienst am inländischen Konsumenten vor eine entscheidende Wahl: nämlich zwischen der langsamen und – was zu hoffen steht – fortschrittlichen Entwicklung einer tanzanischen Industrie, die auf ihre eigene Geschwindigkeit herabgesetzt und darauf gestellt ist, sich allein auf eigene Arbeitskräfte zu verlassen – oder der beschleunigten Entwicklung größtmöglicher Art, die die Hilfe von führenden Kräften der Knowhows und der Fachkenntnis in Management und Technik braucht." (2)
Mit diesen Worten verteidigte Herr Michel Romnicianu, der Finanz- und Planungsdirektor der National Development Corporation (NDC) in Tanzania, den Nutzen von Management-Abkommen.
Er fuhr fort darzulegen, was er meinte: ein moderner Betrieb sei kein Ein-Mann-Betrieb; er müsse von einem Team geführt werden. Da „erstklassige Männer" jedoch von den großen Gesellschaften angestellt würden, sei es für uns nicht möglich, viele von diesen durch eine direkte Anstellung zu bekommen. Mit einem Management-Abkommen könne, wenn notwendig, entweder ein Mann oder das ganze Team ersetzt werden; ein solches Abkommen gäbe uns Zugang zu den allerneuesten technischen Informationen, den Patenten und Warenzeichen, den Vermarktungs- und Geschäftsführungs-Vereinbarungen der „auf ihren Gebieten in der Welt führenden Kräfte".
Herr Romnicianus Ansichten über Ausbildung sind ebenfalls von Interesse. Er schreibt:
„Eines der erstrangigen Ziele von Management-Abkommen ist, Nutzen zu ziehen aus der Fachkenntnis von hochqualifizierten Managern und Technikern ebenso wie aus der Technologie, die sie mit sich bringen, und der Gelegenheit für Tanzanier, mit ihnen eng zusammenzuarbeiten ... Wenn Tanzanier die ganze Rolle der Führung und Verantwortung übernehmen sollen, dann sollten sie in dieser Rolle eingeführt werden durch einen Prozeß der Integration mit jenen Experten – lernend, wenn sie mit jenen Seite an Seite arbeiten. Dieser Prozeß wird ein natürliches und reibungsloses Ersetzen von nicht-tanzanischen Managern und Technikern ergeben ..."
Der entgegengesetzte Standpunkt ist der, daß das Unterzeichnen eines Management-Abkommens dem gleichkommt, daß wir die Verfügungsgewalt über unsere Ressourcen einer Organisation übertragen, das heißt einer ausländischen kapitalistischen Gesellschaft, deren Interessen den unsrigen grundlegend gegensätzlich sind. Das Hauptinteresse eines ausländischen Unternehmens ist eben die Maximierung seiner Rückzahlungen ins Ausland, während unser Interesse in der Maximierung des Überschusses (im weitest möglichen Sinne) in *unserem* Lande besteht (3). Daher wird man erwarten, daß das ausländische Unternehmen mehr an den Aspekten des Management-Abkommens interessiert ist, die ihm erlauben, Profite in ausländischer Währung anstelle im Inland zu machen. Man wird von einem solchen Unternehmen erwarten, daß es die Ausbildung und die Anstellung inländischer Geschäftsführer verzögern wird, um viele seiner Tätigkeiten auf dem Devisenmarkt abwickeln zu können, und daß es den Tag zu verschieben suchen wird, an dem es die Leitung an Tanzanier übergeben muß. Eine eindrucksvolle Menge an „neuer betriebswirtschaftlicher Theorie" kann angeführt werden, die darauf schließen läßt, daß in einer Situation, in der die Geschäftsführung die tagtäglichen Operationen des Unternehmens kontrolliert, diese einen großen Vorteil gegenüber den Besitzern hat – oder wer auch immer im Aufsichtsrat sitzt. Für jene Besitzer oder Aufsichtsratsmitglieder sind die Geschäfte der Unternehmung eine Angelegenheit unter vielen, zu denen sie großteils auch nur durch Unterlagen Zugang bekommen, die durch ebendiesselbe (gegnerische) Geschäftsführung vorbereitet wurden. (4)
Letztendlich hängt somit der Erfolg eines Management-Abkommens vom guten Willen des ausländischen Partners ab. Man wird erwarten können, daß je ernsthafter Tanzania seinen eingeschlagenen sozialistischen Weg verfolgt, es um so weniger vom guten Willen ausländischer Unternehmen wird abhängen können. Ebenso sollte klar sein, daß diese Abkommen von den heimischen Verwaltungsbeamten verteidigt werden, die sie ausgehandelt und unterzeichnet haben, daß die ausländischen Unternehmen von ihren Regierungen unterstützt werden und daß der Widerstand von den Arbeitern in den betroffenen Unternehmen kommen wird, die schließlich erkennen, wie sie ausgebeutet werden.
Die Art und Weise, in der sich einige dieser Management-Abkommen tatsächlich ausgewirkt haben, soll anhand des folgenden Falls gezeigt werden, der in der Öffentlichkeit aufgedeckt wurde.

Das Kilimanjaro-Hotel (5)
Das Kilimanjaro-Hotel war das erste Prestige-Projekt des unabhängigen Tanzania. Es erschien im Drei-Jahres-Plan (1961 – 1964), in dem bemerkt wurde, daß die Regierung den Bau des Hotels in den Plan aufgenommen hatte, obwohl es von dem Team der Weltbank nicht empfohlen worden war. Der Plan folgte in den meisten Teilen den Analysen dieses Weltbank-Teams. (6)
Ebenso war es eines der ersten Projekte, das eine Explosion der Kosten erfuhr. Der Plan sah eine Ausgabe von 12 Millionen Shilling vor, das Hotel aber, das dann tatsächlich gebaut wurde, kostete 32 Millionen Shilling.
Die Verträge zum Bau dieses Hotels wurden am 14. Oktober 1961 unterzeichnet. Obwohl das Hotel ganz im Besitz des tanzanischen Staates sein sollte, war vorgesehen, nahezu die Hälfte der Kosten über ein Darlehen von Israel zu finanzieren. Der geschäftsführende Bevollmächtigte war eine Unternehmung namens Mlonot, der Architekt hieß Zevet und der Bauunternehmer Solel Boneh. All dies sind israelische Firmen, die die Gelegenheit wahrnahmen, sich in dem neuen unabhängigen Land zu etablieren.
Der Entwurf des Hotels war verschwenderisch, die Qualität der Ausführung weniger bemerkenswert. Ein paar Monate nach der Öffnung des Hotels erschienen Risse in vielen inneren Wänden, und im Keller sind zwei Pumpen erforderlich, die Tag und Nacht arbeiten, um das vom Ha-

fen her einsickernde Wasser auszupumpen. Gegenstände für das Hotel, die man an Ort und Stelle nicht bekommen konnte, wurden über Israel bestellt, auch wenn die Güter tatsächlich aus Drittländern geliefert wurden. Viele Artikel kamen von den „Great Universal Stores" in London, wurden aber über Israel umgeleitet. Diese Vorgehensweise erlaubte den Baubevollmächtigten, Preiserhöhungen vorzunehmen und die Differenz schon in Israel einzubehalten.

Die Ausbeutung von Tanzania begann, bevor das Hotel auch nur eröffnet war.

Der von Präsident Nyerere überlieferte Kommentar anläßlich der offiziellen Eröffnung am 9. Dezember 1965 ist unter dem Gesichtspunkt der späteren Ereignisse von Interesse: „Wir haben uns zu vergegenwärtigen, daß dieses Hotel nicht als Luxusgegenstand bezweckt ist, den Tanzanier genießen sollen. Es ist bezweckt, damit Geld zu verdienen." (7)

Ein Zusatzabkommen über den Betrieb des Hotels wurde im Oktober 1965 unterzeichnet. Die Vereinbarung war, daß Mlonot der tanzanischen Regierung zwei Drittel des durch den Hotelbetrieb entstehenden Nettogewinnes oder 6 1/2 % Zinsen auf die Investitionssumme der Regierung zahlen sollte, je nach dem, wasvon beidem jeweils mehr war.

Den Überschuß durfte Mlonot behalten. Dieser Nettogewinn wurde sehr sorgfältig definiert, um Mietzahlungen und Rückstellungen für Abschreibungen auszuschließen. Um die laufenden Ausgaben der Hotelführung abzudecken, bezahlte die Regierung an Mlonot eine „pauschale Geschäftsführungs-Vergütung" in Höhe von 3 % des Umsatzes.

Mlonot war nun nur tätig, um seinen Gewinn aus diesem Abkommen zu maximieren. Zu Beginn war die Abrechnungsperiode drei Monate. Während einer bestimmten Drei-Monats-Periode wurden so wenig Rechnungen wie nur möglich bezahlt. Das Hotel arbeitete so mit einem Profit, von dem ein Drittel Mlonot zufloß. Während der folgenden Periode von drei Monaten wurde die ausstehenden Rechnungen bezahlt, so daß in dieser Periode das Hotel einen Verlust erwirtschaftete. Alles in allem arbeitete das Hotel mit Gewinn, aber durch diese Vorgehensweise landete ein unverhältnismäßig großer Teil eben dieses Gewinnes in Israel.

In späteren Jahren wurde nach einem Abrechnungssystem vorgegangen, das nicht mehr zwischen Abschreibungen und verschiedenen Eneuerungs-Anschaffungen unterschied.

Der von der Regierung bestellte Rechnungsprüfer beschwerte sich dahingehend, daß er nicht finden konnte, daß die Berechnung des Nettogewinnes vollkommen korrekt vor sich gegangen war und daß die richtigen Summen an die Regierung bezahlt worden waren. In der Tat erschien es, als ob der Regierung beträchtliche Summen geschuldet würden.

Zu dieser Zeit war Mlonot schon auf einer anderen Fährte. Das Unternehmen eröffnete noch ein weiteres Hotel, das „Africana Vacation Village", 16 km entfernt von Dar es Salaam, das im Gegensatz zum „Kilimanjaro" Mlonot sowohl gehörte als auch von diesem Unternehmen geführt wurde. Der Generaldirektor der tanzanischen Tourist Corporation drückte seine Überraschung aus: „1961 dachte niemand daran, daß 1970 Mlonot in Tanzania eigene Hotelbetriebe aufmachen würde." (8)

Von Anbeginn benutzte Mlonot das Kilimanjaro-Hotel, um sein eigenes „Africana" zu etablieren und zu unterstützen. Am 4. November 1970 sagte der Geschäftsführende Direktor von Mlonot, Kurt Levy, „daß die Meldungen, daß Mlonot ... der Regierung eine beträchtliche Summe Geldes schuldete, nicht wahr wären", jedoch am 15. Dezember 1970, ein Tag vor Ablauf der von der Regierung gesetzten Frist, bezahlte Mlonot etwas weniger als zwei Millionen Shilling. (9) Dieser vielbeachtete Rückstand in der Zahlung der Schulden Mlonots an die Regierung Ende 1970 findet seine Erklärung, wenn man annimmt, daß alle Mlonot frei verfügbaren Gelder, einschließlich der Summe, die der Regierung geschuldet wurde, in dem Africana-Projekt gebunden waren. Das erklärt auch, warum Levy durch die Zahlungsaufforderung über Kreditbedingungen in Besorgnis geriet, die gar nicht relevant gewesen wären, wenn die



im Kilimanjaro-Hotel entstandenen Gewinne einfach über die National Bank of Commerce verbucht worden wären.

Am 6. April 1970 wurde eine Konferenz abgehalten, um das Verhältnis zwischen dem „Kilimanjaro" und dem „Africana" zu diskutieren. Es waren fünf mit Mlonot verbundene Personen zugegen, jedoch war von Seiten der Tourist Corporation niemand eingeladen worden. Die Konferenz beschloß, daß das Personal der beiden Hotels vollkommen austauschbar sein sollte. Mitarbeiter des Kilimanjaro, die dort angelernt worden waren, wurden so für das Africana verfügbar gemacht, jedoch zahlte das Africana nicht für die bei der Ausbildung entstandenen Kosten.

Wäschereidienste, einige Ausrüstungsgegenstände und Uniformen wurden dem Africana verfügbar gemacht gegen von Mlonot festgesetzte Gebühren. Bei der Festsetzung dieser Gebühren hatte die Regierung nichts zu sagen.

Die ganzen Verhältnisseerlaubten Mißbrauch in hohem Maße. Ursprünglich waren an Mlonot 400.000 Shilling für die Ausbildung von Tanzaniern gezahlt worden. Daraufhin sandte Mlonot zwanzig Tanzanier 1962 zur Ausbildung nach Israel und 1964 wurden zwölf weitere Stellen ausgeschrieben in Aufgabenbereichen wie der Hauswirtschaft, dem Hotelempfang und den Lagern. (10)

Am Ende des Jahres 1970 wurde das Hotel von zwanzig Ausländern geführt und es gab keinen einzigen Tanzanier in einer leitenden geschäftsführenden Position. Im April 1970 hatte der Geschäftsführende Direktor von Mlonot die Unverfrorenheit zu sagen:

„Das Kilimanjaro hat vielen im Hotelfach beruflich Tätigen als ein Sprungbrett gedient, Kellnern, Kassierern und so weiter. ... aber die Ausbildung zum mittleren und zum Top-Management ist eine Last und eine Verantwortung, die von täglichen Aufgaben eines Hotels getrennt werden muß. Erstklassiges Hotel-Know-how zu vermitteln und die Fachleute auszubilden, ist ein kostspieliger und zeitraubender Prozeß und unter der herrschenden Bedingung der vermehrten Nachfrage nach solchen (sic!) kann dies nicht von einzelnen Hotels durchgeführt werden ..." (11)

So gab Mlonot nach neun Jahren und den Empfang von 400.000 Shilling zu, keine Schritte unternommen zu haben, um mittlere und obere Management-Fachleute auszubilden und daß das Ausbildungsprogramm auf untergeordnete Positionen beschränkt war. Mehr noch, wenn Tanzanier etwa für mittlere und obere Stellen angeworben werden sollten, dann müsse die Regierung für deren Ausbildung bezahlen. Zum Vergleich berichtete ein Tourismus-Berater der Regierung in einem Report vom August 1970, daß das Nairobi-Hilton, das nur achtzehn Monate zuvor eröffnet hatte, von zehn Ausländern mit Assistenten aus Kenia geleitet wurde. Die zwanzig Ausländer des Kilimanjaro schlossen zwei Sekretärinnen, einen Leiter der Wäscherei und den Empfangschef mit ein. Es ist unmöglich zu glauben, daß nicht hätte mehr getan werden können,um diese Stellen an Einheimische zu übertragen.

Schließlich gab es über die Jahre hinweg mehrmals Beschwerden, daß das Kilimanjaro nicht einmal als ein Hotel Erster Klasse geführt würde. Ebenfalls im August 1970 berichtete ein Berater der Tourist Corporation in einem Report für die Regierung:

„Es ist eine anerkannte Tatsache, daß es nicht so sehr die Räume sind, die ein Hotel von dem anderen unterscheiden, sondern das Essen. ... und sicherlich war das Kilimanjaro niemals bekannt für die Qualität seiner Küche. Wenn die Leute eine gute Mahlzeit haben möchten, dann gehen sie ins Agip Motel." (12) Das gilt auch noch heute.

Der Berater führt weiterhin aus, daß sich die Situation im Kilimanjaro verschlechtert hat, als der Speiseraum für Frühstück und Mittagessen in eine Kafeteria verwandelt wurde; das Selbstbedienungssystem könne nur aus Gründen der Wirtschaftlichkeit oder der Personalknappheit gerechtfertigt werden, und im Falle des Kilimanjaro trifft beides nicht zu. Aber durch die Einführung des Selbstbedienungsrestaurants wurden etwa 24 Angestellte des Kilimanjaro ins Africana versetzt und ihre Plätze wurden im Kilimanjaro nicht wieder neue besetzt.

Zu Ende des Berichtes wird festgestellt, daß die Zimmer des Hotels schlecht erhalten und schmutzig gewesen seien, daß die Qualität des Essens sehr schlecht und daß die Preise, verglichen mit dem Nairobi-Hilton, zu hoch seien. Die tanzanischen Angestellten seien willig und freundlich, der Service sei jedoch infolge unzureichender Anleitung ungenügend.

„Es ist ein Hotel, das mit ein paar Groschen betrieben wird, so als wenn die Geschäftsführung darauf bedacht wäre, das Letzte herauszuholen, bevor der Wettbewerb zu stark wird."

Die Tatsache, daß Mlonot Profite machte, während das Hotel und die Regierung Verluste hatten, blieb nicht unbemerkt. Schon im Dezember 1970 wurde berichtete, daß die Regierung versuchte, das Abkommen neu auszuhandeln. Es wurden kleine Fortschritte gemacht in der Besetzung von leitenden Positionen mit Tanzaniern. Allerdings machte ihre Ausbildung (Seite an Seite mit den Ausländern?) sie nicht beliebt bei den Arbeitern. Am 4. April 1972 wurden zwei von ihnen, Micky Mdoe, der geschäftsführende Assistent, und A. T. Gondwe, der Empfangschef, von den Arbeitern beschuldigt, Günstlingswirtschaft zu betreiben und sich einer beleidigenden Sprache zu bedienen; es gab einen fünfstündigen Streik, in dem die Arbeiter die Entlassung dieser beiden und eines Ausländers forderten. Ein paar Tage später brachte der Versuch der Mlonot-Leitung, jene drei Angestellten mit drei des Africana-Hotels zu tauschen, einen vierundzwanzigstündigen Streik im „Africana" ein. Der Vorsitzende der TANU im Kilimanjaro, Hemedi Saidi, beschuldigte die Unternehmensleitung, weder den Ausschuß der Arbeiter noch die Gruppe der TANU des Hotels anzuerkennen noch mit diesen Gruppen zusammenzuarbeiten, und der Vorsitzende des Arbeiter-Ausschusses des Africana, Zyambo, wies darauf hin, daß den Arbeitern die Mißstände zwischen dem Kilimanjaro- und dem Africana-Hotel sehr wohl bewußt wären; er zeigte seinen Anstellungsvertrag, der mit „Kilimanjaro-Hotel" gestempelt war. Er betonte, daß die Mehrheit der Arbeiter im Africana in Wirklichkeit vom Kilimanjaro angestellt worden wären. Saidi wurde so wütend, daß er dem Assistenten des Regierungsbeauftragten für Arbeit sagte, daß er, „wenn es möglich gewesen wäre, den Präsidenten der TANU gebeten hätte, alle Mitglieder der Partei zu bitten, je 50 cent beizusteuern, um den außerordentlichen Geldbetrag abzubezahlen, den Tanzania den Israelis schuldet, eher als in unserem eigenen Lande wie Tiere mißbraucht zu werden." (13)

Saidis Gebet wurde am 6. Oktober 1972 erhört, als die Regierung die Beendigung des Management-Abkommens mit Mlonot verkündete und bekanntgab, daß die „Tanzania Tourist Corporation" die Geschäftsführung des Hotels übernehmen würde. Mlonot wurde für „seine gewaltige Arbeit beim Aufbau und Betrieb des Hotels seit 1965" gedankt und mitgeteilt, daß die Regierung eine Forderung von Mlonot für eine faire und vernünftige Entschädigung begrüßen würde. (14)

Mlonots' Ausbildungsprogramm kann nicht sehr erfolgreich gewesen sein, denn die Ankündigung der Regierung enthielt auch die Namen von fünf ausländischen Hotel-Managern aus Dänemark und Holland, die das Hotel leiten würden. Tanzanier wurden namentlich keine genannt, sondern lediglich der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Tanzanier die Geschäftsleitung 1974 übernehmen könnten, wenn die Zwei-Jahres-Verträge des neuen ausländischen Teams ausliefen.

Und die Schlußfolgerungen aus diesen Erfahrungen?

Diese Fallstudie spricht für sich selbst. Sie zeigt die schwankende Haltung der tanzanischen Regierung gegenüber westlichen Gesellschaften, denn obwohl Mlonol schließlich hinausgeworfen wurde, wurde eine Entschädigung bezahlt und die öffentliche Verlautbarung wurde in einer Art abgefaßt, die glauben machte, daß die Regierung keinen grundsätzlichen Einwand gegen das Verhalten der ausländischen Manager gehabt hätte. Der Bruch, der schließlich vollzogen wurde, war so sanft, daß die erzieherischen Auswirkungen, die Natur des Kapitalismus betreffend, wohl gering waren.

Die Fallstudie gibt auch einen Hinweis auf ein paar der Erfindungen, die ein dazu entschlossenes Management benutzen kann, ein Abkommen dahingehend zu manipulieren, daß es zumindest keine Verluste macht. Der „Tanzanier" schrieb in seinem mit „Blutsaugerische Verträge"

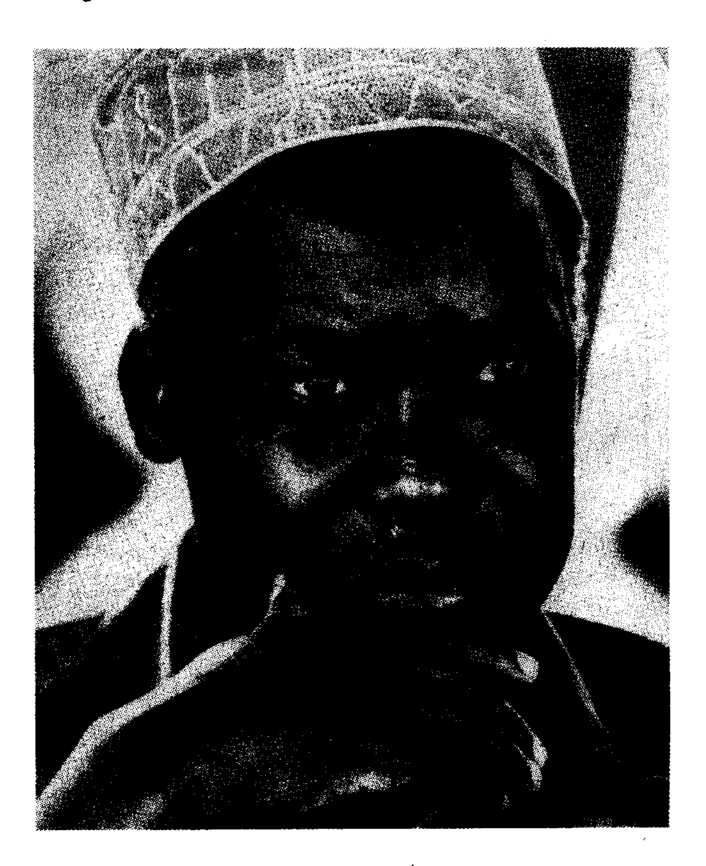
Wanne als „Bett" vermietet

NEUMÜNSTER/KIEL, 13. Januar (dpa). Die Vermietung einer Badewanne als Schlafstätte für 100 Mark im Monat ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Kiel kein Mietwucher. Deshalb stellte die Behörde das Ermittlungsverfahren gegen eine Zimmervermieterin in Neumünster ein, die die Badewanne an einen schwarzen Studenten vermietet hatte. Wie die Stadtpressestelle am Donnerstag bestätigte, gab die Kieler Ermittlungsbehörde die Akte aber an das Ordnungsamt Neumünster zurück, da Anhaltspunkte dafür bestünden, daß die ungewöhnliche Vermietung als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden könne. FR, 14.1.77

betitelten Brief über die tanzanische Verantwortlichkeit: „Wir können weiter schimpfen über Imperialismus und Ausländer, Unfähigkeit und Ignoranz; all das existiert, um uns in Sklaverei zu halten. Aber was ist mit der Verantwortung von jenen, Bürgern wie wir, die damit betraut sind, den Reichtum dieses Landes zu bewahren und zu fördern? Von ihnen zumindest darf erwartet werden, daß sie weder imperialistisch, noch untauglich, noch ignorant sind! Oder ist das zuviel verlangt?" (15)
Wenn der „Tanzanier" denkt, daß ein wirklich gewissenhaftes Aufsichtsgremium diese Manager hätte kontrollieren können, dann verlangt er sicherlich zu viel, denn die „in der Welt führenden Kräfte in puncto Technik und Management-Erfahrung" wissen, daß ihre erste Verantwortung den ausländischen Unternehmen gegenüber besteht, die sie schicken und zu denen sie zurückkehren werden, und daß die Gewinne, die sie ins Ausland schicken, der Grund ist, warum sie hierher geschickt werden. Die in der Welt führenden Kräfte des Management sind ausgebildet, nicht mitarbeitende Aufsichtsräte zu überlisten.
Es ist also das System, das schuld ist – oder, um es ein klein wenig anders zu formulieren, wenn wir ausländische Unternehmen einladen, Management-Teams zu uns zu schicken, dann müssen wir erwarten, daß Teile der von uns erwirtschafteten Überschüsse außer Landes fließen, und wenn wir in unserem Lande ebenfalls Gewinne abbekommen, dann deshalb, weil diese Gewinne leicht zu machen sind.
Auch die „National Development Corporation"gibt diese Zweideutigkeit zu, wenn sie in der Zeitschrift „Jenga" schreibt: „Letztendlich basiert ein solches Abkommen auf Vertrauen." (16) Vertrauen – in was? Können wir den internationalen kapitalistischen Gesellschaften wirklich vertrauen?

Die „Tanzania Tea Authority" (17)
Aber gibt es eine Alternative zu diesen ausbeuterischen Management-Abkommen? Die Erfahrungen der tanzanischen Tea Authority (Tee-Behörde) zeigen, daß es eine solche Alternative gibt, sogar mit ziemlich umfassenden Management-Aufgaben.

Im März 1972 unterzeichnete die tanzanische Regierung und die Weltbank eine Anleihe über 10,5 Millionen Dollar zur Entwicklung der Tee-Industrie. Dies schloß die Errichtung von neun Tee-Fabriken ein, die den von Bauern, zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben und Ujamaa-Dörfern produzierten Tee weiterverarbeiten.
Als diese Anleihe unterzeichnet wurde, besaß die „Tanzanian Tea Authority" bereits drei Tee-Fabriken. Eine hatte als Teil eines Planes, Teeanbau in einem neuen Landesteil zu betreiben, 1967 zu rabeiten begonnen und von diesem Zeitpunkt an wurde sie gemäß eines Management-Abkommens mit der NDC von George Williamsson Ltd. geführt, einer Gesellschaft in britischem Besitz mit weitverzweigten Tee-Interessen in Ostafrika und Indien. Dieses Land und die Fabrik kam Ende 1971 an die Tea Authority; zuvor hatte sie zu keiner Zeit einen Gewinn abgeworfen.
Ein weiteres Gut und eine Fabrik bei Lupembe im Njombe Distrikt hatten George Williamsson Ltd. gehört, waren jedoch fast bankrott, als sie in die „Lupembe Farmers Cooperative Union" und in die „Tea Authority" zu Beginn des Jahres 1971 überführt wurden.
Schließlich wurde eine völlig neue Tee-Fabrik gebaut; das war möglich zum einen durch Gelder, die vom Entwicklungsbudget der tanzanischen Regierung kamen, und zum anderen durch einen früheren Weltbank-Kredit an die Tanzania Rural Development Bank (18), der speziell für die Förderung teeanbauender Kleinbauern gegeben wurde. Diese Fabrik nahm ihren Betrieb im September 1971 in Mponde in den westlichen Usambara-Bergen auf. Die erste Fabrik, die voll mit Geldern der Weltbank finanziert wurde, wurde Ende 1972 nahe Tukuyu in dem Gebiet von Mbeya in Betrieb genommen.
So übernahm die Tea-Authority ein Management-Abkommen und mußte entscheiden, wie sie den Rest ihrer rapide wachsenden Fabrikbetriebe führen sollte.
Eine einfache Lösung wäre gewesen, weitere Management-Abkommen mit „George Williamson", „Brooke Bond", „Bombay Burmah" oder anderen größeren Tee-Gesellschaften zu treffen. Dies aber wurde verworfen. Den Beamten der „Tea Authority" war gewärtig, wie ungeschützt sie sein würden, wenn Geschäftsführung und Kontrolle ihrer Fabriken irgendeiner außenstehenden Organisation übergeben würden.



So wurde anstatt dessen beschlossen, auch die Betriebsleitungen mit Tanzaniern zu besetzen. Die Bürger jedoch, die man dazu einstellen konnte, waren unerfahren. Die Fabrik in Mponde zum Beispiel wurde unter der Leitung eines Management-Praktikanten eröffnet, der drei Jahre als Landwirtschaftsbeamter auf dem Gebiet des Teeanbaues gearbeitet hatte und darauf zu einem neunmonatigen Kurs in Maschinenkunde für Teeverarbeitung geschickt worden war. Bei seiner Rückkehr hatte er den Betrieb einer Tee-Fabrik im Wert von 3 1/2 Millionen Shilling aufzunehmen und zu führen, 16 km vom nächsten Dorf und drei Stunden Fahrzeit von Tanga weg gelegen, mit einer Vielzahl von komplizierten Maschinen (deren sachkundige Bedienung allein die Qualität des produzierten Tees und damit die Rentabilität der Fabrik ausmacht). Im Normalfall wäre der Leiter einer solchen Fabrik vor seiner Anstellung mehrere Jahre in einer ähnlichen Fabrik tätig gewesen und hätte nach seiner Anstellung sehr stark von seiner Erfahrung her gearbeitet, um die Fabrik erfolgreich zu führen. Dieser Mann hatte den Posten mit nur sehr begrenzter Erfahrung

übernommen.
Die „Tea Authority" entwickelte daher die Idee von „Besuchsabkommen" mit erfahrenen Agenturen. Im Fall von Mponde kam man mit der Leitung eines nahegelegenen teeanbauenden Gutes überein, daß diese die Fabrik regelmäßig besuchte – alle vierzehn Tage während der Aufbauphase, dann ein Jahr lang jeden Monat und nun weniger oft, je nach Bedarf. Bei jedem Besuch werden die anfallenden Probleme mit dem Betriebsleiter diskutiert und danach gibt der besuchende Fachmann einen Bericht an den Betriebsleiter und an die Zentrale der „Tea Authority". Darüber hinaus ist er zu jeder Zeit telephonisch verfügbar, um Rat zu geben. Diesen Fachleuten werden die Kosten ihrer Besuche bezahlt – ein Pauschalhonorar und ein Bonus am Ende einer Drei-Monats-Periode, wenn der produzierte Tee gute Preise erzielt. Dieses System kostet die „Tea Authority" beträchtlich weniger als die Einstellung auch nur eines Ausländers.
Der tanzanische Betriebsleiter lernt, indem er die Dinge tut. Er ist in der Ausbildung und trotzdem weitgehend auf sich selbst gestellt und eigenverantwortlich, er hat nicht irgendeinen beherrschenden Ausländer über sich sitzen, der jede seiner Bewegungen überwacht. Aber er ist nicht ganz allein – wenn er Probleme hat und von außen Hilfe braucht, um sie schnell zu lösen, dann weiß er, wohin er sich wenden kann.
Ein solches Übereinkommen beläßt die Kontrolle der Fabrik und alle ihre Handlungen in einheimischen Händen. So gibt es keine Möglichkeit zu Betrügereien zum Nutzen von irgendwelchen ausländischen Gesellschaften. Die „Tea Authority" behält das letzte Wort bei dem, was getan werden soll – sie kann die von den Fachleuten gegebenen Ratschläge zurückweisen und hat das einige Male auch schon getan. Zentrale Dienstleistungen wie Vertrieb des Tees und Bereitstellung von Systemen der Rechnungsführung können von der Zentrale der „Tea Authority" geleistet werden.

Ein ähnliches Besuchsabkommen wurde für das Gut und die Fabrik von Lupembe ausgehandelt; auf diese Weise wurde die Unternehmung in weniger als zwei Jahren schuldenfrei und wird nun ausgeweitet. „George Williamsson" leistet für die Tukuyu-Fabrik ähnliche Dienste. Diese beratenden Gesellschaften wissen, daß ihre Leistungen als Berater

ENTWICKLUNG UND FUNKTION DES TEE-ANBAUES UND DER „TEA-AUTHORITY" IN TANZANIA – ÜBERSICHT

Voraussetzungen
Die Möglichkeiten des Tee-Anbaues in Tanzania sind von den geographischen und klimatischen Voraussetzungen her begrenzt. Tee wächst in regenreichen Gebieten; ein jährlicher Niederschlag von 1140 mm ist die Grenze, unterhalb der Tee nicht mehr wirtschaftlich angebaut werden kann. Der Regen muß über das Jahr verteilt fallen und jweils in einer solchen Menge, daß Teile des Niederschlages im Boden versickern. Auch muß die chemische Zusammensetzung der Böden bestimmte Bedingungen erfüllen; so muß z.B. der pH-Wert zwischen 5,4 und 5,6 liegen.
Die Gebiete, die in Tanzania diesen Bedingungen entsprechen, sind Rungwe, Lumpebe, Mufindi, Bukoba und Usambara.

Aufgaben der Tanzania Tea Authority
Die Tanzania Tea Authority wurde als staatliche Institution durch ein Parlamentsgesetz im Jahre 1968 gegründet. Ihre Aufgaben schließen unter anderem ein:
- Förderung der Entwicklung der Tee-Industrie;
- zentrale Dienstleistungen der Tee-Industrie zur Verfügung zu stellen;
- Überwachung und Beratung bei Anbau und Ernte, insbesondere Beratung der Kleinbauern;
- Aushandeln von Verträgen zwischen Pflanzern und weiterverarbeitenden Industrien, Organisation von Vertrieb und Transport von Tee.

Besonderes Gewicht wird auf die Förderung von Kleinbauern gelegt, da Maßnahmen zu deren Förderung besonders beschäftigungsintensiv wirken.

Maßnahmen der „Tea-Authority"
Gerade mit Hilfe von Maßnahmen der „Tea-Authority" gelang es, den Tee-Anbau von Kleinbauern, der 1962 noch nahezu nicht existierte, in großem Rahmen zu entwickeln: 1975/76 bebauten Kleinbauern etwa 9.800 Hektar mit Tee, davon 6.900 Hektar mit Unterstützung eines eigens dafür bestimmten Entwicklungsprogrammes der Authority. Weiterhin arbeiteten Ende 1976 fünf teeverarbeitende Betriebe unter Leitung der „Authority"; die Errichtung von vier weiteren ist geplant.
Als Art Musterbetriebe für Teeanbau führt die Authority fünf genossenschaftlich geführte „Estates" mit Anbauflächen jeweils zwischen 100 und 160 Hektar. Hierfür wurden entweder bereits mit Tee bepflanzte Ländereien aus ausländischem Besitz angekauft oder neue Flächen für den Anbau erschlossen. Dazu wiederum und teilweise auch zur besseren Versorgung der teeanbauenden Kleinbauern wurden durch die „Authority" seit 1970 Straßen von insgesamt 450 km Länge in diesen Gebieten fertiggestellt.

Auswirkungen der Arbeit der Tea Authority
Alles in allem wurde der Teeanbau von Kleinbetrieben beträchtlich gesteigert: von den in diesem Programm angestrebtn 3,2 Millionen kg fertigem Tee wurden 1976 (Juni-Ernte) bereits 2,5 Millionen kg produziert, was einer Verwirklichung von ca. 80 % des gesteckten Zieles entspricht.
Die Tee-Exporte Tanzanias steigen stetig; derzeit werden etwa 75 % der gesamten Teeproduktion exportiert. In der Reihenfolge der devisenbringenden Exportgüter rangierte der Wert des Tee-Exportes auf Platz 6 im Jahr 1975, was etwa 60 Millionen Shilling entspricht; demgegenüber war der Wert des Tee-Exportes 1960 vernachlässigbar gering.

Die Entwicklung des Teeanbaues in Kleinbetrieben hat den Bauern dort und dem Land im ganzen zusätzliches Einkommen geschaffen, und zwar hauptsächlich in Form von:

- Einkommen aus dem Verkauf von Tee und
- Einkommen aus der Arbeit in den Genossenschaften,

den weiterverarbeitenden Fabriken und beim Straßenbau.

(Nach: Daily News, 16.12.1976).

miteinander verglichen werden; auf jeden Fall haben sie keinen offensichtlichen Anreiz, nicht den Rat zu geben, den sie für den Besten halten. Daß ihre Erfahrung für die „Tea Authority" von großem Nutzen ist, zeigt sich an den ermutigenden Leistungen – nicht zuletzt auch in Hinblick der Qualität des Tees – der Fabriken von Mponde und von Lupembe.
Es ist jedoch wichtig anzumerken, daß die „Tea Authority" ein organisiertes Management-Ausbildungsprogramm begonnen hat, das Arbeit und Studium in verschiedenen Tee-Fabriken umfaßt und das erfahrene tanzanische Betriebsleiter hervorbringen wird. In Zukunft wird es keinen Grund mehr geben zu dem Risiko, das bei Inbetriebnahme der Fabrik von Mponde in Kauf genommen werden mußte.



Die „Tea-Authority" – eine Alternative für die tanzanische Entwicklung

Wenn die Management-Abkommen einem Mißbrauch Tür und Tor öffnen – welche Schlußfolgerungen sollten wir dann ziehen? Wir sollten zum Beispiel nicht folgern, daß nicht mehr notwendig sei, als diese Abkommen vom Buchstaben des Gesetzes her besser auszuarbeiten. Ohne Zweifel würde das insoweit helfen, als daß es der tanzanischen Mehrheit in den Aufsichtsräten die Macht gäbe, Mißständen abzuhelfen, wenn sie sie einmal entdeckt hat. Aber wir haben gesehen, daß Mißbrauch auf sehr mannigfaltige Art und Weise getrieben werden kann und daß, wer auch immer die tagtägliche Kontrolle des Geschehens in einer Fabrik hat, er viele Möglichkeiten besitzt, Dinge sogar vor einem sehr aufmerksamen Aufsichtsrat zu verbergen.
Genausowenig dürfen wir folgern, daß das Bild wesentlich anders ausgesehen hätte, wenn andere Gesellschaften als Partner gewählt worden wären. Auch andere Erfahrungen in Tanzania als die hier geschilderten zeigen, daß selbst die angesehensten Gesellschaften, haben sie einmal eine Machtposition und erwarten sie, wie das bei einem Management-Abkommen der Fall sein muß, nicht lange im Lande zu bleiben, die Verhältnisse dergestalt beeinflussen, um sich selbst kurzfristig den höchstmöglichen Nutzen zu sichern. Das war in der Vergangenheit so und kann auch für die Zukunft erwartet werden.
Nein, es gibt tatsächlich nur eine Schlußfolgerung, die wir ziehen können, und die ist, daß wir unsere Strategie der Industrialisierung so gestalten müssen, daß wir – mit wenigen Ausnahmen – in Industriezweigen investieren, die wir selbst leiten können. Das Beispiel der „Tea Authority" zeigt, wie mit Ideenreichtum auch komplizierte industrielle Anlagen durch Einheimische geleitet werden können. Andere Beispiele können in den Betrieben der „Tanzania Sisal Corporation" und der „National Milling Corporation" (19) gefunden werden.
Wenn wir in Industriezweigen investieren, die das Abschließen von Management-Abkommen bedingen, dann müssen wir solange einen beständigen Abfluß von beträchtlichen Mengen unseres Überschusses erwarten, wie diese Abkommen in Kraft sind. Die Notwendigkeit vollständiger einheimischer Kontrolle und Betriebsführung ist eine der wichtigsten Erwägungen, die Tanzania bei der Festlegung seiner Strategie zur Industrialisierung des Landes in Betracht ziehen muß.

Anmerkungen:

(1) Diese Überschrift hatte ein mit „Tanzanian" (Ein Tanzanier) gezeichneter Brief in der Zeitung „The Standard" vom 8. Januar 1971.
(2) „Management Agreements and Other Contracts with Foreign Agents", von Michel Romnicianu. Vervielfältigung des NDC vom Januar 1971
(3) Es entspricht meiner Überzeugung, daß auf dieser Entwicklungsstufe der Industrialisierung Tanzanias die Regierung sicherstellen muß, daß ihre Investitionen ein Mehrprodukt erzeugen. Da die Möglichkeiten, Mehrprodukt aus dem Landwirtschaftssektor zu erhalten, gering sind, muß der Hauptanteil des Mehrproduktes zur Finanzierung der Industrialisierung in dem jungen Industriesektor selbst erzeugt werden. Diese Meinung weist den „idyllischen" Standpunkt zurück, der da vertritt, daß Armut dann nicht wichtig ist, wenn, wie klein das Einkommen auch ist, es nur von allen geteilt würde. Im Sinne dieser Anmerkung ist, daß wir darauf achten müssen, unser Mehrprodukt so zu maximieren – natürlich ist Mehrprodukt nicht dasselbe wie Profit –, daß wir immer gleicherweise Gewinne und Verluste in allen Sektoren der Wirtschaft bewerten und ins Verhältnis zu dem Industrialisierungsplan setzen.
(4) so zum Beispiel J. K. Galbraith, The New Industrial State, Harmondsworth 1967, Seiten 95 –100 oder Robin Marries, The Economic Theory of Managerial Capitalism, Oxford 1964, Seite 12
(5) Dieser Abschnitt stützt sich weitgehend auf einen Artikel der „Sunday News Insight" vom 20. Dezember 1970: „Kilimanjaro – A 32m/ = White Elephant?"
(6) Entwicklungsplan für Tanganyika 1961/2 – 1963/4. Government Printer, Dar es Salaam 1961, Seiten 74 f.
(7) Artikel: „Luxury – for the Tourists" in: „The Standard, vom 9. Dezember 1965
(8) Zitiert in dem obengenannten Artikel der Sunday News aus einem Regierungsreport vom August 1970
(9) Siehe „The Standard" vom 4. November 1970: „Dar Hotel Group Denies Big Debt" und vom 15. Dezember 1970: „Hotel Pays 2m/ = Rent". Es war die Falschheit von Mlonot in diesem Zusammenhang, die den Artikel der „Sunday News Insight" vom 20. Dezember 1970 provozierte.
(10) Artikel „Luxury Hotel Wants Staff – top Jobs for 12" des „Tanganyika Standard" vom 13. Mai 1964
(11) Aus einigen Empfehlungen von Kurt Levy, dem Geschäftsführenden Direktor von Mlonot, vom April 1970; zitiert nach der „Sunday News Insight".
(12) Report eines Tourismus-Beraters der Regierung und zitiert nach dem „Sunday News Insight"-Artikel.
(13) Artikel „Workers of Two Dar Hotels Lay Down Tools", „Hotel Chief Accused of Ill-treating Workers", „Africana Staff Resumes Duty" der „Daily News" vom 4. und 23. August 1972.
(14) „Kilimanjaro Hotel Taken Over by State", „Daily News" vom 6. Oktober 1972
(15) „Blood-Sucking Contracts", in „The Standard" vom 8. Januar 1971
(16) Zeitschrift „Jenga" Nr. 9/1971, Seite 31
(17) Die Unterstützung der Tanzania Tea Authority machte es möglich, diesen Abschnitt so zu schreiben: besonderen Dank schulde ich Herrn Yole Chiduo, Herrn K. T. Wadhams und insbesondere dem Generaldirektor Herrn Joseph Mtenga.
(18) Bank für Entwicklung der Landwirtschaft
(19) Staatlich tanzanische Sisal- und Mühlen-Gesellschaft.

Ujamaa - eine sozialistische Agrarentwicklung?

Philip Raikes, Dar es Salaam

Einführung

Die UJAMAA-Politik zielt darauf ab, Bauern für eine Kooperativproduktion in Dörfern zusammenzuschließen. Am Anfang dieser Politik lag der Akzent stark auf der Freiwilligkeit und man betonte, daß die Bauern selbst ihre Dörfer planen, verwalten und instandhalten sollten.

In jüngerer Zeit scheint sich der Akzent mehr zu „direkten Maßnahmen" („frontal approach") verschoben zu haben: Kampagnen für die UJAMAA-Entwicklung von ganzen Distrikten und nun sogar für das ganze Land werden organisiert. Damit zusammenhängend scheint sich der Akzent vom Gründen von Kooperativen verschoben zu haben zum Gründen von Dörfern.

Dieser Artikel soll UJAMAA unter dem Aspekt einer Strategie zur sozialistischen Veränderung der Wirtschaft untersuchen. Viele Schwierigkeiten der Agrarplanung und bei der Durchführung des Ujamaa-Konzeptes hängen mit dem Fehlen einer solchen Strategie zusammen. Die wichtigste Schlußfolgerung, kurz zusammengefaßt, wird die sein, daß Ujamaa eine wertvolle Rolle bei einer solchen Strategie spielen kann, aber nicht von sich aus schon eine sozialistische Strategie für die Landwirtschaft darstellt.

Sozialistische Veränderung und die Rolle der Landwirtschaft

Der Wandel von einem Zustand der Unterentwicklung und Abhängigkeit zu Sozialismus und Autonomie kann kurz definiert werden als das Bestreben, die Nutzung der vorhandenen Güter und die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Das bedingt erstens die Veränderung der wirtschaftlichen Basis, um sie für diese Aufgabe brauchbar zu machen und zweitens die Kontrolle der Produktionsmittel und -verfahren (und nicht nur den rechtlichen Besitz) durch die Massen.

Die Veränderung der ökonomischen Basis erfordert den Aufbau einer integrierten Industrie, deren Produktion auf die Nachfrage nach Massen-Verbrauchsgütern abgestimmt ist und die vor allem Anreize für eigene einheimische Fertigkeiten und Technologien vermitteln kann. Planung und Investitionen, die an diesen Zielen orientiert sind, erfordern wiederum als Vorbedingung die demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch die Massen.

Unnötig zu sagen, daß eine solche Veränderung langfristiger Planung bedarf. Für viele, wenn nicht für die meisten der neuen End- und Zwischenprodukte werden sich die Marktbedingungen erst im Verlauf des Veränderungsprozesses zeigen. Sie können daher nicht durch Vorausberechnungen kalkuliert werden, die auf den vorgegebenen, durch niedriges und ungleich verteiltes Einkommen verzerrten Wirtschafts- und Marktstrukturen basieren. Die Planung muß unbedingt auch die Mengen und Verteilung der Waren beachten, um Überproduktion und Nachschubengpässe zu vermeiden. Sehr sorgfältige Planung für den produktiven Einsatz des Mehrwerts und die strengste Kontrolle über jegliche unproduktive Ausgabe sind nötig. (1)

Die Rolle der Landwirtschaft in diesem Veränderungsprozeß ist von entscheidender Bedeutung. Da sie den mit Abstand wichtigsten produktiven Sektor darstellt, muß sie den größten Teil des Mehrproduktes für die wirtschaftliche Entwicklung beisteuern. Dies kann in zwei Formen geschehen: Nahrungsproduktion für die schnell wachsende Zahl der Städter und Industriearbeiter und Erzeugung von Rohstoffen für die wachsende Industrie. Diese beiden Funktionen sind so gründlich von westlichen und sozialistischen Wirtschaftswissenschaftlern diskutiert worden, daß sie hier nicht näher ausgearbeitet werden müssen. Westliche Wissenschaftler haben auch die Notwendigkeit betont, durch den Export landwirtschaftlicher Rohstoffe Handelsbeziehungen mit dem Ausland aufrecht zu erhalten. Zumindest in der Anfangsphase wird das natürlich auch eine Funktion in der sozialistisch orientierten Landwirtschaft haben. Der wesentliche Unterschied ist, daß westliche Wissenschaftler die Produktion für den Export als etwas betrachten, das so stark wie möglich entwickelt werden müßte und so im Endeffekt Nahrungs- und Rohstoffproduktion für den Eigenverbrauch zu Nebenbedingungen herabsetzen, während sozialistische Wissenschaftler die Vorzeichen umgekehrt setzen: die Stützung auf den Rohstoffexport sei so schnell wie möglich abzubauen, indem alle nicht lebenswichtigen Importe auf das Minimum reduziert und schnell eine eigene Produktionskapazität aufgebaut werden. (...)

Es ist immer wieder gezeigt worden, daß beim Fehlen größerer sozialer Wandlungen eine Mechanisierung im großen Stil eher Mehrwert aufbraucht als Mehrwert zu erzeugen. (2) Für die meisten Bereiche fällt so der Mechanisierung keine Priorität zu. Natürlich soll das nicht heißen, daß die Mechanisierung in die fernste Zukunft verschoben werden sollte. Aber die Erfahrung von Tanzanias Siedlungsprojekten und Staatsfarmen zeugt eindeutig davon, daß sie vor der Einführung größerer Veränderungen in der Sozialstruktur Mehrwert abbaut.

Die technische Seite dieses Problems ist von verschiedenen westlichen Ökonomen angesprochen worden. Unter dem Zwang der bestehenden Sozialstrukturen haben sie aber gefolgert, daß die Entwicklung im Agrarsektor ansetzen müsse; und zwar unter Konzentration auf eine mittlere Technologie, da die „traditionelle" Landwirtschaft nicht imstande sei, schnell Mehrwert zu produzieren.

Diese Betrachtungsweise übersieht genau die wichtigste Art, Mehrwert zu erzeugen und die Produktion anzuregen. Es ist immer wieder gezeigt worden, welch ungeheure Reserven von Produktivität und Kreativität in Bauern zu wecken sind, wenn sie erst einmal die Kontrolle über ihre eigene Arbeit übernehmen und Planung und Durchführung demokratisch in die eigene Hand nehmen.

In diesem Zusammenhang sind das chinesische und vietnamesische Beispiel besonders eindrucksvoll. Wenn es keine Ausbeutung gibt und wenn geeignete politische Hilfestellung und Erziehung vorhanden sind, können Menschen enorme Produktivität und Kreativität entwickeln, aber sie können nicht von oben mobilisiert werden, während ausbeuterische oder autoritäre Strukturen weiterbestehen. (...)

Die Rolle von UJAMAA in der sozialistischen Entwicklung

Es ist nun deutlich, wie Ujamaa-Dörfer zu einer sozialistischen Entwicklung beitragen können: demokratisch geführte und geplante Kooperativen sind genau die soziale Organisationsform, die diese Produktivität und Kreativität freisetzen können, um einen sozialistischen Wandel

einzuleiten.
Jedoch ist es entscheidend, daß die Ujamaa-Dörfer in einen solchen sozialistischen Wandel eingegliedert sind, da sonst Produktions- und Austauschverhältnisse zum Rest des Landes und der übrigen Welt unverändert bleiben. Wenig ist gewonnen, wenn ein noch so demokratischer und produktiver Ujamaa-Sektor sich weiterhin auf die Produktion für den Export konzentriert. Produktion und Einkommen können in diesem Sektor wachsen, aber auf die Dauer werden sie zurückgehen durch einen Verfall der Terms of Trade und vielleicht eine wachsende Mehrwertvernichtung durch eine nicht-sozialistische Marktstruktur. Schwerwiegender noch ist, daß die Exportorientierung einen Strukturwandel in der Landwirtschaft fast unmöglich macht. Das Ziel der Agrarentwicklung bleibt beschränkt, solange es einfach auf den Rohstoffexport konzentriert ist.
Nötig ist die Entwicklung von Kleinindustrie in den ländlichen Zonen, die eine wichtige Rolle in einer sozialistischen Entwicklung spielen kann. Sie ist aber auch auf Planung und sozialistische Veränderungen angewiesen, nicht weniger als die Großindustrie und aus denselben Gründen.
Zur Zeit sind die lokalen Absatzmöglichkeiten für derartige Klein-Industrien beschränkt, und zwar nicht nur durch die niedrigen Einkommen der Landbevölkerung, sondern auch durch die mangelhafte Organisation der Markt- und Verteilungsstrukturen, nicht zuletzt, weil ein unverhältnismäßig hoher Anteil von Energie in die Vermarktung von Konsumgütern für Leute mit hohem Einkommen gesteckt wird.
Nach dem oben Gesagten und nach der Erfahrung anderer Länder ist es ebenso deutlich, daß eine erfolgreiche Ujamaa-Entwicklung im Rahmen sozialistischer Veränderungen erfordert, daß die Maßnahmen demokratisch und auf dem Weg einer politischen Mobilisierung der Betroffenen durchgeführt werden und nicht als administrative Aktion von oben. Denn damit kann man vielleicht die Konzentration der Landbevölkerung in Dörfern erreichen, aber niemals die Freisetzung von Produktivität, die weitere Investitionen vorantreiben kann.
Im folgenden wird Tansanias Agrarstrategie und die Durchführung der Ujamaa-Politik im Hinblick auf diese Grundsatzausführungen betrachtet. Es soll vor allem gezeigt werden, daß beim Fehlen einer auf sozialistische Veränderungen ausgerichteten Gesamtpolitik vieles, was nach Sozialismus aussieht, einen großen Teil seiner Bedeutung und seines Zwecks verliert.
Es ist aber zu betonen, daß das nicht einfach eine Frage der technischen Korrektheit oder der politischen oder technischen Kompetenz der Planer ist. Die heutige politische Struktur zeigt eindeutig die Kennzeichen einer bürokratischen Bourgeoisie, die fast alle Bereiche der politischen Entscheidung kontrolliert. Zwei wesentliche Bereiche, in denen Abhängigkeit und Unterentwicklung aufrecht erhalten werden, sind die Fixierung auf den Rohstoffexport und auf der anderen Seite der Import von Luxusgütern. Dies liegt sicher im Interesse westlicher kapitalistischer Länder und Firmen, aber es könnte nicht beibehalten werden, wenn es nicht dem Interesse der lokalen Machthaber entspräche.

Agrarstrategie und -planung in Tansania

Da Tansania keine langfristige industrielle Strategie und Produktionsplanung hat, muß jeder Versuch, auf die Zielrichtung der Agrarproduktion einzuwirken,irgendwo im Vakuum stehen.
So war es zwar seit der Arusha-Deklaration die erklärte Politik des Landes, die Abhängigkeit vom Export zu vermindern und die Produktion an dem einheimischen Markt zu orientieren. Das scheint allerdings auf die tatsächliche Produktion nicht viel Einfluß gehabt zu haben. Soweit man die Trends der letzten sechs Jahre übersehen kann (sie sind durch Klimavariationen kompliziert), scheint die Haupttendenz eine Diversifizierung der Exportprodukte gewesen zu sein, wobei das Wachstum für den einheimischen Markt im besten Fall nicht gesunken ist.
Das ist kaum erstaunlich, denn ohne Gesamtplanung war es den Planern in keiner Weise klar, welche einheimischen Produkte zu erzeugen seien. Viele in dieser Periode entstandenen Industrien basieren sehr stark auf eingeführten Rohprodukten. Sogar wenn eine Planung für eine Benutzung einheimischer Rohstoffe möglich war, wurden nur geringe Anstrengungen unternommen, um dies durchzuführen (so z.B. im Fall des Gummis für eine Reifenfabrik).

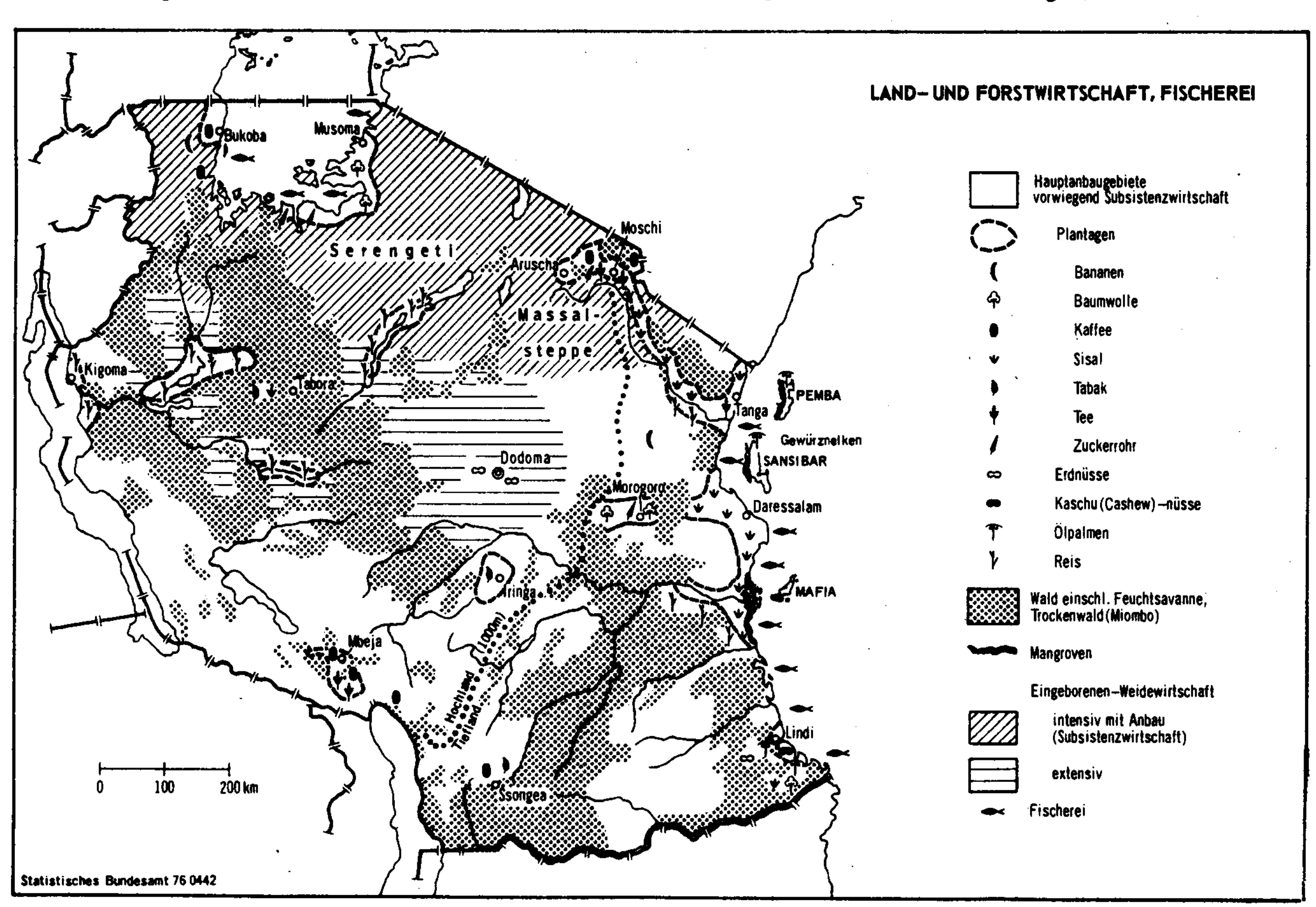
Natürlich gibt es eine klare Notwendigkeit, mehr und bessere Nahrungsmittel für den einheimischen Markt zu erzeugen, aber das ist kaum zu erreichen, solange der Marktmechanismus die Produktion für den Export begünstigt. Man sollte betonen, daß das nicht einfach eine Folge der Marktmechanismen in armen Ländern ist, obwohl dieser Faktor wichtig ist. Vielmehr ist der Preisunterschied zwischen den für den Export und den für den heimischen Verbrauch bestimmten Gütern auch dadurch übersteigert worden, daß man viel mehr Mühe auf den Aufbau eines effizienten Marktsystems für Exportgüter verwendet hat, während im Inland sogar steigende Verbraucherpreise kaum höhere Erzeugerpreise bedingten.
Man muß aber einen Versuch erwähnen, die Produktion von Nahrungsmitteln durch andere als Marktmethoden zu erhöhen, nämlich den Aufbau von Staatsfarmen zum Erzeugen von Getreide und verbessertem Saatgut. Leider waren diese nicht sehr erfolgreich. Hastige Planung und ein bürokratischer Stil bei der Durchführung scheinen die wichtigsten Gründe dafür zu sein. In einem größeren Zusammenhang war ihr stärkster Mangel das Fehlen einer Integration von diesen Farmen mit der Arbeit von Ujamaa-Dörfern und einheimischer Bauern.
Daß es keine überschauende Politik gab, war nicht das einzige Problem; vielmehr haben viele der Institutionen, die eine sozialistische Agrarpolitik vorantreiben sollten, ihre Funktionen mit zu bürokratischen Augen gesehen. Absatzkontrollstellen und Kooperativen könnten mächtige und nützliche Instrumente einer sozialistischen Produktionspolitik sein. Natürlich sind sie durch das Fehlen einer globalen Steuerung gelähmt worden, aber außerdem haben sie gezeigt, daß Sozialismus nicht einfach von geänderten Besitzverhältnissen ausgeht, solange die Kontrolle in den Händen von einigen wenigen verbleibt.
Die Nahrungsmittelvermarktung über offizielle Kanäle ist von hohen Kosten geprägt worden, die aus der Unfähigkeit, ein vernünftiges Lager- und Transportsystem auszuarbeiten, entstanden. Einer der größten Fehler war, daß die Absatzkontrollstellen häufig als ein Mittel zur Stützung einer Anzahl von nicht sehr effizienten Vermarktungskooperativen angesehen wurden. Diese Vermarktungskooperation betrachtet man allgemein als Organe für die Entwicklung des Sozialismus, aber de facto waren sie häufig ein Mittel zur Bereicherung derjenigen, die sie leiteten. Einige davon waren in der Tat eine Art Gesellschaft von Kapitalisten, die nur einem beschränkten Wettbewerb ausgesetzt waren – anderswo würde man das ein Kartell nennen. Aber sogar dort, wo die Mehrzahl der Mitglieder gewöhnliche Bauern waren, haben sie es nicht erreicht, die Kontrolle über ihre Kooperative selbst zu übernehmen. Zum Teil ist daran der Mangel an Bildung und die traditionelle Art der Buchführung schuld (wenn es überhaupt eine gibt), die selbst für Ge-

bildete schwer verständlich ist. Wichtiger noch: es gab wenig Versuche, die Bauern miteinzubeziehen, und in manchen Fällen aktive Versuche, Mitglieder an Unmutsäußerungen über unfähige oder korrupte Komitees zu hindern. Die Regierungsmaßnahmen im Fall von Verlusten hatten gewöhnlich die bürokratische Art, die finanzielle Lebensfähigkeit der Kooperative zu erhalten, selbst wenn das auf Kosten der Mitglieder ging, denen man Extraabgaben auf ihre verkauften Erzeugnisse abverlangte.

Letzten Endes hat all die Ujamaa-Politik vor allem bis jetzt noch nicht zu einem größeren Zuwachs an Produktion, Produktivität oder zu einer Erzeugung von Mehrwert aus der Landwirtschaft geführt, natürlich zum Teil aufgrund der kurzen Zeit seit Beginn und wegen des Fehlens einer Gesamtplanung, wie oben ausgeführt. Aber auch wichtige Aspekte bei der Verwirklichung dieser Politik sind für die Erfolglosigkeit verantwortlich. In erster Linie hat die in wachsendem Maß bürokratische Durchführung die Freisetzung von Produktivität blockiert.

Anfängliche Äußerungen über Ujamaa hängen deutlich mit den Erfahrungen über das Dorf-Siedlungs-Programm zusammen („Village Settlement Programme"). Stark überkapitalisiert und bürokratisch verwaltet, erreichte dieses ehrgeizige Programm, nämlich Tansanias Landwirtschaft durch „moderne" Musterfarmen zu transformieren, nicht einmal seine Nahziele. Die Lektion war deutlich: die Mechanisierung war unökonomisch unter den gegebenen sozialen Produktionsbedingungen und jedenfalls viel zu teuer, um auf mehr als einen winzigen Teil der Bauern ausgedehnt werden zu können. Vor allem untergrub die autoritäre Führung Initiative und Arbeitswillen der Mitglieder, die diese Anlagen als Regierungsfarmen betrachteten. Die neuen Ujamaa-Dörfer sollten in jeder Hinsicht anders sein: organisiert und verwaltet von den Bauern selbst und ohne großangelegte Investitionen von außen.

Nach der anfänglichen Ujamaa-Konzeption war es klar, daß sie auf politischem Weg durchzuführen war, d.h. durch Erziehung und Mobilisierung der Bauern. Ein wichtiger Punkt wäre gewesen, den Bauern zu zeigen, wie Zusammenarbeit



Ujamaa-Politik und ihre Durchführung

Die Ujamaa-Politik, wie sie von Präsident Nyerere skizziert wurde, erklärte: „Ujamaa-Dörfer werden vom Volk selbst geschaffen und von ihm unterhalten, es muß mit seinen eigenen Hilfsmitteln getan werden." Dies wurde durch die Mwongozo-Parteirichtlinien noch verstärkt, wo man liest: „Es ist nicht korrekt, daß politische Führer und Experten das Recht des Volks usurpieren, über ein Problem zu entscheiden, weil sie das Fachwissen haben".

In der Tat waren die Bekundungen dieser Politik so auf Freiwilligkeit abgestellt, daß sie von einigen als eher anarchistisch als sozialistisch kritisiert worden sind. In der Realität aber war die Durchführung von Anfang an eher durch administrative als durch politische oder von unten kommende Initiativen charakterisiert.

und eigene Planung wichtig in ihrer besonderen Situation sein und ihren Lebensstandard in den Bereichen heben konnten, die sie als relevant ansahen. Das erforderte nicht nur eine klare Vorstellung vonden Prinzipien einer Produktion in Kooperativen, sondern auch eine beachtliche Kenntnis von (oder Lernbereitschaft für) die spezifischen technischen und sozialen Gegebenheiten in den verschiedenen Landesteilen. Das wäre ein Unterfangen großen Ausmaßes gewesen und in Anbetracht der beschränkten Mitarbeiterzahl zumindest im Anfang ein ziemlich langsamer Prozeß.

Faktisch erwies sich das als unmöglich. Es gab einfach nicht genug eingearbeitete Kader auf allen Ebenen. Die Mehrheit derer, die diese Politik in den ländlichen Regionen durchsetzen konnten, waren Staatsfunktionäre (vor allem die

Mehrheit derer, die Zugang zu Geldmitteln für politische Aktionen hatten).
Schließlich, und das ist vielleicht am wichtigsten, hat die Verflechtung von Regierung und Partei in Tansania zwar einigen Erfolg gehabt in der gewünschten Politisierung der Verwaltungsbeamten, aber sie hat auch zu einer Bürokratisierung der politischen Führer geführt.
So ergab sich ziemlich schnell, daß Ujamaa zwar von den Bauern selbst durchgeführt werden sollte, daß es aber eine Regierungspolitik war und so unter der Verantwortung von Regierungsbeamten stand, deren Erfolg und Fähigkeiten nach ihren Leistungen bei der Ujamaa-Durchführung gemessen wurden. Nachdem dieser Schritt einmal getan war, wurden einige Akzentverschiebungen in der Zielsetzung dieser Politik unvermeidlich.
Verwaltungsbeamte haben eine natürliche Tendenz, allgemein gehaltene Zielvorstellungen in speziellere und besser meßbare Ziele umzudefinieren, denn das erleichtert es, den Erfolg zu messen. Das legte einen Zusammenhang mit Siedlungsprogramm und Zahl der neu errichteten Dörfer nahe, statt vielmehr mit dem Ausmaß an Gemeinschaftsbewußtsein, ökonomischer Produktivität und innerer Demokratie der neuen Dörfer, denn diese ist schwer meßbar, und umso schwerer unter den Bedingungen, unter denen die ersten Schritte zu Ujamaa durchgeführt wurden.
Als ersten Punkt gab es Meinungsverschiedenheiten über den Sinn von Gemeinschaftsarbeit. Die Politik war ursprünglich in Anlehnung an die „traditionelle Ujamaa definiert worden, die im weitesten Sinn verschiedene Formen von Nachbarschaftshilfe und gemeinsamer Arbeit der Dorfgemeinschaft bedeutete, auf Land, das den einzelnen Haushalten gehörte. Das war möglich, solange die Produktion vor allem für den Eigenverbrauch bestimmt war, denn unter diesen Umständen gab es keine wesentlichen Unterschiede in der Größe des von den einzelnen Familien bebauten Lands, denn diese war von den Nahrungsmittelbedürfnissen der Familie bestimmt.
Mit der Einführung des Anbaus für den Verkauf begann eine ständige Aushöhlung dieser Form von gegenseitiger Hilfe, denn die Größe des bebauten Lands und die Verfügbarkeit von Arbeitskräften wurden zu wichtigen Faktoren des Einkommens. Austausch von Arbeitskraft im Verhältnis zum Bedarf wäre den Reichen zugute gekommen; ein für alle gleicher Arbeitsaustausch hätte den Bedürfnissen der größeren Bauern widersprochen, die mehr und mehr begannen, Arbeiter gegen Lohn anzuheuern.
So bedingte gemeinschaftliche Arbeit für die Ujamaa-Dörfer gemeinschaftlichen Besitz des Lands, und das erforderte eine sorgfältige politische Erziehung für größere und kleinere Bauern, wenn sie einen Teil oder all ihren Privatbesitz aufgeben sollten, von dem ihr Leben bisher abgehangen hatte. Insbesondere mußten sich natürlich die größeren Bauern als Verlierer sehen und das konnte zu schwierigen politischen Entscheidungen infolge ihres beachtlichen Einflusses auf die Lokalpolitik führen. Das Problem war dadurch noch größer, daß die Verwaltungsbeamten durch Ausbildung, Neigung und bisherige Praxis gewohnt waren,vor allem mit diesen örtlichen Führungspersonen und mit „progressiven" (das heißt größeren) Bauern zusammenzuarbeiten. Man hatte diese Praxis stets der kolonialen Agrarpolitik vorgeworfen und sie war während der ersten sechs Jahre der Unabhängigkeit fortgeführt worden. Informationen, Kredite und die Mitgliedschaft in Kooperativen und örtlichen Komitees hatten sich auf solche Personengruppen konzentriert und das hatte dazu geführt, daß in vielen Regionen (und vor allem in den reicheren) sehr kleine und fest zusammenhaltende Gruppen von relativ reichen und einflußreichen Bauern und kapitalistischen Farmen entstanden waren, deren Beziehungen zur Regierung viel enger waren als diejenigen der Masse der einfachen Bauern. Um eine Politik der Produktionskooperativen in den stark bevölkerten Bezirken durchzuführen, würden die Funktionäre gerade gegen die Gruppe Stellung beziehen müssen, die sie dem Rest der Bevölkerung bis dahin als ein Beispiel von Modernität vorgestellt hatten.
Da das Ausmaß an Gemeinschaftlichkeit schwer zu messen ist erstaunt es wenig, daß die Verwaltungsbeamten die Akzente lieber anders setzten.
Noch schwerer zu messen ist das Ausmaß an innerer Demokratie, besonders da eine ihrer wichtigsten Ausdrucksformen wohl die Kritik an der Verwaltungsbürokratie ist.
Man könnte denken, daß wenigstens die ökonomische Rentabilität relativ leicht zu messen wäre, aber wenige Regierungsbeamte erhalten eine entsprechende Ausbildung und die ganze Finanzpraxis des Regierungsapparats sperrt sich dagegen. Schon allein die Art, in der die staatliche Buchführung gemacht wird, macht eine wirtschaftliche Analyse irgendeines Regierungsprojekts praktisch unmöglich.

Schließlich enthielt der Gedanke einer demokratischen Selbstentwicklung der Bauern für die Gedankengänge eines Bürokraten einen durchaus erkennbaren Widerspruch. Die meisten Beamten hatten eine beträchtliche Dosis von elitärem Gedankengut und „Modernisierungs"-Ideologie während ihrer Ausbildung in der kolonialen Periode in sich aufgenommen und sie während ihrer Arbeit verstärkt. Sie fühlten sich durch all das als die Träger der Moderne gegenüber einer traditionellen Bauernschaft, die sich ihren Neuerungen aufgrund ihres Konservativismus und ihrer Ignoranz widersetzen würde.
Kurz ausgedrückt, führt die Übernahme der Schablone „traditionell-modern" zu einer unkritischen Haltung gegenüber allen „Neuerungen", die alle als „modern" definiert werden. Wenn sich dann die Bauern weigern, diese Neuerungen „anzunehmen", führt das nicht zu einer kritischen Überprüfung dieser Neuerungen und ihrer Bedeutung, sondern wird einfach als eine Bestätigung der Ignoranz und Dummheit der Bauern angesehen. Das wiederum führt häufig zur Anwendung von repressiveren Durchführungsmethoden und auf der anderen Seite zu weiterer Entfremdung der Bauern, die sich entweder in Apathie ausdrückt oder in passivem Widerstand (Braten von Baumwollschößlingen, Pflanzen von Kassava mit dem Kopf nach unten). Und das wird dann wieder als dümmste Dummheit mißinterpretiert. So gibt es zwar einen'Widerstand gegen Neuerungen', aber eher als ein sich aufschaukelnder Konflikt zwischen Bauern und Bürokraten und weniger als ein Ergebnis von 'Traditionalismus'.

Dies sollte man nicht einfach als Ergebnis falscher Erziehung oder des Gebrauchs eines falschen „Modells" ansehen. Diese Begriffe entsprechen genau dem Eigeninteresse des Bürokraten als eines Mitglieds der gebildeten Schichten, und diese Art des Vorgehens ist eines der Mittel, mit dem er seine Überlegenheit aufrecht erhält, sowohl in seinen eigenen Augen wie in denen der Bauern. Bildung, Ausbildung und Klasseninteresse fallen so zusammen und erzeugen ein Mißtrauen gegenüber den Fähigkeiten der Bauern sowie ein Verhalten, das dieses Vorurteil verstärkt.
Kurz gesagt, erzeugte die Durchführung von Ujamaa durch die Regierungsbeamten einen Druck zum Umdefinieren der Ziele.

Der kooperativgemeinschaftliche Aspekt wurde zugunsten von Dörfergründungen vernachlässigt, was eher dem Denken und Verständnis des durchschnittlichen Verwaltungsbeamten entsprach.

In der Tat waren Dörfergründungen Teil einer seit langem und schon in Kolonialzeiten praktizierten Politik. Damals war es oberstes Ziel, die Bevölkerung besser zu kontrollieren und die Versorgung mit Dienstleistungen zu erleichtern.
Die Verwaltungsbeamten maßen also den Erfolg ihrer Politik im wesentlichen an der Zahl der gegründeten Dörfer und sahen deren Zweck in erster Linie in der Konzentrierung der Bevölkerung, um die Versorgung mit Dienstleistungen zu erleichtern und die Kontrolle zu verstärken. Dadurch wurde die größte Aufmerksamkeit zwangsläufig auf die am wenigsten entwickelten und bevölkerten Landesteile gerichtet. Das hatte den weiteren Vorteil für die Funktionäre, daß so unbequeme Fragen über die Verteilung von bereits bebautem Land (vor allem der reicheren Bauern) ausgeklammert blieben.
Es war klar, daß die Eigentinitiative für den Bau von Dörfern eventuell nur in einem langwierigen Prozeß zu erreichen war. Da die Durchführung auf administrativem Weg geschehen sollte, mußten spezielle Anreize für die Bauern geschaffen werden, daß sie sich an den Ujamaa-Dörfern beteiligten. Eine Möglichkeit hätte sein können, den Bauern durch sorgfältige Planung und Erziehung zu zeigen, wie sie sich durch Zusammenarbeit selbst entwickeln könnten. Doch dieser Weg hätte Kenntnisse, Geschicklichkeit, Zeit und Geduld gekostet, und das stand nicht zur Verfügung. Außerdem zweifelte eine beträchtliche Zahl von Beamten selbst an der Durchführbarkeit dieses Weges. In der Praxis herrschten die einfacheren Anreize von Zuckerbrot und Peitsche vor.
In vielen Fällen tauchte ein Verfahren auf, das „Planen als Feilschen" genannt worden ist. Funktionäre präsentieren den Bauern einen Plan, der in erster Linie aus Produktionsziel-Angaben besteht und machen die Zuteilung von Material und sozialen Dienstleistungen von der Annahme dieses Plans abhängig. Die Bauern wissen, daß Zweifel an den Verdiensten des Plans wohl dem Bürokraten mißfallen und die Chancen für die Zuteilung von Hilfen verringern wird. So haben sie die Tendenz, den Plan anzunehmen, auch wenn sie wissen, daß sie das Soll nicht erfüllen können oder gar nicht die Absicht dazu haben.

Dies hat mehrere schädliche Auswirkungen auf die Organisation der Dörfer. Wenn die Bewohner merken, daß der Plan nicht durchführbar ist, werden sie ihn nicht weiter ernst nehmen, zumal sie lernen, daß ein Großteil ihres materiellen Einkommens eher von ihrer verbalen Zustimmung als von ihrer Produktivität abhängt.
Ebenso schädlich ist die Auswirkung auf die Funktionäre. Diejenigen, die wirklich versuchen, verantwortungsvoll zu arbeiten, werden abgeschreckt und frustriert von der Verhaltensweise der Bauern und werden vielleicht in Zukunft repressivere Maßnahmen einleiten. Diejenigen, die nur ein ruhiges Leben führen möchten, machen so weiter bei diesem Schauspiel. In beiden Fällen ist das Resultat eher Abhängigkeit als Selbstbestimmung. Es ist außerdem eine Verschwendung des geringen und lebenswichtigen für Investitionen verfügbaren Mehrwerts, der bei günstigeren sozialen Beziehungen produktiver eingesetzt werden könnte.

Verschiedene Ergebnisse der Ujamaa-Dorfgründungen
Nachdem so in groben Zügen ein Rahmen abgesteckt ist, läßt sich die Vielzahl von existierenden Ujamaa-Dörfern vielleicht kurz in die folgenden Kategorien einteilen:

1. Dorfgründungen aus Eigeninitiative
Eine Anzahl von Dörfern sind von den Bauern selbst oder von Mitgliedern der Partei-Jugendorganisation, die Kooperativen aufbauen wollten, gegründet worden. Zum Teil wurden sie durch Funktionäre von Regierung und Partei gefördert, zum Teil auch behindert; auf jeden Fall aber waren es eigenständige Versuche zu einer selbständigen kooperativen Entwicklung. Beispiele für diesen Typ von Dörfern sind Litowa und andere Dörfer der früheren Ruvuma-Entwicklungsgesellschaft. Mbambara und weitere Gründungen der TANU-Jugendorganisation sowie eine Anzahl anderer über das Land verstreuter Siedlungen.
Sie hatten ihre Probleme; eines davon schien zu sein, daß man sich übermäßig auf die Führung durch einzelne starke Persönlichkeiten verlassen hat. Alles in allem scheinen aber diese und einige andere, in gemeinsamer Initiative von Bauern und Parteiorganisationen gegründete Dörfer am erfolgreichsten gewesen zu sein beim Aufbau der Grundlage für Gemeinschaften, die sich auf sich selbst und ihre Gemeinschaftsarbeit stützen (self-reliant co-operative communities). Die Verhaltensweisen der Verwaltungsbeamten waren verschiedenartig und zweideutig, meistens hatten sie die Tendenz, die Kontrolle von außen zu verstärken, was häufig ziemlich negativen Auswirkungen auf die Entwicklung der Dörfer hat. Nichtsdestoweniger bleiben diese Dörfer das Kernstück der Ujamaa-Politik und drücken seine auf Selbstbestimmung ausgerichtete Konzeption aus.



2. „Ujamaa durch Etikettenwechsel"
Der einfachste Weg für Funktionäre, Ujamaa wachsen zu lassen, war es, die Benennung bestehender Dörfer und Siedlungen zu ändern. Bei Siedlungsprojekten gab es oft schon eine Gemeinschaftsproduktion für Güter, die aus Ersparnisgründen vom ganzen Dorf mit Maschinen erzeugt wurden. In solchen Fällen waren gar keine Veränderungen nötig. So wurde aus dem Siedlungsprojekt des Oberen Kitete das Ujamaa-Dorf des Oberen Kitete, ohne irgendeine wesentliche Änderung im Betrieb. Es war eine Vorzeige-Siedlung gewesen (nahe den Touristenstraßen) und blieb es als ein Ujamaa-Dorf. In beiden Funktionen erhielt es einen mehr als überproportionalen Anteil von den knappen Mitteln für Agrarinvestitionen.

3. Dorfgründung durch materielle Anreize
Die vielleicht gängigste Art der Gründung von Ujamaa-Dörfern durch die Verwaltung war es, den Bauern verschiedene materielle Anreize zu geben: soziale Dienstleistungen, Hilfsmittel, Garantien für Ausrüstungsgüter oder sogar Nahrungsmittel.
Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, war eine logische Folge der Betrachtung von Ujamaa als Siedlungsprogramm, denn Ersparnisse beim Bereitstellen von Dienstleistungen sind der Hauptvorteil einer Konzentration der Bevölkerung in Dörfern. Zwar ist es nicht von sich aus falsch, benötigte Güter oder Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, wenn man dieses Mittel richtig benutzt. Probleme gibt es aber, wenn man betrachtet, wie diese Mittel zuweilen benutzt worden sind und wozu sie tatsächlich Anreize geschaffen haben.

In erster Linie können sie eher ein Ersatz als Ansporn für eine Planung sein, die versucht, den Lebensstandard der Bewohner durch erhöhte Produktivität zu steigern. Verbunden damit ist die Tatsache, daß gratis gelieferte Güter sicher von den Bauern so behandelt werden, als kosteten sie nichts; logisch von ihrem Standpunkt aus, aber oft sehr verschwenderisch für die Gesamtgesellschaft.
Vor allem können solche Güter benutzt werden, um verfügbare Arbeitskraft zu ersetzen, statt daß sie diese Arbeitskraft zugunsten höhrerer Produktion ergänzen. Das spiegelt nur die Tatsache wieder, daß die Verwaltungsbeamten sich nicht allzu sehr um die ökonomischen Aspekte kümmern, wenn es ihnen nur um die Ansiedlung als solche geht.
Aber die Zuteilung von Hilfsgütern ist auch eine Methode, mit der Kontrolle ausgeübt werden kann, mit der man die Bauern nicht nur in die Dörfer bringen, sondern auch deren Zustimmung zur Regierungspolitik sichern kann. Das bezieht sich auf den Komplex „Planen als Feilschen" und schafft in der Tat Abhängigkeit – was ja auch bezweckt ist.

Die Bauern hängen schließlich genauso von Regierungshilfen wie von ihrer Produktion ab und konzentrieren sich auf die Manipulierung der Funktionäre (wie sie es sehen), statt zu versuchen, eine tragfähige Gemeinschaft zu schaffen. Sie werden dadurch extrem verletzlich, wenn die Regierungshilfe eventuell aussetzt, wie all die Siedlungen im Rahmen des Siedlungsprogramms zu dem Zeitpunkt gezeigt haben, in dem die Hilfen des Programmes endeten.
Dies alles soll nicht heißen, daß keine materiellen Hilfen gegeben werden sollten; natürlich ist das notwendig. Aber Hilfsmittel in geringerem Ausmaß, zusammen mit sorgfältiger Planung, könnten viel bessere Resultate ergeben, sowohl kurzfristig als auch im Hinblick auf die Grundlegung einer langfristigen Entwicklung.
Sogar bei den sozialen Dienstleistungen könnte politische Mobilisierung zusammen mit sorgfältiger Planung und der Vermeidung von hohen Kosten dieselbe Leistung für ein Bruchteil des Geldes bringen. Die Erstellung dieser Leistungen würde dann auf der Arbeit der Dorfbewohner selbst und nicht auf der von Lohnarbeitern beruhen.
Es ist traurig zu sagen, daß das soziale Kapital in den Ujamaa-Dörfern üblicherweise von Lohnarbeitern erzeugt wird, oftmals sogar von unausgebildeten Arbeitern. Das ist ein sicheres Zeichen, daß die Bemühungen, die Bewohner zu mobilisieren, gescheitert sind; sie bequemen sich nicht einmal zu den sozialen Dienstleistungen für ihr eigenes Dorf. Hier kann man deutlich sehen, wie eine derartige Politik nicht nur direkt Mehrwert vergeudet, sondern auch Konzept und Methoden verzerrt.
Kurz, Regierungshilfe als materieller Anreiz, in Ujamaa-Dörfern zu wohnen, kann deutlich negative Effekte für das Selbstbestimmungsbestreben und die innere Demokratie der Dörfer haben, wenn diese Hilfe in erster Linie eine Bestechungsgabe ist, um die Leute in Dörfer zu holen und zur Zustimmung zu Regierungsplänen zu bewegen.

4. Gebrauch von Zwang
Alle negativen Aspekte des manipulativen Gebrauchs von materiellen Anreizen gelten umso mehr für den Gebrauch von Zwang.
Das wurde am Anfang und ohne Erfolg im Handeni-Distrikt versucht; dazu gab es andere Fälle, fast immer in armen und schwach bevölkerten Gebieten, wo die Bevölkerung als ganz besonders „zurückgeblieben" angesehen wird. Der wohl spektakulärste und deprimierendste Fall von vorgeschlagener Gewaltanwendung war der Aufruf des Regionalen Bevollmächtigten von Arusha im Märh 1973 für die zwangsweise Ansiedlung der Barabaig, eines Hirtenvolks. Die Weidenflächen der Barabaig waren während und nach der Kolonialzeit sehr stark verringert worden durch ein ständiges Eindringen von Bauern. Dieses Volk wurde als gesetzlos betrachtet und das erste Ziel der Ansiedlung war die Erhaltung von Recht und Ordnung.
Zwangsmethoden mögen geeignet sein, eine Konzentration der Bevölkerung in Dörfern zu erreichen, aber in sozialer und ökonomischer Hinsicht können sie katastrophale Auswirkungen haben, denn Bitterkeit und Apathie sind wohl kaum vereinbar mit Selbstbestimmung und Produktivität.

5. Ujamaa der Reichen (Kulaken)
In den letzten Jahren hat eine andere Art von Ujamaa-Entwicklung begonnen, als einige weitsichtige reiche Farmer gelernt hatten, daß sie Ujamaa zu ihrem eigenen Vorteil wenden könnten. Vor allem galt das dem Gewinnen von Land und war so charakteristisch für dicht besiedelte Gebiete und die ihnen benachbarten.
Gruppen von reichen Bauern haben „Ujamaa-Dörfer" gegründet, deren Natur eher Aktiengesellschaften entspricht und mit deren Hilfe sie imstande waren, Land zu erhalten, daß früher anderen gehörte oder für andere Zwecke bestimmt gewesen war. Das ist in einigen Teilen des Hanang-Distrikts geschehen, und einige Ujamaa-Dörfer im Kilimanjaro-Distrikt scheinen ähnliche Fälle zu sein.
Sender (1973) hat denselben Prozeß in den Usambara-Bergen beschrieben, wo die Gründung von Ujamaa-Dörfern zu einem mächtigen Hilfsmittel wurde, um an vorher für Forstzwecke reserviertes Land heranzukommen, und weitgehend von reichen und mächtigen Farmern betrieben wurde. Es scheint, daß es auch sonst ähnliche Bestrebungen gibt, wo Ujamaa vor allem ein Mittel wird, von der Regierung Kredite und Zusagen für Maschinen zu erhalten. Diese Fälle überschneiden sich natürlich mit den oben skizzierten, die durch materielle Anreize geschaffen wurden, mit dem Unterschied, daß es sich hier um eine Initiative der Mitglieder selbst handelt, oft einer Gruppe von außergewöhnlich Reichen.



Der Bürokrat

Diese verschiedenen „Idealtypen" scheinen mir recht treffend, um einige Haupttendenzen in der Durchführung des Ujamaa-Konzepts darzustellen, obwohl die meisten Dörfer

eine Kombination dieser Typen sind. Nur der erste Typ stimmt voll mit der ursprünglichen politischen Konzeption überein, obwohl unter bestimmten Umständen die zweite und dritte Kategorie sich auf Ujamaa hin entwickeln können. Solange Hilfsmittel nicht zum Feilschen mißbraucht werden, gibt es keinen Grund, warum sie das Wachstum innerer Demokratie hin zum eigentlichen Ujamaa verhindern sollten. Dagegen steht die klare Tendenz der Verwaltungsbeamten, die Kontrolle von außen her auszubauen. Das kommt nicht unerwartet in Anbetracht der Haltung von Bürokraten gegenüber Bauern und der Tatsache, daß die wichtigste Funktion von Bürokraten – ihre Daseinsberechtigung – in Kontrolle und Verwaltung bestehen.

Diese Kontrolle wird durch das Aufzwingen von Plänen von außen ausgeübt, üblicherweise ohne effektive Diskussion mit den Bauern, es sei denn mit einigen „Führern". Der dauernde Gebrauch von Krediten und Geld- und Ausrüstungszusagen dient offensichtlich der Kontrolle, vor allem da in einigen Gebieten die Ujamaa-Programme zu Programmen für die Exportproduktion werden, wie z.B. in Chunya (Tabak), Kigoma (Baumwolle), Usambara und Njombe (Tee).
Die Finanzierung für diese Programme kommt zum großen Teil von der Weltbank, und die Dörfer folgen weitgehend den Planungen der früheren Siedlungsprogramme und des Tabakprogramms. Das heißt, es werden kleine Inseln von „Muster"-Farmen gebildet auf der Grundlage hochwertiger Exportproduktion und mit intensiver Kontrolle des Produktionsablaufs.
Die größte Konzession an den Ujamaa-Gedanken war dann, daß das Wachstum großer Farmen im Privatbesitz beschränkt wurde. Der Bereich, in dem die Dorfbewohner für sich selbst planen, ist drastisch reduziert gegenüber den ursprünglichen Konzeptionen der Ujamaa-Politik.

Die „Direkten Maßnahmen" (Frontal Approach)
In den ersten Jahren nach der Grundlegung der Ujamaa-Politik setzten die Regionen und Distrikte ihre eigenen Jahresziele für die Gründung von Ujamaa-Dörfern. In der Regel verbrauchten die ärmeren Regionen mehr Zeit, Anstrengungen und Geld für Ujamaa als die reicheren. In den letzten Jahren ist die Politik zum „frontalen Angriff" übergegangen und ganze Bezirke und Distrikte werden in einer größeren Kampagne in Ujamaa-Dörfern angeworben. Kürzlich (1973, d. Übers.) hat sich die Politik noch einmal geändert; jetzt sollen innerhalb von drei Jahren alle Bauern des Landes zwangsweise in Ujamaa-Dörfern angesiedelt werden. Die verschiedenen regionalen Operationen sind in einer „Operation Tansania" vereinigt worden. Das ist in der Tat ein drastischer Richtungswechsel, weg vom ursprünglichen Ujamaa-Gedanken, obwohl er zum Teil dazu dient, das zu legitimieren, was bereits ein mehr und mehr vorherrschender Aspekt der politischen Ujamaa-Durchführung geworden war.
Wenn es schon schwer war, Eigentinitiative bei der Gründung einzelner Dörfer zu wecken, so ist das fast unmöglich in einer Kampagne, die Tausende von Menschen betrifft. Das umso mehr, als (wie es üblich zu sein scheint), die Ansiedlung erfordert, daß große Zahlen von Menschen von ihren früheren Wohngebieten zu neuen zu bewegen sind, die als geeingeter angesehen werden, und das in ausreichend kurzer Zeit, damit sie noch ihre alte Ernte abernten und schon für die neue in der neuen Ansiedlung pflanzen können. Manchmal scheint es Gründe für die Umsiedlung der Bevölkerung zu geben, aber manchmal sind die Gründe weniger klar und scheinen eher von Begriffen wie „neuer Anfang" auszugehen als von irgend einem Vorteil der neuen Gebiete.
In fast allen Fällen erforderten die Umsiedlungen größere Änderungen der Produktionsplanungen, worauf weder die Funktionäre noch die Bauern vorbereitet waren.
Auch die demokratischsten Dörfer mit voller Kooperation der Bauern erhalten nur und verschärfen noch die Abhängigkeit, wenn sie für die Produktion von Exportgütern arbeiten. Und es ist schwer, eine Alternative zu sehen, wenn eine klar formulierte Politik der Veränderungen und ein begleitender Plan für die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohmaterial für eine ländliche Industrialisierung fehlen.
Aber es wäre unrealistisch, ein Bild von dem, was hätte sein können, aufzuzeichnen, so als spielte sich alles in einem politischen Vakuum ab. Die Akzentverschiebung in der Ujamaa-Politik war nicht bloß eine Folge neutraler Entwicklungen.
Wie oben gezeigt wurde, wurde die Ujamaa-Politik abgewandelt, um besser den Vorstellungen und Interessen der bürokratischen Bourgeoisie zu entsprechen, die ihre Durchführung kontrollierte. So kann auch ihre Haltung gegenüber einer sozialistischen Umformung der Wirtschaft nicht als neutral betrachtet werden. Wie die Bürokraten dazu neigen, den Absichten und Fähigkeiten der Bauern zu mißtrauen und dabei ihre eigene Stellung ihnen gegenüber aufrecht erhalten, genauso mißtrauen sie auch größeren politischen Veränderungen, die vor und während eines sozialistischen Wandlungsprozesses nötig sind. Eine große Anzahl von demokratisch geführten Ujamaa-Dörfern würde ihren Status bedrohen, und der nächste logische Schritt, demokratisch gewählte Räte der Dorf-Vorsitzenden zu bilden, würde den Bürokraten geradezu ihre Existenzgrundlage entziehen.
Genauso würde eine Umwandlung der Wirtschaft eine Entbürokratisierung ihrer Strukturen und Machtverhältnisse erfordern, ein Prozeß, in den die bürokratische Bourgeoisie wohl kaum freiwillig einwilligen wird. Gerade die Kräfte, die die Zielsetzung von Ujamaa veränderten, weil eine globale Strategie zur sozialistischen Umwandlung fehlte, werden wohl auch allen Bewegungen hin zu einer solchen Strategie Widerstand entgegensetzen. Zu ihrem Glück haben sie eine Reihe von Theorien zur Hand, die Entwicklung als etwas definieren, das von „Modernisieren" von außen in einen „traditionellen" Sektor hineingebracht wird und das gegen dessen „irrationalen Widerstand" von „Entwicklungsverwaltungsorganen" durchgesetzt wird. Es verwundert nicht, daß in solchen Theorien die Hauptaufgabe in einer engeren Kontrolle des Prozesses gesehen wird, sowie in einer Vermehrung der Bürokraten, um diese Kontrolle durchzuführen. Kurz gesagt, wird Entwicklung als die Ausweitung der Verwaltungskontrolle definiert und man wundert sich kaum, daß sogar Mobilisierung und Politisierung als verwalterische Aufgaben angesehen werden, die von oben her durchzuführen sind.
In Dodoma waren die Produktionspläne des ersten Jahres weitgehend ein Mißerfolg und die darin enthaltenen Schätzungen für Bedarf und Verfügbarkeit von Wasser waren oft falsch. In Rufidschi bebauten die Buern weiterhin ihre alten Felder im Tal, statt weite Strecken zu ihren neuen Arbeitsplätzen zu gehen. Ehrgeizige Pläne für die Gemeinschaftsarbeit scheiterten am Mangel an Arbeitskräften für das Jäten und in späteren Jahren verschob sich das Schwergewicht auf private Produktion. Von den anderen Operationsgebieten – Chunya, Mbozi und Kigoma – ist bis jetzt wenig Information zu erhalten, außer Zeitungsnachrichten, daß die Bewegung in die Dörfer stetig wachse. In jedem Fall aber kommt die

harte Arbeit erst, wenn die Leute in Dörfern angesiedelt sind, nämlich funktionsfähige Produktionssysteme zu schaffen, die von Regierungshilfen unabhängig sind.
Manchmal werden die „Direkten Maßnahmen" mit der zwangsweisen Kollektivierung der russischen Landwirtschaft in den 30er Jahren verglichen, aber nichts könnte irreführender sein.
Was man auch immer von der russischen zwangsweisen Kollektivierung und ihren Methoden halten mag, ihr klares Ziel war es, aus der Bauernschaft einen größeren Mehrwert herauszupressen, um die Gesellschaft mit einer massiven Anstrengung zu industrialisieren.
In Tansania gibt es bis jetzt keinerlei Plan für eine globale Veränderung der Wirtschaft und die Ujamaa-Dörfer sind völlig integriert in die frühere Abhängigkeitsstruktur durch die Produktion von Exportgütern. Noch schlimmer, die Ujamaa-Politik ist weit entfernt davon höheren Mehrwert von den Bauern zu erhalten, vielmehr schluckt sie einen offenbar immer größer werdenden Anteil vom Mehrwert. Es ist ein Glück für die tansanischen Bauern, daß die Kontroll- und Gewaltmittel zur Durchsetzung einer solchen Politik einfach fehlen.

Schlußfolgerungen

Im ersten Teil dieses Artikels wurde versucht, die Rolle der Landwirtschaft bei einer sozialistischen Umformung der Wirtschaft darzustellen und den Stellenwert von Ujamaa bei einem solchen Unternehmen zu bestimmen. Wir kamen zu dem Schluß, daß die ursprünglich angestrebte Ujamaa-Politik eine wichtige Rolle für eine bedeutende Anstrengung zur Mehrwerterzeugung spielen könnte, nämlich weil sie die organisatorische Form und die politische Mobilisierung dafür bereitstellen kann. Es wurde betont, daß das Errichten von Ujamaa-Dörfern allein, ohne solch einen weiter gezogenen Rahmen, nicht als eine vollwertige sozialistische Agrarpolitik anzusehen ist. Auch die demokratischsten Dörfer mit voller Kooperation der Bauern erhalten nur und verschärfen noch die Abhängigkeit, wenn sie für die Produktion von Exportgütern arbeiten. Und es ist schwer, eine Alternative zu sehen, wenn eine klar formulierte Politik der Veränderungen und ein begleitender Plan für die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohmaterial für eine ländliche Industrialisierung fehlen.
Aber es wäre unrealistisch, ein Bild von dem, was hätte sein können, aufzuzeichnen, so als spielte sich alles in einem politischen Vakuum ab. Die Akzentverschiebung in der Ujamaa-Politik war nicht bloß eine Folge neutraler Entwicklungen.
Wie oben gezeigt wurde, wurde die Ujamaa-Politik abgewandelt, um besser den Vorstellungen und Interessen der bürokratischen Bourgeoisie zu entsprechen, die ihre Durchführung kontrollierte. So kann auch ihre Haltung gegenüber einer sozialistischen Umformung der Wirtschaft nicht als neutral betrachtet werden. Wie die Bürokraten dazu neigen, den Absichten und Fähigkeiten der Bauern zu mißtrauen und dabei ihre eigene Stellung ihnen gegenüber aufrecht zu erhalten, genauso mißtrauen sie auch größeren politischen Veränderungen, die vor und während eines sozialistischen Wandlungsprozesses nötig sind. Eine große Zahl von demokratisch geführten Ujamaa-Dörfern würde ihren Status bedrohen, und der nächste logische Schritt, demokratisch gewählte Räte der Dorf-Vorsitzenden zu bilden, würde den Bürokraten geradezu ihre Existenzgrundlage entziehen.

Genauso würde eine Umwandlung der Wirtschaft eine Entbürokratisierung ihrer Strukturen und Machtverhältnisse erfordern, ein Prozeß, in den die bürokratische Bourgeoisie wohl kaum freiwillig einwilligen wird. Gerade die Kräfte, die die Zielsetzung von Ujamaa veränderten, weil eine globale Strategie zur sozialistischen Umwandlung fehlte, werden wohl auch allen Bewegungen hin zu einer solchen Strategie Widerstand entgegensetzen. Zu ihrem Glück haben sie eine Reihe von Theorien zur Hand, die Entwicklung als etwas definieren, das von „Modernisieren" von außen in einen „traditionellen" Sektor hineingebracht wird und das gegen dessen „irrationalen Widerstand" von „Entwicklungsverwaltungsorganen" durchgesetzt wird. Es verwundert nicht, daß in solchen Theorien die Hauptaufgabe in einer engeren Kontrolle des Prozesses gesehen wird, sowie in einer Vermehrung der Bürokraten, um diese Kontrolle durchzuführen. Kurz gesagt, wird Entwicklung als die Ausweitung der Verwaltungskontrolle definiert und man wundert sich kaum, daß sogar Mobilisierung und Politisierung als verwalterische Aufgaben angesehen werden, die von oben her durchzuführen sind.
Daß man sich diese Lektion in Tansania zu eigen gemacht hat, ist in vielen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft offensichtlich. So hatten zahlreiche Umorganisierungen von Ministerien und halbstaatlichen Einrichtungen seit der Unabhängigkeit regelmäßig zur Folge, daß die Zahl der Staatsdiener vergrößert wurde, obwohl deren erklärtes Ziel in der Regel Effizienz heißt. Es ist kennzeichnend, daß damit gewöhnlich eine Abwertung von Wahl, Abstimmung und Mitbestimmung in der politischen Entscheidungsfindung einherging, zugunsten einer strengeren hierarchischen Ordnung.
Private Firmen in Tansania sind nicht gerade bekannt für ihre Sparsamkeit bei der Beschäftigung von Verwaltungspersonal, aber eine kürzlich durchgeführte grobe Schätzung bezifferte das Verhältnis der unproduktiven zu den produktiven Arbeitern zu 1 :27 in der privaten Industrie und 1 : 7 in der halbstaatlichen Industrie. Auch in den Kooperativen ist eine beachtliche Überbesetzung mit Büropersonal offensichtlich. Außerdem ist ein bürokratischer Stil im Vorgehen unter politischen Führern wie unter Bürokraten sehr deutlich festzustellen. (...)
Es wäre nicht sehr klug, Spekulationen über die Zukunft de Ujamaa-Bewegung anzustellen, ohne die übrige tanzanische Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen. Schließlich war es das Ziel dieses Artikels, einige Verbindungen dazwischen aufzuzeigen. Aberdas ist eine Angelegenheit des Volkes von Tansania.

Anmerkungen:

(1) „Mehrprodukt" ist der Teil des Produktes, worin sich der Mehrwert darstellt, also die Erscheinungsform des Mehrwertes. Ein Mehrprodukt ist natürlich auch in einer sozialistischen Wirtschaft notwendig, insbesondere auch zum Ausbau eines unterentwickelten Industriesektors. Unter Überproduktion wird dagegen in diesem Zusammenhang die Produktion von über den Markt nicht absetzbaren Waren verstanden. (Red.)
(2) Vgl. hierzu Seite 30



Die neue Frau und die traditionellen Normen

Marjorie J. Mbilinyi, Dar es Salaam

Es ist meine Überzeugung, daß das überkommene Bild von der unterwürfigen afrikanischen Frau zu vereinfacht ist. Trotzdem kommt es – wenigstens in Tansania – der Wirklichkeit immer näher, und zwar als Resultat der Veränderung der Rolle der Frauen im Produktionsprozeß. Die Stellung der Frau in der Subsistenzlandwirtschaft ist nicht die gleiche wie in einer geldorientierten cash-crop-Wirtschaft.*) Die Macht und Unabhängigkeit, die sie in der ersten gehabt haben mag, verschwindet schnell in der letzteren (vgl. dazu „blätter des iz3w", Nr. 57, „Frauen in der Landwirtschaft!").

Dabei könnten Frauen eine entscheidende Rolle für die Änderung der Gesellschaft spielen. Die Vorteile einer sozialisierten Existenz sollten besonders offensichtlich für diejenigen sein, die wenig oder nichts besitzen, die wenig oder keine Kontrolle über den aktuellen Produktionsprozeß außerhalb ihrer eigenen winzigen Subsistenzparzellen, „shambas", haben und die dennoch den Großteil der produktiven Arbeit ausführen – die Frauen. In Jack Beldens Untersuchung über die ersten Jahre der chinesischen Revolution (1) ist deutlich die Kraft des Frauenkampfes gezeigt worden, wenn ihr Bewußtsein einmal geweckt war. Das Bewußtsein der chinesischen Frauen über ihre eigene ausgebeutete Situation gegenüber den Männern führte zu einer Wahrnehmung der Widersprüche, die der Natur des Feudalismus und Kapitalismus eigen sind. Als Ergebnis wurden die Frauen eine eindeutige Kraft in der Revolution.

Die traditionale Rolle der afrikanischen Frau

In den meisten Betrachtungen über die Mann-Frau-Beziehungen ist die wirtschaftliche Rolle, welche die Frauen in der traditionalen afrikanischen Subsistenzlandwirtschaft übernommen haben, entweder nicht beachtet oder als nicht produktiver Beitrag einer Art Lasttier charakterisiert worden. Neuere Analysen haben versucht, die Sache richtig zu stellen.

Trotz des größeren Prestige der Männerarbeiten haben die Frauen traditionell eine wesentliche, halbautonome Rolle als Warenproduzenten und -verteiler. Die afrikanische Frau hält sich selbst für mehr als nur Ehefrau und Mutter. Sie ist Landwirt, Weber, Händler, ihre „berufliche Rolle ist ein Teil ihres Selbstbildes". (2) Im Allgemeinen haben Frauen größere Autonomie gehabt, je größer der Grad der wirtschaftlichen Differenzierung war. Die Frau produziert dort nicht nur, sie hat auch Kontrolle über die Verteilung wenigstens eines Teils des Überschusses.

Dort, wo es weniger berufliche Spezialisierung, wenig einheimische Märkte und sehr wenig gesamtwirtschaftliche Differenzierung gibt, ist die wirtschaftliche Rolle der Frauen weniger autonom. Die Familie ist die Produktionseinheit, wobei das männliche Familienoberhaupt die Verantwortung über die Verteilung der Produkte und die Akkumulation des Überschusses hat. Männer kontrollieren die Landrechte und das Vieh. Die Erbregeln verstärken noch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau.

*) unter „cash-crop" werden Produkte für den einheimischen Markt oder für den Export verstanden, also geldeinbringende landwirtschaftliche Erzeugnisse (d. Übers.).

Der Einfluß des Kolonialismus und der Modernisierung

Der Einfluß der Kolonialverwaltung auf die Rolle der Frau ist zwiespältig gewesen. Die Verwaltungsleute waren Männer und brachten ihre Vorstellungen über die männliche Überlegenheit mit. Weder im wirtschaftlichen noch im sozialpolitischen Leben der Gemeinschaft wurde dem Status der Frauen Aufmerksamkeit geschenkt. Als es notwendig wurde, eine Klasse von halbausgebildeten Kopfarbeitern zu produzieren, wurden Jungen für die Schulen ausgesucht. Da die politische Macht der Frauen gewöhnlich indirekt war, oft eine Funktion ihrer Stellung als Schwestern und Mütter, wurde sie nicht deutlich wahrgenommen.

Da der Geldsektor wichtiger geworden ist, hat sich die Rolle der Frau in vielen Gebieten verschlechtert. Wenn Frauen einmal wirtschaftlich viel geleistet haben, sind ihre Leistungen jetzt oft marginal, insbesondere in den städtischen Gebieten.

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktivität bei der Bestimmung des weiblichen Status ist durch die Effekte der Ausbildung als neue Quelle von sozialem Prestige und Voraussetzung für den Eintritt in Berufe mit entlohnter Arbeit verdrängt worden. Frauen sind nicht hoch, wenn überhaupt ausgebildet, und sind daher von den meisten Arbeitsmöglichkeiten ausgeschlossen.

Die einzige Möglichkeit, daß die afrikanische Frau jemals in der Lage sein wird, über ihren jetzigen Zustand von sozialer, politischer und rechtlicher Minderwertigkeit hinauszukommen, besteht in der Übernahme von entlohnter Arbeit. Aber ohne die notwendigen technischen Fähigkeiten und ohne berufliche Erfahrung werden Frauen ohne Arbeit bleiben oder haben Zugang nur zu den untersten, uninteressantesten Arbeiten.

In den meisten afrikanischen Ländern repräsentieren die Frauen einen minimalen Anteil an den Lohnempfängern. Obwohl zum Beispiel in Tansania, 50 % der Männer und Frauen in der Landwirtschaft zu finden sind, enthält diese Zahl eine beachtliche Zahl von männlichen Lohnempfängern, aber nur von wenigen Frauen. Frauen repräsentieren nur 10 % der entlohnten Arbeitskraft in allen Sektoren, die meisten von ihnen sind in den Volksschulen und in der Krankenpflege; nur 4 % von den Arbeitsstellen in der Industrie und 2 % von den leitenden Positionen sind von Frauen besetzt.

Der Beitrag der Frauen in der Subsistenzlandwirtschaft ist kein entscheidender Teil er ländlichen Wirtschaft mehr. So lange Frauen von der Berufstätigkeit (wage-earning jobs) ausgeschlossen sind, bleiben sie von ihren Vätern, Brüdern oder Ehemännern abhängig. Wie vorher angedeutet worden ist, war solche wirtschaftliche Abhängigkeit nicht typisch in der Vergangenheit, obwohl es Unterwürfigkeit gab und weiter geben wird; aber neu ist die Kombination von Abhängigkeit und Unterwürfigkeit.

Hindernisse für eine Veränderung

Die obige Erörterung, die die Komplexität der Rolle der Frau schildert, beweist erstens, daß die afrikanische Frau nicht in jedem Lebensbereich unterwürfig ist, und zweitens, daß die sogenannten modernisierenden Kräfte in einem bestimmten Umfang ihren Status geschwächt haben.

Gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Frau einen recht hohen Status hatte, sind durch Modernisierung, Urbanisierung und zunehmende Industrialisierung verdrängt worden.

Welche Merkmale des traditionellen Lebens erweisen sich jetzt als nachteilig für eine neue Konzeption von der Rolle der Frau? Wie schon oben gesagt worden ist, besitzen die Männer das Vieh und das Land oder kontrollieren die Landnutzungsrechte. Außerdem wird fast immer in der männlichen Linie geerbt. Als Ergebnis werden Jungen in den Familien als künftige „Väter" der ausgedehnten Familie betrachtet, während von den Mädchen erwartet wird, daß sie die Familie verlassen und sich einer anderen anschließen. Falls der Ehemann stirbt, hat die Frau kein Recht auf Haus, Land oder Haushaltsgüter, abgesehen von bestimmten materiellen Besitzgütern, die deutlich als ihre definiert worden sind (Kochgeschirr). Insbesondere bleiben ihre Kinder Mitglieder der väterlichen Abstammungslinie. Ähnliche Folgen hat die Ehescheidung. Eine Witwe wird nicht einfach ausgestoßen; in vielen Gebieten wird sie vom Bruder des Mannes „geheiratet" oder von einem erwachsenen Sohn versorgt. Jedoch geht sie oft auch zurück zu ihrer väterlichen Heimstätte ohne Kinder, ohne jegliches materielles Ergebnis ihrer lebenslangen Arbeit. (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 57, S. 24 ff.)
Gesellschaften mit entsprechenden Sitten repräsentieren einen recht großen Teil der tansanischen Bevölkerung.

Das Ehegesetz von 1971
Die tansanische Regierung hat ein neues Ehegesetz erlassen, um gesetzlich die unterdrückte Situation der Frauen zu korrigieren (nur auf dem Festland). Einer der am meisten debattierten Paragraphen war derjenige, der das Erbrecht der Witwe beim Tod des Mannes sichert. Viele Parlamentsabgeordnete waren offen gegen diesen Paragraphen aufgrund der Tatsache, daß Frauen kein Eigentum hatten und daher auch nicht berechtigt seien, etwas zu erben. Ein anderer kontroverser Passus schrieb vor, daß die erste Ehefrau ihr Einverständnis vor einem Gericht erklären muß, bevor ihr Mann legal eine zweite Frau heiraten kann. Die allgemeine Stimmung dagegen wurde von einem Parlamentsabgeordneten zusammengefaßt, der sagte: „Falls der Mann die Zustimmung seiner Frau für eine zweite Heirat braucht, wird die afrikanische Tradition, wo der Mnn immer der Frau überlegen gewesen ist, gefährdet. Wenn das Ehegesetz beabsichtigt, Männer in Frauen umzuwandeln, muß diese Klausel abgeschafft werden".
Die Ehescheidung ist für alle Bürger vereinheitlicht worden. In der Vergangenheit brauchte der Mann nach dem islamischen Recht nur dreimal „talakas" auszusprechen, um die eheliche Bindung zu lösen. Jetzt müssen alle Scheidungsfälle vor den Schlichtungsausschuß gebracht werden. Die Vorkehrungen betreffen die Zahlung des Unterhalts für die Frau und für die Aufsicht der Kinder, die gewöhnlich bis zum siebten Lebensjahr bei der Mutter bleiben und danach zum Vater zurückkehren. Dies geschieht gemäß dem patrilinearen Gewohnheitsrecht, wonach die Kinder als Eigentum des Vaters und seiner Abstammungslinie betrachtet werden.
Nach neuen Paragraphen können sowohl Frauen als auch Männer bei einem Ehestreit Zuflucht zum Gesetz nehmen, was früher nicht der Fall war. Darüber hinaus „haben beide Parteien bei der Heirat die Entscheidungsfreiheit über die Ehe oder können sie ohne jeden Zwang ablehnen". Das Mindestalter ist 18 Jahre für Männer und 15 für Frauen.
Die Regierung hat die schwierige Aufgabe in Angriff genommen, die sehr verschieden und oft gegensätzlichen Ehesitten zu vereinheitlichen: das Gewohnheitsrecht, christliche, islamische, hindische und das Zivilrecht. Es ist jedoch notwendig, bestimmte Unklarheiten in Bezug auf den rechtlichen Status der Frauen nochmals zu überprüfen. Gerade das, was die Frau bei Scheidung oder Tod von ihrem Mann zum Unterhalt erhält, ist nicht geklärt worden.
Es ist festgelegt, daß sie ihren Besitz, den sie mit in die Ehe gebracht oder während dessen erworben hat, behält; aber es gibt keine Entschädigung für die Arbeiten, die sie während der Ehe geleistet hat, wie den Subsistenzanbau (subsistence farming), Haushalt oder Kinderbetreuung, die ihre ganze Energie erfordern, aber keine beständigen materiellen Werte schaffen. Die Frauenarbeit ist sozial notwendig wie auch die Subsistenzproduktion, aber sie wird nicht in Geld bewertet. Es ist offensichtlich, daß irgendwelche Entschädigung dafür notwendig ist.

Die Bewegung gegen die Frau
Wir können annehmen, daß das Gleichgewicht der sozialen Beziehungen in zunehmendem Maße durch modernisierende Änderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur umgeworfen wird; „ein starker bewußter Versuch" müßte verstärkt werden, um die traditionalen Rollen aufrechtzuerhalten. Das konservative Großunterfangen, die Verhältnisse so zu halten wie sie „zu den alten guten Zeiten waren", würde die Hoffnungslosigkeit verstärken, bis die sozioökonomischen Änderungen so umfassend wären, daß die traditionalen Positionen unhaltbar geworden sind.
Falls dies richtig ist, können wir sagen, daß Tansania sich jetzt auf einen verzweifelten Kampf einläßt, was den Status der Frauen betrifft. Angriffe gegen Miniröcke, „Stadt"-Mädchen und die schlechten Sitten der ausgebildeten Frauen stellen teilweise einen Versuch dar, die Frauen an ihrem traditionalen Platz entweder dem Mann oder den männlichen Verwandten unterwürfig zu halten. Das negative, konservative Element in diesen Angriffen überwiegt jeden positiven, progressiven Versuch, die Identität der afrikanischen Frauen zu bestärken. Wenn das Gegenteil wahr wäre, wären die Führer der Anti-Mini-Bewegung Frauen. Sie würden nicht nur nach längeren Röcken schreien, sondern auch nach der Sicherung der wirtschaftlichen Autonomie für die Frauen und danach, die sich entwickelnde Wirtschaft neu zu strukturieren, um den Frauen Platz im nationalen Aufbau einzuräumen.
Diese Bewegung gegen die Frauen sollte mit der Revolution in den Eintellungen gegenüber den Frauen in China verglichen werden.
Dort ist die bewußte Gleichstellung der Geschlechter klar durch die Tatsache symbolisiert worden, daß alle Menschen Hosen tragen, sowohl Männer als auch Frauen. Die Änderung in der Kleidung ist ein Symbol für sehr reale Änderungen im Status der Frau.
Ein möglicher Grund für das konservative Geschrei über das Verhalten der Schulmädchen und über die „Arroganz" der ausgebildeten Frauen ist die Tatsache, daß Frauen nicht mehr unbewußt sind oder daß sie dabei sind, bewußter zu werden. In der kolonialen Vergangenheit erregte der Gedanke, schwarzen Afrikanern höhere Schulausbildung zu ermöglichen, eine ähnliche Reaktion. Ausbildung ist eine gefährliche Sache in den Händen der Unterdrückten.

Was muß getan werden?
Die Rolle der Frau, wie auch die des Mannes, hängt in jeder Gesellschaft davon ab, wie sie in den Produktionsprozeß paßt. Daher erfordert die Änderung der Rolle der Frau grundlegende Änderungen in der Wirtschaft, so daß

die Frau fähig ist, voll und gleichberechtigt an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzunehmen.
Dieser Artikel hat sich zunächst auf die ländliche Wirtschaft konzentriert, weil der Großteil der tansanischen Bevölkerung gerade daher stammt. Darüber hinaus scheint es wesentlich zu sein, den Produktionsprozeß in den Halb-Subsistenzwirtschaften zu untersuchen, um die allgemeine Annahme, daß die Mann-Frau-Widersprüche lediglich Produkte des Kapitalismus sind, aufzuklären. Es ist wahrscheinlich, daß solche Widersprüche unabhängig von oder vor der kapitalistischen Entwicklung entstanden sind. Kapitalistische Kräfte haben jedoch die Widersprüche zwischen Mann und Frau ausgenutzt und dabei noch verstärkt.
Industrialisierung kann der Schlüssel zur Zukunft Tansanias sein, und ihre Struktur wird entscheiden.
Zur Zeit scheint sie den Mustern der entwickelten kapitalistischen Wirtschaften zu folgen, zum Beispiel in der Betonung kapitalintensiver, profitorientierter Geschäfte und Industrien. Die Regierung und die Partei (TANU) können die sozialen Werte für sehr wichtig halten, aber sowohl private als auch öffentliche Wirtschaftsinstitutionen vernachlässigen sie. Die Folgen für die Frauen sind deutlich. Die institutionellen Erneuerungen, die notwendig sind für die Vollbeschäftigung der Frauen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Wiedereinschulung, Wäschereien, öffentliche Speisemöglichkeiten usw., sind allesamt wichtige Aufgaben. Falls Bürokraten und Manager von halbstaatlichen Stellen Entscheidungen nach dem Prinzip der Effektivität und des Profits fällen, werden solche Erneuerungen nicht stattfinden.
Was notwendig ist, ist die Rationalisierung vieler Arbeiten, die traditionell als Frauenarbeiten betrachtet werden. In Tansania ist es möglich, eine Frau für die Kinderbetreuung oder einen Mann für Hausarbeiten billig anzustellen. Schlecht bezahlte Arbeiter können entfernte Kusinen in die Familie holen, die die Arbeit kostenlos machen. Solche Ausbeutung steht im Widerspruch zu den sozialistischen Bestrebungen Tansanias. Eine wünschenswerte Alternative wäre, die Frauenarbeit zu „industrialisieren". Dies ist möglich, wie heute in China oder in der UdSSR beobachtet werden kann, aber es ist erst möglich, wenn sowohl im ländlichen als auch im städtischen Sektor eine vollständige sozialistische Wirtschaft herrscht. Die Änderungen, die notwendig sind für den „Eintritt der Frauen in die Geschichte", sind auch diejenigen, die notwendig sind für die vollständige Entwicklung Tansanias zu einer selbständigen sozialistischen Nation. Deswegen müssen die Frauen am Kampf gegen die Unterentwicklung teilnehmen. Gerade weil sie diesen nationalen Kampf führen, müssen sie sich über die besonderen Widersprüche in ihrem eigenen Leben bewußt sein und gleichzeitig für deren Aufhebung arbeiten. Wenn sie so handeln, „retten" sie ihre Töchter und Schwestern und klären sie über ihre wirklichen Fähigkeiten und Möglichkeiten auf. Frauen können nicht erwarten, daß ein anderer dies für sie tut. Ihre Zukunft liegt bei ihnen selbst.

entnommen aus: IDOC-Bulletin, Dec. 1976/ Januar 1977, S. 9 ff.

Anmerkungen:
1) Jack Balden, „Sex and Revolution", in: Monthly Review, New York, XXII, 4. September 1970
2) R. A. Levine, „Sex Roles and Economic Change in Africa", in: Ethnology, Pittsburgh, IV, 2. April 1966, S. 186-187.

Weitere Literatur:
N.J. Sundser, Toward a Theory of Modernization", in G. Dalton, (ed.) Tribal and Peasant Economies, Garden City, N.Y., 1967
M. Shwantz, Religious and Magical Rites of Bantu Women in Tanzania, Dar es Salaam, 1966.

Abonniert den GRUPPENRUNDBRIEF zum südlichen Afrika!
In ihm werden Beiträge a l l e r Solidaritätsgruppen in der BRD abgedruckt, um:
- Informationen, Erfahrungen, Einschätzungen auszutauschen
- Materialien für Solidaritätsarbeit vorzustellen
- inhaltliche Differenzen politisch darzustellen und diskutierend auszutragen.

Inhalte der letzten Nummern:
- Gespräch mit Edgar Tekere (ZANU)
- Resolution zur Unterstützung des Landwirtschaftsprojektes der ZANU
- Berichte der Gruppen von ihrer Arbeit
- Unterstützt das Sofortprogramm der PAIGC
- Generalstreik in Südafrika (Aufruf)

Der GRUPPENRUNDBRIEF wird herausgegeben vom Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika c/o Aktion Dritte Welt, 7800 Freiburg, Postfach 5328.
Er erscheint in unregelmäßigen Abständen, aber mindestens 6 mal im Jahr. Preis: DM 15,–. (jedes weitere Exemplar an die gleiche Bezugsadresse: DM 2,– jährlich!) Vorauszahlung an:
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 453 23 - 756,
Roland Beckert, Freiburg. Stichwort „Abo".

- Der Atomvertrag zwischen der Bundesrepublik und Brasilien eine kritische Würdigung
- Die Lage der Frau in Brasilien
- Das Ermächtigungsgesetz von 1968, die „Institutionelle Akte Nr. 5"; Wortlaut und Bedeutung
- Texte von Chico Buarque und Geraldo Vandre, zweiter Repräsentanten des engagierten brasilianischen Liedes
- Der Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz Brasiliens vom November 1976: die Kirche macht Front gegen ein Regime, dem sie mit zur Macht verhalf

und vieles andere mehr lesen Sie in unserer Broschüre

„Aspekte der brasilianischen Wirklichkeit"

94 Seiten, Januar 1977, herausgegeben vom Komitee Genralamnestie in Brasilien Westberlin und der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch e.V.
Bezugsadresse: Komitee für die Genralamnestie in Brasilien Westberlin
c/o Evangelische Studentengemeinde der TU Berlin
Carmerstr. 11, 1 Berlin 12
Einzelpreis: DM 3,–
Ab 5 Exemplare: DM 2,50

DAS VOLK VON ZIMBABWE BEFREIT SICH SELBST
Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion v. Zimbabwe
Für 1,– DM zu beziehen bei
AKTION DRITTE WELT
Scheffelstraße 49, Postfach 5328
D-7800 Freiburg im Breisgau

JAMAICA

AUF DEM WEG ZU UNABHÄNGIGKEIT UND SELBSTBESTIMMUNG

In den letzten Monaten konnte man in der Presse öfter als sonst Nachrichten über den kleinen Inselstaat Jamaica in der Karibischen See lesen:
Das Land befindet sich in einer Wirtschaftskrise. Es gibt „Unruhen", „Terror" und Ermordungen. Im Juni 1976 wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Parlamentswahlen im Dezember letzten Jahres gewann die 1972 an die Regierung gelangte Peoples National Party (PNP) unter Premierminister Michael Manley mit noch größerem Vorsprung als 1972. Dieses Ergebnis machte deshalb in den bürgerlichen Zeitungen Schlagzeilen, weil Manley in seiner ersten Regierungsperiode eine Politik gemacht hatte, die darauf gerichtet war, die Souveränität über die nationalen Reichtümer zu erlangen und eine vielseitige, an den nationalen Bedürfnissen orientierte Wirtschaft aufzubauen. Eine Politik also, die gegen die Interessen des ausländischen Kapitals gerichtet und daher auf das Heftigste und mit allen Mitteln vor allem von den USA bekämpft worden war. Nach seinen eigenen Worten vertritt Manley das Programm eines „demokratischen Sozialismus".
Zum anderen wird über Bestrebungen der neuen Regierung Manley berichtet, Kontakte zu den Staaten des osteuropäischen „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), auch COMECON genannt, aufzunehmen.

Jamaica – ein Paradies?

Jamaica – die Insel des Rums. Jamaica – das Ferienparadies, die Insel der kaffeebraunen Frauen und des Limbo-Tanzes. So wird Jamaica üblicherweise gerne vorgestellt. Die „Welt am Sonntag" (12.12.1971) schwärmt: „Im nächsten Umkreis der bekanntesten Badeorte Montego Bay und Ocho Rios liegen Golfplätze, Ferienvillenareale a la Hollywood und, versteckt in exotischen Parkanlagen, viele Luxushotels an weiten Palmenstränden. ... Fünf und sechs Sterne im Hotelverzeichnis des Jamaica Tourist Board und in deutschen Reiseprospekten garantieren höchsten Komfort. Die Hotelmanager kommen in der Mehrzahl aus Europa, auch die Küchenchefs. Man ißt abends natürlich im Freien, unter angestrahlten Palmen, Hummer Themidor, Steak au poivre, gegrillte Grapefruit, Crepe sozette. Grillen zirpen in der lauen Nacht, hörbar nur, wenn die Calypsoband pausiert. Nächtliches 'swinging Jamaica' findet anschließend in der Gartenbar statt. Folkloristische Show, bei der Limbotanz nie fehlt." Und auch die Korrespondentin der „Zeit" (9.3.73) schreibt entzückt: „Man dämmerte in der feuchten Wärme des Pools vor sich hin, auf Luxusliegen im Palmenschatten und stand nur auf, um ins badewannenwarme Wasser zu gehen, süß im Pool und salzig in der Karibik. Vielleicht machte man anschließend noch den Umweg an dem künstlich angelegten Teich vorbei, um der schwimmenden Riesenschildkröte zuzusehen, die dort langsam durchs Wasser pflügte."
Aber so manchem Genießer dämmert auch etwas: „Nur manchmal, in der Dämmerung, wenn es kühler wurde und das tropische Klima nicht mehr benommen machte, fragte ich mich, wie es dazu kommt, daß man offenbar immer dort die luxuriösesten Ferien verbringen kann, wo gleichzeitig die größte Armut herrscht." („Die Zeit", a.a.O.).
Tatsache ist, daß sich die wichtigsten Wirtschaftszweige Jamaicas in der Hand ausländischen Kapitals befinden.
Die nationalen Reichtümer werden ausgeplündert. Die aus der werktätigen Bevölkerung herausgepreßten Profite werden ins Ausland transferiert und so dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft entzogen. Die Wirtschaft ist durch die Produktion und den Export einiger weniger Erzeugnisse bestimmt. Es müssen daher sogar Grundnahrungsmittel eingeführt werden. Das, obwohl das Land fruchtbar genug ist, die rd. 2 Millionen Einwohner zu ernähren. Handels- und Zahlungsbilanz sind chronisch negativ. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Zwischen 25 und 35 % der erwerbstätigen Bevölkerung sind arbeitslos; bei den jüngeren Altersgruppen übersteigt die Arbeitslosenquote z.T. 50 %. Die Wohnsituation in den Slums rund um die Hauptstadt Kingston bietet das gleiche bekannte Bild wie in den Slums von Rio, Buenos Aires, Lima und anderswo.

Die oben bereits zitierte Journalistin der „Zeit" verfällt ob dieses Zustandes in Resignation: „Aber um das zu studieren, muß niemand nach Jamaica fahren. Das sind Probleme, die jedes unterentwickelte Land at. Sie sind hoffnungslos und deprimierend."
Richtig daran ist, daß diese „Probleme" jedes Land hat, das vom ausländischen Monopolkapital ausgeplündert und ausgebeutet wird. Hinsichtlich der Lösung dieser „Probleme" ist die große Mehrheit des jamaicanischen Volkes allerdings anderer Ansicht. In den letzten Jahrzehnten hat sich eine breite antiimperialisitische Bewegung gebildet. Immer öfter und bewußter ist gegen die Ausplünderung der nationalen Reichtümer durch ausländische Mächte rebelliert und der Kampf für tatsächliche Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation aufgenommen worden.

Jamaica – jahrhundertelang ein Spielball ausländischer Mächte

Den ersten Kontakt mit ausländischen Mächten hatte Jamaica 1494, als der in spanischen Diensten stehende Genuese Christoph Kolumbus das „Wunder"land Indien durch eine Fahrt in westlicher Richtung finden wollte und auf seiner 2. Reise unter anderem in Jamaica landete, das er „Santiago" nannte. Schon damals war das Interesse an anderen Ländern durch imperialistische Ziele geprägt. Kolumbus hatte dem spanischen Königshof versprochen, „nach Gegenden zu reisen, wo das Gold als Metall aus der Erde zu gewinnen ist und nicht als Handelsware erworben zu werden braucht" (vgl. E. G. Jacob, Christoph Kolumbus, Bordbuch – Briefe – Berichte – Dokumente, 1956). Für die Interessen der spanischen Kolonialmacht, sich andere Regionen der Welt zu unterwerfen, um sie auszuplündern, wurde auch Jamaica von Kolumbus „entdeckt".
Um bestimmte Teile der Welt unbehindert beherrschen zu können, schlossen die damals stärksten Kolonialmächte Spanien und Portugal den Vertrag von Tordesillas im Jahre 1494. Danach wurden alle Gebiete westlich einer Demarkationslinie, die 2035 km westlich der Azoren von Norden nach Süden verlief, an Spanien, alle östlich davon gelegenen an Portugal verteilt. Jamaica fiel damit in den spanischen Herrschaftsbereich, 1536 wurde der Besitz der Insel den Erben von Kolumbus verliehen.

Aber die anderen schwächeren Kolonialmächte hielten sich nicht an den spanisch-portugiesischen Vertrag. Die spanischen und portugiesischen Siedlungen und Flotten wurden

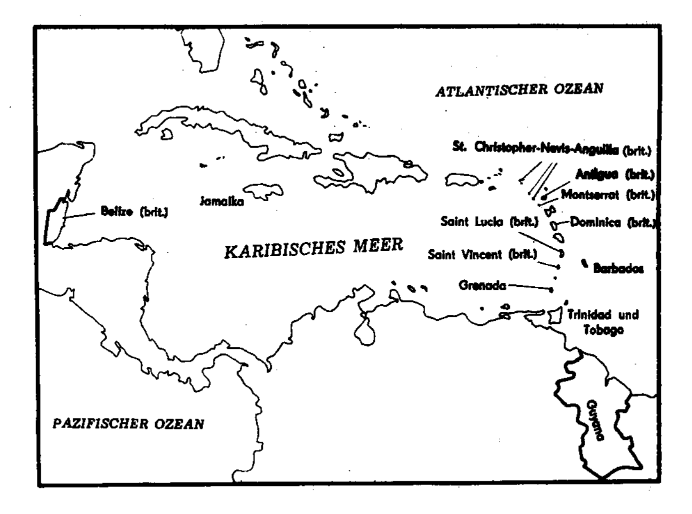
von englischen, französischen und holländischen Freibeutern angegriffen. Diesen 3 Mächten, insbesondere England, gelang es, vor allem auf den Inseln im Karibischen Raum,in Mittelamerika und an der Nordküste Südamerikas Einbrüche in das spanische und portugiesische Kolonialreich zu erzielen. So wurde auch Jamaica 1655 von den Engländern erobert und ihrem Kolonialreich eingegliedert.

Der stärker werdenden englischen Kolonialmacht mußte Spanien zunehmend mehr Zugeständnisse machen. Im Vertrag von Utrecht 1713 bei Ende des Spanischen Erbfolgekriegs erhielt England das Negersklaven-Importmonopol für Spanisch-Amerika. . Diese Möglichkeit nutzten die Engländer zum Schmuggel von Waren in das durch ein strenges Handelsmonopol für einige wenige Handelsunternehmen abgeschlossene spanische Kolonialreich in Amerika. Jamaica wurde das Zentrum, der große Stapelplatz für alle Waren, die auf verbotenem Wege nach Mittel- und Südamerika eindrangen. 1672 bis 1807 war Jamaica das Zentrum des westindischen Sklavenhandels. Dadurch und durch den begonnenen Zuckeranbau wurde Jamaica zu einem der wichtigsten Handelszentren des englischen Kolonialreichs. Da sich Spanien im Vertrag von Utrecht auch hatte verpflichten müssen, keiner anderen Macht Vorteile für den Handel mit Amerika einzuräumen, erhielt England insoweit eine Vorrangstellung in Spanisch-Amerika. Afrikanische Negersklaven bildeten in der Folgezeit die Grundlage der Wirtschaft auf Jamaica und auf den Plantagen in den anderen Gebieten des Karibischen Raums und der Länder an der Ostküste Südamerikas.

Begünstigt durch die starken politischen und gesellschaftlichen Strömungen der Französischen Revolution 1789 und die Losreißung der nordamerikanischen Kolonien vom englischen Kolonialreich sowie durch den Einfluß des freimaurischen Liberalismus in Spanien erkämpfte sich der Widerstand der Negersklaven in Jamaica 1833 die Abschaffung der Negersklaverei.

Nach dem Niedergang der spanischen Kolonialmacht und der Erreichung der formellen politischen Unabhängigkeit der meisten Länder Lateinamerikas Anfang des 19. Jahrhunderts konnte der aufstrebende englische Imperialismus seinen Einflußbereich in Lateinamerika festigen und erweitern. 1866 wurde Jamaica britische Kronkolonie. Gleichzeitig traten die USA jedoch auf den Plan. Obgleich noch schwächer als der englische Imperialismus, meldeten sie Ansprüche auf Lateinamerika an. 1823 erklärte US-Präsident Monroe, daß die USA jeden Versuch der Restauration der spanischen Herrschaft ablehnen und jede Intervention europäischer Staaten in Lateinamerika als unfreundlichen Akt betrachten würden; Amerika müsse den Amerikanern gehören (sog. Monroe-Doktrin). Aufgrund der größeren Stärke des englischen Imperialismus konnten die USA jedoch tatsächlich noch nicht die Ausweitung des englischen Imperialismus verhindern, z.B. nicht die Annektierung der Malvinen-Inseln vor dem argentinischen Festland, die die Engländer Falkland-Inseln nennen. Aber der US-Imperialismus begann, die lateinamerikanischen Länder ökonomisch zu infiltrieren und so auch politisch Einflußsphären zu erringen.
Einer der ersten großen im Ausland tätigen US-Konzerne war die 1885 gegründete Boston Fruit Company, die ihren Profit mit dem Anbau und Verkauf von Bananen machte, die vorwiegend auf Plantagen in Kuba, Santo Domingo und Jamaica gepflückt wurden. 1899 fusionierte die Boston Fruit Company mit der Keith Company zu der wegen ihres gewaltigen Einflusses auf ganze nationale Volkswirtschaften bekannt gewordenen United Fruit Company, der heutigen United Brands.

Die formelle politische Oberhoheit in Jamaica hat sich der britische Imperialismus bis zum heutigen Tag bewahren können. Staatsoberhaupt von Jamaica ist Königin Elisabeth II., vertreten durch einen Generalgouverneur. Die wirtschaftliche Oberhoheit und die tatsächlichen politischen Einflußmöglichkeiten mußte er inzwischen aber an den US-Imperialismus abtreten.



Das Auslandskapital plündert die Reichtümer des Landes und behindert den Aufbau einer vielseitigen, an den nationalen Bedürfnissen orientierten Wirtschaft

Wie bei den meisten lateinamerikanischen Ländern ist auch die Wirtschaft Jamaicas durch die Produktion und den Export einiger weniger Erzeugnisse gekennzeichnet (sog. Monokulturstruktur) und daher empfindlich für Krisen und Erpressungsmaßnahmen.

Bis zum Anfang der 50er Jahre dieses Jahrhunderts wurde die Wirtschaft Jamaicas durch die Produktion und die Verarbeitung von Agrarerzeugnissen bestimmt, vor allem durch den Anbau von Bananen, Zuckerrohr, Zitrusfrüchten und Gewürzen sowie die Rum-Herstellung. Zucker, Rum und Bananen machten mehr als 50 % des Exports aus. Der Bananenanbau stand jahrzehntelang an erster Stelle der Agrarproduktion. 1938 war Jamaica der größte Bananenexporteur der Welt (Ibero-Amerika-Handbuch, 6. Aufl. 1966).

Einen tiefgreifenden Wandel erfuhr die Wirtschaft Jamaicas, als Anfang der 40er Jahre Geologen eines der reichsten Bauxitlager der Welt in Jamaica vermuteten und daraufhin angestellte konkrete Untersuchungen nach Abschluß des 2. Weltkrieges diese Vermutung bestätigten. Bauxit ist das wichtigste Mineral zur Herstellung von Aluminiummetall. Aus Bauxit muß zunächst Tonerde (Aluminiumoxyd) produziert werden, das dann zu Aluminiummetall weiterverarbeitet wird. Aluminium wiederum ist ein äußerst wichtiges Metall für die Produktion in strategisch wichtigen Industriezweigen wie der Raum- und Luftfahrtindustrie. Kein Zufall ist es daher, daß gerade der US-Imperialismus, der nach dem 2. Weltkrieg Großbritannien als führende imperialistische Macht im Weltmaßstab

abgelöst hatte, sich auf die Gewinnung und Verarbeitung dieses wichtigen Minerals stürzte. 1950 wurde die erste Tonerdefabrik auf Jamaica errichtet, 1953 erfolgte die erste Verschiffung von Tonerde nach Norwegen. In den Jahren zwischen 1952 und 1969 gab es einen gewaltigen Aufschwung im Bereich der Gewinnung und Verarbeitung von Bauxit. 1974 war Jamaica der zweitgrößte Bauxit-Produzent der Welt mit einem Anteil von 20,7 % an der Weltproduktion (3. Welt Magazin, Januar 1977).
Auch die Industrialisierung in anderen Bereichen machte große Fortschritte. Jamaica ist im karibischen Raum heute das Land mit dem höchsten Industrialisierungsgrad.

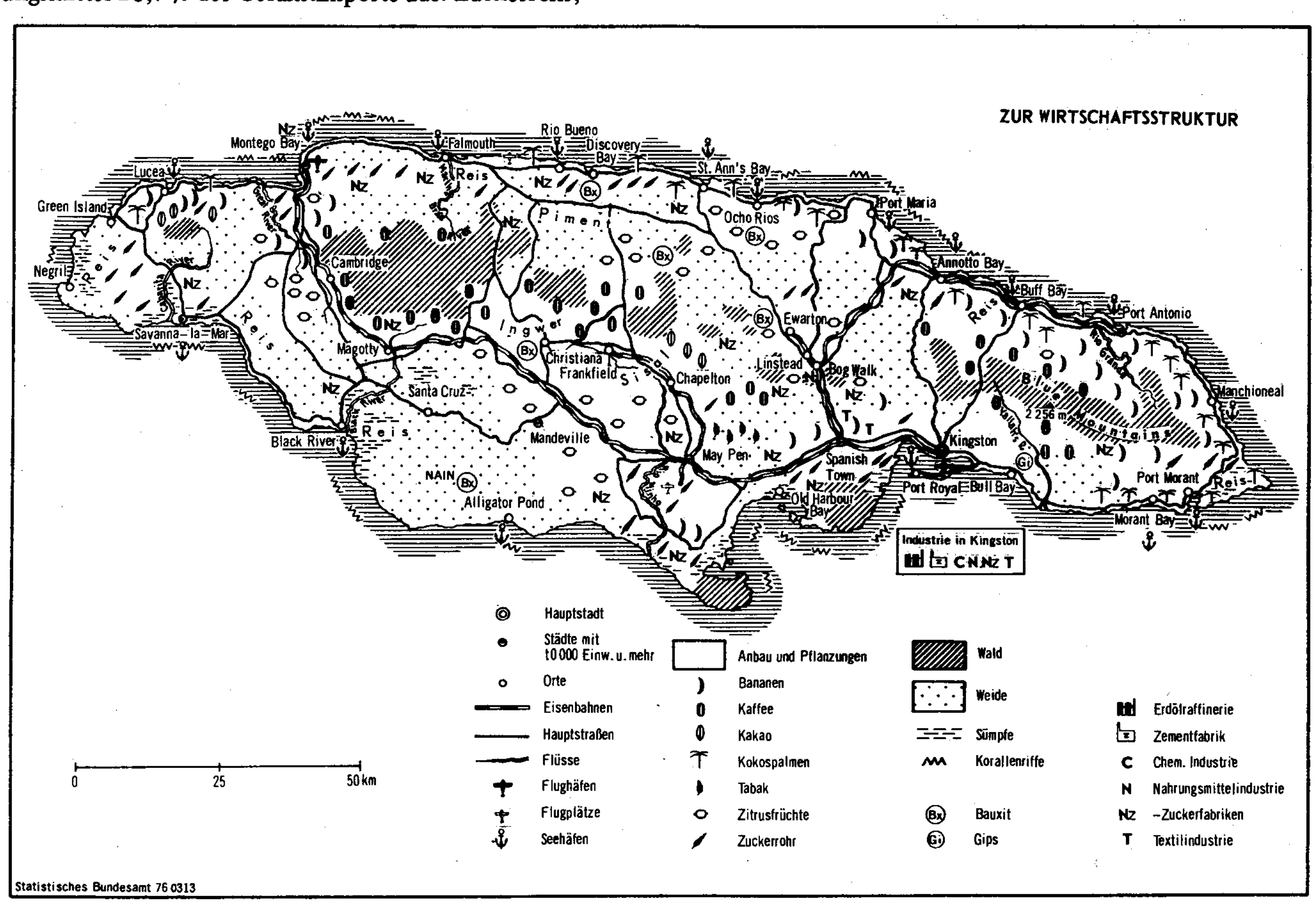
Die Landwirtschaft ist weiterhin auf eine kleine Zahl von Produkten beschränkt. Diese Einseitigkeit hat zur Folge, daß Jamaica gezwungen ist, Grundnahrungsmittel in erheblichem Umfang einzuführen. 1964 machten Nahrungsmittel 20,7 % der Gesamtimporte aus. Zuckerrohr, Zitrusfrüchte und Gewürze sind nach wie vor die wichtigsten Agrarerzeugnisse. Für Nelkenpfeffer (Piment) ist Jamaica der größte Produzent der Welt. Der Bananenexport hat als Devisenbringer für Jamaica allerdings an Bedeutung verloren. Jetzt ist Zucker das wichtigste Landwirtschaftsprodukt. Etwa 80 % der Zuckerernte werden exportiert, fast ausschließlich nach Großbritannien und Kanada (Daten nach Ibero-Amerika-Handbuch, 6. Aufl. 1966).

Seit Ende des 2. Weltkriegs hat ein weiterer Wirtschaftsbereich einen Boom erlebt: der Tourismus. Ausländische Touristen brachten immer mehr Devisen ins Land. Die Bauwirtschaft expandierte.

Die mit Abstand bedeutendsten Wirtschaftszweige und wichtigsten Deviseneinnahmequellen des Landes sind heute also die Produktion und Ausfuhr von Bauxit, Tonerde und Zucker sowie der Tourismus.
Die Strukturveränderung der jamaicanischen Wirtschaft wird besonders daran deutlich, daß der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt (BSP) von 38,2 % im Jahre 1938 auf 12,4 % 1962 sank, der Anteil der Industrie in demselben Zeitraum von 6,5 % auf 13,3 %, der der Bauwirtschaft von 3,5 % auf 10,8 % anstieg. Der Bergbau hatte 1962 einen Anteil von 8,8 % am BSP, 1976 bereits 14 %. Die Bedeutung von Bauxit und Tonerde für Jamaica wird noch klarer, wenn man feststellt, daß deren Anteil an der Gesamtausfuhr Jamaicas 1973 64 % erreichte. (Daten zusammengestellt aus Ibero-Amerika-Handbuch, 6. Aufl. 1966; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzbericht Jamaica 1976).

Die wichtigsten Wirtschaftsbereiche Jamaicas stehen unter der Kontrolle ausländischen Kapitals vor allem von US-Kapital.
Die Bauxitgewinnung und die Tonerdeproduktion wurde bis vor kurzem zu 100 % von ausländischen Monopolen beherrscht. Neben dem kanadischen Konzern ALCAN Aluminium Ltd. plündern die Tochterunternehmen folgender US-Gesellschaften den wichtigsten Bodenschatz Jamaicas aus: Kaiser Aluminium and Chemical Corp., Reynolds Metals Co., Aluminium Co. of America (ALCOA), Anaconda Co und Revere Copper and Brass Inc.. Zwischen 1952 und 1969 investierten die US-Gesellschaften in Jamaica mehr als 400 Mill. US-Dollar in ihre Anlagen. Heute wird der Betrag des investierten Kapitals auf rd. 1 Milliarde US-Dollar geschätzt (Bad. Ztg. 15.12.1976). Die Anlagen der im Bereich der Bauxitgewinnung und -verarbeitung tätigen Unternehmen sind damit zum wichtigsten Einzelfaktor der jamaicanischen Wirtschaft geworden. Die Eisenbahnlinien, die Bauxitlager mit den Verschiffungshäfen verbinden, gehören z.T. den ausländischen Gesellschaften.

Das Bankwesen ist ebenfalls vom ausländischen Kapital beherrscht. Neben der Zentralbank gibt es eine Reihe



von Geschäftsbanken, die mit einer Ausnahme sämtlich Zweigniederlassungen des ausländischen Bankkapitals sind: Bank of Novia Scotia, Barclays Bank, Royal Bank of Canada, Canadian Bank of Commerce, Bank of London and Montreal und die First National City Bank of New York.
Der Touristiksektor stand in den 60er Jahren zu 55 % unter der Kontrolle von ausländischem Kapital (Guardian 23.2.1977).

Gegenüber dem britischen Imperialismus hat der US-Imperialismus seine ökonomische Vorherrschaft in Jamaica insbesondere in der Zeit nach 1962 ausbauen können, als Jamaica formell den Status eines souveränen Staates erhielt. Die Verschiebung der Vorherrschaft zugunsten des US-Imperialismus läßt sich gut auch an der Export- und Importstruktur Jamaicas ablesen. Der Anteil der Exporte nach Großbritannien ging zwischen 1953 und 1970 von 62 % auf 15 % zurück, der Anteil der Exporte nach den USA nahm im gleichen Zeitraum von 31 % auf 46 % zu (zwischenzeitlich betrug der Anteil 1962 sogar 58 %). Im gleichen Zeitraum gingen die Importe aus Großbritannien von 55 % auf 19 % zurück und die Importe aus den USA nahmen von 33 % auf 45 % zu. (Daten nach: Ibero-Amerika-Handbuch, 6. Aufl. 1966; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzbericht Jamaika 1976).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß Jamaicas Reichtümer vom ausländischen Kapital geplündert werden, daß die Gewinne der ausländischen Gesellschaften der nationalen Wirtschaft entzogen werden, und daß dadurch das Volk von Jamaica dabei behindert wird, eine Wirtschaft aufzubauen, die an nationalen Bedürfnissen orientiert ist und insbesondere die Produktion einiger weniger Erzeugnisse überwunden wird.
Das Handelsbilanzdefizit ist chronisch negativ und jedes Jahr gestiegen. Betrug der Importüberschuß 1969 143,2 Mill. US-Dollar, so erreichte er 1973 bereits die Höhe von 275,8 Mill. US-Dollar. Die Zahlungsbilanz ist ebenfalls negativ. Auch die starke Zunahme der Deviseneinnahmen im Touristikgewerbe kann das Gesamtbild der Zahlungsbilanz nicht positiv gestalten. Die Auslandsverschuldung hat von Jahr zu Jahr zugenommen, von 110 Mill. Jamaica-Dollars 1971 auf 380,2 Mill. Jamaica-Dollars 1975. (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzbericht Jamaica 1976).
Die Situation für das Volk von Jamaica ist infolge der jahrhundertelangen Beherrschung durch ausländische Mächte verheerend. Von der erwerbstätigen Bevölkerung sind zwischen 25 % und 35 % ohne Arbeit. Bei den jüngeren Altersgruppen beträgt die Arbeitslosigkeit z.T. über 50 %. Arbeitslos sind vor allem ungelernte Arbeitskräfte und Frauen. Die Analphabetenquote betrug vor 20 Jahren über 50 %, heute ist sie insbesondere wegen entsprechender gezielter Maßnahmen gerade in den letzten Jahren auf ca. 25 % gesunken. Die Lebenshaltungskosten stiegen in den 60er Jahren durchschnittlich um 10 %, 1973 aber 20 % und 1974 sogar um rd. 30 % (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzbericht Jamaica 1976). 80 % der in den letzten Jahrzehnten rasch gewachsenen Bevölkerung sind infolge des Sklavenhandels in den früheren Jahrhunderten afrikanischer Abstammung. Nach der Aufhebung der Sklaverei 1833 kamen viele Inder als Kontraktarbeiter nach Jamaica. Sie stellen aber heute zusammen mit den Chinesen und Weißen neben den 18 % Mulatten nur eine kleine Minderheit dar. Die indianischen Ureinwohner der Insel (die Aruaken) wurden schon in der Frühzeit der Kolonialunterdrückung fast völlig ausgerottet. Von ihnen ist praktisch nur der heutige Name der Insel erhalten geblieben: Jamaica, „die gut Bewässerte".

Seit 1972 nimmt der Widerstand gegen die Herrschaft des Imperialismus Formen an: Die Regierung Manley versucht eine Politik der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Erstes sichtbares Ergebnis des Widerstands gegen die Beherrschung durch ausländische Mächte war die Erreichung des formellen Status der Souveränität im Jahre 1962.
In den darauf stattgefundenen Wahlen setzte sich die Jamaica Labour Party (JLP) gegen die Peoples National Party (PNP) durch. Die PNP besteht seit 1938. Im gleichen Jahr wurden zwei wichtige Gewerkschaftsorganisationen gegründet, der „Trade Union Congress of Jamaica" (TUC) und die „Bustamente Industrial Trade Union" (BITU). Die JLP ist 1944 als Abspaltung aus der PNP hervorgegangen. Beide Parteien waren 1962 in der Arbeiterbewegung verankert und wurden durch starke, miteinander konkurrierende Gewerkschaftsbewegungen unterstützt. Wie aber gerade Informationen der letzten Monate zeigen, arbeiteten und arbeiten führende Mitglieder der JLP mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA zusammen (vgl. 3-Welt-Magazin, Januar 1977; Guardian 16.6. und 29.9.1976; International Herald Tribune 28.8.1976).Das Auslandskapital hatte daher während der Regierungszeit der JLP nichts zu befürchten.
Die antiimperialistische Strömung im Volk von Jamaica gewann jedoch in den 10 Jahren Regierungszeit der JLP Klarheit über den pro-imperialistischen Charakter dieser Partei. Industriearbeiter, Landarbeiter, Bauern und Teile der Mittelschichten setzten sich immer häufiger zur Wehr. Es kam zu Massendemonstrationen, wirtschaftlichen und politischen Streiks. Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem pro-imperialistischen Kurs der JLP war der Sieg der PNP bei den Parlamentswahlen 1972.

Der neue Regierungschef Michael Manley leitete eine Politik der nationalen Unabhängigkeit und des Aufbaus einer vielseitigen, an den nationalen Bedürfnissen orientierten Wirtschaft ein. Das in Jamaica ansässige ausländische Kapital wurde härter angefaßt. Zielstrebig wurde eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Ländern der 3. Welt eingegangen.

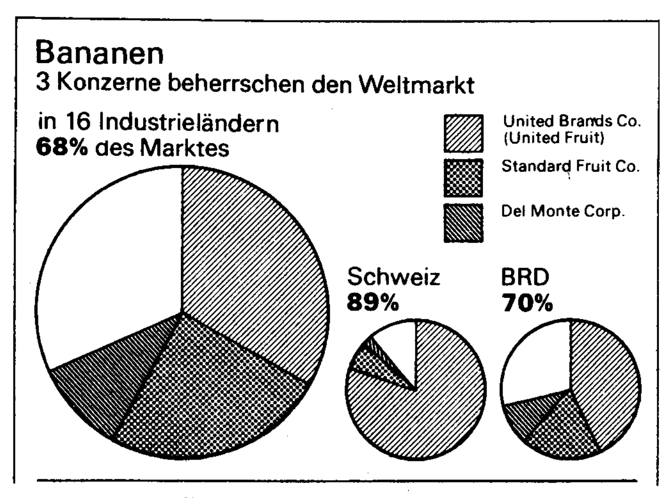
Die großen, in der Hand vor allem von englischem Kapital befindlichen Zuckerrohrplantagen wurden nationalisiert, der Zuckerexport einem Staatsmonopol übertragen. Im Januar 1974 führte Jamaica eine „Produktionsabgabe" auf Bauxit ein, die den ausländischen Konzernen innerhalb von einem Jahr 180 Mill. US-Dollar Profitschmälerung brachte. Außerdem strebt die Regierung Manley Mehrheitsbeteiligungen des jamaicanischen Staates an den ausländischen Bauxit-Konzernen an. An der Kaiser Bauxite Co., die 60 % ihres Bauxit-Bedarfs aus Jamaica bezieht, erwarb die Regierung bereits 51 % der Anteile. Kaiser behält dafür noch das Recht auf Ausbeutung der Bauxit-Vorkommen für die nächsten 40 Jahre (FAZ, 8.2.77). Bei der ALCOA gehören jetzt 5 % der Anteile dem jamaicanischen Staat (Bad. Ztg. 15.12.1976).

Weiterhin schloß sich Jamaica der im März 1974 gegründeten „International Bauxite Association" (IBA) an, einem – dem Wesen nach vergleichbaren – Zusammenschluß der Bauxit-fördernden und exportierenden Länder zur Erzielung gerechterer Preise, dem außer Jamaica, Haiti, die Dominikanische Republik, Guayana, Surinam, Guinea, Sierra Leone,

Ghana, Australien und Jugoslawien angehören. Sitz der Vereiniung ist Kingston, die Hauptstadt Jamaicas.
Jamaica ist außerdem Mitglied des 1973 gegründeten Karibischen Gemeinsamen Marktes (CARICOM), der aus der Karibischen Freihandelszone hervorgegangen ist und der SELA (Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem), in dem sich 1975 25 lateinamerikanische Staaten zusammenschlossen, um ein von den USA unabhängiges Wirtschaftssystem aufzubauen. Mit 7 anderen karibischen Ländern will Jamaica die Beherrschung der regionalen Handelsschiffahrt durch imperialistische Unternehmen durchbrechen, die 88 % des Transports auf Schiffen im karibischen Raum kontrollieren. Zu diesem Zweck gründeten Jamaica, Kuba, Costa Rica, Mexiko, Nicaragua, Panama, Kolumbien und Venezuela die Caribbean Multinational Shipping Co. (NAMUCAR) im Mai 1975 (Guardian 24.3.76).
Auch in anderer Form sucht Jamaica verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen Ländern der 3. Welt. Jamaica, Trinidad und Tobago und Guayana planen Gemeinschaftsprojekte zur Herstellung des Bauxit-Endprodukts Aluminium. In Zusammenarbeit mit Mexiko und dem Jamaica-Mexiko Aluminium Komplex (JAMEX) sollen eine Aluminiumschmelze in Mexiko und eine Aluminiumoxydanlage in Jamaica erstellt werden. Venezuela will sich an diesem Vorhaben beteiligen, um die Rohstoffversorgung seiner Aluminiumwerke zu sichern im Austausch gegen Lieferung von Erdöl und Erdölderivaten an Jamaica (BfA-Mitteilungen Februar 1976). Diese Vorhaben sind insofern von großer Bedeutung für Jamaica, als es auf diese Weise gelingen kann, die Rolle als Verkäufer von billigen Bauxit an die imperialistischen Industrieländer und als Abnehmer des Endprodukts Aluminium von diesen Ländern zu Höchstpreisen zu überwinden und das für den Aufbau einer eigenen Industrie notwendige Aluminium selbst herzustellen.
Mit der VR China und dem Iran wurden Zuckerlieferungen vereinbart. Handelsmissionen aus der VR China, Mexiko und Neuseeland kamen nach Jamaica und erörterten die Möglichkeiten für die Intensivierung des bilateralen Handels. –

Außenpolitisch versetzte Jamaica den USA einen Schlag, als es 1972 zusammen mit Trinidad und Tobago sowie Barbados zu den ersten lateinamerikanischen Staaten zählte, die diplomatische Beziehungen zu Cuba aufnahmen und den Boykott-Beschluß der OAS gegenüber Cuba ignorierten. In der Folgezeit unterstützte Cuba den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft in Jamaica mit technischer Hilfe, Ausbildungsprogrammen u.a. Im Block der 3. Welt-Länder profilierte sich Manley als bedeutende Persönlichkeit im Kampf der 3-Welt-Länder gegen wirtschaftliche Ausplünderung und politische Einmischungsversuche. Auf internationalen Konferenzen trat er mit Reden hervor, die große Beachtung fanden.

Die Maßnahmen gegen das Auslandskapital und der Zusammenschluß mit anderen Ländern der 3. Welt schaffen die materielle Grundlage für den Aufbau einer eigenen Industrie, der Vergrößerung der Zahl der Landwirtschaftsprodukte und zur Beseitigung der Elendssituation, in der die große Mehrheit des jamaicanischen Volkes lebt. In den 4 Jahren der ersten Regierungszeit der PNP wurden 150.000 Erwachsene alphabetisiert. Die Schulpflicht wurde eingeführt. Ein Jugendprogramm sorgt für die Ausbildung armer Minderjähriger. Ländliche Versorgungsstraßen und Bewässerungssysteme wurden gebaut. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm soll das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Die Regierung kaufte brachliegendes Land auf und verteilte es an landlose Bauern. Das Wahlalter wurde von 23 auf 18 Jahre gesenkt. Gesetzliche Mindestlöhne für die Arbeiter und höhere Steuern für die Unternehmer und die Beamten und Angestellten der höheren Gehaltsstufen wurden festgesetzt. Mit Hilfe eines Bauprogramms sollen die Slums beseitigt werden.



aus Strahm: „Überentwicklung – Unterentwicklung"

Der US-Imperialismus versucht, verlorenes Terrain zurückzugewinnen

Der Versuch einer Politik der nationalen Unabhängigkeit und der Weg zu einem „demokratischen Sozialismus", den Premierminister Manley proklamierte, stachen dem Imperialismus, vor allem dem US-Imperialismus und seinen Handlangern in der JLP ins Auge.

Jamaica ist für den US-Imperialismus aus mehreren Gründen von großer Bedeutung.
Über die Wichtigkeit des Minerals Bauxit wurde bereits gesprochen. Hinzuzufügen ist, daß 40 % des in den USA verarbeiteten Bauxits aus Jamaica kommen. Diese Menge macht 80 % des Bauxitexports Jamaicas aus. Die International Bauxite Association birgt die Gefahr für die Imperialisten, Bauxit und Tonerde nicht mehr zu Niedrigstpreisen von den Produzenten der 3. Welt kaufen zu können. Das Kapital, das US-Konzerne in Jamaica in den Bereichen der Bauxitförderung und der Tonerdeproduktion, in anderen Industrien, im Bankwesen, im Baugewerbe und im Touristiksektor investiert haben, geht in die Milliarden Dollar.
Durch die nach Erreichung des formellen Status der Souveränität beibehaltene Mitgliedschaft Jamaicas im Commonwealth of Nations können vor allem die US-Konzerne, die in Jamaica Niederlassungen haben, beim Verkauf ihrer Produkte an Commonwealth-Länder in die Vergünstigung der Zollpräferenzen des Commonwealth kommen.
Zudem sind die Arbeitskräfte billig, der US-Markt ist nahe und ausländische Unternehmen genießen noch immer großzügige Steuerfreiheit.
Nicht zuletzt hat Jamaica militärstrategische Bedeutung für die Beherrschung des karibischen Raumes, Mittelamerikas (Panama-Kanal) und der Nordküste Südamerikas.

Der US-Imperialismus hat bereits Einbußen in Jamaica erlitten und Niederlagen im außenpolitischen Bereich einstecken müssen. Er hat jedoch noch einiges mehr zu verlieren, wie wir gesehen haben. Um das Bestehende zu verteidigen und möglichst die frühere unumschränkte Oberherrschaft über Jamaica zurückzuerlangen, hat der US-Imperialismus auf seine noch vorhandenen starken Bastionen in Ja-

maica zurückgegriffen und das ihm zur Verfügung stehende Machtinstrumentarium eingesetzt:
Die ausländischen Unternehmen sind nicht enteignet; die Banken befinden sich noch in der Hand des Bankkapitals der imperialistischen Länder; die einheimischen Kräfte, die bereit sind, die nationalen Interessen an die Imperialisten zu verkaufen, haben noch freie Hand. Hinzu kommt der Druck, der über internationale Organisationen, die von den imperialistischen Ländern beherrscht werden (Weltbank usw.), ausgeübt werden kann.

Seit Anfang 1976 hat der US-Imperialismus seine Bemühungen, die Regierung Manley zu stürzen und die Politik der nationalen Unabhängigkeit im Keim zu ersticken, sichtbar verstärkt.

Die New Yorker Banken erklärten Jamaica zu einem Kreditrisiko. Lebensmittelprogramme wurden gestrichen.

Zentraler Angriffspunkt wurden die drei wichtigsten Wirtschaftsbereiche und Hauptdeviseneinnahmequellen. 1975 befand sich Jamaica noch in einem wirtschaftlichen Aufschwung. Die Nachfrage nach Aluminium und daher nach dem Rohstoff Bauxit war sehr groß. Die den Bauxit-Konzernen 1974 auferlegte Bauxit-Produktionsabgabe erbrachten 1975 erhöhte Einnahmen von über 100 Mill. US-Dollar (1974: 180 Mill. US-Dollar). Die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt erreichten Höchstwerte. Der Reiseverkehr nach Jamaica, dem „Ferienparadies", florierte.
Das alles änderte sich 1976 drastisch.
Zunächst ging Ende 1975 der Weltmarktpreis für Zucker scharf zurück, von der Spitzennotierung von etwa 530 auf gegenwärtig 200 Jamaica-Dollar. Dementsprechend fielen die Steuereinnahmen aus dem Zuckerexport von 140 Mill. Jamaica-Dollar 1975 auf 62 Mill. Jamaica-Dollar im letzten Jahr. (Zahlen nach FAZ 14.2.77). Auf die Terms of Trade wirkte sich der starke Rückgang der Zuckerpreise in der Weise aus, daß Jamaica 1976 die doppelte Menge Zucker wie 1956 produzieren mußte, um dafür dieselbe Anzahl Traktoren einführen zu können (International Herald Tribune 28.8.1976).
Die weltweite Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems hatte u.a. auch einen Rückgang in der Nachfrage nach Aluminium und damit nach Bauxit zur Folge. Zudem verminderten die ausländischen Bauxit-Unternehmen in Jamaica gezielt ihre Produktion, schlossen z.T. – wie die Rev?r e Alumina Jamaica – sogar ganz ihre Produktionsstätten und entließen Arbeiter, die das bestehende Arbeitslosenheer noch vergrößerten. Die Einnahmen aus der Produktionsabgabe auf die Bauxitförderung ging von 1975 244 auf 229 Mill. Jamaica-Dollar im Jahr 1976 zurück. Gleichzeitig sanken die Steuereinnahmen aus der Bauxitförderung von 140 auf 89 Mill. Jamaica-Dollar (FAz 14.2.77). Einige Bauxit-Unternehmen drohten schließlich, ihre Produktionsstätten in Jamaica gänzlich aufzugeben und nach Australien, dem zur Zeit größten Bauxit-Produzenten der Welt, zu verlagern.

In der US-amerikanischen Presse wurde eine wilde Hetzkampagne gegen die Zustände in Jamaica und gegen die Regierung Manley in Gang gesetzt. Jamaica erschien in den Artikeln als ein Land, in dem der ausländische Tourist nichts Gutes zu erwarten hat: Mord, Überfälle, Terror. Der beabsichtigte Erfolg blieb nicht aus. Die Zahl der Touristen aus den USA ging zurück. Riesige moderne Hotelbauten stehen leer. Die Deviseneinnahmen gingen von 1212 Mill. Jamaica-Dollar 1975 auf 110 Mill. Jamaica-Dollar im letzten Jahr zurück (FAZ 14.2.77).
Durch Kapitalflucht wurden der nationalen Wirtschaft 1976 nach Regierungsangaben weitere rd. 300 Mill. Dollar entzogen.
Das Land geriet auf diese Weise in eine tiefgreifende und schwere Wirtschaftskrise, verschärft noch durch die Preiserhöhungen bei Erdöl. Im Frühjahr 1976 waren die Devisenreserven des Landes bereits auf 25 Mill. Jamaica-Dollar zusammengeschmolzen (FAZ 14.2.1977). Diese Situation kann sich wegen des Fortbestehens der Krise bis zum heutigen Tag nur verschlimmert haben.



Die einheimischen Handlanger des US-Imperialismus, kräftig unterstützt vom US-Geheimdienst CIA, taten das Ihrige, um die Wirtschaftskrise Jamaicas zu einer politischen Krise der Regierung Manley zu befördern.
Die der JLP nahestehenden Gewerkschaften zettelten in wichtigen Wirtschaftsbereichen Streiks an, um die Produktionsergebnisse zu vermindern. Die Überfälle auf Mitglieder der PNP nahmen zu. Brandstiftungen, Bombenanschläge, Morde und andere Terrormaßnahmen gehen auf das Konto der proimperialistischen Banden der JLP und ihrer Hintermänner vom CIA, Aktionen, die der Hetzkampagne der US-amerikanischen Presse die Nahrung gaben.
Im Juni letzten Jahres sah sich die Regierung Manley gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen, der bis heute noch nicht wiederaufgehoben ist. Der Aufbau einer bewaffneten Volksmiliz wurde vorangetrieben (Guardian 15.9.76).

Angesichts dieses Vorgehens des US-Imperialismus, das dem Vorgehen in Chile vor dem Sturz der Regierung Allende äußerst ähnlich ist, sprach Manley bereits von einer gezielten „Destabilisierungspolitik" der USA. Die Befürchtung, Jamaica könnte zu einem „zweiten Chile" werden, wird immer öfter geäußert.

Die Antwort des Volkes von Jamaica: Überwältigender Wahlsieg der PNP und Bestätigung der Regierung Manley bei den Wahlen im Dezember 1976

Auf der Grundlage des gezielten Versuchs, die Wirtschaft Jamaicas in ein Chaos zu verwandeln, hetzte die JLP vor den Parlamentswahlen im Dezember 1976 gegen die Regierung Manley und stellte diese als den Verantwortlichen für die Ergebnisse der US-Destabilisierungspolitik hin. Das

Volk von Jamaica erteilte der Politik des US-Imperialismus und seiner einheimischen Handlanger jedoch eine Abfuhr. Die am häufigsten an Hauswänden zu findenden Parolen waren „CIA raus" und „CIAga raus", womit auf die Zusammenarbeit zwischen CIA und der JLP mit ihrem Führer Seaga angespielt werden sollte. Bei den Wahlen wurde die Partei Manleys mit einer wesentlich größeren Mehrheit als 1972 wiedergewählt. Die PNP hält nun 46 der insgesamt 60 Parlamentssitze. Ein kubanischer Journalist schätzte diese Wahl als „die wichtigste Wahl in Lateinamerika" ein, „seitdem Allende 1970 in Chile zum Präsidenten gewählt wurde" (Guardian 29.12.1976).

Die überwältigende Bestätigung der Politik der nationalen Unabhängigkeit kann allerdings nur der erste Schritt sein und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der US-Imperialismus mit Sicherheit seine Attacken auf den Kurs der nationalen Unabhängigkeit der Regierung Manley verstärken und auch vor einem Putsch nicht zurückschrecken wird, wie er ihn in der Geschichte Lateinamerikas dutzende Male initiiert und unterstützt hat. Die Angst, direkt vor seiner Haustür könnte ein „zweites Kuba" entstehen und die karibische See könnte zur „Roten See" werden, sitzt dem US-Imperialismus tief in den Knochen.

Die Versuche der 2. Regierung Manley, aus der Krise zu kommen und die Politik der nationalen Unabhängigkeit fortzusetzen und zu intensivieren

Zur Bekämpfung der Wirtschafskrise und in Fortsetzung ihrer bisherigen gegen den Imperialismus und die ihn unterstützenden ökonomisch herrschenden Klassen in Jamaica gerichteten Politik hat die neue Regierung Manley ein „Notstandsprogramm" vorgelegt.

Danach werden die Einfuhr- und Devisenkontrollen verschärft. Um der wachsenden Kapitalflucht entgegenzuwirken, ist der Handel mit ausländischen Währungen nun zum Monopol der Zentralbank von Jamaica erklärt worden. Die ausländischen Geschäftsbanken können nur noch unter strikter Kontrolle der Zentralbank und als deren Agenten Devisengeschäfte betreiben. Auslandsreisende erhalten jetzt nur noch 50 US-Dollar pro Person und Jahr zugeteilt (vor einem Jahr noch 500 US-Dollar). Devisenzuteilungen für Importe sollen nurnoch für Grundnahrungsmittel und gewisse Rohstoffe gewährt werden. Auswanderer erhalten überhaupt keine Devisen mehr, ebensowenig die Kinder reicher Eltern, die ihre Ausbildung im Ausland absolvieren.
Es ist geplant, bis 1980 80 % der heutigen Nahrungsmitteleinfuhren durch Eigenproduktion zu ersetzen. Dazu soll die Nahrungsmitteleinfuhr verstaatlicht werden. Die unter Regierungskontrolle stehende Jamaica Nutrition Holding soll zur Dachorganisation für die offizielle Importpolitik werden.

Drei Geschäftsbanken wurden verstaatlicht, ebenfalls die Caribbean Cement Company, eines der wichtigsten Industrieunternehmen des Landes. Der letzte Privatsender wurde vom jamaicanischen Staat übernommen.
Auf Jahreseinkommen von über 20.000 J-Dollar soll eine Sondersteuer von 70 % erhoben werden. Bei Jahreseinkommen von über 30.000 J-Dollar beträgt der Steuersatz sogar 80 %. Die Gebühren für Ferngespräche ins Ausland wurden um 150 % erhöht. (Angaben nach NZZ 9.2.77 und FAZ 14.2.77).

Die hier den US-Imperialismus wohl am meisten beunruhigende Nachricht ist die, daß Jamaica die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion angekündigt hat und in Kürze den Besuch von 2 stellvertretenden Ministerpräsidenten aus COMECON-Ländern erwartet, eine jamaicanische Wirtschafts- und Handelsdelegation nach Moskau reisen werde und die Möglichkeiten eines Beitritts Jamaicas zum COMECON erwogen werden.
Der COMECON – auch RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) genannt wurde 1948 von der Sowjetunion, Bulgarien, der CSSR, Ungarn, Polen und Rumänien gegründet. Später traten auch die DDR und die Mongolei bei. 1972 wurde Cuba aufgenommen.
Wenn es dem COMECON unter Führung der Sowjetunion gelingen sollte, auch mit Jamaica wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen, geht dem US-Imperialismus zwangsläufig ein weiterer Teil seines „Hinterhofes" Lateinamerika verloren. Er hat daher ein Interesse, dies zu verhindern. Dieses Interesse durchzusetzen ist es erforderlich, die Regierung Manley zu stürzen.

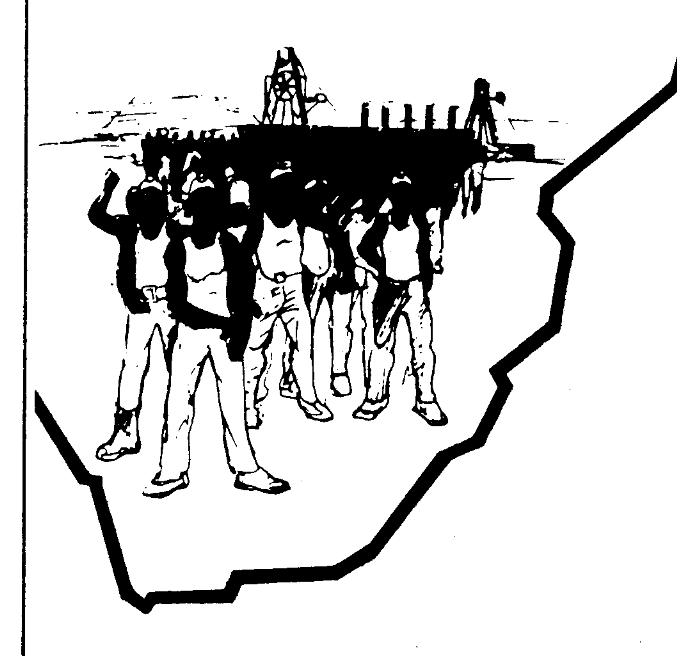


Aber auch Jamaica hat etwas zu verlieren, wenn die Regierung sich zu einem Beitritt zum COMECON entschließen sollte. Es besteht die Gefahr, daß Jamaica bei einer Loslösung vom Einfluß des US-Imperialismus und einer Hinwendung zu dem unter der Führung der SU stehenden COMECON vom Regen in die Traufe kommt. Eines der Grundprinzipien des COMECON ist das Prinzip der „Internationalen Arbeitsteilung". „Die Aneignung aller Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution durch viele Länder gleichzeitig, die oft großen Kapitalaufwand erfordert und langer Zeit bedarf, ist ökonomisch unvorteilhaft und praktisch unzweckmäßig", schreibt ein Vertreter des sowjetischen Außenhandelsministeriums in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift „Außenhandel". Das bedeutet für Länder der 3. Welt, die sich dem COMECON anschließen wollen (neben Jamaica weiterhin Guayana und Mexiko) nichts anderes als die Verewigung der bestehenden Monokulturstruktur und die Verhinderung des Aufbaus einer vielseitigen Wirtschaft. Die Beitrittsgedanken der jamaicanischen

Regierung haben ihre materielle Grundlage in der von den USA geförderten Desaster der Wirtschaft Jamaicas und werden begünstigt durch die Werbung, die der kubanische Präsident Castro für den COMECON macht.
Gerade Cuba zeigt aber, wohin eine Unterstellung unter die Sowjetunion führt. Cuba trat 1972 dem COMECON bei, nachdem eine verheerende Zucker-Mißernte der Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt hatte. Die RGW-Staaten traten auf den Plan und boten ihre Hilfe an. Cuba wurde tatsächlich kräftig unterstützt. Die Abkommen mit den RGW-Staaten waren – verglichen mit Abkommen mit westlichen imperialistischen Staaten – relativ günstig. Der cubanische Zucker wurde und wird von der Sowjetunion über Weltmarktpreis abgenommen und auch in fester Menge. Das klingt gut. Der erste Wermutstropfen fällt jedoch in den Wein angesichts der Tatsache, daß die Preise des an die Sowjetunion gelieferten Zuckers inzwischen rapide gefallen sind, wenn auch nicht so rasch wie auf dem Weltmarkt. Wichtiger, und das geht an den Kern der Sache, ist es, daß die völlige Abhängigkeit vom Zucker schlimmer ist als je zuvor. 85 % beträgt momentan der Anteil des Zuckers an den Exporterlösen. Noch Chrutschow „überzeugte" Präsident Castro, daß es am vorteilhaftesten für Cuba sei, statt eine eigene vielseitige Wirtschaft aufzubauen, im Rahmen der „Internationalen Arbeitsteilung" der „Zuckerspezialist" (so der stellvertretende kubanische Ministerpräsident Rodriguez) der RGW-Länder und vor allem natürlich der Sowjetunion zu werden. Die übrige Wirtschaft wurde vernachlässigt, stattdessen immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche in die Zuckerproduktion einbezogen. Eine Folge von alledem ist, daß Cuba immer weniger in der Lage ist, vom Erlös seiner Exporte (bei fallendem Zuckerpreis) die notwendigen Importe zu bezahlen. Wen nimmt es wunder, daß Cuba heute mit mindestens 5 Milliarden US-Dollar bei der Sowjetunion verschuldet ist.
Sollte es tatsächlich zu einem Beitritt Jamaicas zum COMECON kommen, ist es daher leicht denkbar, daß die Sowjetunion nach einer Zeit der tatkräftigen Hilfe die Regierung Manley „überzeugen" kann, daß Jamaica der „Bauxit-Spezialist" der SU sein sollte.

Die Beendigung der jahrhundertelangen Ausplünderung, Ausbeutung und Unterdrückung durch Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus, die Erreichung endgültiger wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung über die nationalen Ressourcen wird das jamaicanische Volk nur erreichen können, wenn es auf seine eigene Kraft vertraut, mit der imperialistischen Herrschaft im Lande vollständig Schluß macht und sich verstärkt mit den Völkern der anderen Länder der 3. Welt zusammenschließt, um der wirtschaftlichen Ausplünderung und den politischen Einmischungsversuchen von Imperialisten aller Schattierungen wirksam entgegentreten zu können. Die Politik der Regierung Manley hat gute Ansätze in diese Richtung, bleibt aber auf halbem Wege stehen und bietet so dem Imperialismus noch die Möglichkeit, seine Oberhoheit vollends wiederherzustellen. Das Scheitern der Allende-Regierung in Chile und der ersten Regierung Peron in Argentinien sind eine deutliche Lehre.

wf



dokumentationsdienst südliches afrika

Aktuelle programmatische Erklärungen afrikanischer Staaten, Organisationen und Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.

Nr. 1 SWAPO/Namibia:
Politisches Programm, August 1976
Nr. 2 ZIPA/Zimbabwe:
"Befreiung Zimbabwes nur durch den bewaffneten Kampf." September 1976
Nr. 4 BPC/Südafrika:
Resolutionen der Jahrestagung 1975, Nov 76

Erscheint in unregelmäßiger Folge
Einzelnummer DM 1,-- Preis ab 10 Exemplaren DM 0,50

issa archiv aktuell

Hintergrundmaterial zur Interpretation der aktuellen Lage im südlichen Afrika Themen der ersten Nummern:

1. Nyrere, Aspekte der Befreiung, April 76
2. Machel, Aufbau einer neuen Gesellschaft, Juni 76
3. Südafrika, Schwarze Arbeiter organisieren sich, August 76

Unregelmäßige Erscheinungsfolge
Einzelnummer DM 1,-- Preis ab 10 Exemplaren DM 0,50
Beide Publikationsreihen im Jahresabonnement zus DM 15,-

issa

informationsstelle südliches afrika e.V.
Buschstraße 20 5300 Bonn 1 Tel. 02221/213288

BOLIVIEN

Dokument der illegalen Opposition

Wir erhielten ein Dokument der illegalen Opposition in Bolivien, das wir nachstehend auszugsweise abdrucken. Das Dokumoent besagt, daß die Bundesregierung die Umsiedlung deutschstämmiger Siedler aus dem südafrikanischen Krisengebiet nach Bolivien durch diplomatisches und finanzielles Engagement vorbereitet und unterstützt. Über das Europäische Einwanderungskomitee (CIME) in Genf sollen 30 000 Familien weißer Einwanderer umgesiedelt werden. Die Bundesregierung hat auf einer Konferenz in Costa Rica dafür einen Kredit in Aussicht gestellt. Die bereits ausgewiesenen Einwanderungsgebiete liegen am außerordentlich fruchtbaren und reichen Ostabhang der Anden, einem wenig erschlossenen, typischen Kolonisationsgebiet.
Die nationale bolivianische Opposition wendet sich mit Entschiedenheit gegen dieses Vorhaben und hat uns gebeten, in der Bundesrepublik Deutschland gegen diese heimlichen Aktivitäten der Bundesregierung zu intervenieren. Wir möchten im folgenden begründen, weshalb wir unsere bolivianischen Freunde unterstützen:
1. Nur auf den ersten Blick erscheintes, als würde die Bundesregierung humanitäre Maßnahmen zugunsten bedrängter deutscher Siedler treffen. In Wahrheit schiebt sie ein heikles ökonomisches und politisches Problem, nämlich die deutschen Siedler in Deutschland aufzunehmen, von sich weg und lädt diese Bürde einem armen und wehrlosen Land auf.
2. Es grenzt an Zynismus, anzunehmen, die weißen Siedler könnten zur Entwicklung des unterentwickelten Bolivien etwas beitragen. Sie befinden sich ja auf der Flucht vor den katastrophalen Folgen des Scheiterns ihrer rassistischen Kolonisationspolitik im südlichen Afrika.
3. Es wäre weiterhin ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, die deutschen Siedler könnten das Land in Bolivien friedlich in Besitz nehmen. Wegen des Widerstands der einheimischen Bevölkerung würde diese Einwanderung Formen annehmen, die nur mehr mit den finstersten Zeiten des europäischen Kolonialismus zu vergleichen sind. Zudem würde in der Weltöffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß Südamerika wieder einmal, wie schon bei den Nazis nach 1945, der Zufluchtsort deutscher Rassisten ist.

Red.

Hinter dem Rücken der Nation und gegen die Interessen des bolivianischen Volks verhandelt diese Diktatur der Unterdrückung und Korruption den Einmarsch ins Land von 150 tausend Rassisten und Fachisten, die sich kopflos vor dem siegreichen Vordringen der südafrikanischen Völker aus dem Staub machen. Aber der antinationale und proimperialistische Charakter der Diktatur wird noch verstärkt durch den alarmierenden Grad von Korruption, Skrupellosigkeit und Unmoral des Regimes im allgemeinen und jedes einzelnen seiner Mitglieder im besonderen: diese massive Einwanderung von Rassisten bedeutet zugleich ein Millionengeschäft der oberen Regierungsmitglieder. (Hier folgt eine Denunzierung der Autoren.)... Unsere Anklage beruft sich auf eine vollständige und glaubwürdige Aufzählung der Einzelheiten, die uns aufrichtige und patriotische Professionelle zukommen ließen, über die Art, wie die banzerische Diktatur diese rassistische Machenschaft der dominierenden Klassen des Landes in die Wege leitete: Im April 1975 – auf Vorschlag des Europäischen Einwanderungskomitees (CIME) –schickte der bolivianische Minister für Planung und Koordination, General Juan Lechin Suarez, eine offizielle Note an die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) zwecks Erhebung eines Studiums der Möglichkeiten einer Finanzierung von 3 Millionen US $, um die Einwanderung von Europäern zu erleichtern. Anläßlich einer späteren Reise durch Europa, traf sich Minister Lechin mit leitenden Persönlichkeiten des CIME in Genf. Er versprach bei dieser Gelegenheit, daß das Land (Bolivien) bereit sei, jedes mögliche Kontingent europäischer Auswanderer aufzunehmen, und es wurde sogar die Visite von portugiesischen, aus Angola ausgewiesenen Siedlern verabredet. Wenige Monate später traf diese Kommission ein mit der Absicht, die voraussichtlichen Siedlergebiete zu inspizieren und die Bedingungen zu studieren, die die Regierung zur Erleichterung der Umsiedlung anbot. Bei dieser Gelegenheit wurden die Anreize für ungenügend empfunden und die Delegierten zogen es vor, sich an andere Lateinamerikanische Regierungen zu richten. – Ende 1976, aufgrund des Fortschreitens der Befreiungskämpfe im Süden Afrikas, kommen in Europa neuerdings Probleme auf, um die Siedler europäischer Abkunft zu integrieren, die vor der Ausweisung aus Rhodesien, Namibien und Südafrika standen ... (folgt eine Charakterisierung und Verdammung des Rassismus und Apartheit) ... und die nun verzweifelt eine „Zufluchtstätte" suchen, wo sie zweifellos ihre vorherigen Lebensbedingungen widerholen würden.
Angesichts dieser Lage schreitet direkt – wenn auch in sehr reservierter Form – die deutsche Bundesregierung ein, und in geringerem Grade die holländische und englische Regierung. Eine große Zahl der mit Ausweisung Bedrohten sind deutscher Abstammung. Um die peinliche Situation zu vermeiden, diese Bevölkerung aufnehmen zu müssen, richtet die Bundesregierung ihr Augenmerk aufs „gastfreundliche" und faschistoide Lateinamerika und beruft eine bedeutsame Konferenz in Costa Rica ein. Es kommen Vertreter aus Argentinien, Venezuela, Brasilien, Uruguay, Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern zusammen. Der konkrete Vorschlag der Bundesregierung besteht darin, über die Umsiedling von 30 tausend deutscher Familien aus den konfliktiven afrikanischen Ländern in lateinamerikanische Länder zu verhandeln. Die Operation wäre von einer deutschen Finanzierung von 150 tausend US $ getragen und sollte unter dem Decknamen von CIME vonstatten gehen. Brasilien und Venezuela machten ihre Zustimmung von der rigorosen Auslese von Professionellen und Spezialisten hoher Qualifizierung abhängig. Argentinien und Uruguay lehnten ab aufgrund der augenblicklich schwierigen politischen Verhältnisse. Andere Länder schoben sonstige Gründe vor. Allein die bolivianische Regierung nahm am Ende den Vorschlag in seinem ganzen Umfang an und bot sich mit offenen Armen an, Geld und Gringos ins Land zu rufen: die Gringos für die besten Kolonisierungsgebiete und das Geld für die Taschen der Regierungsbande ....

La Paz, Februar 1977
(auszugsweise deutsche Übersetzung)

AKTIONEN

Aufruf:
Unterstützt die gefangenen Landarbeiter von Panguipulli (Chile)!

Das Freiburger Chile-Komitee führt derzeit eine Aktion zur Unterstützung gefangener Landarbeiter in Südchile durch, auf die wir bereits in der letzten Nummer der blätter aufmerksam gemacht haben.

ERFOLGREICHE POSTKARTENAKTION

Bereits zum Jahreswechsel hatte das Freiburger Komitee eine politische Unterstützungsaktion für gefangene Kollegen des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT im Süden Chiles gestartet. Es wurden Briefe an namentlich bekannte Gefangene, vor allem im Gefängnis von Valdivia, geschickt, die ihnen für ihren weiteren Kampf Mut zusprachen und die Solidarität mit ihrem Kampf versicherten. In drei Wochen wurden an Ständen in Freiburg sowie unter Kollegen der Freiburger DGB-Gewerkschaften insgesamt 700 solcher Karten übernommen; wie das Chile-Komitee inzwischen erfuhr, gingen diese Karten in den Gefängnissen z.T. von Hand zu Hand. Verschiedene Gefangene konnten den Absendern bereits antworten; dabei wiesen sie darauf hin, wie wichtig für sie das Bewußtsein von der Solidarität und Wachsamkeit ihrer Kollegen und Freunde in aller Welt ist.
Diese erfolgreiche Aktion – sie zeigt zugleich der chilenischen Junta, daß ihre Lügen über die Freilassung der politischen Gefangenen und Auflösung der KZs nicht verfangen haben – soll jetzt durch die direkte Unterstützung gefangener Landarbeiter und ihrer Familien fortgeführt werden.

DIREKTE UNTERSTÜTZUNG DER GEFANGENEN

In Absprache mit den anderen an der Gefangenenarbeit beteiligten Organisationen in der BRD (amnesty u.a.) hat das freiburger Komitee die Betreuung von 9 Kollegen übernommen. 2 davon stellen wir hier kurz vor (Namen verändert):

1. Ramon N. verhaftet 1973, verurteilt zu 15 Jahren Gefängnis, eingesperrt im Gefängnis von Osorno (Süd-Chile), verheiratet, 12 Kinder. Er hat es abgelehnt, einen Ausweisungsantrag nach § 504 zu stellen, weil er der Meinung ist, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden müssen. Die materielle Unterstützung, bei der die chilenischen Kollegen einen Satz von monatlich 40 Dollar für die zwei Erwachsenen zugrunde legen, würde sich auf 160 Dollar belaufen. (2 x 20 Dollar plus 12 x 10 Dollar pro Kind). Dies jeden Monat.
2. Jose P., verhaftet 1973, verurteilt zu lebenslänglich, eingesperrt im Zentralgefängnis von Santiago, hat den § 504 aus demselben Grunde abgelehnt, verheiratet und drei Kinder. Seine Unterstützung beliefe sich auf monatlich 70 Dollar.

WARUM IST DIE UNTERSTÜTZUNG DIESER GEFANGENEN GERADE JETZT WICHTIG?

Trotz allem Terror wächst der Volkswiderstand in Chile. Er wird organisiert in illegalen Gewerkschaftsorganisationen und Widerstandskomitees. Es erscheinen vereinzelt Flugblätter und Widerstandszeitungen. In einzelnen Fällen gelang es, Streiks zu organisieren – so in der Kupfermine Chuquicamata.
Die politischen Gefangenen sind ein Teil dieses Volkswiderstandes. Mit Hungerstreiks haben sie gegen die Haftbedingungen protestiert (so während der Tagung der Organisation lateinamerikanischer Staaten in Santiago), und viele haben abgelehnt, ihre mögliche Freilassung durch einen Antrag auf Ausweisung zu erkaufen, weil sie fordern, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden.
Unter diesen Gefangenen befinden sich zahlreiche Gewerkschaftskollegen, die an hervorragender Stelle den Kampf gegen die Junta organisiert haben. Ihre Freilassung ist eine direkte Stärkung des chilenischen Widerstandes.
Insgesamt hat sich das Freiburger Chile-Komitee zum Ziel gesetzt, den Betrag von 1.500 DM monatlich an die 9 Gefangenen und ihre Familien zu überweisen.

> Wir fordern auf, zur Unterstützung dieser Aktion einen
> Dauerauftrag über (z.B.) DM 10,– monatlich, befristet auf 1 Jahr, aufzugeben zugunsten des Kontos:
> Volksbank Freiburg Nr. 569 2709, B. Sandbothe, Chile-Komitee Freiburg
> Stichwort: „Valdivia".

Das Geld wird direkt an die Familien der Gefangenen übermittelt; ein erster Betrag ist bereits bei einem Teil der betreuten Gefangenen angekommen und bestätigt.

BROSCHÜRE ZU DIESER SOLIDARITÄTSAKTION

In den nächsten Tagen erscheint eine Broschüre, in der diese Aktion ausführlicher vorgestellt wird. Enthalten ist:
– ein Artikel über die inhaftierten Landarbeiter, die Entwicklung ihres Kampfes unter der UP-Regierung, Widerstand am Tage des Putsches bis zu ihrer Verhaftung
– Auszüge aus den Antwortbriefen der Gefangenen
– Bedeutung und Möglichkeit der gewerkschaftlichen Solidarität zwischen deutschen und chilenischen Kollegen
– Vorschlag für eine Solidaritätsaktion zum 1. Mai
Mit dieser Broschüre sollen vor allem Kollegen in den DGB-Gewerkschaften zu einer aktiven Unterstützung des chilenischen Widerstands gewonnen werden.
Die Broschüre kann – gegen Voreinsetzung von DM –,50 je Exemplar plus Porto – bezogen werden bei:

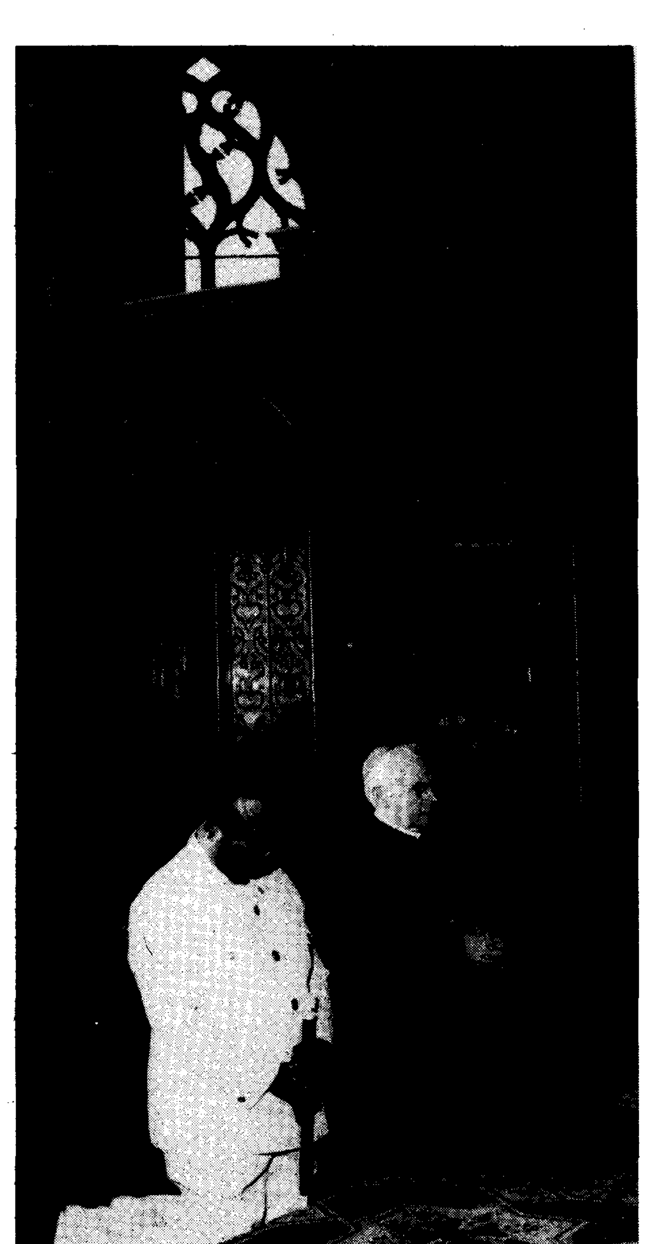
Chile-Komitee
c/o iz3w
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Verkauf zu Solidaritätszwecken: DIN A 2 Plakat (6,– DM) und Postkarten (50,–)
„Freiheit für Eritrea".
Komitee Aethiopien – Eritrea
Postfach 299
Ch 8035 Zürich
Telefon: 01/40 72 66
Postscheckkonto: 80-55486

Zur »Städtefreundschaft« Freiburg-Monrovia

Im Winter 1976/77 unternahm die Aktion Dritte Welt, Freiburg, in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Freiburg der Jungsozialisten zum ersten Mal den Versuch, eine Informationsaktion zum neokolonialen Afrika zu veranstalten.
Solche Aktionen sind in der BRD sehr ungewöhnlich, was meines Erachtens daran liegt, daß sich das Thema schlecht zur Politisierung der Angesprochenen eignet. In der Regel sind es die „ungewöhnlichen" Phänomene des Imperialismus, die außerhalb der politisierten Linken Engagement erzeugen: Hungerkatastrophe im Sahel, Rassismus in Südafrika, Terroristische Regierungen in Lateinamerika. Dagegen erschweren Informationsmangel und das verdeckte Auftreten von Klassenkonflikten eine Beurteilung der inneren Situation neokolonial beherrschter afrikanischer Länder.
In Freiburg bot sich jedoch ein guter „Aufhänger": lokale Honoratioren initiieren seit Jahren eine „Städtefreundschaft" mit der liberianischen Hauptstadt Monrovia, die in einem alljährlichen Staatsbesuch des Präsidenten Tolbert kulminiert. Eingeweihten Kreisen wohlbekannt ist der Zweck jener Präsidentenbesuche, der stets Gast einer örtlichen Firma ist, die in großem Umfang Investititonsgüter an liberianische Eisenerzminen liefert. Der im wahrsten Sinne des Wortes „privat"wirtschaftliche Hintergrund der Städtefreundschaft ist uns jedoch nur aufgrund vertraulicher Informationen bekannt und kann im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung nicht bewiesen werden.
Ansatzpunkt für kritische Aufklärungsarbeit war darum die Kritik am Völkerverständigungsgedanken (Wer sind hier die „Völker" und soll hier überhaupt informiert werden?) Hinzu kam die Aufdeckung innerliberianischer Zustände (s. „blätter des iz3w" Nr. 29, 59) mittels eines Informationsblattes, wodurch der troteske Kontrast zwischen aufgeblasenem Honoratiorengehabe, lächerlichen Spendenaktionen (Kinderpsielzeug, Straßenkehrmaschine für Monrovia) und innerliberianischer Ausbeutung und Unterdrückung herausgestellt wurde.
Aufgrund des enormen Informationsdefizits der Freiburger Bevölkerung hielten wir es nicht für richtig, den Abbruch der Beziehungen zu fordern. Vielmehr ist es unsere Absicht, das Thema aktuell zu halten und anläßlich des nächsten Präsidentenbesuches über sensible Seiten der Freiburg-Monrovia-Beziehungen zu berichten (politische Gefangene, Repression und Korruption in Liberia). Hauptforderung unserer Aktion war es deshalb, die Stadt zu veranlassen, sich ernsthaft mit liberianischen Verhältnissen auseinanderzusetzen.

aS



Präsident Tolbert von Liberia und Erzbischof Schäufele im Freiburger Münster.

LIBERIA – EIN TYPISCHES LAND DER DRITTEN WELT

Die Gründung der Kolonie Liberia (1822) war das Werk amerikanischer Kolonisationsgesellschaften, die in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung versuchten, Negesklaven in Afrika anzusiedeln.
Etwa 15 000 Einwanderer setzten sich an der Küste fest und verdrängten die einheimische Bevölkerung in langwierigen Kämpfen ins Hinterland. Noch heute ist der Gegensatz zwischen den eingewanderten Ameriko-Liberianern und den Einheimischen sehr stark.
1847 wurde Liberia unabhängige Republik, von den Europäern und Nordamerikanern wurde das Land aber weiterhin wie eine Kolonie behandelt.
Liberia lebte vom Export tropischer Produkte. Ausländische Kaufleute, insbesondere deutsche, kauften billig Kaffee, Palmöl, Elfenbein, Farbhölzer usw. und verkauften teuer Alkohol und Tand. Den Liberianern fehlte es an den Mitteln, durch eigene Handelsunternehmen der Ausplünderung zu begegnen.
Die deutschen Kaufleute benahmen sich, als wären sie die Herren im Staat. Als Liberia um die Jahrhundertwende nach einem Verfall der Kaffeepreise vor dem Bankrott stand, gelang es den deutschen Kaufleuten, die gesamten Zolleinnahmen des Staates zu beschlagnahmen.
Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es der amerikanischen Firestone Company, ca. 40 % des gesamten Landes als Konzessionsgebiet für Plantagen und zur Ausbeutung der Rohstoffe zu sichern. Liberia wurde „Firestone Country".
Im Zweiten Weltkrieg stand Liberia nahezu vollständig unter amerikanischer Kontrolle. Amerika monopolisierte den Außenhandel und benutzte das Land als Nachschubbasis für Kriegsmaterial.
Nach dem 2. Weltkrieg wurde mit dem Abbau der riesigen Eisenerzvorkommen begonnen. Nunmehr wurde die Bundesrepublik Deutschland zum ernsthaften Konkurrenten der USA.
Sie stellt heute den zweitwichtigsten Handels„partner" Liberias dar. Deutsche Industrieunternehmen – auch aus dem Freiburger Raum – verdienen kräftig an der Ausbeutung der Eisenerzvorkommen. Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe sorgt mit Steuergeldern für die Infrastruktur und erspart somit den deutschen Firmen notwendige Investitionen.

Die liberianische Wirtschaft weist hohe Wachstumsraten auf. Verdient wird daran nur im Ausland. Die Zahlen sind beeindruckend: das Bruttosozialprodukt, und damit die Gewinne der ausländischen Firmen, steigt doppelt so schnell wie der Staatshaushalt. Alles was gefördert oder angebaut wird, geht weitgehend unbearbeitet in den Export, Fertigwaren müssen größtenteils importiert werden. Ausländische Firmen zahlen lächerlich geringe Steuern.
Liberia hat kein eigenes Geld, sondern verwendet den US-Dollar. Alle Banken sind amerikanisch. Die Liberianer können somit ihre eigene Wirtschaft kaum beeinflussen.
Liberia hängt zu 90 % von dem Export von Kautschuk und Eisenerz ab. Die Preise für importierte Industriewaren steigen schneller als die Preise für Exportprodukte, so daß die Handelsbedingungen schlechter werden. Die ausländischen Firmen setzen ihre Macht dafür ein, daß keine Änderung dieser Verhältnisse eintritt.
Das Geld, das die ausländischen Firmen im Land verdienen, wird im großem Umfang ausgeführt. Nur die notwendigsten Investitionen werden getätigt. Die einzigen guten Verkehrsverbindungen bestehen zwischen den Eisenerz-Lagerstätten und den nächsten Häfen.
Die Bevölkerung hat von Liberias Wirtschaftserfolgen nichts. Die Arbeit auf den Plantagen ist eine verkappte Zwangsarbeit, nachdem sich eine Sklavenhaltung nicht mehr durchführen ließ. Die Bildungsinvestitionen sind minimal, die Analphabetenquote ist die höchste der Welt. Das Gesundheitswesen ist völlig unzureichend.

Die westlichen Länder haben ihre Verbündeten
Um diese Zustände aufrecht erhalten zu können, nutzen die ausländischen Firmen die Gesellschaftsstruktur des Landes aus, indem sie sich mit einer kleinen Oberschicht gegen die Bevölkerung verbünden. Liberia hat eine alte Tradition der Unterdrückung. Die Ameriko-Liberianer degradierten die verdrängten Einheimischen zu rechtlosen Bürgern. Formal hat sich das geändert, doch sind die Nachkommen der Einwanderer immer noch gegenüber der Bevölkerungsmehrheit so stark privilegiert, daß man von einem schwarzen Apartheids-Staat sprechen kann.
Unter den Ameriko-Liberianern hat sich wiederum eine Führungsschicht von ca. 14 Familien breitgemacht, die sich alle einträglichen Posten zuschanzen. Die 14 Familien beherrschen Regierung, Justiz und Verwaltung. Die ausländischen Firmen beteiligen mittelbar und unmittelbar an der Ausbeutung des Landes. Dafür werden die Familien und die von ihnen gestellte Regierung ausländischen Interessen nicht gefährlich. Der herrschenden Klique gehören auch die meisten liberianischen Firmen, was sie für den Gedanken der freien Marktwirtschaft einschließlich der ungehemmten Ausfuhr von Gewinnen sehr empfänglich macht. Das Interesse der Regierungen Liberias, ihr Volk arm und unwissend zu halten, führte zu katastrophalen sozialen Zuständen und brutaler Unterdrückung. Präsident Tolberts Voränger Tubman konnte in der richtigen Ansicht, daß zuviel Schulbildung die Leute nur aufsässig macht, für seine Privatjacht mehr ausgeben, als für das gesamte Schulsystem. Verwaltung und Justiz sind durch und durch korrupt.
Während früher die Ausländer, einschließlich der Deutschen, im Lande für die Erhaltung der Ausplünderungschancen sorgten, macht das jetzt die Regierung. Polizei, Militär und regierungstreue Gewerkschaften schlagen Aufstände und (stets verbotene) Streiks blutig nieder. Eine parlamentarische Opposition kann es in Liberia nicht geben, doch wehrt sich die Bevölkerung immer wieder gegen die Hungerlöhne in Plantagen und Minen, bislang ohne größeren Erfolg.
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Liberia können die hier geschilderten Zustände nur verfestigen. Dem liberianischen Volk dienen sie nicht.

(Aus dem verteilten Informationsblatt der ADW und der Jusos)

BRD/IRAN

Zusammenarbeit der Geheimdienste

„Derzeit sind wir sehr zufrieden", betonte der iranische Außenminister auf einer Pressekonferenz in Teheran, auf der er bekannt gab, daß das iranische Regime durch die westdeutschen Geheimdienste über in der Bundesrepublik lebende persische Studenten informiert wird. Eilfertig reagierte Regierungssprecher Grünewald mit einer „Differenzierung": „Wünsche Teheran nach einer Unterrichtung über nach deutschem Recht zulässige politische Aktivitäten persischer Studenten seien von en zuständigen deutschen Stellen stets zurückgewiesen worden." Hierbei „gehe es um die gegenseitige Unterrichtung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen und um Erkenntnisse über aktuelle terroristische Anschläge." Zudem werde „die iranische Botschaft über Bestrebungen informiert, die zu Gewalttaten iranischer Staatsbürger in der Bundesrepublik gegen persische Einrichtungen *führen können.* "Gleichzeitig bestätigte Grünewald, daß diese Zusammenarbeit der Geheimdienste bereits seit 1959 besteht. (Frankfurter Rundschau, 1.2.77)

Damit wird, erzwungen durch die Äußerungen des iranischen Außenministers, zum ersten Mal genau das zugegeben, was, gestützt auf schwerwiegende Indizien, schon seit mehreren Jahren von verfolgten iranischen Studenten vermutet,aber regierungsamtlich pauschal bestritten wurde. Grünewald betont, „nur" nach deutschem Gesetz illegale Aktivitäten seien dem iranischen Geheimdienst mitgeteilt worden. Der bisherigen Praxis der Ausländerverfolgung kann man leicht entnehmen, welche „illegalen Aktivitäten" hier gemeint sind:Etwa die Teilnahme an einer Demonstration der CISNU (Conföderation iranischer Studenten National Union), die von einer Ordnungsbehörde verboten wurde, weil sie geeignet sei, „das friedliche Zusammenleben der beiden Völker zu stören", oder die Teilnahme an einer Protestaktion gegen das iranische Konsulat in München, anläßlich der die Zusammenarbeit mit dem SAvak schon einmal offenkundig wurde. Die Namen der Teilnehmer wurden „in der lateinischen Reihenfolge des Alphabets in den iranischen Zeitungen veröffentlicht. Nur die westdeutsche Polizei, die die Iraner bei dieser Aktion festgenommen hatte, war im Besitz dieser Namen. So standen z.B. in den iranischen Zeitungen Einzelheiten über die Tascheninhalte eines CISNU-Mitgliedes, das 1976 von der westdeutschen Polizei unter scheinheiligen Verdächtigungen vorübergehend festgenommen worden war." (FIS INFO, Zeitung der Föderation iranischer Studenten, Nr. 2, Februar 1977).

> „Die Spitzel (des Savak, d. Verf.) sind im ganzen Land verteilt und alle gesellschaftlichen relevanten Gruppierungen werden ständig überwacht. Der Polizeistaat ist perfekt. Die Aktivität dieser Geheimorganisation reicht inzwischen weit über die Grenzen des Iran hinaus. Eine rege Tätigkeit soll der Dienst in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens entflten, sowie unter iranischen Studenten im Ausland, insbesondere in den USA und in der Bundesrepublik. Nach Schätzungen stehen etwa 200 000 Personen ständig oder gelegentlich in den Diensten der SAVAK."
>
> Wissenschaftlicher Fachdienst des Deutschen Bundestages

Was von deutschen Behörden als illegale Aktivität angesehen wird, geht auch aus den Verfügungen des SPD-Oberbürgermeisters von Giessen hervor, der die Bewegungsfreiheit zweier CISNU-Mitglieder auf Giessen und die nähere Umgebung beschränkte, da sie durch die vorübergehende Besetzung der iranischen Botschaft in London bzw. des iranischen Rundfunk- und Fernsehstudios in Paris „die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Ihrem Heimatstaat erheblich gestört" hätten.
Diese Aktivitäten (Demonstrationen, Protestaktionen gegenüber iranischen Einrichtungen), die unverzichtbar sind bei einer öffentlichkeitswirksamen politischen Arbeit gegen das faschistische System im Iran und seine Unterstützung durch die Bundesrepublik, fallen unter Grünewalds Gummi-Klausel der nicht zulässigen Aktivitäten.
Die vorübergehende gewaltfreie Besetzung der Botschaften, die in England nicht einmal eine Gerichtsverhandlung nach sich zog und in Holland zu einer Geldstrafe wegen Sachbeschädigung führte, dient westdeutschen Behörden zum Anlaß, die Namen iranischer Staatsbürger an die Gestapo des Irans weiterzugeben, deren Aufgabe es ist, jede Opposition mit Bespitzelung, Einschüchterung, Folter und Mord zu unterdrücken (vgl. Kasten).

> 100.000 politische Gefangene im Iran
> amnesty international fordert Maßnahmen gegen iranischen Geheimdienst.
> Frankfurt a.M. 7. Februar 77 (epd).
> Auf 25.000 bis 100.000 beziffert die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international die Zahl der politischen Gefangenen im Iran. In einem Bericht über Menschenrechtsverletzungen berichtet amnesty, seit 1972 seien mehr als 300 Hinrichtungen angeordnet und mindestens 69 Menschen von Polizei- oder Geheimdienstbeamten auf offener Straße erschossen worden. Amnesty liegen ferner Zeugenaussagen vor, die von schweren Folterungen wie Elektroschocks, Ausreißen von Fingernägeln und Zähnen. Durchstoßen der Wangen mit Eisenstäben und Rösten auf einer weißglühenden Eisenplatte berichten.
>
> Evangelischer Pressedienst ZA, Nr. 26, 7.2.77.

In der Logik deutscher Behörden ist zudem jede oppositionelle Aktivität ausländischer Studenten illegalisiert: Die CISNU, die Vereinigung antifaschistischer Studenten, wird im Verfassungsschutzbericht 1975 als „sonstige terroristische Gruppierung" eingeordnet und angebliche Kontakte des Atomwissenschaftlers Traube zu einem CISNU-Funktionär mußten unter anderem herhalten, Traube zum größten Sicherheitsrisiko der BRD aufzublasen. Selbstredend fühlen sich Verfassungsschutzbeamte berechtigt, jede Aktivität einer offiziell als „terroristisch" gebranntmarkten Organisation, gestützt auf eine 18-jährige Tradition, zwecks „gegenseitiger Unterrichtung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen" (so Gründewald) weiterzuleiten. Die Charakterisierung der CISNU als „Terroristische Gruppierung" im Verfassungsschutzbericht paßt sich nahtlos in eine vom

SAVAK entworfene Strategie ein, die man einem an die Öffentlichkeit gelangten SAVAK-Dokument entnehmen kann: „Unsere Informations- und Propagandapolitik ... gegenüber Meinungen und Gerüchten von unseren Gegnern und abtrünnigen Elementen der Conföderation muß immer darauf gezielt sein, daß immer der Vergleich zwischen Aktivitäten der Iraner mit deutschen und europäischen Terroristen gezogen werden kann." (FIS INFO Nr. 2).

Abgesichert wird die Illegalisierung der politischen Arbeit der Ausländer durch das Ausländergesetz der BRD. In der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung dieses Gesetzes heißt es: „Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art 8 GG), der Vereinsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG)."

Nicht alle Behörden sind bereit, die Interessen,die hinter der Kriminalisierung der persischen Antifaschisten stehen, so deutlich zu nennen, wie dies die Grenzschutzdirektion Koblenz dankenswerter Weise getan hat, als sie vier iranischen Studenten die Einreise zu einem Kongreß der CISNU verweigerte: „... die Zulassung der Einreise von Iranern, die ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik in erster Linie oder ausschließlich zu Aktionen gegen das Schah-Regime nutzen wollen, würde deshalb für die in den letzten Jahren wieder normalisierten deutsch-iranischen Beziehungen einen schweren Rückschlag bedeuten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Iran in den letzten Jahren zum größten Importeur deutscher Waren in Übersee nach den USA geworden ist." (Mitteilung der ESG Hannover, Februar 77) Nebenbei gesagt sind Waffen wesentlicher Bestandteil des Exports in den Iran, darunter viele Leichtpanzer und Leichtflugzeuge, die zur Bekämpfung von Aufständischen im eigenen Land geeignet sind (blätter des iz3w, Nr. 54).



Daily Mirror

„Dann, eines Tages, wenn alle uns ihre Waffen vermacht haben ..."

> **Hungerstreik beendet**
> MAINZ, 17. Januar (epd). Nach 117 Stunden ging am Wochenende ein Hungerstreik von 50 iranischen Studenten im evangelischen Studentenzentrum Mainz zu Ende, mit dem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Verhaftung von elf und die Hinrichtung von acht Oppositionellen in Iran gerichtet werden sollte. Mit dem Hungerstreik verband die CISNU, deren Gründungsmitglied Parwiz Waez-Zadeh zu den acht Hingerichteten gehörte, die Forderungen auf Bekanntgabe der Namen und die Beendigung der Folterung der elf Inhaftierten, Angabe des Verhaftungsgrundes und des Gerichtstermins sowie auf Einreiseerlaubnis für eine bereits gebildete internationale Delegation von Medizinern und Juristen. Sie soll die Lage der auf 100 000 geschätzten politischen Gefangenen in Iran und besonders die Situation der Ende 1976 Verhafteten untersuchen. CISNU-Vorstandsmitglied Bager Mortasawi (Köln) rief die bundesdeutsche Bevölkerung auf, sich in Briefen an die iranische Botschaft (Kölner Straße 133, 5300 Bonn-Bad Godesberg) für die Rettung der Verhafteten einzusetzen. FR 18.1.76

Die Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Geheimdiensten und SAVAK wird den Betroffenen dann bekannt, wenn die SAVAK die gewonnenen Informationen gegen sie verwenden kann, nämlich wenn sie nach ihrem Studium oder im Urlaub in den Iran zurückkehren. „Mindestens zehn iranische Studenten, die in Berlin studiert haben bzw. noch studieren, sind nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat bzw. anläßlich einer Besuchsreise festgenommen worden und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Einigen dieser Studenten wurde lediglich der – oft schon Jahre zurückliegende Besuch von CISNU-Veranstaltungen vorgeworfen. (Mitteilung der ESG Hannover, Februar 1977). Ob sie die langjährigen Haftstrafen überleben werden, ist angesichts der Zustände in iranischen Gefängnissen durchaus unsicher.

Wir müssen die iranischen Studenten beim Kampf gegen das Ausländergesetz und jegliche Zusammenarbeit mit dem SAVAK unterstützen. Der wohl wichtigste Beitrag hierzu ist,die Unterdrückung im Iran, die Unterstützung dieses Regimes durch die Bundesregierung und die Interessen, die dabei verfolgt werden, bekannt zu machen.

gc

VIETNAM – EIN LEHRSTÜCK

Politik und Religion

Herausgegeben von:
NGUYEN MAI TAM und HEINZ KOTTE
(Arbeitskreis Vietnam)
In Zusammenarbeit mit HARTMUT DREIER
(Ev. Studentengemeinde Bochum)

Bochumer Hefte Nr. 5
5,– DM plus Porto

zu beziehen von:
- Ev. Studentengemeinde (ESG)
  Postfach 52 02 29
  4630 BOCHUM
- Nguyen Mai Tam und Heinz Kotte
  Malteserstraße 52
  5330 KÖNIGSWINTER 1

LESERBRIEFE

Antworten zur Kritik der Dritte-Welt- Handels-Aktionen

das heft nr. 59 brachte einen artikel von wolfgang müller über die aktion dritte welt-handel (a3wh), und nachfolgend nahm b.merk kritisch zur a3wh stellung. beide artikel habe ich mit aufmerksamkeit gelesen und freue mich, daß dadurch eine öffentliche diskussion überdie a3wh angeregt wurde. ich möchte im folgenden kurz auf die a3wh-arbeit aus meiner sicht eingehen, um dadurch die hintergrundinformation der leser von nr. 59 zu erweitern und zu qualifizieren. ... (Der Schreiber schildert im folgenden den Beginn und die Fortentwicklung seines entwicklungspolitischen Engagements. Er machte seit 1970 bei Dritte-Welt-Handels-Aktionen mit und konnte durch sie seinen Bewußtseinsstand im Laufe der Jahre erheblich steigern).....

ich möchte im folgenden kurz auf die a3wh als bewegung von basisgruppen eingehen:

1) der inhaltliche ansatz der a3wh (welthandelsfragen) ist richtig, weil
   a) der heutige handel ein erbe des kolonialismus ist
   b) der heutige handel die abhängigkeit der e-länder von den i-ländern aufrechterhält und verfestigt
   c) der heutige handel neue abhängigkeiten schafft
   d) der heutige handel eindeutig zu gunsten der i-länder funktioniert
   e) gerade dieser handel elementarer bestandteil der wirtschaft der i-länder ist
   f) rohstoffe für die verarbeitung in unseren industrien bestimmt sind
   g) beim deutschen verbraucher bedürfnisse manipuliert werden
   h) unser konsumverhalten also in direktem bezug zur ausbeutung von natur und mensch in den e-ländern steht.

2) der methodische ansatz der a3wh (aktionsgruppenbewegung) ist richtig, weil
   a) die einzelnen gruppen kommunikations- und verhaltensweisen einüben können
   b) jede gruppe ein teil der bewegung ist
   c) durch diesen, zunächst unverbindlichen ansatz alle möglichen schichten und personenkreise angesprochen werden (jugendgruppen, schülerorganisationen, pfarrer mit konfirmanden, frauengruppen, jugendhäuser, einzelkämpfer und studenten).
   d) diese vielen verschiedenen personenkreise verschiedene motivationen haben, und die a3wh hier qualifizieren kann
   e) entwicklungspolitik nun einmal jeden angeht
   f) lernen besser ist als eingetrichtert bekommen

3) die derzeitige praxis der a3wh ist nur deshalb entwicklungspolitisch nicht relevant, weil
   a) der alternativhandel der „gesellschaft zur förderung der partnerschaft mit der dritten welt" – gepa nicht die mengen verkaufen kann, die vielleicht für eine finanzielle gesundung notwendig wären
   b) der alternativhandel der gepa zuwenig mit genossenschaften zusammenarbeitet, die gesellschaftliche veränderungen in die wege leiten wollen
   c) der alternativhandel der gepa sich an den bedürfnissen der bundesbürger orientiert
   d) die informationen über die partner unzureichend sind
   e) die information der partner über unsere aktivitäten nicht stattfindet
   f) zuwenig entwicklungspolitisch wertvolles und bildendes material erstellt wird
   g) keine klare aussage über das anzustrebende endziel gemacht wird
   h) keine ausreichende bildung und betreuung der aktionsgruppen erfolgt
   i) zuwenig und zu unkoordinierte bundesweite aktionen veranstaltet werden

4) verbesserungsvorschläge:
   a) aus a3wh und gepa ein integriertes und genossenschaftliches modell machen
   b) auswahl, bzw. aufbau eigener projekte, deren ziele u.a. von den bedürfnissen der e-länder gestellt werden
   c) abnahme nur von überschußproduktionen
   d) unterstützung von befreiungsbewegungen
   e) entwicklungspolitisch „korrekte" informationen veröffentlichen
   f) klare politische linie herausarbeiten (meinung der basis als ergebnis einer ausführlichen inhaltlichen diskussion)
   g) qualifizierung der werkmappe der a3wh
   h) mehr fachseminare (aus- und fortbildung der ehrenamtlichen mitarbeiter)
   i) mehr regionalstellen und damit auch betreuer
   j) verringerung der abhängigkeit von zuschüssen durch eigenbeiträge
   k) neben der qualifizierung der pädagogischen arbeit muß auch eine strategie der politischen aktion ausgearbeitet werden.

schlußbemerkung:
meiner ansicht nach ist die a3wh nicht als „lascher verein" oder eine „entwicklungspolitisch nicht relevante aktivität", sondern eine bewegung, die selber ein prozeß der bewußtseinsveränderung ist. sie bietet, so sie sich qualifiziert, eine gute möglichkeit zum „aktions-lernen", wie wolfgang müller es nennt. die a3wh arbeitet auf ein solidarisches miteinander zu. sie versucht nicht nur, leute zu informieren, sondern will sie zum handeln bewegen. helfen wir, die wir für eine gerechtere welt eintreten, also mit, die aktion drittewelt-handel zu qualifizieren, sie entwicklungspolitisch wirksamer zu machen. wenn ihr eine idee habt, dann benutzt bitte die „blätter" als forum und/oder schreibt eure vorschläge an die geschäftsstelle der a3wh, fichardstr. 38, 6 frankfurt/m 1 mit dem hinweis „dem vorstand zur beachtung". vielen dank für eure mitarbeit!

solidarische grüße
norbert neumann, ludwigsburg

Vielen Dank für die beiden kritischen Artikel über die A3WH in den Blättern des iz3w Nr. 59. Eine solche Bestandsaufnahme war längst überfällig. In den Gruppen, die kontinu-

ierlich mit der A3WH zusammenarbeiten, (hauptsächlich wohl Dritte Welt Läden), herrscht allgemein Unzufriedenheit über das Geschäftsgebaren der 'Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt' (GEPA), dem wirtschaftlichen Partner der A3WH. Sie fühlen sich bei dem Verkauf deren Waren mehr und mehr unbehaglich, da zu wenig Informationen über die geförderten Projekte und keine Auskünfte über die Preisgestaltung der Waren von der GEPA zu erhalten sind. Gerade wenn A3WH und GEPA beanspruchen, ein alternatives Modell für den Welthandel zu sein, und den Zwischenhandel ausschalten wollen, wäre dies das mindeste, was diejenigen, die das Modell in der Öffentlichkeit vertreten sollen, wissen müßten.

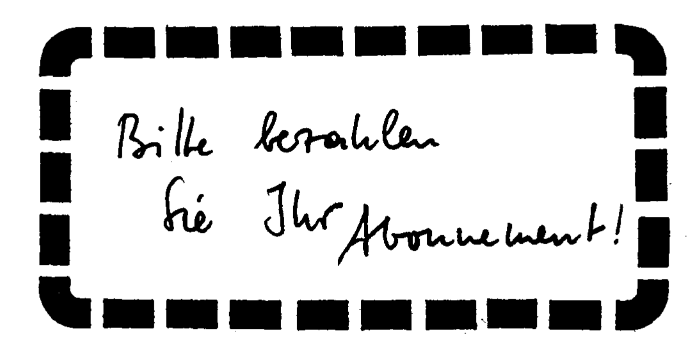
Zu dem Artikel des iz3w Mitarbeiters sind allerdings ein paar kritische Anmerkungen notwendig. Leider sind ein paar Fehler und Falschinformationen in dieser Kritik (z. B. wird das Ujamaa-Kaffee Projekt kritisiert; Ujamaa-Kaffee wurde bisher nicht von der A3WH bzw. GEPA vertrieben!). Darauf will ich aber nicht näher eingehen. Schwerwiegender scheinen mir die Schlußfolgerungen zu sein, die aus der Analyse gezogen werden.
Es ist zu billig, wenn als Alternative zur A3WH für entwicklungspolitisch tätige Gruppen die Unterstützung von politischen Gefangenen oder, bei weiter fortgeschrittenen, von Befreiungsbewegungen angeboten werden. Dies liegt auf einer anderen Ebene, als versuchte entwicklungspolitische Bildungsarbeit durch Verkauf von Waren aus der Dritten Welt. Solche Unterstützung ist außerdem Teil der Arbeit vieler Gruppen, die mit der A3WH zusammenarbeiten bzw. sie bilden. Die grundlegende Frage ist doch, ob, da die A3WH ihren Ansprüchen, wie

a) Unterstützung von bestimmten Projekten mit dem Ziel einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt zugunsten der Masse der Bevölkerung
b) Leistung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik,

nicht genügen, der gesamte Ansatz der A3WH schlecht ist. Die Erfüllung des 1. Anspruchs ist eine Frage der Projektauswahl. Hier ist die Forderung an die GEPA/A3WH zu stellen, bessere Informationen über die Partner in der Dritten Welt zu erstellen, insbesondere da bisher keine Richtlinien für die Auswahl der Projekte existierten. An Hand der vorhandenen Projektbeschreibungen ist aus Mangel an Informationsinhalt eine Beurteilung in der Regel nicht möglich.
Zur Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist aus unserer Erfahrung, als sogenannter 'Dritte Welt Laden' zu sagen, daß über den Verkauf in engerem Sinne nur sehr schwer dieser Anspruch zu verwirklichen ist. Aber allein durch die Existenz unseres Zentrums, in dem Literatur, Schallplatten und Waren aus der Dritten Welt, Informationsveranstaltungen, Diskussionen und noch manch anderes angeboten – auch Befreiungsbewegungen unterstützt – werden, sprechen wir einen viel größeren Teil der Bevölkerung an, und stoßen mehr neue Interessenten, die sich mit der Dritten-Welt-Problematik beschäftigen wollen, zu uns, als früher, da wir nur ein Arbeitskreis waren, der diskutiert und durch gelegentliche Aktionen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika unterstützt hat. Da durch den Verkauf an sich kaum Bewußtseinsbildung zu leisten ist, sollte die A3WH ihren Schwerpunkt auf die Beratung und pädagogische Begleitung von Aktionsgruppen legen. Bei diesen Gruppen, die schon motiviert sind – egal wie –, etwas für die Dritte Welt zu tun, kann entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung geleistet werden. Wenn dies der A3WH gelänge, wäre ihre Arbeit, und auch der Warenverkauf als Aufhänger, gerechtfertigt.

Mit freundlichen Grüßen *Martin Rust, Darmstadt*

Anmerkung zu den beanstandeten „Falschinformationen": Martin Rust hat recht, daß der Ujamaa-Kaffee bisher nicht von A3WH bzw. GEPA vertrieben wurde. Dieser Fehlschluß lag an der Tatsache, daß verschiedene Dritte-Welt-Läden den Ujamaa-Kaffee vertreiben. Wie ich inzwischen erfahren habe, beziehen sie ihn aus Holland oder der Schweiz. A3WH und GEPA erwägen allerdings seit einiger Zeit, Ujamaa-Kaffee ins Sortiment aufzunehmen. Gegenwärtig ist die Sache allerdings „wegen der hohen Preise" (telefonische Auskunft von GEPA) nicht aktuell. bm



Die CAJ im gebiet baden-württemberg hat in den letzten zwei jahren im rahmen ihrer internationalen aktion zur unterstützung von CAJ-gruppen in der Dritten Welt auch waren von dort, hier in der BRD, verkauft.
Auf die kritik von b.m.hin, möchte ich, unsere erfahrungen kurz aufzeigen:

1. *Unsere aktionen standen einmal unter dem thema „internationale arbeitslosigkeit" und „Südafrika – BRD" und wurden auf markt- und kirchenplätzen und in gemeindesälen durchgeführt. Dabei wurden verkaufs- und informationsstände und wandzeitungen aufgebaut. Außerdem zu film- und diskussionsveranstaltungen eingeladen.*
2. *Wir hatten fast ausschließlich nur verbrauchsgüter (kaffee und tee) und informationsmaterial zu verkaufen. Kunstgewerbliche gegenstände halten wir nicht für geeignet um bewußtsein zu verändern.*
3. *Wir hatten nicht von allen produkten ausreichende informationen über herkunft der waren und über die verwendung des erwirtschafteten finanziellen beitrags.*
4. *Auf kirchplätzen in kleinen gemeinden wurden in der regel viele waren, aber wenig informationsmaterial verkauft. Diskussion über entsprechende probleme kamen nur selten zustande. Auf marktplätzen wurde dagegen mehr diskutiert.*
5. *In der stadt durchgeführte aktionen ergaben in der regel wenig waren- und informationsmaterial-verkauf, wohl aber interessante diskussionen.*
6. *Durch unsere aktionen wurden (auch mit warenverkauf) weiterführende veranstaltungen, in schulen, gemeinden usw. arrangiert.*
7. *Durch unsere intensiven vorbereitungen (zwei wochenendseminare und abendtreffs der gruppen für die aktionsträger) an denen auch die ADW beteiligt war, entstand bei vielen aktionsträgern (verkäufer) tatsächlich eine bewußtseinsveränderung.*
8. *Bei unseren aktionen wurde deutlich, daß ein politisches engagement hier in der BRD (in gemeinde, schule, betrieb, unternehmen, konzerne usw.) unumgänglich ist, um veränderungen in der DW herbeizuführen.*

Zum beispiel, daß sich arbeiter in einem unternehmen in der BRD dafür einsetzen, daß die arbeiter im g l e i c h e n unternehmen in der DW, bessere und arbeitsintensive arbeitsbedingungen erhalten und nicht für hungerlöhne schuften müssen.

9. *Viele aktionsträger haben die erfahrung gemacht, daß durch die informationsvermittlung und die i n t e n s i v e diskussion mit dem käufer ein prozeß der bewußtseinsveränderung eingeleitet werden kann.*
10. *In unserer bewegung werden die zweifel größer, inwieweit es sich lohnt, einen so großen körperlichen einsatz zu organisieren, um durch den verkauf von waren, ein paar hundert mark für die internationale CAJ zu bekommen, oder ob nicht andere möglichkeiten wirksamer sind.*
11. *Folgende schlußfolgerungen wurden unter anderen aus dem reflexionsseminar gezogen:*
    - *die regelmäßige info-arbeit soll in zukunft im vordergrund stehen*
    - *ein aktionsrahmen soll erstellt werden mit mehreren, fortlaufenden veranstaltungen an einem ort bzw. für eine bestimmte zielgruppe*
    - *die diskussion am arbeitsplatz bzw. in der schule soll immer wieder auf das thema dritte welt (südafrika) geführt werden*
    - *die einzelnen sollen info einholen, inwieweit sein betrieb/schule/universität, wirtschaftlich, kulturell oder schulpolitisch mit der dritten welt verflochen sind. (siehe „Schwarzes Brett" ergänzungsausgabe S. 20 + 21).*

Was die aktionen zur unterstützung von politischen gefangenen betrifft, so dürfen wir Euch mitteilen, daß wir mitglied sind der aktion zur befreiung politischer gefangener aus Chile von amnesty international.

mit freundlichem Gruß
für die CAJ der Diözese Freiburg
gez. Gotthard Vetter

„PINTO-FONDS" nach Mosambik überwiesen

(Wir haben in den „blättern" Nr. 45, Juni 75, zur Unterstützung des „Pinto-Fonds" aufgerufen und wollen deshalb diese Meldung über die Verwendung der Gelder an unsere Leser weitergeben)

Publik-Forum Pressedienst Nr. 1/77 24. Februar 1977

Das Spendenaufkommen des „Pinto-Fonds" in Höhe von DM 104.000,– wurde an Bischof Manuel Vieira Pinto, den Vorsitzenden der mosambikanischen Bischofskonferenz, überwiesen. Der Betrag wird in Zusammenarbeit mit der mosambikanischen Regierung für Projekte zum Aufbau von landwirtschaftlichen Genossenschaften, zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung und zur Entwicklung einer Alphabetisierungsbewegung verwendet. Zu Spenden für diesen Zweck hatten die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, die deutsche Sektion der Pax Christi-Bewegung sowie die Zeitschrift „Publik-Forum" aufgerufen.
Die drei Organisationen wollen mit der Pinto-Aktion zum Aufbau Mosambiks „im Geiste der Versöhnung" beitragen. Bischof Pinto, von Geburt Portugiese, trat als Kritiker der früheren portugiesischen Kolonialpolitik hervor und war vor der Unabhängigkeit Mosambiks deswegen des Landes verwiesen worden.

Anzeige

NEUERSCHEINUNG FRÜHJAHR 1977
Peter Hammer Verlag

Ansgar Skriver
DAS KONZEPT DER HILFE IST FALSCH
Entwicklung in Abhängigkeit
ca. 124 Seiten, broschiert DM 8,00
Friedenspolitische Konsequenzen, Band 8
ISBN: 3 87294 110 0

Autor: Ansgar Skriver, geboren 1934 in Nordfriesland, Buchhandelslehre in Hamburg, Studium der Volkswirtschaft und Soziologie. Diplom-Volkswirt. Frühe publizistische Tätigkeiten. Von 1963 bis 1966 Lektor eines Verlages, seit 1966 politischer Redakteur im Westdeutschen Rundfunk.
Veröffentlichungen u.a.: „Gotteslästerung" (62); „Aktion Sühnezeichen" (62); „Soldaten gegen Demokraten" (68); „Schreiben und schreiben lassen" (70).
Publizistische Auszeichnungen: „Theodor-Wolff-Preis" (63); „Deutscher Journalistenpreis" (66); „Joseph-E.-Drexel-Preis" (68); Journalistenpreis Entwicklungspolitik (2. Preis 76).

Inhalt: Als Motto dieses Buches wählte der Autor ein Zitat des Präsidenten von Tansania, Julius Nyerere, der sich über das Konzept der herkömmlichen Entwicklungshilfe kritisch geäußert hat. Skriver nimmt diese Kritik auf und belegt sie aus der Sicht eines Tagesjournalisten mit Analysen und Informationen, Zitaten und Argumenten. Das Buch ist eine grundsätzliche Kritik, ein Buch der Verunsicherung, das das Problembewußtsein der deutschen Leser schärfen soll. Ausgehend von der Darstellung der Problematik entwicklungspolitischen Handelns zwischen Außen und Weltinnenpolitik kommt Skriver auf die Praxis zu sprechen, in der es um Durchsetzung oder Ausgleich von Interessen geht; Interessen der Wirtschaft, nationaler und internationaler Verflechtungen z.B. in den transnationalen Konzernen und den westlichen und östlichen Bündnissen.
In einem Schlußkapitel „Alternativen und Aussichten" versucht der Autor eine Gegenwartsprognose, die Provokation und zugleich problembewußte Analyse ist, ohne daß Rezepte angeboten werden können. Wer sich mit entwicklungspolitischem Denken und Handeln in Schule, Arbeitskreis oder entwicklungspolitischen Institutionen beschäftigt, findet in diesem Buch eine klare Argumentationshilfe und brauchbare Arbeitsgrundlage; nicht zuletzt durch zalreiche Positionen. Aussagen und Einblicke in nicht allgemein bekannte Zusammenhänge. Das Buch ist eine Kritik der Entwicklungshilfe, die nicht die Notwendigkeit der Hilfe in Frage stellt, wohl aber die ungleichen Abhängigkeiten zwischen Industrienationen und den Völkern der Dritten Welt scharf verurteilt.
Interessenten: Alle Mitarbeiter entwicklungspolitischer Organisationen und Institutionen, Mitglieder von Aktionsgruppen, Pfarrer, Lehrer, Bibliotheken.



Peter Hammer Verlag, 5600 Wuppertal 2

LITERATURLISTE

Dritte Welt für Schüler

Meueler, E. Hrsg.: **UNTERENTWICKLUNG** - Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen, Reinbek 1974, rororo Sachbuch Nr. 6906/07, 2 Bände zu je 9,80 DM; (Lehrer erhalten vom Verlag Prüfstücke zum halben Preis)

In Berichten, Bildern und Dokumenten wird anschaulich aufgezeigt:
- wie Unterentwicklung entstanden ist und noch immer entsteht,
- wie Unterentwicklung in einzelnen Ländern aussieht,
- wer von dieser Unterentwicklung profitiert,
- was getan werden muß, um sie zu überwinden.

Folgende Themen werden in den einzelnen Heften behandelt:

Francisko Pizarro oder: die Einführung der Unterentwicklung
geschichtlicher Hintergrund für die heutige Situation der Entwicklungsländer

Chile oder: der Kampf geht weiter
Geschichte Chiles, ausländische Interessen in Chile, der Putsch

Brasilien oder: warum ein reiches Land solange arm blieb
die Geschichte Brasiliens und seine wirtschaftliche Entwicklung

Deutsche Firmen in der Dritten Welt
nützt die Tätigkeit der deutschen Unternehmen in der Dritten Welt der armen Bevölkerung?

Kenia oder: Urlaub der Reichen in den Ländern der Armen
Trägt Tourismus zur Entwicklung eines Landes bei?

Ganz kleine Brötchen für die Dritte Welt
Kirchliche Entwicklungshilfe, wem nützt sie?

Tansania oder: der Weg zu Ujamaa
Tansania versuchte eine andere Entwicklung als die übrigen Länder einzuschlagen. Gelingt das?

Rassismus im südlichen Afrika
die Rassentrennung schafft billige Arbeitskräfte und nützt so den Weißen des Landes, aber auch den Industrieländern

Gastarbeiter in der Dritten Welt
ehemalige Entwicklungshelfer berichten von ihrer Arbeit und fragen nach deren Nutzen.

Ausländische Arbeiter in der BRD
ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Ausbeutung oder „Entwicklungshilfe"?

Stichwörter zur politischen Ökonomie
die wichtigsten Begriffe zur Erklärung unseres Wirtschaftssystems werden erläutert.

Strahm, Rudolf H., **ÜBERENTWICKLUNG – UNTERENTWICKLUNG**, Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, Nürnberg 1975 Einzelexemplare kostenlos erhältlich, bei Mehrfachbestellungen pro Exemplar 2,– DM; zu bestellen bei:
Misereor, Mozartstr. 8, 51 Aachen oder Welthungerhilfe, Konrad-Adenauer-Allee 49, 5300 Bonn
12 dieser Schaubilder gibt es inzwischen auch als Posters. Sie sind erhältlich beim Laetare Verlag Herzbachweg 2, 646 Gelnhausen und kosten 15,– DM pro Rolle.

Der Autor versucht die sehr schwierige und komplexe wirtschaftliche Thematik anschaulich, d.h. mit vielen Schaubildern und kurzen Texten darzustellen. Das gelingt ihm auch weitgehend, trotzdem wird es für Schüler schwierig sein, ohne Anleitung alles zu verstehen.

Rudolf H. Strahm, **ÜBERENTWICKLUNG – UNTERENTWICKLUNG**

12 Schaubilder als Poster in Rolle verpackt

Preis: DM 15,– pro Rolle
Bezug: Laetareverlag 646 Gelnhausen oder epog, Habsburgerplatz 2, München 40 oder in allen Dritte-Welt-Handelsläden

Die Schaubilder sind dem Buch von Strahm vgl. Rezension „blätter des iz3w" Nr. 54 S. 41) entnommen und mit einem kurzen Begleittext versehen. Für den Unterricht sind sie sehr gut verwendbar.
Folgende 12 Schaubilder wurden ausgewählt:

- die Industrieländer verbrauchen 7/8 der Reichtümer der Erde
- Energieverbrauch als Maßstab von Fehlentwicklung
- die Kluft geht quer durch alle Länder
- Entwicklung/Unterentwicklung in neuer Sicht: Zentren und Peripherien
- Zentren sind Magnete für die Intelligenz innerhalb der Entwicklungsländer
- Kaufkraftverluste für die Entwicklungsländer
- Wieviel erhält der Plantagearbeiter und Kleinbauer im Entwicklungsland?
- Getreideverschwendung durch Fleischproduktion
- Nahrungsmittel der Armen als Futter für das Vieh der Reichen
- die amerikanische Landwirtschaft kann nicht Vorbild sein
- Industrialisierung verdrängt Arbeitsplätze im Gewerbe
- Gewinnentnahmen multinationaler Konzerne sind größer als Investitionen

DIE ARMUT DES VOLKES, Verelendung in den unterentwickelten Ländern, Auszüge aus Dokumenten der Vereinten Nationen, rororo aktuell Nr. 1772, Hamburg, Juni 1974 Preis 4,80 DM.

In diesem Buch wird Material aus der Fülle der Studien der Vereinten Nationen veröffentlicht, das Auskunft gibt über die Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt, die über nur geringes Einkommen verfügen oder völlig einkommens- und besitzlos sind. Tabellen, Statistiken u.a. gibt es zu folgenden Bereichen: Ernährung, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Wohnen und Einkommensverteilung. Das Buch beschreibt den jetzigen Zustand in der Dritten Welt, geht jedoch nicht auf die Ursachen dafür ein, ist aber als Nachschlagewerk unentbehrlich.

Al Imfeld, **CHINA ALS ENTWICKLUNGSMODELL**, Nürnberg 1975 Laetare/Imba Verlag erhältlich über epog, Habsburgerplatz 2, 8 München 40, 9,– DM.

In einfacher und verständlicher Form wird gezeigt, inwiefern der Weg Chinas aus der Unterdrückung und Armut beispielhaft auch für andere Länder der Dritten Welt sein könnte.

DAS GESCHICHTSBUCH, erschienen im Basis-Verlag, 1 Berlin 15, Postfach 645, Preis 7,– DM.

In Form von Bildergeschichten wird die Ausbeutung des afrikanischen Kontinents seit dem Mittelalter dargestellt.

Fritz Puhl, **ZWEI WELTEN IM ZEUGENSTAND?** Nürnberg 1972, Laetare Verlag erhältlich bei: epog München, Habsburgerplatz 2, 8 München 40, 7,– DM.

Das Buch gibt eine 1972 ausgestrahlte Fernsehsendung als Lesestück wieder. In einer erfundenen Gerichtsverhandlung werden die Industrieländer von den Ländern der Dritten Welt vor Gericht gestellt und angeklagt. Es kommt zum Prozeß, Zeugen werden einberufen, Verteidiger bestellt, ein Vorsitzender leitet den Prozeß. Das Buch ist sehr spannend geschrieben und leicht zu lesen.

Fritz Puhl/Heiner Michael, **TRIBUNAL 1982**, Unterlagen zur Beweisführung, Schrödel-Diesterweg Verlag, 1972; Preis ca. 5,– DM.

Dieses Buch enthält Materialien zum Prozeß.

Schmidt, Heinz G. **LESEBUCH DRITTE WELT** eine Auswahl von Texten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern für den Unterricht. Peter Hammer Verlag Wuppertal 1974; ca. 19,– DM.

Erzählungen, Gedichte und Berichte aus den Entwicklungsländern selbst geben uns auf sehr plastische Weise Auskunft über das Elend und die politischen Verhältnisse in der Dritten Welt. Das Buch ist sehr anregend, die Texte extra für den Unterricht ausgewählt. Jeder Teil (gegliedert nach Erdteilen) ist ergänzt durch politisch-soziale Hintergrundinformationen.

HANDBUCH DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN FILMS, hrsg. von der AGG (Projektbereich Dritte Welt) Rheinweg 34, 5300 Bonn, Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung auf das Konto Vermögensverwaltung der KDSE Projektbereich Dritte Welt PSchA Köln 207992; Preis 6,– DM + Porto; Stand Juni 1976.

Das Buch enthält ein Verzeichnis von ca. 500 entwicklungspolitischen Filmen, die in öffentlichen Verleihstellen angeboten werden. Zu jedem Film werden kurz Inhalt, technische Daten und Bezugsquelle angegeben. Außerdem gibt es eine Fülle von Materialhinweisen und Anleitungen für den Einsatz im Unterricht.

Fohrbeck/Wiesand/Zahar, **HEILE WELT UND DRITTE WELT**, Medien und politischer Unterricht I, Schulbuchanalyse, Opladen 1971, Preis: 13,80 DM.

Die wichtigsten Schulbücher wurden in diesem Buch daraufhin untersucht, was sie den Schülern über die Dritte Welt vermitteln. Das Ergebnis: Schulbücher sind noch schlechter als ihr Ruf. Das Ausmaß an Vorurteilen aber auch an Falschinformationen war erschreckend, das Weltbild der Schüler wird jedoch davon geprägt. Die Autoren arbeiteten sehr exakt, mit zahlreichen Beispielen und genauen Quellenangaben. Obwohl nicht mehr auf dem neuesten Stand, ist das Buch für Lehrer und Schüler interessant.

DRITTE WELT: EMPFEHLENSWERTE KINDER– UND JUGENDBÜCHER, hrsg. von der Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich/Schweiz, Preis: 5,– sfr.

Aus der Fülle der Kinder- und Jugendbücher, die sich in irgendeiner Form mit dem Thema Dritte Welt beschäftigen, wurden die 80 brauchbarsten ausgewählt, nach dem Lesealter geordnet und der Inhalt kurz wiedergegeben, sowie das Buch bewertet.

DER PAPALANGI die Reden des Südseehäuptlings Tuiarii aus Tiarea, Hamburg 1973, Release Verlag Karolinenstr. 7-9, 2 Hamburg; 7,50 DM.

Ein Südseehäuptling stellt die Europäer aus seiner Sicht dar. Dabei stellt er unsere Kultur bzw. Zivilisation stark in Frage, er ruft seine Landsleute auf, sich vom Bann der Weißen freizumachen und ihre eigene Kultur nicht aufzugeben. Das Buch ist faszinierend, besonders wenn Tuiarii die Gewohnheiten der Europäer unter die Lupe nimmt.

Jan Myrdal, **BERICHT AUS EINEM CHINESISCHEN DORF** München 1969, dtv-Taschenbuch Nr. 591, Preis: 5,80 DM.

Der Autor und seine Frau hatten 1961 die Gelegenheit drei Monate in einem chinesischen Dorf zu verbringen und sich über die dortigen Lebensverhältnisse zu informieren. In diesem Buch schildern sie nun die Entwicklung dieses Dorfes von der Revolution (1949) bis 1961, indem sie die Dorfbewohner selbst zu Wort kommen lassen. Die einzelnen Geschichten können auch als abgeschlossene Berichte über die jeweilige Lebensgeschichte angesehen werden. Man bekommt so einen guten Einblick in das Leben und die Entwicklung dieses chinesischen Dorfes. Das Ganze ist sehr lebensnah und anschaulich.

MATERIALSAMMLUNGEN ZUM THEMA DRITTE WELT

UNTERRICHTSMATERIALIEN ZUM THEMA DRITTE WELT für Vorschule, Schule und Erwachsenenbildung, hrsg. vom Arbeitskreis 3. Welt Reutlingen, Mai 1976

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt Reutlingen, Lederstr. 34, 741 Reutlingen
Preis: 3,– DM

Ziemlich vollständig werden hier die Unterrichtsmaterialien zum Thema Dritte Welt aufgelistet mit genauen Angaben über Herausgeber, Bezug, Preis, Form etc.. Der Inhalt wird nur kurz wiedergegeben, es reicht jedoch als Orientierungshilfe. Soweit es in anderen Veröffentlichungen ausführlichere Besprechungen gibt, wird darauf verwiesen. Die meisten Materialien werden vom Reutlinger Informationszentrum auch verliehen.

DRITTE WELT IM UNTERRICHT Unterrichtsmodelle und -materialien auf dem Prüfstand, hrsg. von der Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Bezug: Pax-Christi-Regionalstelle, Eichenweg 7 oder Päd. Informationen, Schillerstr. 21, 7808 Waldkirch; Preis: 8,– DM.

Die Liste ist zwar nicht vollständig, aber auf die ausgewählten Modelle wird meist ziemlich ausführlich eingegangen und sie werden auf ihre Brauchbarkeit für einen schülerorientierten Unterricht hin untersucht.

hiwe

Friedenspolitische Konsequenzen
Herausgegeben von Johannes Rau, Klaus Lefringhausen und Heinz G. Schmidt

FPK Band 1
Erziehung auf Peruanisch
Das Bildungsprogramm der Revolutionsregierung.
Mit einem Vorwort von Hildegard Hamm-Brücher.
164 Seiten, DM 16,–

FPK Band 2
Paulo Freire
Pädagogik der Solidarität
Für eine Entwicklungshilfe im Dialog.
Mit einem Vorwort von Adam Weyer.
104 Seiten, DM 12,–

FPK Band 3
Hedtjärn / Höglund / Liéden
Verteidigung ohne Krieg
Die skandinavische Alternative.
Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim.
168 Seiten, DM 16,–

FPK Band 4
Dragoljub Najman
Bildung in Afrika
Vorschläge zur Überwindung der Krise.
Mit einem Vorwort von M. Amadou-Mahtar M'Bow.
192 Seiten, DM 22,–

FPK Band 6
Robert Jungk / Adam Weyer (Hg.)
Die Grenzen der Resignation
Ein Versuch der Ermutigung und der Kritik.
180 Seiten, DM 16,–

FPK Band 7
Harry Friebel
Aggressivität und Gewalt
Arbeitsmaterialien und Diskussionen zur konstruktiven Aggressionserziehung und kritischen Gewaltkontrolle.
208 Seiten, DM 18,–

Peter Hammer Verlag · 5600 Wuppertal 2

ila - info
bietet 10 Ausgaben im Jahr mit den inhaltlichen Schwerpunkten:
- AUS LATEINAMERIKA (wichtige Dokumente)
- LATEINAMERIKANACHRICHTEN
- DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR SOLIDARITÄTSARBEIT
- AUS DEN GRUPPEN – ÜBER DIE GRUPPEN

DM 15,– für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Arbeitslose
DM 20,– als normales Abonnement
DM 25,– für Institutionen
DM 30,– als Förderabonnement

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.
Buschstraße 20, 5300 Bonn
Telefon: 02221 / 21 32 51 (17 bis 19 Uhr)

BITTE FORDERN SIE EIN PROBEHEFT AN ODER ABONNIEREN SIE DIREKT

Abonnierzettel
Ich abonniere die „blätter des iz3w"
☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres
☐ ab der letzten erschienenen Nummer
☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200.00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin ....
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr

Ich bitte um **Nachlieferung** – soweit lieferbar – des Jahrgangs
☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)
☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)
☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,00)
☐ 1976 (Nr. 51 – 58 DM 28,00)

Absender

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt

Beruf: .... Geburtsjahrgang: ....
Wie wurden Sie auf die „blätter des iz3w" aufmerksam:
....

Geschenk-Abo

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

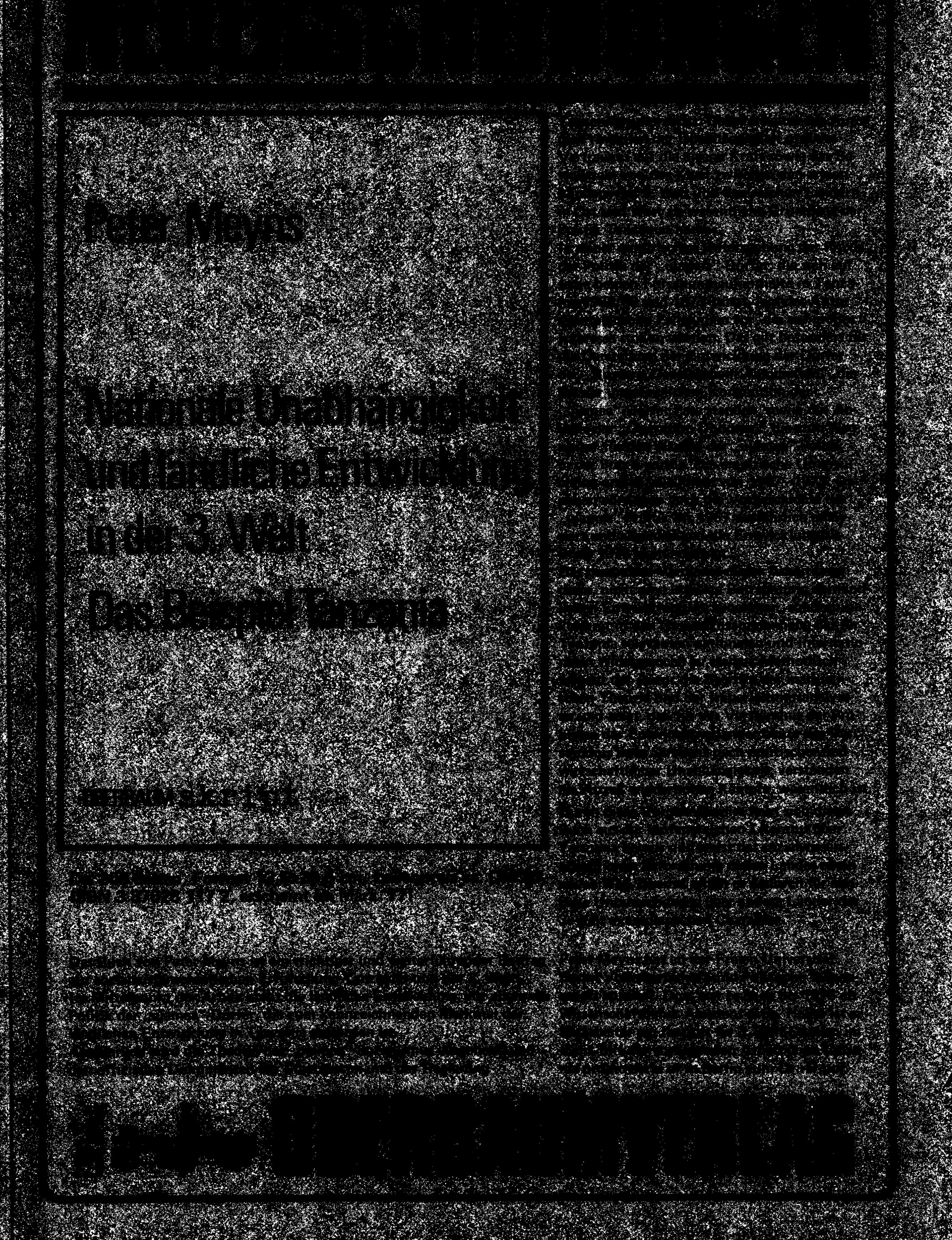
☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer


Peter Meyns
Nationale Unabhängigkeit und ländliche Entwicklung in der 3. Welt
Das Beispiel Tanzania



In Azania, wie die schwarze Bevölkerungsmehrheit Südafrika nennt, erlebt der junge deutsche Arzt die unmenschliche Unterdrückung der Schwarzen. Gestützt auf tagebuchartige Aufzeichnungen seines dreimonatigen Aufenthaltes berichtet er von den katastrophalen Zuständen in den Krankenhäusern für Schwarze, wo er arbeitet. In den Reservaten erlebt der Autor die elenden Lebensverhältnisse von Frauen, Kindern, Alten und Kranken ebenso wie die vergeblichen Versuche einzelner Weißer, auf dem Boden des rassistischen Systems Verbesserungen für die Schwarzen zu erreichen.
Der Autor hat auch die Möglichkeit, den Widerstand der schwarzen Arbeiter, Schüler und Studenten kennenzulernen, mit ihnen über ihre Vorstellungen und praktischen Schritte der Befreiung zu sprechen und selbst an Pro-

Ca. 160 Seiten, ca. DM 8.50 (Mai)

Richard Lohmann

SÜDAFRIKA
Reportage eines Arztes

[illegible] Vertreter der [illegible] und [illegible] im südlichen Afrika [illegible] FRELIMO [illegible] ZANU [illegible] „Auf dem" System [illegible] auf den [illegible] Wider[illegible] der [illegible] Völker [illegible] 15 [illegible] ein und [illegible] Inter[illegible] — vor allem der beiden Supermächte USA und UdSSR — im südlichen Afrika.

Richard Lohmann
Peter Meyns

MOZAMBIQUE
Im Jahr 2 der Unabhängigkeit

Ca. 140 Seiten, ca. DM 8.50 (Mai)

Die beiden Autoren haben im Oktober 1976 die Volksrepublik Mozambique besucht und konnten in verschiedenen Teilen des Landes Einblicke von der Entwicklung des unabhängigen Mozambique zu gewinnen. Davon gehen sie bei ihrer Darstellung aus. Das Buch ist aber gleichzeitig mehr als ein Reisebericht. Gestützt auf [illegible] für den [illegible] Befreiungskampf in Mozambique geben sie eine fundierte Gesamteinschätzung der Lage in Mozambique im Jahr 2 der Unabhängigkeit, ohne dabei von der [illegible] und anschaulichen Form der Darstellung abzugehen.

In vielfältiger Weise zeigt das Buch auf, wie Mozambique, nachdem es im lang andauernden Befreiungskampf seine Unabhängigkeit erkämpft hat, heute auf die Grundlagen der Weiterentwicklung [illegible] Befreiungskampfes. [illegible] und Vertrauen auf die eigene Kraft [illegible] [illegible] seine [illegible] und [illegible] Wirtschaft in die eigene Hand zu nehmen. In diese Analyse wird auch die Stellung Mozambiques im südlichen Afrika, in Afrika

und der 3. Welt sowie in der internationalen Politik einbezogen.
Das Buch umfaßt vier Teile. Im Teil 1 über Kolonialismus und Befreiungskampf wird die Bedeutung der „befreiten Zonen" des Befreiungskampfes hervorgehoben, in denen der Grundstein für die Befreiung des gesamten Landes gelegt wurde und die auch heute die wesentliche Quelle der Erfahrungen und Lösungswege bei der Fortführung der nationalen Revolution sind. Daneben wird das für Mozambique charakteristische Erbe des Kolonialismus, das dabei bekämpft werden muß, behandelt.
Im Teil 2 geht es um die nationale Wirtschaft: Landwirtschaft, Industrie und Handel. Hier wie insgesamt gehen die Autoren von den neuen Wegen aus, die Mozambique entwickelt hat, um von dort her die Entwicklungsprobleme des Landes darzustellen. Der Teil 3 des Buches befaßt sich mit der Politik. Inhalt und Formen der politischen Mobilisierung und Organisierung der Volksmassen werden behandelt. Die Ergebnisse des III. Kongresses der Befreiungsbewegung und Staatspartei FRELIMO, der Front für die Befreiung Mozambiques, der Anfang Februar dieses Jahres stattfand, werden dabei in der Analyse bereits mit berücksichtigt. Schließlich wird die Außenpolitik dargestellt; dabei weisen die Autoren auf das große Gewicht der rückhaltlosen Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe sowie auf die enge Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Mozambique und Tanzania.
Das Buch enthält außerdem eine Auswahl eindrucksvoller Bilder, die die Autoren von ihrer Reise durch Mozambique mitgebracht haben.





„Der Roman ist keine Form, die dazu dient, x Seiten zu füllen. Er ist eine Form, die die Wirklichkeit [illegible], indem sie diese auf die Ebene der Fiktion verschiebt." Diese Worte hat Jan Myrdal seinem 1975 in Schweden erschienenen Roman vorangestellt.
Er schildert das [illegible] Treibhausklima der „Ost-West-Entspannung" am Vorabend der KSZE-Konferenz von Helsinki. Im Schatten der Kämpfe der Dritten Welt gegen [illegible] und Ausplünderung und [illegible] zynisch [illegible] und [illegible] in unseren Ländern, sowohl im Osten wie im Westen" begeben sich hochgestellte schwedische Sozialdemokraten und repräsentative Vertreter der neuen Ostblock-Bourgeoisie auf die Suche nach einer neuen Legitimation ihrer Herrschaft, die sich im Zustand beginnender Auflösung befindet.

Ca. 200 Seiten, ca. DM 13,– (April/Mai)

Aus fiktiven Dokumenten, Protokollen von Ost-West-Konferenzen, [illegible] Briefwechsel zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten und seinen sozialdemokratischen Kumpanen in der UNO und UNESCO schlägt uns die verlogene Sprache der Herrschenden in Ost und West entgegen. In einer seiner „8 Unterhaltungen über die Zukunft der Gegenwart" mit dem schwedischen Schriftsteller [illegible] bezeichnete Myrdal Schweden als das „kleine, neugierige Land", das im Kopf haben müsse, was es nicht in den Beinen habe, die Zunge benutzen müsse, wenn es nicht genug Muskeln besitze. Für diese Wirklichkeit ist der Roman „Karriere" eine [illegible] Verdeutlichung. In ihrem [illegible] weltpolitischen Opportunismus [illegible] die schwedische [illegible] Schatten der Supermacht USA, spricht ihre Sprache, [illegible] mit ihrem CIA, als ob [illegible] mit dieser Supermacht [illegible]

Ca. 190 Seiten, ca. DM 7,– (April)

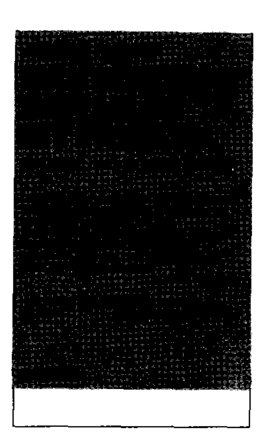
Dieses Buch belegt, daß es keine sichere Grenze der Gefährlichkeit von Radioaktivität gibt. Im Gegensatz [illegible]

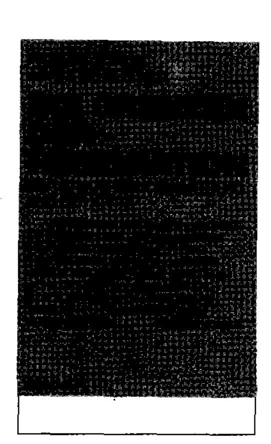
[illegible]

Friedenspolitische Konsequenzen (FPK)

Herausgegeben von Klaus Lefringhausen Johannes Rau und Heinz G. Schmidt

Peter Hammer Verlag





Ansgar Skriver

Das Konzept der Hilfe ist falsch

Entwicklung in Abhängigkeit
116 Seiten, DM 8,—
ISBN: 3872941100
Friedenspolitische Konsequenzen Band 8

Als Motto dieses Buches wählte der Autor ein Zitat des Präsidenten von Tanzania, Julius K. Nyerere, mit dem sich dieser gegen das Konzept europäischer Entwicklungshilfe wendet. Skriver nimmt diese Kritik auf und belegt sie aus der Sicht eines Journalisten mit Analysen und Informationen, Zitaten und Argumenten.

Fortsetzung Seite 2

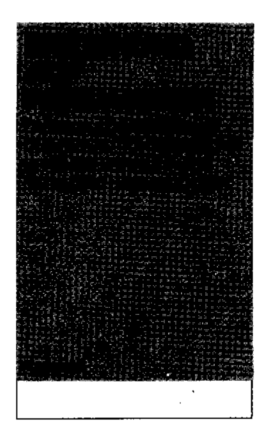
Robert Jungk, Adam Weyer (Hg.)

Die Grenzen der Resignation

Ein Versuch der Ermutigung und der Kritik
184 Seiten, DM 16,—
ISBN: 3872941011
Friedenspolitische Konsequenzen Band 6

"Standen die sechziger Jahre (besonders in ihrer zweiten Hälfte) im Zeichen übersteigerter Zukunftshoffnungen, so sind die siebziger Jahre von nicht weniger übertriebener Zukunftsangst geprägt.
Es scheint mir daher wichtig, jeweils gegen den Strom der Zeit zu schwimmen . . .

Fortsetzung Seite 2



Erziehung auf Peruanisch

Das Bildungsprogramm der Revolutionsregierung
Vorwort von Hildegard Hamm-Brücher
164 Seiten, DM 16.—
ISBN: 3872940740
Friedenspolitische Konsequenzen Band 1

"Anders als die Bildungsreformen hierzulande . . . basiert das peruanische Erziehungsgesetz auf einer radikalen, durch keine institutionellen Beschränkungen verkürzten Bestandsaufnahme der globalen Situation des Landes, des Erziehungswesens und auf der Hinterfragung der Problematik von institutionalisierter Erziehung überhaupt." (betrifft: erziehung)

Bestellschein

Ich bestelle aus dem Peter Hammer Verlag, 56 Wuppertal 2, durch die Buchhandlung:

. . . Erziehung Peru, FPK 1	DM 16,—
. . . Freire, Pädagogik, FPK 2	DM 12,—
. . . Hedtjärn, Verteidigung, FPK 3	DM 16,—
. . . Najmann, Bildung, FPK 4	DM 22.—
. . . Matthöfer, Menschlich, FPK 5	DM 10,—
. . . Jungk, Resignation, FPK 6	DM 16,—
. . . Friebel, Aggressivität, FPK 7	DM 18,—
. . . Skriver, Konzept, FPK 8	DM 8,—

sozialmagazin

Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Protokolle, Materialien, Erfahrungsberichte aus Projekten, Modellen — geschrieben von den Leuten, die sie machen: **Erfahrungen von der Basis**

Theorie, die Bedingungen von Erfahrungen benennt, Grenzen von Erfahrungen formuliert und damit ihre Tauglichkeit für die Praxis ausweist: **eingreifende, praktische Theorie**

Analysen, Daten, Fakten aus traditionellen Arbeitsfeldern, die in anderen Zeitschriften nicht erscheinen (dürfen): **Informationen, die weiter helfen**

In den ersten Heften schreiben: Manfred Liebel, Hedwig Ortmann, Reinhard Wolff, Christian Marzahn, Udo Maas, C. W. Müller, Prodosh Aich, Monika Seifert, Oskar Negt . . . u. a. Außerdem kann man erfahren, wo es unveröffentlichte, aber wichtige Manuskripte gibt - kann man Karteikarten sammeln - kann sich über neue Bücher und Zielgruppenfilme informieren - Cartoons von Clodwig Poth, Marie Marcks, Jan Tomaschoff u. a.



Heinsohn/Knieper und Monika Seifert über Kindertagesstätten: Realität – für Kinder verboten




Gruppe Kinderschutzzentrum Berlin: Das Elend der Kinder Protokolle, Analysen . . . Auswege



Hedwig Ortmann über Leben und Lernen an der Hochschule: Das Zutrauen zum eigenen Denken bei der Aufhebung der Knechtschaft



Alvons Diemer über Arbeitslose im Jugendzentrum: Solidarität lernen



Erziehung in Kollektiven: Kindheit in China



Mädchen berichten aus einem katholischen Erziehungsheim: Überwacht, isoliert, totgeschwiegen

Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Vorzugsangebot zum Kennenlernen

Ich bestelle ab sofort zum Vorzugspreis von DM 10,— (inkl. Versandkosten und MwSt.) ein Probeabonnement (4 Hefte ab lfd. Nr.) der Zeitschrift SOZIALMAGAZIN. 1014

Bitte beachten Sie: Wir liefern nach Ablauf des Probeabonnements zum regulären Bezugspreis (Jahresabonnement DM 40,— inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des dritten Heftes keine Abbestellung erfolgt

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift



Nach drei Jahren Kampf um den „aufrechten Gang": Tagebuch aus dem Knast



Selbstorganisation im Altenklub: Der (sehr) lange Weg zur Selbstbestimmung

Viktor Lütertz
Schusterstr. 30

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

konkret

„die beste linke Zeitschrift, sehr zu empfehlen" (sagt Tintenfisch 9: Jahrbuch für Deutsche Literatur)

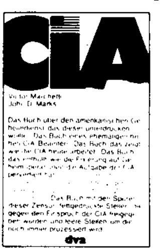
Das **neue** KONKRET erscheint jetzt im 4. Jahrgang. Mit den bislang erschienenen 31 Ausgaben ist es zur führenden Monatszeitschrift für Politik und Kultur geworden.

KONKRET macht Politik mit Leidenschaft und Augenmaß. Unabhängige Politik für Abhängige. Mit Autoren, die nicht jeder Mode und jedem Pfiff der Funktionäre gehorchen:

Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Walter Boehlich · Heinrich Böll
Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Peter Hamm
Wolfgang Harich · Günter Herburger · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz
Günther Nenning · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Horst Tomayer
Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Sie kennen das **neue** KONKRET noch nicht? Wir schicken Ihnen auf Anforderung gern ein paar kostenlose Probenummern. Sie kennen es und möchten endlich jemandem einmal ein vernünftiges Geschenk machen? Verschenken Sie zu Ostern ein KONKRET-Jahresabo!

Sie sollen dabei nicht leer ausgehen: Als Dankeschön für diesen neuen Abonnenten schenkt Ihnen KONKRET eins der hier abgebildeten Bücher:













Ausschneiden und einsenden an:
KONKRET, Osterabo, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13

Ein Jahresabonnement KONKRET möchte ich

Herrn/Frau/Frl. ____

Straße ____

PLZ/Wohnort ____

ab Juni 1977 (Heft 6/77) zu Ostern schenken.
Die Rechnung über DM 42,– erhalte ich in Kürze von Ihrem Vertrieb.
(Wichtig: **kein** Geld o. ä. an uns schicken, erst die Rechnung abwarten!)

Als Prämie wünsche ich mir:
☐ CIA-Report
☐ den neuen Halbritter
☐ Klassischer Journalismus
☐ Illustr. Kultur- u. Sittengeschichte des Proletariats
☐ Lexikon der Sexualität
☐ Böll/Staeck: Gedichte/Collagen

Von einigen Titeln nur limitierte Kontingente verfügbar! Bitte deshalb zwei Wünsche ankreuzen. Wir werden uns bemühen, Ihnen einen in jedem Fall zu erfüllen.)

Meine Anschrift:

Name: ____

Straße: ____

PLZ/Wohnort: ____
(Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13.

Datum Unterschrift